

**Aus dem Institut für Betriebswirtschaft, Agrarstruktur
und Ländliche Räume**

Petra Raue

**Ex-post Bewertung des LEADER II-Programms
Schleswig-Holstein 1994-1999**

Manuskript, zu finden in www.fal.de

**Braunschweig
Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft (FAL)
2001**

Also available at: <http://www.bal.fal.de/download/AB08-01.pdf>

**Ex-post Bewertung des
LEADER II-Programms Schleswig-Holstein
1994-1999**

Petra Raue

Arbeitsbericht 8/2001



Institut für Betriebswirtschaft, Agrarstruktur und ländliche Räume
Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft (FAL)
Bundesallee 50, 38116 Braunschweig

Institutsleiter: Prof. Dr. Folkhard Isermeyer

Braunschweig, 10. Dezember 2001

1	Einleitung	1
1.1	Einordnung von LEADER II in die Diskussion zur ländlichen Regionalen	1
1.2	Zielsetzung der Studie	5
1.3	Aufbau der Studie	6
2	Methodisches Vorgehen	7
2.1	Indikatoren im Rahmen der ex-post Bewertung	9
3	Sozioökonomische Entwicklungsanalyse	13
3.1	Abgrenzung der Zielregion	13
3.2	Sozio-ökonomische Entwicklung im Fördergebiet	14
4	Gemeinschaftsinitiative LEADER II	17
4.1	Ziele der Gemeinschaftsinitiative LEADER II	17
4.2	Begünstigte und Aktionsbereiche von LEADER II	20
5	IOP LEADER II Schleswig-Holstein	23
5.1	Ziele und Maßnahmen	23
5.2	Finanzplanung	24
5.3	Umsetzung von LEADER II in Schleswig-Holstein	26
5.3.1	Überblick über Träger und Projekte	27
5.3.2	Administrative Umsetzung	34
5.3.3	Finanzielle Umsetzung	44
6	Regionale Entwicklungsinitiativen im LEADER II-Gebiet	51
7	Ergebnisse und Wirkungen der Projekte nach Themenschwerpunkten	57
7.1	Valorisierung und Vermarktung von regionalen Agrarprodukten	58
7.1.1	Fallstudie 1: Dithmarscher Spezialitätenversand	60
7.1.2	Fallstudie 2: Sonne für Föhr	63
7.1.3	Weitere Projekte zur Valorisierung und Vermarktung von regionalen Agrarprodukten	69
7.1.4	Zusammenfassung	73
7.2	Ländlicher Tourismus	74
7.2.1	Sanfter Tourismus in der Eider-Treene-Sorge-Region und kreisübergreifendes Radwegenetz (Fallstudie 3)	77
7.2.2	Informations- und Veranstaltungszentren (Fallstudie 4)	86
7.2.3	Weitere Tourismusprojekte	94
7.2.4	Zusammenfassung	97
7.3	Kleine und mittlere Unternehmen, Handwerk und lokale Dienstleistungen	99

7.3.1	Fallstudien 5 und 6: Dienstleistungszentrum Eggebek (Dienstleistungszentrum) und Gründerhof	100
7.3.2	Fallstudie 7: Servicebörsen	105
7.3.3	Weitere Projekte der Kategorie "Kleine und mittlere Unternehmen, Handwerk und lokale Dienstleistungen"	114
7.3.4	Zusammenfassung	116
7.4	Ausbildung und Qualifizierung	116
7.5	Umwelt und Lebensqualität	118
7.5.1	Zusammenfassung	121
7.6	Technische Hilfe zur ländlichen Entwicklung	122
8	Besonderheiten von LEADER	123
8.1	Gebietsbezogener Ansatz	123
8.2	Bottom-up	124
8.3	Lokale Aktionsgruppe (LAG)	128
8.4	Innovation und Modellcharakter	132
8.5	Multisektoraler, integrierter Ansatz	136
8.6	Vernetzung	137
8.7	Grenzüberschreitende Zusammenarbeit	140
8.8	Zusammenfassende Bewertung	142
9	Ergebnisse und Wirkungen auf Programmebene	143
9.1	Umwelt	143
9.2	Einkommen und Beschäftigung	144
9.3	Chancengleichheit	146
10	Schlussfolgerungen und Empfehlungen	147
10.1	Schlussfolgerungen	147
10.2	Empfehlungen	150
	Literaturverzeichnis	153

Tabellenverzeichnis

	Seite
Tabelle 1: Instrumente zur Bewertung der Wirkungen und Effizienz strukturpolitischer Maßnahmen	8
Tabelle 2: Indikativer Finanzierungsplan nach Maßnahmen, Stand 1996 und Stand 1999	25
Tabelle 3: Indikativer Finanzierungsplan nach Jahren, Stand 1996 und Stand 1999	26
Tabelle 4: Anzahl der bewilligten LEADER II-Projekte nach Jahren und Fonds	27
Tabelle 5: Struktur der Projektträger	27
Tabelle 6: Räumliche Verteilung der LEADER II-Projekte nach Kreisen	28
Tabelle 7: Zuordnung von LEADER II-Projekten zu lokalen/regionalen Entwicklungskonzepten – Teil 1	33
Tabelle 7: Zuordnung von LEADER II-Projekten zu lokalen/regionalen Entwicklungskonzepten – Teil 2	34
Tabelle 8: Einschätzung der Projektträger zur administrativen Abwicklung des LEADER II-Programms (n=36)	42
Tabelle 9: Stand der Durchführung des schleswig-holsteinischen LEADER II-Programms, Stand 31.12.2000	45
Tabelle 10: Durchschnittliche förderfähige Gesamtkosten, öffentliche Mittel und Strukturfondsmittel der LEADER II-Projekte nach Fonds	50
Tabelle 11: Im Rahmen von Fallstudien untersuchte Projekte	57
Tabelle 12: Projekte der Kategorie Valorisierung und Vermarktung von regionalen Agrarprodukten	59
Tabelle 13: Umsatzentwicklung des Dithmarscher Spezialitätenversands von 1997 bis 1999	61
Tabelle 14: Mit LEADER II-Mitteln geförderte Solaranlagen auf Föhr	65
Tabelle 15: Projekte im Bereich ländlicher Tourismus - Teil 1	76
Tabelle 15: Projekte im Bereich ländlicher Tourismus - Teil 2	77

Tabelle 16: Verbleib der Teilnehmer der Qualifizierungsprojekte Fahrrad touristische Infrastruktur und Besucherlenkung	79
Tabelle 17: Entwicklung der Besucherzahlen des NaTourCentrums Lunden	85
Tabelle 18: Direkte Beschäftigungseffekte der im Rahmen von LEADER II-geförderten Fremdenverkehrsprojekte (n=9)	98
Tabelle 19: Projekte im Bereich „kleine und mittlere Unternehmen, Handwerk, und lokale Dienstleistungen“	99
Tabelle 20: Finanzierungsplan Dienstleistungszentrum Eggebek und Gründerhof	102
Tabelle 21: Projekte im Bereich Ausbildung, Qualifizierung, Beschäftigungsförderung	117
Tabelle 22: Projekte im Bereich Umwelt und Lebensqualität	118
Tabelle 23: Projekte der Kategorie technische Hilfe zur ländlichen Entwicklung	122
Tabelle 24: Anzahl der an der Umsetzung von LEADER II-Projekten beteiligten Gruppen/Institutionen	126
Tabelle 25: An der Umsetzung von LEADER II-Projekten beteiligte Gruppen/Institutionen und deren Bedeutung für den Projekterfolg (n=37)	127
Tabelle 26: Innovative Elemente der schleswig-holsteinischen LEADER II-Projekte nach Einschätzung der Projektträger	133
Tabelle 27: Kenntnisstand der befragten Projektträger zu anderen LEADER II-Projekten sowie zu den LEADER II-Netzen (n=32)	138
Tabelle 28: Grenzüberschreitende Aktivitäten außerhalb von LEADER II	141
Tabelle 29: Umweltwirkungen der LEADER II-Projekte	143
Tabelle 30: Einkommenswirkungen der LEADER II-Projekte	145

Übersichtenverzeichnis

	Seite
Übersicht 1: Schritte einer Evaluierung	7
Übersicht 2: An der administrativen Umsetzung von LEADER II als Bewilligungsstellen und Fachreferate beteiligte Behörden und Institutionen	41

Abbildungsverzeichnis

	Seite
Abbildung 1: LEADER II-Zielgebiet in Schleswig-Holstein	13
Abbildung 2: Allgemeine und spezifische Ziele und erhoffte Wirkungen von LEADER II	19
Abbildung 3: Räumliche Verteilung der LEADER II-Projekte in Schleswig-Holstein	30
Abbildung 4: Anteil der Maßnahmekategorien an der Gesamtzahl der LEADER II-Projekte in Schleswig-Holstein	32
Abbildung 5: Beurteilungskriterien für LEADER-Projekte	35
Abbildung 6: Verfahrensablauf für die Gemeinschaftsinitiative LEADER II in Schleswig-Holstein – Antragstellung -	38
Abbildung 7: Verfahrensablauf für die Gemeinschaftsinitiative LEADER II in Schleswig-Holstein – Entscheidung, Bewilligung, Auszahlung -	39
Abbildung 8: Anteil der einzelnen Maßnahmekategorien an den gesamten öffentlichen Mitteln in %	47
Abbildung 9: Herkunft der öffentlichen Mitteln nach Fonds	48
Abbildung 10: Finanzierungsstruktur nach Maßnahmekategorien	49
Abbildung 11: Beteiligungskonzept während der Struktur- und Entwicklungsanalyse im Amt Eggebek 1995	52
Abbildung 12: Bausteine des Dienstleistungszentrums Eggebek	101

Anhang

	Seite
Anhang 1: Gesprächsleitfaden Fallstudien	A-1
Anhang 2: Gesprächsleitfaden Fondsverwalter	A-13
Anhang 3: Gesprächsleitfaden Fachreferate	A-15
Anhang 4: Fragebogen Projektträger	A-17
Anhang 5: Liste der Interviewpartner	A-25
Anhang 6: Zuordnung der Projektträger nach Kategorien	A-26
Anhang 7: Projekte nach Maßnahmenkategorien	A-27
Anhang 8: Lage und Ausdehnung der ETS Region in Schleswig-Holstein.	A-30
Anhang 9: Übersicht über ausgewählte Pressemitteilungen bezüglich des Projekts „Sonne für Föhr“	A-31
Anhang 10: Beteiligung verschiedener Gruppen/Institutionen an der Projektumsetzung und Bedeutung für den Projekterfolg nach Maßnahmekategorien	A-33

1 Einleitung

1.1 Einordnung von LEADER II¹ in die Diskussion zur ländlichen Regionalen

In der ländlichen Regionalpolitik fand in den vergangenen Jahrzehnten eine Umorientierung statt, von einer Orientierung an einem Leitbild der „nachholenden Entwicklung“ zu einem Leitbild der integrierten nachhaltigen Entwicklung der Region auf der Basis ihrer endogenen Potentiale. Bis zu den 80er Jahren orientierte sich ländliche Entwicklung in erster Linie an der Beseitigung infrastruktureller Defizite von strukturschwachen ländlichen Räumen. Sie war eher sektoral und top-down ausgerichtet (vgl. ESPARCIA et al., 1999). Parallelen zur entwicklungspolitischen Diskussion waren unübersehbar (vgl. SCHÜTTLER, 2000; SCHIKORA, 1994). Dort begann bereits in den 70er Jahren eine Diskussion um das Leitbild einer integrierten ländlichen Entwicklung. Integriert bezog sich hier sowohl auf die „Einbeziehung“ der Bevölkerung als auch auf die Ausdehnung sektoral angelegter Fördermöglichkeiten auf ein weiteres Spektrum (SCHÜTTLER, 2000). Diese Diskussion beeinflusste auch die Entwicklung neuer Konzepte ländlicher Entwicklung in Europa. In Deutschland entstand das Konzept der eigenständigen Regionalentwicklung mit den Zielen der „Stärkung des endogenen Innovations- und Entwicklungspotentials“ sowie der „Erhöhung der regionalen Autonomie und Krisenfestigkeit“ (DUJMOVITS, 1996) zunächst innerhalb unabhängiger ländlicher ökologisch orientierter Bewegungen (vgl. BRUCKMEIER, 2000).

Erste konkrete Ansätze zur Umsetzung einer eigenständigen Regionalentwicklung entstanden in Deutschland Mitte der 80er Jahre, z. B. Ländliches Regionalprogramm Hessen (vgl. Verein für eigenständige Regionalentwicklung in Hessen, 1991) oder Eigenständige Regionalentwicklung in Baden-Württemberg (vgl. Eigenständige Regionalentwicklung in Baden Württemberg, 1988).

Zentrale Elemente dieser „Neuorientierung“ ländlicher Entwicklung sind:

- Verlagerung von Entscheidungskompetenz auf die lokale/regionale Ebene,
- sektorübergreifender Ansatz,
- Bedeutung von Kooperation und Vernetzung,
- Mobilisierung der Menschen einer Region und
- Stärkung ihrer Handlungskompetenz und –spielräume (vgl. ESPARCIA et al. 1999).

¹ Liaisons Entre Actions de Développement de l'Économie Rurale (Aktionen zur ländlichen Entwicklung auf Initiative der Kommission).

Aufgegriffen wurden diese „neuen“ Ansätze in der Folge auch im Rahmen nationaler und europäischer Politiken zur Förderung des ländlichen Raumes. So erfolgte im Rahmen der EU-Strukturpolitik Ende der 80er Jahre eine Orientierung hin zu einem gebietsbezogenen, endogenen Modell ländlicher Entwicklung (RAY, 2000). Dies zeigte sich zum einen in der Verlagerung der Förderung von einem sektoralen Ansatz hin zu Interventionen, die auf Gebiete mit spezifischen sozio-ökonomischen Nachteilen abzielten (beispielsweise Ziel 1, Ziel 5b und Ziel 6 Regionen) (ebd.). Gleichzeitig entstanden die Gemeinschaftsinitiativen (GI), für die ländliche Entwicklung 1991 die GI LEADER. Ziel von LEADER war die Initiierung von innovativen Ansätzen ländlicher Entwicklung auf der lokalen Ebene durch im wesentlichen small-scale actions (ebd.). Nach den ersten Erfahrungen mit LEADER I (1991 – 1993) erfolgte die Ausweitung und Verlängerung der Initiative als LEADER II (1994 – 1999). Im Rahmen der Agenda 2000 wird die Gemeinschaftsinitiative LEADER+ angeboten.

In Folge der Rio-Konferenz gelangte auch das Konzept der Nachhaltigkeit stärker in die Diskussion. Angestrebt wurden jetzt nachhaltige regionale Entwicklungsansätze, nicht nur für den ländlichen Raum. So wurde z. B. der Wettbewerb des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen „Regionen der Zukunft“ initiiert, um regionale Handlungsspielräume einer nachhaltigen Raum- und Siedlungsentwicklung zu entwickeln und zu nutzen (ADAM, 1998). Vielerorts wurden Agenda 21 Prozesse initiiert. Zum Teil erfolgte eine Verzahnung neu entstehender Agenda 21 Aktivitäten mit der Aktionen der Regionalentwicklung im Rahmen von LEADER II wie z. B. in der hessischen Region Burgwald (vgl. SCHULTE, 1999) oder im saarländischen LEADER II Projekt „Reaktivierung lokaler und regionaler Kreislaufwirtschaften Nohfelden“ (vgl. RAUE, 2001).

Die Gemeinschaftsinitiative LEADER II ist also eingebettet in einen allgemeinen Prozess der Reorientierung von ländlicher Entwicklung hin zu einer stärkeren Betrachtung der Region als einheitlicher Naturraum, Wirtschaftsraum und gesellschaftlicher Raum, der zum Ausgangspunkt von Politik und Planung gemacht werden soll (vgl. HESSE, 2000). Durch die Aufnahme partizipativer, kritischer Ansätze der eigenständigen Regionalentwicklung in „staatliche“ Politiken und Förderprogramme wurde nach Einschätzung einiger Autoren allerdings der Einfluss unabhängiger Akteure und Initiativen zurückgedrängt und der Einfluss des öffentlichen Sektors gestärkt (vgl. BRUCKMEIER, 2000). „Durch LEADER wurden ländliche Entwicklungsprojekte mehr politisch kontrolliert, standardisiert und verwaltet“ (ebd., vgl. auch SHUCKSMITH, 2000).

Evaluierung endogener ländlicher Entwicklungspolitiken

Im Zuge der Verbreitung von Elementen eigenständiger bzw. endogener Entwicklung in nationale und EU-Politiken entwickelte sich eine Diskussion über die Frage, wie Methoden und konzeptionellen Ansätze von Evaluierung dem partizipativen Ansatz endogener ländlicher Entwicklung gerecht werden können.

Das Konzept der endogenen ländlichen Entwicklung beinhaltet als zentrale Elemente

- das Gebiet mit all seinen unterschiedlichen Akteuren und Ressourcen, Traditionen und Geschichte als Ausgangspunkt von Entwicklung und als Referenzsystem zur Bewertung von Veränderungen,
- die Beteiligung sowie die Entscheidungs- und Handlungskompetenz der lokalen Akteure,
- die Betrachtung von Entwicklung als dynamischen „Lern“prozess.

Evaluierung sollte diesen Elementen Rechnung tragen, indem sie:

- (1) lokale Akteure an der Entscheidung über Ziele, Inhalte und Methode von Evaluierungen beteiligt,
- (2) zum Lernprozess in der Region (und darüber hinaus) beiträgt,
- (3) Interpretation und Bewertung von Wirkungen vor dem Hintergrund des lokalen Kontext (und damit auch gemeinsam mit den lokalen Akteuren) vornimmt.

Daraus ergibt sich, dass die Akteure eines Gebiets als „Experten“ an einer Evaluierung beteiligt sein sollten, und dass die Rolle des Evaluators sich vom externen Experten hinzu einem unterstützenden Moderator verschieben sollte. Diese Überlegungen spiegeln sich auch in der Diskussion von Ansätzen und Methoden zur Selbstevaluierung wider, wie sie z. B. die Deutsche Vernetzungsstelle LEADER II im Rahmen eines Seminars² und in Veröffentlichungen oder die Europäischen Beobachtungsstelle mit der Einrichtung eines online-Forems zur Bottom-up Evaluierung angestossen hat.

„Participation and local knowledge are therefore central to the meaning of endogeneity. Logically, therefore if local people are to be credited with the capacity to design and implement their own development (...), then it would seem appropriate that they should also be centrally involved in any assessment of the value of their actions.“ (Ray, 1999a)

Einige Autoren sehen auch die Notwendigkeit, dass Evaluierungen endogener ländlicher Entwicklung sich auf die entstehenden Prozesse und Strukturen konzentrieren sollten statt auf „tangible products“ (WRIGHT, 1990; ASBY AND MIDMORE, 1993; RAY, 1999b; zitiert in RAY 1999a). Dies wird nicht zuletzt damit begründet, dass es erhebliche Unterschiede zwischen dem Zeithorizont von Förderprogrammen und den damit verbundenen Evaluierungen und dem Zeitraum, den lokale Entwicklungsinitiativen brauchen, um nachhaltige sichtbare sozioökonomische Wirkungen hervorzubringen, gibt.

² Grundlagen und Probleme der Evaluierung von ländlichen Entwicklungsgruppen LEADER-Workshop, 19./20. Januar 2000, Freyburg/Unstrut.

Für alle Strukturfondsinterventionen sind neben der Ex-Ante und Zwischenbewertung eine Ex-Post Bewertung durchzuführen, in der die Auswirkungen auf nationaler und gemeinschaftlicher Ebene analysiert werden. Aufgrund dieser Vorgabe geben die zuständigen Programmverantwortlichen der jeweiligen Länder Evaluierungsstudien in Auftrag. Der inhaltliche und z. T. methodische Rahmen wird durch die entsprechenden Leitlinien und Veröffentlichungen der EU-Kommission gesetzt. Evaluierung dient hier in erster Linie der Überprüfung der Verwendung öffentlicher Gelder – ‚wether or not an intervention has been effective and wether or not it represented ‚value for money‘ (RAY, 1999a). Diese Überprüfung ist aus der Sicht des ‚Geldgebers‘ erforderlich, auch vor dem Hintergrund, dass für die Verwendung öffentlicher Gelder Rechenschaft abgelegt werden muss.

Die oben skizzierte Diskussion über die Anforderungen/Herausforderungen, die Initiativen wie LEADER sowohl in konzeptioneller als auch in methodischer Hinsicht an Evaluierung stellen, ist zwar auch von der Kommission aufgegriffen worden, beispielsweise im Rahmen des Seminars zu qualitativen Verbesserungen der Ex-post Bewertungen von LEADER II, hat sich in den Leitlinien zur Ex-post Bewertung von LEADER II jedoch nur wenig niedergeschlagen. Auch das Bewusstsein der zuständigen Behörden zur Bereitstellung der entsprechenden Mittel und des erforderlichen zeitlichen Rahmens wächst nur langsam.

Der vorliegende Arbeitsbericht, die Ex-post Evaluierung des schleswig-holsteinischen LEADER II Programms, gibt einen Überblick über die Umsetzung und erste Wirkungen des Programms. Aufgrund des engen zeitlichen Rahmens war es leider nur in Ansätzen möglich, entsprechende methodische Ansätze zu entwickeln und zu erproben. In den durchgeführten Erhebungen und Befragungen, die eher konventionellen Vorgehensweisen folgte, wurde zumindest die subjektive Einschätzung und Perspektive der Akteure konsequent berücksichtigt.

Es wurde auch versucht das Zusammenwirken mit anderen in Schleswig-Holstein vorhandenen Ansätzen einer regionalen endogenen Entwicklung aufzugreifen. Dies konnte im Rahmen der vorliegenden Studie allerdings nur in Ansätzen geschehen, da sie sich im wesentlichen auf die mit LEADER II-Mitteln geförderten Maßnahmen beschränkt. Es wäre jedoch wünschenswert den Wechselwirkungen zwischen den verschiedenen Initiativen in Zukunft mehr Beachtung zuzuschicken.

Trotz der selbstkritisch erkannten methodischen Defizite der Studie im Hinblick auf die Evaluierung von Förderprogrammen endogener ländlicher Entwicklung sollte zumindest in dieser Einführung auf den Bedarf an weiterer Forschung im Bereich der Entwicklung von Methoden und Konzepten zur Evaluierung endogener Entwicklungsprozesse hingewiesen werden. Erste Ansätze finden sich in Deutschland z. B. mit der von Seibert und Geissendörfer entwickelten Engpaßanalyse (vgl. GEIBENDÖRFER, 2000; SEIBERT, 2000). Eine Vielzahl von methodischen Anregungen können auch aus den Erfahrungen mit parti-

zipativen Ansätzen von Monitoring und Evaluierung in der Entwicklungszusammenarbeit gewonnen werden (Eine Vielzahl von Literaturhinweisen, Links und Dokumentationen befindet sich z. B. auf der Internetseite der Weltbank: www.worldbank.org/participation, vgl. auch ESTRELLA and GAVENTA, o.J.).

Abschließend möchte ich kurz einige aus meiner Sicht wichtige offene Fragen aufführen, die einer weiteren Bearbeitung bedürfen:

Welche Methoden können/sollten eingesetzt werden, um die lokalen/regionalen Akteure in die Bewertung der Wirkungen einzubeziehen?

Welche Methoden und Vorgehensweisen sind geeignet dazu beizutragen, dass Evaluierungen den Lernprozess in den Regionen aber auch in den mit der Durchführung von Förderprogrammen beauftragten Institutionen unterstützen? Wie kann die Spannung zwischen Evaluierung als Instrument der Kontrolle (der Effizienz der Mittelverwendung) einerseits und Evaluierung als Lern- und Steuerungselement andererseits aufgelöst werden?

Wie können qualitative Merkmale von Entwicklungsprozessen operationalisiert werden, um auch eine vergleichende Analyse zu ermöglichen?

Die Umsetzung und die Evaluierung der Gemeinschaftsinitiative LEADER + werden Möglichkeiten bieten, Ansätze und Methoden der Evaluierung weiterzuentwickeln. So wird der Selbstevaluierung der Lokalen Aktionsgruppen sowohl von der EU-Kommission als auch von einigen Länderprogrammen ein grössere Bedeutung eingeräumt und z. T. wird diese auch in die Förderung einbezogen. Die zu erwartende Vielfalt an eingesetzten Methoden kann wertvolle Impulse für die Gestaltung der Programmevaluierungen geben.

1.2 Zielsetzung der Studie

Aus dem Auftrag der Studie sowie aus dem Leitfaden zur Ex-post-Bewertung der Gemeinschaftsinitiative LEADER II ergeben sich die zentralen Fragestellungen, die in dieser Studie beantwortet werden sollen.

Zunächst gilt es, den Vollzug anhand finanzieller und materieller Indikatoren sowie die Wirkungen der durchgeführten Aktionen anhand von Ergebnis- und Wirkungsindikatoren zu erfassen. Diese Informationen fließen in die Beantwortung der folgenden Fragen ein:

1. Wurden die angestrebten Ziele des schleswig-holsteinischen LEADER II-Programms erreicht?

2. Welche Wirkungen weist das Programm insbesondere im Hinblick auf Beschäftigung und Verbesserung der Wirtschaftsstruktur auf?
3. In welchem Maße haben die LEADER II-Projekte zur Verringerung des Entwicklungsrückstands im Zielgebiet beigetragen?
4. Welche Probleme v. a. bei der Steuerung und Implementation traten auf, die die Umsetzung und Wirksamkeit der Fondsinterventionen beeinträchtigt haben?

Darüber hinaus ist die Betrachtung der spezifischen Ziele von LEADER von zentraler Bedeutung. Hier gilt es zwei Fragen zu klären:

1. In welchem Umfang wurden die spezifischen Ziele von LEADER verwirklicht?
2. Wie hat sich die Realisierung der spezifischen Ziele von LEADER auf die Wirkungen der Projekte und auf die Effizienz des Programms ausgewirkt?

Innerhalb dieser Fragen lassen sich noch gewisse Gewichtungen vornehmen, die sich aus der Implementation des LEADER II-Programms in Schleswig-Holstein ergeben. So kann beispielsweise aufgrund des geringen Mittelvolumens Frage 3 nur am Rande und eher qualitativ beantwortet werden.

1.3 Aufbau der Studie

In Kapitel 2 wird der methodische Ansatz und die Vorgehensweise zur Bewertung des schleswig-holsteinischen Programms dargelegt. Danach erfolgt in Kapitel 3, basierend auf der Zwischenbewertung, eine Darstellung der sozio-ökonomischen Entwicklung seit Programmbeginn. Anschließend folgt in Kapitel 4 eine kurze Darstellung der Gemeinschaftsinitiative LEADER II. In Kapitel 5 folgt die Darstellung des Integrierten Operationellen Programms (IOP) LEADER II Schleswig-Holsteins sowie ein Überblick über die Umsetzung gefolgt von einer Übersicht über regionale Entwicklungsinitiativen in Schleswig-Holstein. Kapitel 6 gibt einen Überblick über regionale Entwicklungsinitiativen im LEADER II-Gebiet. Die Untersuchung der Wirkungen der durchgeführten Maßnahmen und - soweit möglich - eine Einschätzung zur Effizienz des Programms wird in Kapitel 7 vorgenommen. Hierbei erfolgt eine Darstellung und Einschätzung der durchgeführten Maßnahmen nach Maßnahmenkategorien. Anschließend wird in Kapitel 8 dargestellt, wie die Besonderheiten von LEADER umgesetzt wurden und welche Wirkungen festzustellen waren. Zusammenfassend werden dann die Wirkungen des Programms auf Umwelt, Einkommen und Beschäftigung sowie Chancengleichheit in Kapitel 9 dargestellt. Abschließend werden in Kapitel 10 Schlussfolgerungen und Empfehlungen für die Gestaltung zukünftiger Programme gegeben.

2 Methodisches Vorgehen

Grundsätzlich folgt eine Evaluierung in vier Schritten, wie Übersicht 1 verdeutlicht. Dieser Vorgehensweise folgt auch die vorliegende Studie.

Übersicht 1: Schritte einer Evaluierung

Strukturieren:	<ul style="list-style-type: none">• Strukturierung der Maßnahmen, Typologisierung• Ergänzung der Daten zur Begleitung• Herausarbeitung und Systematisierung der zu evaluierenden Wirkungen• Festlegung der relevanten Indikatoren und Erhebungsmethoden
Beobachten/Erheben	<ul style="list-style-type: none">• Aufbereitung der vorhandenen Informationen• Auswahl des Untersuchungsgebiets und Stichproben• Durchführung von Erhebungen, Feldforschung
Analysieren	<ul style="list-style-type: none">• Auswertung der Erhebungen, Vergleich mit Literatur und anderen relevanten Daten
Bewerten	<ul style="list-style-type: none">• Zusammenfassende Bewertung• Schlussfolgerungen und Empfehlungen

Quelle: Eigener Entwurf

In der Methodenwahl und Vorgehensweise muss sich eine Evaluierungsstudie an den Charakteristika des Untersuchungsgegenstands, in diesem Fall des LEADER II-Programms SCHLESWIG-HOLSTEIN orientieren. LEADER II verfolgt den Ansatz einer endogenen ländlichen Entwicklung. Der Ansatz der endogenen Entwicklung beruht auf

- dem Glauben an die Fähigkeit der lokalen Akteure, ihre eigenen Entwicklungsstrategien zu planen und umzusetzen,
- der Betrachtung von Entwicklung als einem Lernprozess,

als zentralen Elementen (vgl. RAY, 1999a).

Daraus ergibt sich logischerweise, dass die lokalen Akteure auch an der Einschätzung des Wertes ihrer Aktionen beteiligt werden sollten (ebd.), und dass Evaluierung zum „Lernprozess“ beiträgt.

Diese Überlegungen spiegeln sich auch in der Diskussion um partizipative Bewertungsansätze und Selbstevaluierung in der Gemeinschaftsinitiative LEADER II wider (vgl. Europäische Beobachtungsstelle, 1999; HERRENKNECHT, 2000; Deutsche Vernetzungsstelle LEADER II, 2000).

Eine Programmevaluierung muss jedoch auch den Anforderungen der übergeordneten Ebenen, in diesem Falle der EU-Kommission und des Landes SCHLESWIG-HOLSTEIN, gerecht werden und eine Bewertung der Durchführung und Wirksamkeit der Intervention unter dem Blickwinkel ihrer spezifischen Zielsetzungen und Interessen beinhalten.

Die idealtypische Vorgehensweise wäre daher, aufbauend auf lokalen Bewertungsprozessen in Zusammenarbeit mit den Akteuren eine zusammenfassende Metaevaluierung auf Programmebene vorzunehmen. Da Ansätze zur Selbstevaluierung im ländlichen Raum Schleswig-Holsteins kaum vorhanden sind, war dies nicht möglich. Um jedoch den Anspruch, lokale Akteure an der Bewertung endogener Entwicklungsprozesse zu beteiligen, zumindest ansatzweise zu berücksichtigen, wurde der subjektiven Einschätzung der Wirkung der von ihnen realisierten Aktionen durch die Akteure eine entsprechende Bedeutung eingeräumt.

Im Rahmen des Bewertungsprozesses kamen unterschiedliche methodische Instrumente zum Einsatz (vgl. Tabelle 1).

Tabelle 1: Instrumente zur Bewertung der Wirkungen und Effizienz struktureller Maßnahmen

Instrument	Bewertung der Implementation	Bewertung von Wirkung und Effizienz	Repräsentativität
Dokumentenanalyse	++	0	in vollem Umfang
Statistische Auswertung der Förderdaten	++	+ (ergänzende Literaturrecherche)	in vollem Umfang
Fragebogengestützte Erhebungen	+	++ (ergänzende Literaturrecherche)	Repräsentativität abhängig vom Auswahlverfahren der Stichprobe
Expertenbefragungen	+	++	Tlw. repräsentativ
Leitfadengestützte Befragungen von Zuwendungsempfängern	+	+	Einzelfallbezogen (Fallstudie)
Begehungen einzelner Projekte	+	+	Einzelfallbezogen (Fallstudie)

Quelle: Eberhardt et al. (2001)

Die Erhebungsphase umfasste zwei Elemente:

Kernbereich der Erhebungen waren Fallstudien ausgewählter Projekte. Fallstudien erlauben einen explorativen Zugang mit dem Ziel, den Kontext und die Effekte einer Maß-

nahme aus Sicht der beteiligten Akteure zu verstehen und Wirkungen und evtl. bisher nicht vermutete (Wirkungs-)Zusammenhänge aufzuspüren.

Im Rahmen der Fallstudien wurden beispielhaft folgende Themenkomplexe betrachtet:

- Projektentstehung und –umsetzung;
- Ergebnisse und - soweit bereits feststellbar - Wirkungen;
- Umsetzung der Besonderheiten von LEADER;
- verwaltungsmäßige Abwicklung, Kooperation zwischen den verschiedenen Fonds.

Die Fallstudien beinhalten neben einer Auswertung der Projektunterlagen Intensivinterviews mit wichtigen Akteuren. Hierzu wurde ein allgemeiner Gesprächsleitfaden für die Projektträger entwickelt, der durch jeweils projektspezifische Fragen ergänzt wurde (vgl. Anhang 1). Neben Intensivinterviews mit den Projektträgern wurde eine Befragung der für die Fallstudienprojekte zuständigen Bewilligungsstellen bzw. Fachreferate der Ministerien durchgeführt.

Die Fallstudienprojekte sollten möglichst die inhaltlichen und räumlichen Schwerpunkte der Programmumsetzung widerspiegeln. Die Auswahl der Projekte erfolgte auf einer gemeinsamen Veranstaltung mit den Fachreferaten der beteiligten Ministerien, basierend auf einem Vorschlag der Bewerberin. Es wurden sieben Projekte ausgewählt.

Zusätzlich zu den Fallstudien wurde eine schriftliche Befragung aller nicht im Rahmen der Fallstudien erfassten Projektträger durchgeführt. Hierbei war das Ziel, u. a. in den Fallstudien ermittelte Tendenzen z. B. bezüglich der Abwicklung des Programms oder einzelner inhaltlicher Aspekte auf ihre Bedeutung im Kontext des Gesamtprogramms zu überprüfen.

In der schriftlichen Befragung wurden des Weiteren die Aspekte Verwaltungs- und Finanzierungsmodalitäten sowie Innovation und Vernetzung erfasst. Hierzu wurden Fragebögen an 34 Projektträger zu insgesamt 38 Projekten versandt. Der Rücklauf betrug 77 %, bezogen auf die Anzahl der Projektträger, und 82 % bezogen auf die Projekte. Somit standen für die Auswertung Angaben von 31 Projektträgern (78 %) zu 37 Projekten (80 %) zur Verfügung.

Die im Rahmen der Erhebungen verwendeten Leitfäden und Fragebögen sowie eine Liste der Interviewpartner befinden sich in Anhang (Anhang 1 bis 5).

2.1 Indikatoren im Rahmen der Ex-post-Bewertung

Die Bewertung des Programms erfolgt auf Basis einer Auswahl geeigneter Indikatoren. Bei der Darstellung der Indikatoren soll zwischen verschiedenen Indikatorenkategorien unterschieden werden, die im Rahmen der Programmbewertung systematisch erhoben bzw. ausgewertet werden:

- Finanzielle Indikatoren,
- Vollzugs- bzw. Output Indikatoren,
- Ergebnisindikatoren,
- Wirkungsindikatoren.

Finanzielle Indikatoren müssen für die Programmabwicklung aus Gründen des Haushaltsrechts und der Rechnungslegung erfasst werden. Darüber hinaus wurden weitere finanzielle Indikatoren erfasst, die u. a. Auskunft über die inhaltliche Schwerpunktsetzung und die Herkunft der nationalen öffentlichen Mittel geben. Folgende finanzielle Indikatoren wurden im Rahmen der Programmbewertung erfasst:

- Umfang der geplanten, bewilligten und ausgezahlten Mittel für das Gesamtprogramm und für die Programmteile der einzelnen Strukturfonds;
- Anteil der Strukturfondsmittel an den geplanten und bewilligten öffentlichen Mitteln;
- Anteil der Maßnahmekategorien an den gesamten öffentlichen Mitteln;
- Herkunft der öffentlichen Mittel nach Fonds;
- Anteil der verschiedenen öffentlichen und privaten Mittel an den förderfähigen Gesamtkosten nach Fonds;
- Herkunft der Landesmittel zur nationalen Kofinanzierung;
- durchschnittliche förderfähige Gesamtkosten, öffentliche Mittel und Strukturfondsmittel je Projekt nach Fonds.

Vollzugs- bzw. Outputindikatoren bieten quantitative Informationen über die Realisierung einer Maßnahme. Als Output wird hier alles betrachtet, was man im Austausch für öffentliche Ausgaben erhält (vgl. EUROPEAN COMMISSION, 1999). Die Indikatoren sind zumeist physischer Art wie z. B. km Radwegebeschilderung, Zahl der durchgeführten Informationsveranstaltungen und Zahl der Beratungsgespräche. Sie werden auf Projektebene erfasst. Abgesehen von dem Indikator „Anzahl der bewilligten bzw. durchgeführten Projekte“ ist eine Zusammenfassung der Indikatoren nur bedingt möglich, da sich die Projekte in ihrem physischen Output erheblich unterscheiden.

Ergebnisindikatoren geben Auskunft über den unmittelbaren Effekt einer Maßnahme für die direkten Empfänger oder Nutznießer („beneficiaries“). Ergebnisindikatoren sind z. B. die Zahl der Existenzgründungen, die Zahl der Nutzer von neu geschaffenen Einrichtungen oder die Anzahl der Teilnehmer an einer Weiterbildungsmaßnahme.

Wirkungsindikatoren schließlich sollen Aufschluss über die (kurz-) bis mittelfristigen direkten oder indirekten Wirkungen geben (MEANS-HANDBUCH, 1995), wie z. B. die Anzahl neuer Beschäftigungsverhältnisse oder die Anzahl von Teilnehmern einer Qualifizierungsmaßnahme, die einen Arbeitsplatz im ersten Arbeitsmarkt gefunden haben.

Der Leitfaden zur Ex-post-Bewertung von LEADER II beinhaltet eine indikative Liste möglicher materieller Indikatoren sowie Indikatoren zur Erfassung der unmittelbaren und endgültigen Wirkungen, unterteilt nach Maßnahmekategorien. Auch im IOP des Landes Schleswig-Holstein sind Indikatoren nach Maßnahmekategorien zur Begleitung und Bewertung aufgeführt. Ferner wurden für jedes Projekt im Projektantrag physische Indikatoren zur Erfassung des Vollzugs, der Ergebnisse und Wirkungen der Projekte angegeben. Entsprechend den Empfehlungen der Zwischenbewertung wurden für einen Teil der Projekte spezifische den Projekten angepasste Indikatoren verwandt (vgl. TISSEN, 1998).

Beispiel: Kinderkulturdorf Bokel

Ziel: Förderung des Kulturangebots im Rahmen ländlicher Entwicklung

Physische Indikatoren zur Messung der Zielerreichung:

- Zahl der Teilnehmer und Teilnehmerinnen an den Angeboten des Kinderkulturdorfes,
- Zahl der Werkverträge für Künstlerinnen und Künstler,
- Zahl der geschaffenen Arbeitsplätze.

In der Berichterstattung über die Projekte wurden Angaben zu den jeweiligen Indikatoren jedoch nicht immer systematisch vorgelegt. Auch eine zusammenfassende Darstellung in den Jahresberichten erfolgte nicht.

Aufgrund der Vielfalt der durchgeführten Maßnahmen ist eine Zusammenfassung der Daten, wie bereits in der Zwischenbewertung angemerkt wurde, nur schwer möglich (TISSEN, 1998). In der schriftlichen Befragung wurden die Projektträger explizit gebeten, soweit möglich auch quantitative Angaben zu machen. Dies ist leider in keinem Fall erfolgt. Daher müssen die Ergebnisse und Wirkungen der Projekte im Wesentlichen qualitativ dargestellt werden.

Grundsätzlich sollte eine Ex-post-Bewertung auch eine Einschätzung zur Zielerreichung eines Programms (Soll-Ist-Vergleich) enthalten. Dies ist allerdings nur möglich, wenn für die im IOP formulierten Ziele Indikatoren mit entsprechenden Quantifizierungen vorliegen (targets). Im Falle des IOP SCHLESWIG-HOLSTEIN wurden weder auf Programmebene noch in den einzelnen Projekten quantifizierte Ziele benannt. Allerdings muss hierbei berücksichtigt werden, dass es kaum möglich ist, für ein Programm, welches eine große inhaltliche Offenheit für die Vorschläge der lokalen Ebene beinhaltet, quantifizierte Ziele wie etwa die Mindestanzahl geschaffener Arbeitsplätze zu definieren.

Neben der Erfassung des Outputs, der Ergebnisse und Wirkungen der Projekte nach Maßnahmekategorien ist auch eine Bewertung der Umsetzung und Wirkungen der Besonderheiten von LEADER erforderlich. Das schleswig-holsteinische LEADER II-Programm nennt hierzu keine Indikatoren. Die Leitlinien zur Ex-post-Bewertung nennen eine Reihe von Fragen, die sich auf die Wirkungen der einzelnen Besonderheiten von LEADER beziehen. Weiterhin finden sich im Dossier der Europäischen Beobachtungsstelle (1999) detaillierte Fragen zur Erfassung der Ergebnisse und Wirkungen der Besonderheiten von LEADER. Diese Fragen basieren auf der Annahme, dass Lokale Aktionsgruppe die entscheidenden Träger der Umsetzung sind. Aufgrund der Tatsache, dass im Rahmen des schleswig-holsteinischen Programms keine Lokalen Aktionsgruppen gab, waren hier entsprechende Anpassungen erforderlich. Auf die Fragen bzw. Merkmale, die zur Bewertung der Umsetzung und Wirkungen der Besonderheiten von LEADER im Rahmen der vorliegenden Ex-post-Bewertung verwandt wurden, wird in Kapitel 8 ausführlicher eingegangen.

3 Sozioökonomische Entwicklungsanalyse

3.1 Abgrenzung der Zielregion

Die Region, in der eine Förderung von Projekten im Rahmen der LEADER-II-Gemeinschaftsinitiative möglich war, entspricht der Ziel-5b-Region in Schleswig-Holstein. Das Gebiet umfasst die Kreise Nordfriesland, Dithmarschen und Schleswig-Flensburg mit Ausnahme der Wohngebiete der Kreisstädte Husum, Heide und Schleswig sowie Teile des Kreises Rendsburg-Eckernförde. Eine Überschreitung der Fördergebietsgrenze ist in einem Fall vorgenommen worden.

Abbildung 1: LEADER II-Zielgebiet in Schleswig-Holstein



Quelle: TISSEN (1997) Gemeindegrenzen Darstellung auf Grundlage der Ziel-5b-Fördergebietsabgrenzung

Das eigentliche Programmgebiet umfasst eine Fläche von 7.543 km², das sind etwa 48 % der Landesfläche Schleswig-Holsteins.

3.2 Sozio-ökonomische Entwicklung im Fördergebiet

Die Ausgangslage des Programmgebiets war durch folgende Charakteristika gekennzeichnet (vgl. IOP LEADER II):

- Die Kreise im Programmgebiet weisen gegenüber dem Landesdurchschnitt deutlich geringere Wanderungsgewinne auf.
- Für das Programmgebiet ergibt sich eine überdurchschnittliche Bedeutung des primären Sektors und eine unterdurchschnittliche des sekundären Sektors.
- Die Industriedichte³ liegt weit unter dem Landesdurchschnitt.
- Im Programmgebiet befinden sich ökologisch besonders wertvolle Gebiete wie z. B. der „Nationalpark Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer“ oder die Eider-Treene-Sorge-Niederung. Durch Umwelteinflüsse vielfältigster Art sind viele diese Lebensräume gefährdet.

Folgende Stärken und Schwächen wurden im IOP LEADER II als vorrangig angesehen:

- In den Kreisen des Programmgebiets fehlten Beschäftigungsmöglichkeiten im gewerblichen Bereich. Insbesondere bestand ein Mangel an Betrieben des verarbeitenden Gewerbes.
- Vor allem in den ländlichen Gebieten an der Westküste und in den Kreisen Schleswig-Flensburg und Rendsburg-Eckernförde fehlte es noch immer an einer hinreichend breiten Basis innovativer Gewerbebetriebe und moderner Dienstleistungsbetriebe.
- Akute Probleme wurden durch Truppenabbau und Konversionserfordernisse bisher angegliederter Firmen (z. B. Rüstungsindustrie) erwartet. Betroffene Standorte im Fördergebiet waren v. a. im Kreis Nordfriesland Husum und Leck, im Kreis Schleswig-Flensburg Kappeln und Süderbrarup oder Eckernförde im Kreis Rendsburg-Eckernförde.
- Als wesentliche Stärke wurde der Fremdenverkehr im 5b-Gebiet gesehen. Er bildet die Grundlage für wichtige Haupt- und Nebenerwerbsquellen.

³ Anzahl der in der Industrie Beschäftigten je 1.000 Einwohner.

Die Entwicklung der wichtigsten Kontextindikatoren für das Programmgebiet seit Beginn der Förderperiode ist in der Ex-post-Bewertung des Ziel-5b-Programms ausführlich dargestellt.

Die Begründung für spezifische Fördermaßnahmen im ländlichen Raum Schleswig-Holsteins hat sich nicht wesentlich geändert. Der Vergleich der statistischen Kennziffern zum Ende der Förderperiode 1999 (Datenbasis zumeist 1997 bis 2000) mit denen vor Beginn 1994 der Förderperiode (Datenbasis zumeist 1990 bis 1993) zeigt, dass sich bis heute wenig Änderungen der externen Rahmenbedingungen ergeben haben. Das Gefälle zwischen den Ziel-5b-Kreisen und dem Landesdurchschnitt in Schleswig-Holstein hat sich nur geringfügig verringert.

Im Vergleich zu den Aussagen des IOP und der Zwischenbewertung lässt sich Folgendes festhalten:

- Die Kreise des Programmgebiets zeichnen sich durch eine im Vergleich zum Landesdurchschnitt stärkere Zuwanderung aus, die sich weiter fortgesetzt hat.
- Die Einkommenssituation in den Ziel-5b-Kreisen bleibt weiter hinter dem Landesdurchschnitt zurück.
- Die Arbeitslosenquote hat sich im Programmgebiet seit Beginn der Förderperiode deutlich erhöht.
- Die stark saisonale Ausprägung der Arbeitslosenquote bleibt bestehen.

Eine wesentliche Änderung der Programminhalte war somit nicht erforderlich, weil die grundsätzliche Struktur und Ausrichtung sowohl des Ziel-5b -Programms als auch des LEADER II- Programms über den gesamten Programmplanungszeitraum sachgerecht erschienen. Die Empfehlung der Zwischenbewertung, es sollte aufgrund der starken saisonalen Arbeitslosigkeit eine Konzentration auf die stark saisonabhängigen Segmente Bau und Tourismus vermieden werden bzw. eine saisonverlängernde Wirkung angestrebt werden, ist jedoch nach wie vor gültig.

4 Gemeinschaftsinitiative LEADER II

4.1 Ziele der Gemeinschaftsinitiative LEADER II

In der Mitteilung der Kommission an die Mitgliedstaaten über die Leitlinien für integrierte Globalzuschüsse bzw. operationelle Programme im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative LEADER II ist folgendes Ziel aufgeführt¹⁰:

„Ziel von LEADER II ist es also, in allen Tätigkeitsbereichen im ländlichen Raum Impulse für innovative Maßnahmen der lokalen Aktionsträger des öffentlichen und privaten Sektors zu geben, diese konkreten Erfahrungen in der ganzen Gemeinschaft bekannt zu machen und den ländlichen Aktionsträgern in den einzelnen Mitgliedstaaten gegebenenfalls dabei zu helfen, sich die andernorts erzielten Ergebnisse zunutze zu machen und bestimmte Projekte gemeinsam durchzuführen“.

Darüber hinaus betonen die Leitlinien, dass diejenigen Aktionen Vorrang erhalten sollen, die mit einer allgemeinen Strategie zur ländlichen Entwicklung (auf der regionalen bzw. lokalen Ebene) im Sinne einer endogenen lokalen Entwicklung verknüpft sind.

Aus diesen Zielformulierungen können folgende allgemeine Ziele der Gemeinschaftsinitiative konkretisiert werden¹¹:

- Endogene lokale Entwicklung;
- Mitwirkung der Akteure;
- Impulse für Innovative Aktionen;
- übertragbare Aktionen mit Modellcharakter.

Endogene lokale Entwicklung beinhaltet zum einen den **gebietsbezogenen Ansatz**, d. h. es sollen eigenständige vor Ort entwickelte Strategien gefördert werden, die auf den besonderen Ressourcen und Bedürfnissen des jeweiligen Gebiets¹² basieren. Hieraus ergibt sich auch die Anforderung eines **multisektoralen Ansatzes**, d. h. einer Kooperation und Verbindung zwischen den verschiedenen Sektoren eines Gebiets.

¹⁰ Mitteilung an die Mitgliedstaaten über die Leitlinien für integrierte Globalzuschüsse bzw. operationelle Programme, die Gegenstand von Zuschussanträgen der Mitgliedstaaten im Rahmen einer Gemeinschaftsinitiative sind („LEADER II“). Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften (01.071994) Nr. C 180, S. 48-59.

¹¹ Vgl. Europäische Kommission (1999).

¹² Richtwert: unter 100.000 Einwohner, vgl. Leitlinien zu LEADER II.

Die *Mitwirkung der Akteure* beinhaltet vor allem die Einbeziehung der lokalen Bevölkerung in Planung und Umsetzung von Strategien und Maßnahmen ländlicher Entwicklung (**Bottom-up-Ansatz**). Im Prinzip geht es darum, ein breites Spektrum von Interessengruppen anzusprechen, das alle Aspekte des politischen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Lebens abdeckt, ihre Motivationen und Erwartungen zu umreißen und die Gruppen dadurch zu beteiligen, dass ihre Aufmerksamkeit auf diejenigen Elemente und Phasen des Projekts gelenkt wird, die für sie am wichtigsten sind (Europäische Beobachtungsstelle LEADER, 1997, S. 11). Darüber hinaus beinhaltet dieses allgemeine Ziel auch die Verlagerung von Entscheidungskompetenz über die konkreten Schritte der Umsetzung einer gebietsbezogenen Entwicklungsstrategie auf die lokale Ebene sowie die Schaffung der entsprechenden Strukturen (**Lokale Aktionsgruppen – LAG** bzw. Kollektive Aktionsträger - KA).

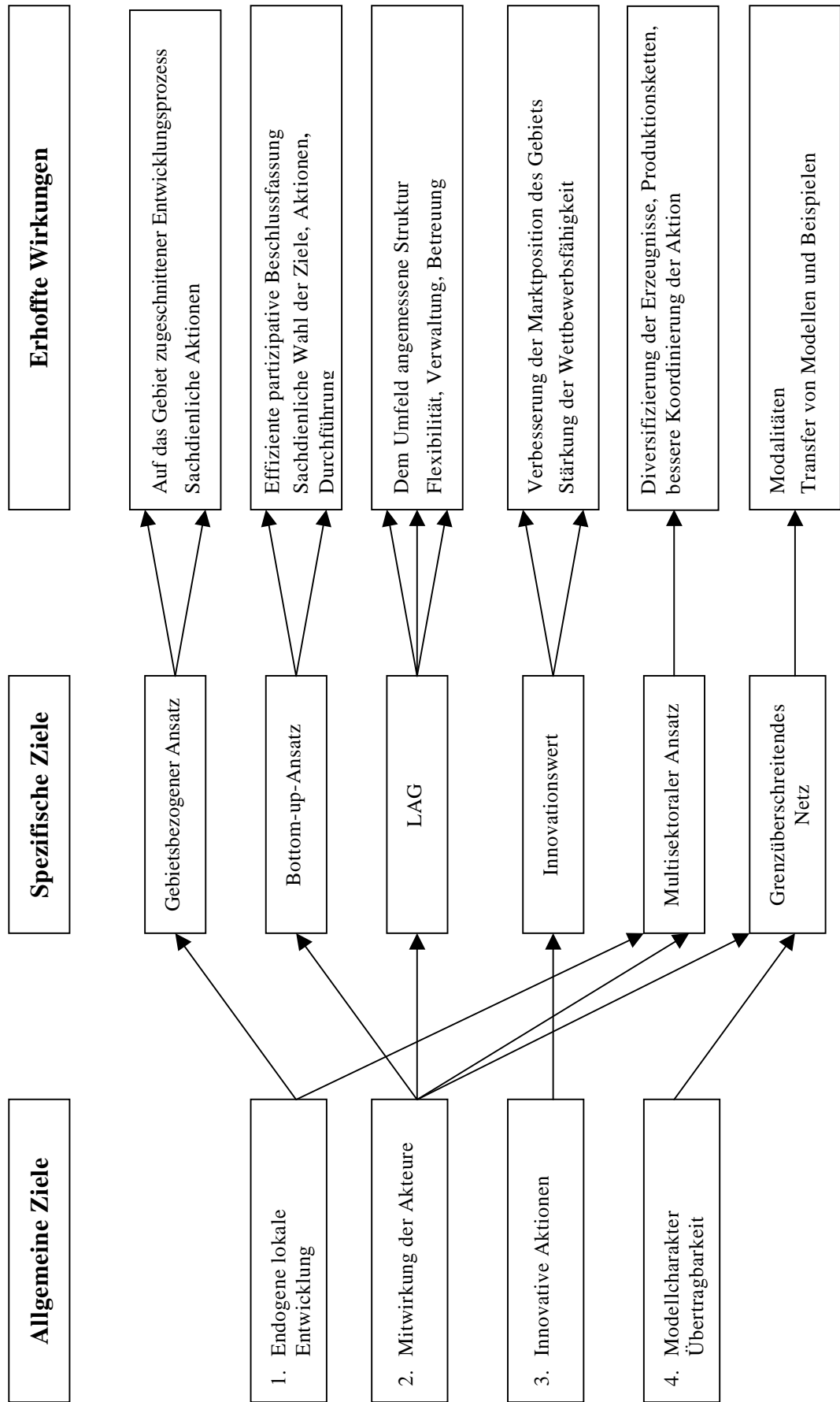
Innovation beinhaltet „die planvolle, zielgerichtete Erneuerung und auch Neugestaltung von Teilbereichen, Funktionselementen oder Verhaltensweisen im Rahmen eines bereits bestehenden Funktionszusammenhangs (soziale oder wirtschaftliche Organisation) mit dem Ziel, entweder bereits bestehende Verfahrensweisen zu optimieren oder neu auftretenden und veränderten Funktionsanforderungen besser zu entsprechen“¹³. **Der Innovationswert** wird vor dem Hintergrund der Merkmale des jeweiligen Gebiets sowie des Inhalts des Operationellen Programms zur ländlichen Entwicklung für dieses Gebiet beurteilt. Jede Aktion, die neue Lösungen für die speziellen Entwicklungsbedürfnisse eines Gebiets anbietet, kann deshalb als innovative Aktion angesehen werden. Das setzt nicht notwendigerweise voraus, dass die Aktion auch in anderen Gebieten neu ist.

Die Begriffe *Modellcharakter* und *Übertragbarkeit* sind eng miteinander verknüpft. Modellcharakter steht für die Vorbild- und Beispielfunktion eines Projekts auch für andere ländliche Gebiete. Übertragbarkeit beinhaltet neben der Dokumentation der Verfahrensweisen und Ergebnisse auch die Verbreitung der Erfahrungen durch Öffentlichkeitsarbeit und Austausch. Im Rahmen von LEADER II soll dies vor allem durch **grenzüberschreitende Zusammenarbeit** und **Vernetzung** geschehen.

Den Zusammenhang von allgemeinen und spezifischen Zielen von LEADER II verdeutlicht Abbildung 2.

¹³ Brockhaus-Enzyklopädie, Band 10, S. 522 ff.

Abbildung 2: Allgemeine und spezifische Ziele und erhoffte Wirkungen von LEADER II



Quelle: Europäische Kommission (1999)

4.2 Begünstigte und Aktionsbereiche von LEADER II

Die LEADER II-Leitlinien sehen zwei Gruppen von Begünstigten vor¹⁴:

- In erster Linie lokale Aktionsgruppen (LAG) nach der Definition von LEADER I. Diese Gruppen umfassen verschiedene Partner des öffentlichen und privaten Sektors mit einer gemeinsamen Strategie und Innovationskonzepten zur Entwicklung eines ländlichen Gebiets von lokaler Dimension.
- Ferner andere kollektive Aktionsträger (KA) des öffentlichen und privaten Sektors im ländlichen Raum (z. B. Industrie-, Handwerks- und Landwirtschaftskammern, Genossenschaften, Unternehmenszusammenschlüsse, Gemeindeverbände, gemeinnützige Einrichtungen, etc.), sofern deren stärker thematisch ausgerichtete Arbeit in das lokale ländliche Entwicklungskonzept passt.

Die Ziele der Gemeinschaftsinitiative lassen sich in den vier Maßnahmen der LEADER II-Programme wiederfinden. Diese sehen die Unterstützung von Projekten in folgenden Tätigkeitsfeldern vor:

1. Erwerb von Fachwissen;
2. Programme zur Innovation im ländlichen Raum;
3. Grenzüberschreitende Zusammenarbeit;
4. Vernetzung.

Diese vier Maßnahmenkategorien haben im Einzelnen folgende Zielsetzungen¹⁵:

1. Die Maßnahmenkategorie „Erwerb von Fachwissen“ wird zu Beginn des Planungszeitraums eine wichtige Rolle spielen. Sie betrifft die Finanzierung der technischen Hilfe im Vorfeld der Investitionen. Problemanalyse, Motivierung und Schulung der Bevölkerung, Strategieentwicklung, Schaffung regionaler Netzwerke und die Erschließung von Finanzierungsquellen dienen der zielgerichteten Vorbereitung weiterer Aktivitäten.
2. Die Maßnahme „Programme zur Innovation im ländlichen Raum“ ist der zentrale Aktivitätsbereich der LEADER-Initiative. Diejenigen lokalen Aktions- und Investitionsprogramme sollen den Vorrang erhalten, die folgenden Kriterien genügen:

¹⁴ Mitteilung an die Mitgliedstaaten über die Leitlinien für integrierte Globalzuschüsse bzw. operationelle Programme, die Gegenstand von Zuschussanträgen der Mitgliedstaaten im Rahmen einer Gemeinschaftsinitiative sind („LEADER II“). Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften (01.07.1994) Nr. C 180, S. 48-59.

¹⁵ Ebenda.

- Verknüpfung mit einer allgemeineren Strategie zur ländlichen Entwicklung (regionale, lokale Ebene);
- Anknüpfung an die (vor allem im Rahmen von LEADER I) bereits durchgeführten Aktionen;
- Innovation gegenüber den örtlichen Methoden, Produkten, Herstellungsverfahren, Märkten;
- Modellcharakter und Übertragbarkeit.

In der entsprechenden Mitteilung der Kommission wurden zur einfacheren Identifikation von innovativen Projekten in Anhang. Interventionsbereiche aufgeführt, die sich grob wie folgt gliedern lassen:

- Technische Hilfe zur ländlichen Entwicklung;
 - berufliche Fortbildung und Einstellungszuschüsse;
 - Urlaub auf dem Bauernhof;
 - Kleinbetriebe, Handwerk und Nachbarschaftshilfe;
 - örtliche Erschließung und Vermarktung von Erzeugnissen der heimischen Land- und Forstwirtschaft sowie der Fischerei;
 - Erhaltung und Verbesserung der Umwelt und Lebensqualität.
3. Die Maßnahme Förderung einer „grenzüberschreitenden Zusammenarbeit“ findet unter den gleichen Prämissen wie unter Punkt 2 statt. Innovation tritt in diesem Zusammenhang zugunsten der internationalen Zusammenarbeit eher in den Hintergrund.
 4. Die Maßnahme Vernetzung dient dem Aufbau eines europaweiten Systems der Beobachtung und Auswertung der LEADER-Aktivitäten. In den jeweiligen LEADER-Programmen ist diese Maßnahme nicht im Einzelnen zur Förderung vorgesehen. Jedoch hat das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten bei der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) eine nationale Koordinierungsstelle eingerichtet, die als Bindeglied zwischen den LEADER - Gruppen in den Bundesländern und der europaweiten Vernetzungsstelle in Brüssel dienen soll.

5 IOP LEADER II Schleswig-Holstein

5.1 Ziele und Maßnahmen

Ziel des IOP war es, zusätzliche Anstöße für die Entwicklung innovativer Maßnahmen des öffentlichen und privaten Bereichs zu geben. Dabei stand im Vordergrund, dass sich die für LEADER II vorgesehenen Maßnahmen entsprechend den Leitlinien insbesondere durch die Kriterien der Innovation, der Beispielhaftigkeit und der Übertragbarkeit von den Maßnahmen des Einheitlichen Programmplanungsdokuments Ziel-5b (EPPD) unterscheiden müssen. Da auch das EPPD Raum für integrierte, innovative Maßnahmen ließ, wurde hier als wesentlicher Unterschied der Investitionsumfang gesehen. In LEADER II sollten daher Maßnahmen einbezogen werden, die innovativ sind, aber geringe Investitionen erfordern und damit eher beispielhaft und übertragbar sind (IOP LEADER II Schleswig-Holstein, 1996).

Darüber hinaus wurden keine inhaltlichen Schwerpunkte definiert. Strategie des IOP war es, entsprechend dem bottom-up-Ansatz von LEADER II, für die Vorschläge der lokalen Ebene offen zu sein. Die Qualität und die Kohärenz der zu fördernden Projekte mit den Zielen des Landes Schleswig-Holstein zur Entwicklung ländlicher Räume wurde durch ein Auswahlverfahren sichergestellt, das sich an folgenden Qualitätskriterien orientierte:

- Auswirkungen auf die Beschäftigungsentwicklung;
- Beitrag zur Bewältigung des Agrarstrukturwandels;
- Verbesserung der Qualifizierung;
- Umfang des Technologietransfers;
- Auswirkungen auf die Forschung;
- Verbesserung des Marketings (Produkt- oder Regionalmanagement);
- Auswirkungen auf die Umweltqualität;
- Verbesserung von Information und Kommunikation.

Für die praktische Durchführung des Programms waren nur zwei thematische Maßnahmen von Relevanz. Im Rahmen der Maßnahme 1.8¹⁶ sollten Programme zur Innovation im ländlichen Raum von anderen kollektiven Aktionsträgern gefördert werden¹⁷.

¹⁶ Die Nummerierung der Maßnahmen wurde aus dem Programmdokument übernommen.

¹⁷ Im Rahmen des Genehmigungsprozesses wurde ein Textabschnitt in das IOP aufgenommen, der beinhaltet, dass der Begleitausschuss für das LEADER II-Programm in seiner nächsten Sitzung über

Die spezifische Zielsetzung der Maßnahme 1.8 sollte sich im Prozess der Umsetzung des LEADER-Programms aus den einzelnen Projekten entwickeln. Um sicherzustellen, dass die einzelnen Projekte zu den allgemeinen Zielen der Landespolitik beitragen (s. oben), wurden die Projekte vor ihrer Bewilligung auf ihren Beitrag zu den einzelnen Zielkomponenten überprüft. Daneben wurde die Übereinstimmung mit den LEADER-Kriterien überprüft.

Maßnahme 1.9 „Grenzüberschreitende Zusammenarbeit“ wurde im Programmdokument vor allem in Verbindung mit der Überwindung der Grenze zwischen Deutschland und Dänemark gesehen. Dies sollte zum Beispiel unter Berücksichtigung einer verstärkten Zusammenarbeit im Tourismus, von kleinen und mittleren Unternehmen und einer Anbindung an Datennetze verfolgt werden.

Mittel für die Maßnahme „Erwerb von Fachwissen“ wurden nicht beantragt. Gleiches gilt für die Maßnahme „Innovation im ländlichen Raum - lokale Aktionsgruppen“.

Die Förderung von Aktionen im Rahmen der Maßnahme „Erwerb von Fachwissen“ wurde aufgrund des hohen Ausbildungsstandes der Bevölkerung nicht für erforderlich gehalten. Weiterhin war es ein Interesse der Landesregierung, eher investive Maßnahmen zu unterstützen.

Die Gründe dafür, dass die Maßnahme „Innovation im ländlichen Raum - lokale Aktionsgruppen“ im schleswig-holsteinischen IOP nicht vorgesehen war, sowie die möglichen Folgen/Wirkungen dieser Entscheidung, werden in Kapitel 7.4.3 diskutiert.

5.2 Finanzplanung

Schwerpunkt des schleswig-holsteinischen LEADER-Programms sollte aufgrund der Finanzplanung mit fast 95 % der Gesamtkosten die Maßnahmen „Programme zur Innovation im ländlichen Raum - andere kollektive Aktionsträger“ (1.8) sein. „Grenzübergreifende Zusammenarbeit“ (1.9) und die laufende Begleitung und Bewertung (1.10) nahmen die restlichen 5 % der Mittel in Anspruch. In allen Maßnahmen war eine Kofinanzierung durch die EU-Strukturfonds in Höhe von 40 % geplant (vgl. Tabelle 2).

die Einbeziehung lokaler Aktionsgruppen sowie über die entsprechende Mittelübertragung entscheiden wird. Der entsprechende Beschluss der Begleitausschusssitzung vom 21.06.1996 sah keine Änderung des IOP vor, da keine genehmigungsfähigen integrierten Entwicklungskonzepte vorlagen (Ergebnisprotokoll der Sitzung des Begleitausschusses vom 21.06.1996).

Tabelle 2: Indikativer Finanzierungsplan nach Maßnahmen, Stand 1996 und Stand 1999 (fett)

Maßnahme	Gesamtkosten	Öffentliche Mittel		EU-Strukturfonds			Nat. Mittel		Private Mittel			
		MECU	% von Gesamt	Summe	EAGFL	EFRE	ESF	MECU	% von öffentl. Mittel	MECU	% von Gesamt	
1.6	0,000	0,000	0	0,000	0	0,000	0,000	0,000	0	0,000	0	
1.7	0,000	0,000	0	0,000	0	0,000	0,000	0,000	0	0,000	0	
1.8	15,399	15,399	100	6,159	40	2,349	3,300	0,510	9,240	60	0,000	0
	21,834	21,061	96	8,235	39	3,485	3,842	0,909	12,826	61	0,772	4
1.9	0,750	0,750	100	0,300	40	0,000	0,300	0,000	0,450	60	0,000	0
	0,032	0,032	100	0,013	40	0,000	0,013	0,000	0,019	60	0,000	0
1.10	0,128	0,128	100	0,051	40	0,051	0,000	0,000	0,077	60	0,000	0
	0,130	0,130	100	0,052	40	0,052	0,000	0,000	0,078	60	0,000	0
Summe	16,277	16,277	100	6,510	40	2,400	3,600	0,510	9,767	60	0,000	0
	21,996	21,223	96	8,300	39	3,537	3,854	0,909	12,923	61	0,772	4

Quelle: IOP LEADER II Schleswig-Holstein, Entscheidung der Kommission vom 4.11.1999

Durch Veränderungen im Finanzierungsplan und die Einbeziehung der Indexierungsmittel hat sich das Gewicht noch weiter zugunsten der Maßnahmen „Programme zur Innovation im ländlichen Raum - andere kollektive Aktionsträger“ verschoben, so dass letztendlich 99 % der öffentlichen Mittel für diesen Bereich zur Verfügung standen. Betrachtet man die Kofinanzierung durch die jeweiligen Strukturfonds, so sollten ursprünglich 55 % der EU-Mittel aus dem EFRE, 37 % aus dem EAGFL und 8 % aus dem ESF zur Verfügung gestellt werden. Hier ergab sich im Verlauf der Umsetzung eine Verschiebung zugunsten des EAGFL, aus dem letztendlich 43 % der Strukturfondsmittel zur Verfügung gestellt wurden.

Für die Umsetzung der Förderung wurde von einer Genehmigung des Programms im Jahr 1994 ausgegangen. Die Strukturfondsausgaben sollten in jedem Jahr um etwa 6,5 % ansteigen (vgl. Tabelle 3).

Tabelle 3: Indikativer Finanzierungsplan nach Jahren, Stand 1996 und Stand 1999

Maßnahme	Gesamtkosten	Öffentliche Mittel			EU-Strukturfonds				Nat. Mittel		Private Mittel	
		MECU	MECU	% von Gesamt	Summe	% von öffentl. Mittel	EAGFL	EFRE	ESF	MECU	% von öffentl. Mittel	MECU
1994	2,330	2,330	100,0	0,932	40,0	0,344	0,515	0,073	1,398	60,0	0,000	0,0
	2,549	2,540	99,7	0,989	38,9	0,344	0,515	0,130	1,551	61,1	0,009	0,3
1995	2,475	2,475	100,0	0,990	40,0	0,364	0,548	0,078	1,485	60,0	0,000	0,0
	2,746	2,736	99,6	1,066	38,9	0,370	0,557	0,139	1,671	61,1	0,010	0,4
1996	2,623	2,623	100,0	1,049	40,0	0,387	0,580	0,082	1,574	60,0	0,000	0,0
	2,930	2,920	99,7	1,138	39,0	0,397	0,595	0,146	1,782	61,0	0,010	0,3
1997	2,763	2,763	100,0	1,105	40,0	0,407	0,611	0,087	1,658	60,0	0,000	0,0
	3,088	3,078	99,7	1,199	39,0	0,417	0,627	0,155	1,879	61,0	0,011	0,3
1998	2,948	2,948	100,0	1,179	40,0	0,435	0,652	0,092	1,769	60,0	0,000	0,0
	3,293	3,282	99,7	1,279	39,0	0,446	0,669	0,164	2,003	61,0	0,011	0,3
1999	3,138	3,138	100,0	1,255	40,0	0,463	0,694	0,098	1,883	60,0	0,000	0,0
	7,390	6,667	90,2	2,630	39,5	1,563	0,893	0,174	4,037	60,5	0,722	9,8
Summe	16,277	16,277	100,0	6,510	40,0	2,400	3,600	0,510	9,767	60,0	0,000	0,0
	21,996	21,223	96,5	8,300	39,1	3,537	3,854	0,909	12,923	60,9	0,722	3,5

Quelle: LEADER-Programm Schleswig-Holstein und Entscheidung der Kommission vom 04.11.1999

5.3 Umsetzung von LEADER II in Schleswig-Holstein

Da das IOP LEADER II für Schleswig-Holstein verspätet im April 1996 durch die Kommission genehmigt wurde, konnten erst in der zweiten Jahreshälfte 1996 Entscheidungen über die Auswahl von Projekten getroffen werden. Daher verzögerte sich die Umsetzung gegenüber der ursprünglichen Planung. Tabelle 4 gibt einen Überblick über die Bewilligung von Projekten nach Jahren und Fonds.

Tabelle 4: Anzahl der bewilligten LEADER II-Projekte nach Jahren und Fonds

Jahr der Bewilligung	EAGFL	EFRE	ESF	gesamt
1996	1			1
1997	2	3	2	7
1998	5	4	1	10
1999	7	19	3	29
gesamt	15	26	6	47

Quelle: Mitteilungen von MLR, MWTV und MASGV, eigene Darstellung

Es wird deutlich, dass die Umsetzung von LEADER II letztendlich erst in 1997 begann und insbesondere im Bereich des EFRE zunächst eher langsam anließ.

Zur besseren Orientierung wird im folgenden Kapitel zunächst ein kurzer Überblick über die Umsetzung von LEADER II in Schleswig-Holstein gegeben. Dies beinhaltet eine kurze Übersicht zur Art der Projektträger, der räumlichen Verteilung und inhaltlichen Schwerpunkte der im Rahmen von LEADER II geförderten Projekte. Im Anschluss daran erfolgt die Darstellung und Diskussion der finanziellen Umsetzung.

5.3.1 Überblick über Träger und Projekte

Träger der Umsetzung waren in Schleswig-Holstein ausschließlich Kollektive Aktions-träger (KA). Diese KA waren zugleich Projektträger. Daher werden im Folgenden die beiden Begriffe synonym verwendet.

Einen Überblick über die Projektträgerstruktur gibt Tabelle 5.

Tabelle 5: Struktur der Projektträger

Art des Trägers	Anzahl
Gemeinden, Ämter	15
andere kommunale Träger	10
Vereine, Stiftungen, kirchliche Träger	4
private Träger mit Erwerbszweck	4
Verbände, Kammern, Branchenvertretungen	3
gemischt öffentlich/private Träger	5
Gesamt	41

Quelle: Eigene Darstellung

Aus Tabelle 5 wird deutlich, dass der überwiegende Teil der Projekte von Gebietskörperschaften der lokalen Ebene oder von anderen Trägern in kommunaler Trägerschaft durchgeführt wurde. Zu diesen Trägern gehören u. a. Technologie- und Gründerzentren, Wirtschaftsförderungsgesellschaften und Tourismusvereine bzw. –zentralen. Von einigen Trägern wurde mehr als ein Projekt durchgeführt. In einem Fall wurde ein Projekt von vier Trägern gemeinsam realisiert. Daher weicht die Anzahl der Projekte von der Anzahl der Projektträger ab.

Im Rahmen des schleswig-holsteinischen LEADER II-Programms wurden 47 Projekte bewilligt. Ein großer Teil der Projekte ist bereits abgeschlossen. Einige Projekte, die erst Ende 1999 bewilligt wurden, befinden sich allerdings noch in der Umsetzung.

Ein regionaler Schwerpunkt der Förderung lag deutlich im Kreis Nordfriesland, der zu den strukturschwächsten Kreisen des Ziel-5b-Gebiets zählt. Ein weiterer Schwerpunkt lag mit 11 geförderten Projekten im Kreis Rendsburg-Eckernförde. Insgesamt neun Projekte wurden kreisübergreifend durchgeführt. Vier Projekte betrafen die beiden Westküstenkreise Nordfriesland und Dithmarschen und fünf Projekte betrafen kreisübergreifend alle vier Ziel-5b-Kreise bzw. Teilregionen aller vier Kreise. Ein Projekt wurde in dem an das Ziel-5b-Gebiet angrenzenden Kreis Steinburg durchgeführt (vgl. Tabelle 6).

Tabelle 6: Räumliche Verteilung der LEADER II-Projekte nach Kreisen

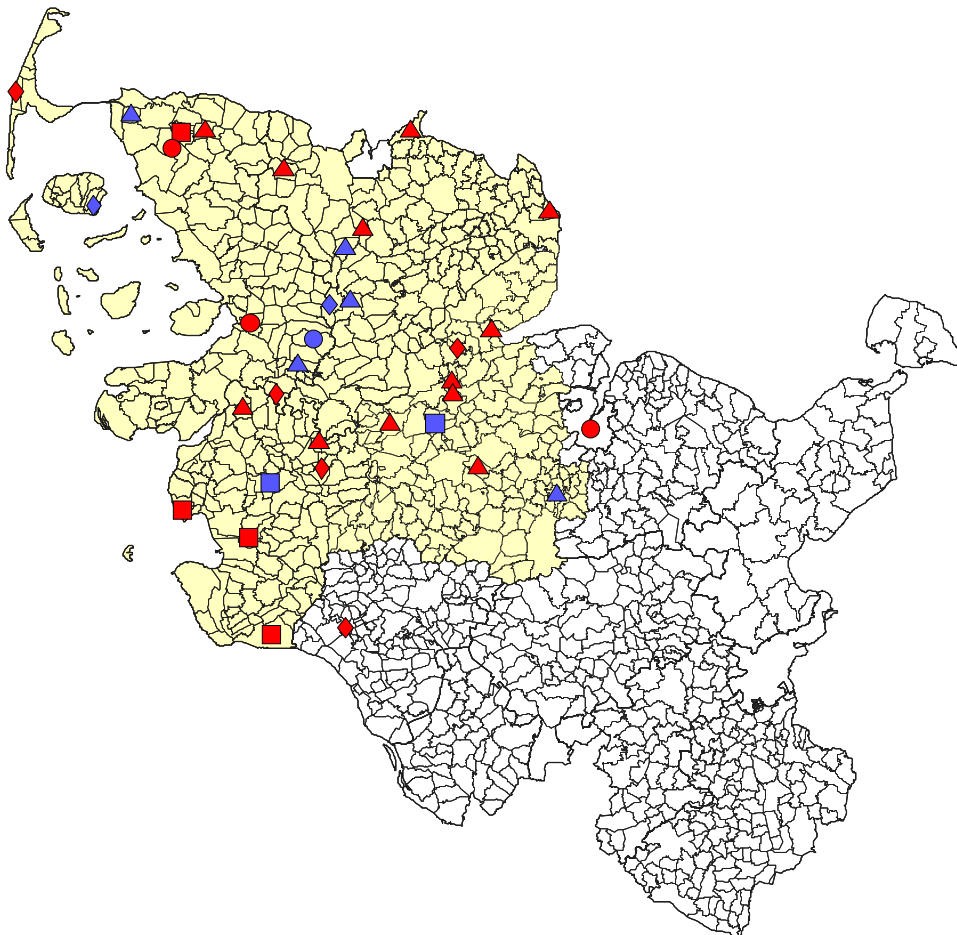
Kreis	Anzahl Projekte
Nordfriesland	13
Rendsburg-Eckernförde	11
Schleswig-Flensburg	8
Dithmarschen	5
Westküste (Dithmarschen/NF)	4
alle vier Kreise betreffend	5
Steinburg	1

Quelle: Eigene Darstellung

Eine detailliertere Übersicht über die räumliche Verteilung sowie das Aktionsgebiet der Projekte gibt die Abbildung 3. Es wurde jeweils der Standort des Projektträgers angegeben. Hierbei werden vier Projektkategorien unterschieden:

- Projekte, die sich auf das Gebiet einer Gemeinde erstrecken;
- Projekte, die in Zusammenarbeit mehrerer Gemeinden bzw. auf Amtsebene durchgeführt werden;
- Projekte, die sich auf einen Kreis erstrecken sowie
- Projekte, die mehrere Kreise umfassen.

Abbildung 3: Räumliche Verteilung der LEADER II-Projekte in Schleswig-Holstein¹⁸



- ▲ Ein Projekt auf Gemeindeebene
- ▲ Zwei Projekte auf Gemeindeebene ¹⁾
- ◆ Ein Projekt auf Amtsebene bzw. mehrere Gemeinden
- ◆ Zwei Projekte auf Amtsebene bzw. mehrere Gemeinden
- Ein Projekt kreisweit
- Zwei Projekte kreisweit
- Ein Projekt über mehrere Kreise
- Zwei Projekte über mehrere Kreise

1) Bordesholm= drei Projekte auf Gemeindeebene.
Quelle: Eigene Darstellung und Landesvermessungsamt Schleswig-Holstein.

¹⁸ Da der Standort des Projektträgers nicht immer mit dem Projektgebiet übereinstimmt, weicht das Bild der Karte z. T. von den Angaben der Tabelle 6 ab. Gelb unterlegte Fläche: Ziel-5b-Gebiet.

Inhaltlich weisen die im Rahmen von LEADER II geförderten Projekte eine große Vielfalt auf. Zum besseren Überblick über die inhaltlichen Schwerpunkte der Projekte wurden die Projekte folgenden Maßnahmekategorien¹⁹ zugeordnet:

- Valorisierung und Vermarktung von regionalen Agrarprodukten (incl. Projekten zur Nutzung erneuerbarer Energien);
- ländlicher Tourismus;
- kleine und mittlere Unternehmen, Handwerk und lokale Dienstleistungen;
- Umwelt und Lebensqualität;
- Ausbildung und Qualifizierung;
- Technische Hilfe zur ländlichen Entwicklung²⁰.

Hierbei ist allerdings zu berücksichtigen, dass fast alle Projekte Elemente aus mehr als einer Kategorie enthalten. Insbesondere die Projekte der Maßnahmekategorie „Ländlicher Tourismus“ beinhalten z. T. auch Elemente zur Verbesserung der Umwelt und Lebensqualität. Die Projekte der Kategorie „Umwelt und Lebensqualität“ leisten in der Regel auch einen Beitrag zur Förderung des ländlichen Tourismus.

Der Schwerpunkt der LEADER II-Projekte lag im Bereich des ländlichen Tourismus, gefolgt von der Maßnahmekategorie „Valorisierung und Vermarktung regionaler Agrarprodukte“ (s. Abbildung 4). Innerhalb der Kategorie „Valorisierung und Vermarktung regionaler Agrarprodukte“ dominieren die Projekte zur Förderung der Nutzung regenerativer Energien (8 von 13 Projekten).

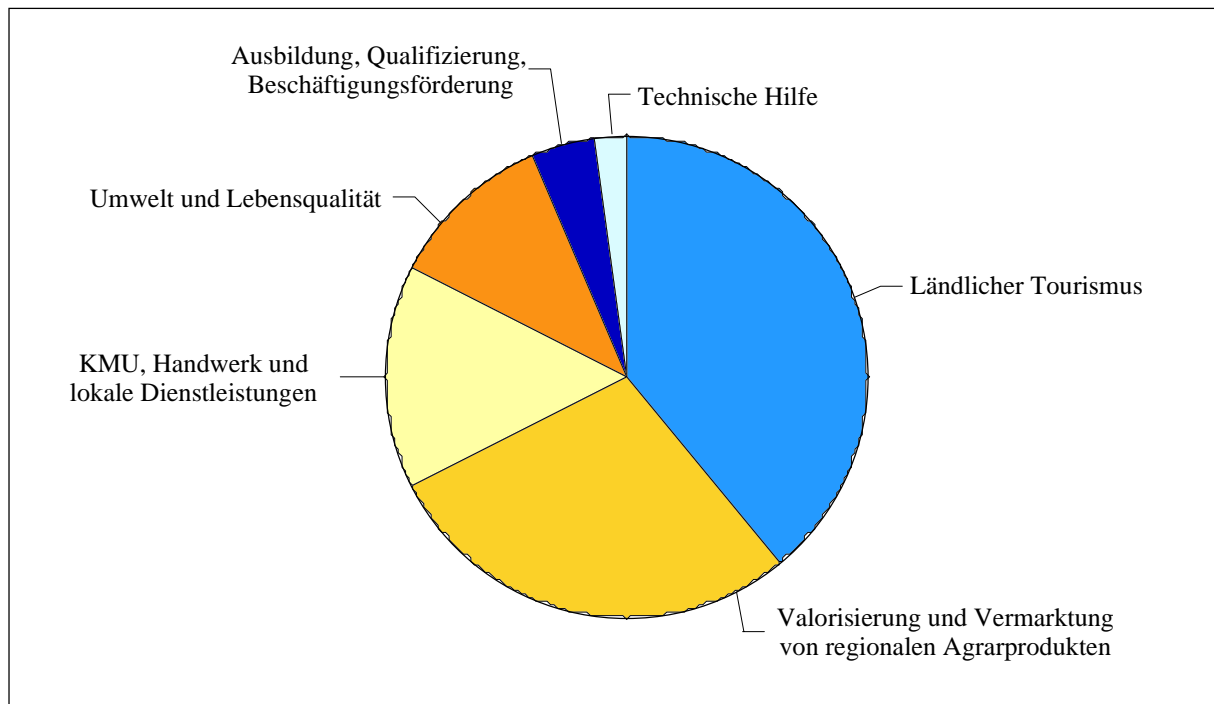
Die Maßnahmekategorie „ländlicher Tourismus“ enthält im Wesentlichen Projekte zur Verbesserung der touristischen Infrastruktur, die die Inhalte Umwelt, Natur und Tourismus miteinander verknüpfen. Einige dieser Projekte schaffen gleichzeitig kulturelle Angebote für die örtliche Bevölkerung. Weitere Projekte haben die Verbesserung der fahrradtouristischen Infrastruktur, Vernetzung und Verbesserungen der Vermarktung von Tourismusangeboten zum Ziel.

Die Maßnahmenkategorie „Umwelt und Lebensqualität“ enthält Projekte, die den Erhalt von vorhandener Bausubstanz mit der Schaffung von kulturellen und Informationsangeboten für die lokale Bevölkerung verbinden, sowie Projekte zur Umweltbildung.

¹⁹ In Anlehnung an die Leitlinien zu LEADER II, Anhang I und den Leitfaden zur Ex-post-Bewertung.

²⁰ Hiermit ist nicht die technische Hilfe auf Programmebene gemeint.

Abbildung 4: Anteil der Maßnahmekategorien an der Gesamtzahl der LEADER II-Projekte in Schleswig-Holstein



Quelle: Eigene Darstellung

In der Kategorie „kleine und mittlere Unternehmen, Handwerk und lokale Dienstleistungen“ dominieren Projekte zur Förderung des Einsatzes moderner Informations- und Kommunikationstechnologien für kleinere und mittlere Unternehmen (drei Projekte). Ein Projekt hat die Förderung von Teilzeitexistenzgründungen von Frauen im ländlichen Raum zum Ziel.

Eine detaillierte Übersicht der Projekte nach Maßnahmekategorien findet sich in Anhang 7.

27 Projekte sind in ein lokales/regionales „integriertes“ Entwicklungskonzept eingebunden. Tabelle 7 gibt einen Überblick über diese lokalen/regionalen Entwicklungskonzepte und die daraus im Rahmen von LEADER II geförderten Projekte. Vorherrschend sind hier Projekte, die im Rahmen ländlicher Struktur- und Entwicklungsanalysen (LSE) in der Zusammenarbeit mehrerer Gemeinden bzw. Ämter entstanden sind (13). Sechs Projekte sind in das Handlungsfeld „Arbeit, Umwelt und Tourismus“ der Initiative Nachhaltige Regionalentwicklung in der „Flusslandschaft Eider-Treene-Sorge“ eingebunden.

Tabelle 7: Zuordnung von LEADER II-Projekten zu lokalen/regionalen Entwicklungskonzepten – Teil 1

Strategie/ Entwicklungskonzept	Projekt	Kreis	Projektträger
Ländliche Struktur- und Entwicklungsanalysen (LSE)			
LSE Hüttener Berge	Informationszentrum für Tourismus, Umwelt und Natur - Redderhus	Rendsburg /Eckernförde	Gemeinde Holzbunge
	Biomasse-Blockheizkraftwerk Domsland	Rendsburg/Eckernförde	Biomasse Energie Versorgung (BEV) Domsland GmbH
	Knickpflege Hüttener Berge	Rendsburg/Eckernförde	Maschinenring Angeln GmbH
	Naturerlebnisraum Kolonistenhof	Rendsburg/Eckernförde	Werkstätten für Behinderte Rendsburg/Eckernförde
LSE Eggebek	Dienstleistungszentrum Eggebek	Schlewig-Flensburg	Amt und Gemeinde Eggebek
	Gewerbebehof im Dienstleistungszentrum Eggebek	Schlewig-Flensburg	Amt und Gemeinde Eggebek
LSE Schafflund	Schafflund Wohlfühlzentrum	Schlewig-Flensburg	Gemeinde Schafflund
LSE Silberstedt	Biogasanlage Silberstedt	Schlewig-Flensburg	Büsche Windpark GmbH
	Silberstedt Biogas (Leitungsnetz)	Schlewig-Flensburg	Büsche Windpark GmbH
LSE Süderlügum	Biogasanlage Braderup	Nordfriesland	Hansen und Petersen GmbH i.Gr.
LSE Tellingstedt	Jugendherberge Schloß Pahlen	Dithmarschen	Gemeinde Pahlen
LSE Amt Nortorf	Kinderkulturort Bokel	Rendsburg /Eckernförde.	Gemeinde Bokel
LSE Wilstermarsch	Wilstermarsch (Sanfter Tourismus)	Steinberg	Amt Wilstermarsch
Entwicklungskonzept - Eider-Treene-Sorge			
„Arbeit, Umwelt und Tourismus“	Naturlehrpfad NSG Wildes Moor	Nordfriesland	Verein für Naturschutz und Landschaftspflege Nördl. Nordfriesland e. V.
	NaTourCentrum und Naturerlebnisraum	Dithmarschen	Amt Kirchspielgemeinde Lunden
	Nostalgischer Fährbetrieb Hohner Fähre	Rendsburg /Eckernförde	Gemeinde Hohn
	Übergang Nordfeldschleuse	Dithm/ Nordfriesland	Amt Friedrichstadt
	Jugendherberge Schloss Pahlen ²¹	Dithmarschen	Gemeinde Pahlen
	Fahrradtourismus	Rendsburg /Eckernförde	Rendsburger Ausbildungs- und Beschäftigungsgesellschaft (RABS) GmbH

Quelle: Eigene Darstellung, nach Projektunterlagen

²¹ Das Projekt Jugendherberge Schloss Pahlen ist zwar im Rahmen der LSE Tellingstedt entstanden, ist aber auch eingebunden in das Konzept zur Entwicklung der Eider-Treene-Sorge-Region.

Tabelle 7: Zuordnung von LEADER II-Projekten zu lokalen/regionalen Entwicklungskonzepten – Teil 2

Strategie/ Entwicklungskonzept	Projekt	Kreis	Projektträger
Weitere regionale Entwicklungskonzepte			
Modellprojekt Energiemanagement	Schwabstedt Holzheizwerk	Nordfriesland	5. ERGON Energieversorgungsgesellschaft mbH&Co. Schwabstedt BetriebsKG
	Baustein Energie (Energiemanagement Eider-Treene-Sorge)	Nordfriesland	Amt Tellingstedt
Integriertes Inselschutzkonzept Föhr	Solarkonzept Föhr	Nordfriesland	Naturschutzstiftung „fering natüür“
	Biomasse Föhr	Nordfriesland	Naturschutzstiftung „fering natüür“
Integriertes Entwicklungskonzept Wiedingharde	Infozentrum Wiedingharde	Nordfriesland	Gemeinde Klanxbüll
	Charlottenhof, Kultur- und Veranstaltungszentrum	Nordfriesland	Gemeinde Klanxbüll
Zukunftswerkstatt Tourismus	Urlaubsticket Nordfriesland	Nordfriesland	Kreis Nordfriesland
Tourismusinitiative Dithmarschen	Touristisches Leitsystem Dithmarschen	Dithmarschen	Touristikzentrale Dithmarschen

Quelle: Eigene Darstellung nach Projektunterlagen

5.3.2 Administrative Umsetzung

5.3.2.1 Auswahlverfahren und -kriterien für die Projekte

Die Auswahl der zu fördernden LEADER II-Projekte erfolgte nach einem „Qualitätswettbewerb“, der auf den vom Landeskabinett verabschiedeten Eckpunkten für eine Regionalpolitik zur Entwicklung der ländlichen Räume in Schleswig-Holstein basierte. Die auf diesen Eckpunkten basierenden Qualitätskriterien wurden durch LEADER-spezifische Kriterien ergänzt (Abbildung 5). Für jedes Kriterium erfolgte durch die zuständige Bewilligungsstelle (s. auch folgenden Kapitel) eine Bewertung in Form einer Punktevergabe von 0 (nicht erfüllt) bis 4 (in besonderem Maße erfüllt). Die Bewertung wurde für jedes Kriterium durch eine kurze Begründung ergänzt.

Abbildung 5: Beurteilungskriterien für LEADER-Projekte

<i>Kriterien gemäß LEADER-Leitlinie</i>
<ul style="list-style-type: none">• Innovationswert• Mustergültigkeit• Übertragbarkeit• Ausrichtung auf die lokale Ebene• Mitwirkung der örtlichen Bevölkerung
<i>Kriterien gemäß Kabinettsbeschluss</i>
<ul style="list-style-type: none">• Beschäftigungsentwicklung (insbes. bei Frauen)• Agrarstrukturwandel• Qualifizierung (insbes. bei Frauen)• Technologietransfer• Forschung• Marketing• Umweltqualität• Information und Kommunikation• Sonstige Kriterien

Quelle: Arbeitshandbuch für die Förderung nach der Gemeinschaftsinitiative LEADER II in Schleswig-Holstein; angepasst.

Diese Bewertung wurde zusammen mit dem Projektantrag dem „Programm-Nord-Rat“ (PNR) in seiner Eigenschaft als „Partnerschaft für Planung und Entscheidungsfindung“ vorgelegt. Dieser entschied unter Berücksichtigung verfügbarer Mittel aus dem LEADER-Programm und der anderen vorliegenden Projekte über die Förderung des Projekts. Bei einer Auswahl des Projekts erfolgte daraufhin die Bewilligung und die Zuweisung der Strukturfondsmittel an die zuständige Bewilligungsstelle. Zu Beginn der Programmumsetzung war das Kabinett noch in die Entscheidung über die Projektauswahl eingebunden. Aufgrund des erheblichen zeitlichen Aufwands wurde von dieser Vorgehensweise dann jedoch Abstand genommen.

Der Programm-Nord-Rat setzte sich zusammen aus²²

- dem Minister für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Fischerei als Vorsitzendem, jetzt Ministerium für ländliche Räume, Landesplanung, Landwirtschaft und Tourismus (MLR),
- den Landräten der Kreise Dithmarschen, Nordfriesland, Rendsburg-Eckernförde, Schleswig-Flensburg,
- der Ministerin für Frauen, Bildung, Weiterbildung und Sport, jetzt Ministerium für Justiz, Frauen, Jugend und Familie (MJFJ),
- dem Innenminister,
- dem Minister für Wirtschaft, Technik und Verkehr (MWTV),
- der Ministerin für Arbeit, Soziales, Jugend und Gesundheit, jetzt Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz (MASGV),
- der Ministerin für Natur und Umwelt, jetzt Ministerium für Umwelt, Natur und Forsten (MUNF).

Aufgrund der begrenzten Zahl qualitativ hochwertiger Projektanträge kam es jedoch nicht zu einem echten Wettbewerb. Der Kriterienkatalog wurde eher als Instrument der Beratung potenzieller Antragsteller und zur Vorauswahl der Projekte genutzt. Letztendlich wurden bis auf wenige Ausnahmen nur Projekte im PNR zur Entscheidung eingebracht, bei denen die Zustimmung des Gremiums sicher war. Nach Einschätzung der zuständigen Fachreferate und Bewilligungsstellen haben die Auswahlkriterien bereits im Rahmen der Projektentwicklung zu einer qualitativen Verbesserung der Projekte geführt.

Im Bereich des EAGFL war es wesentlich leichter, geeignete Projekte zu finden als im Bereich des EFRE, da das MLR mit den Ämtern für ländliche Räume (ÄLR) über Ansprechpartner in der Fläche verfügt sowie mit dem Instrument LSE die Entwicklung entsprechender Projekte unterstützt. Im Bereich des EFRE sind die administrativen Strukturen eher auf die Städte bzw. größere Projekte ausgerichtet, so dass hier zum einen in den Fachreferaten mehr Umdenken erforderlich war und zum anderen auch weniger Ansprechpartner im ländlichen Raum vorhanden waren.

²² Quelle: IOP LEADER II Schleswig-Holstein

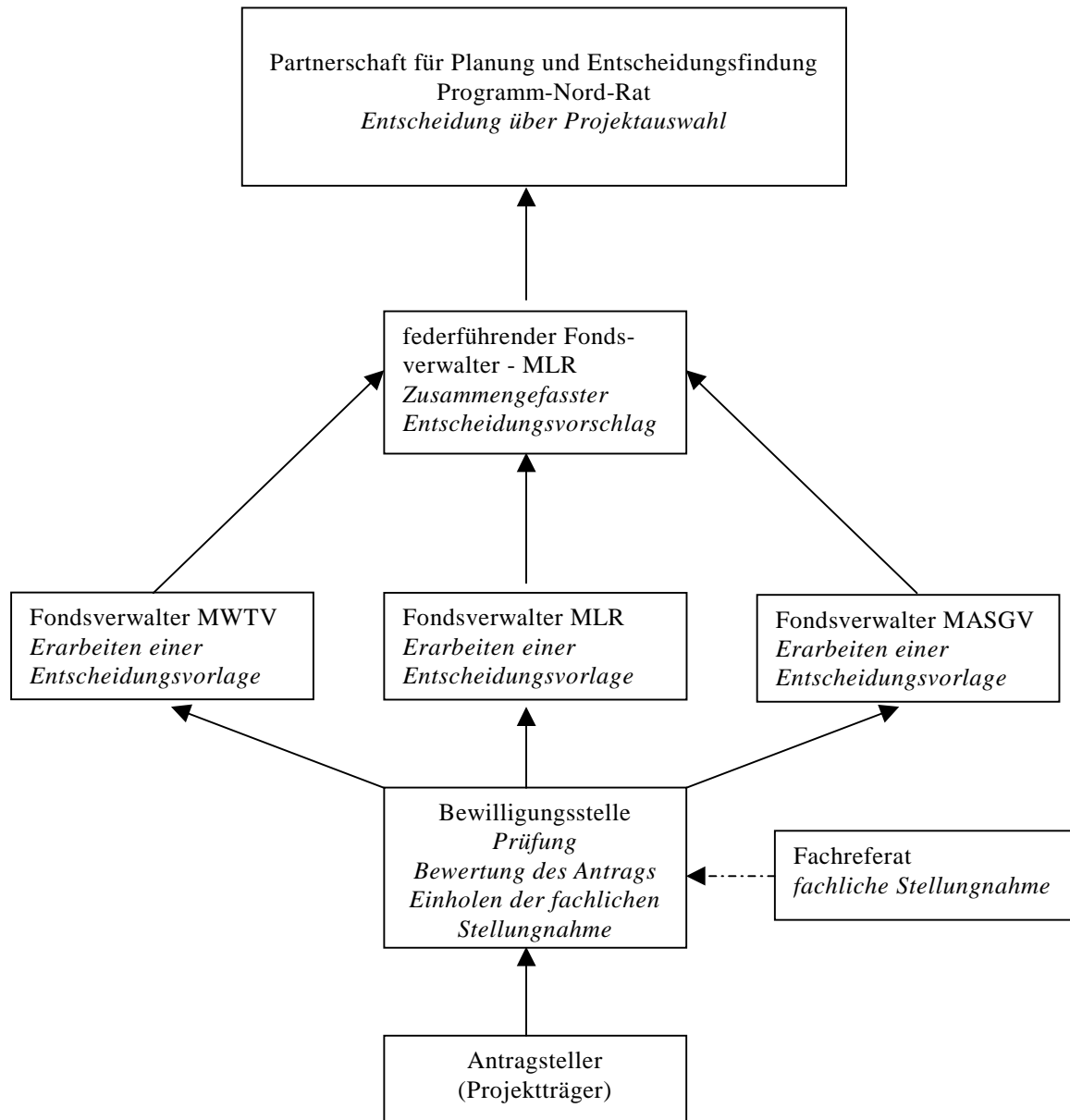
5.3.2.2 Antragstellung, Bewilligung und Verwendungsnachweisprüfung

Der in Schleswig-Holstein vorgesehene Weg zur Förderung aus dem LEADER-Programm sah folgendermaßen aus (vgl. Abbildung 6): Potenzielle Antragsteller wurden in der Regel von den zuständigen Fachressorts über Fördermöglichkeiten informiert und bei der Antragstellung beraten. Zum Teil übernahmen nachgeordnete Behörden der Ministerien oder andere Institutionen wie z. B. die Investitionsbank oder für den Bereich des ESF die Beratungsgesellschaft für Beschäftigung in Schleswig-Holstein mbH (BSH) die Funktion der Bewilligungsstellen. Darüber hinaus hatte die Projektgesellschaft Westküste (PGW) die Aufgabe, potenzielle Antragsteller zu beraten.

In der Regel wurden die Anträge nicht gezielt auf LEADER-Fördermittel gestellt. Der Impuls zur Inanspruchnahme von LEADER II-Mitteln kam eher von der zuständigen Behörde, wenn dieser das Projekt für eine LEADER II-Förderung geeignet erschien. So gaben 27 der befragten Projektträger an, dass sie durch die Ministerien bzw. Bewilligungsstellen auf die LEADER II-Förderung aufmerksam gemacht wurden. Nur drei Projektträger wurden durch die Medien auf die LEADER II-Förderung aufmerksam, bei sechs Projektträgern war hierfür die Beratung der PGW von Bedeutung.

Die zuständige Bewilligungsstelle prüfte eingehende Projektanträge auf Bewilligungsreife und Verfügbarkeit von nationalen Kofinanzierungsmitteln. War die Bewilligungsstelle bereit, eine Förderung aus LEADER II zu unterstützen, und sah sie Voraussetzungen einer Förderung aus LEADER II als erfüllt an, leitete sie den Projektantrag einschließlich der Bewertung entsprechend der oben (in Abbildung 5) genannten Kriterien und einer Stellungnahme des zuständigen Fachreferats an den zuständigen Fondsverwalter weiter. In Zweifelsfällen wurde der Koordinator des LEADER II-Programms hinzugezogen. Die zuständige Fondsverwaltung entwickelte basierend auf den eingegangenen Anträgen einen Entscheidungsvorschlag. Auf der Basis dieser vorgelegten Entscheidungsvorschläge entschied die Partnerschaft für Planung und Entscheidungsfindung – der „Programm-Nord-Rat“ – über die Vergabe von Mitteln aus LEADER II.

Abbildung 6: Verfahrensablauf für die Gemeinschaftsinitiative LEADER II in Schleswig-Holstein – Antragstellung -

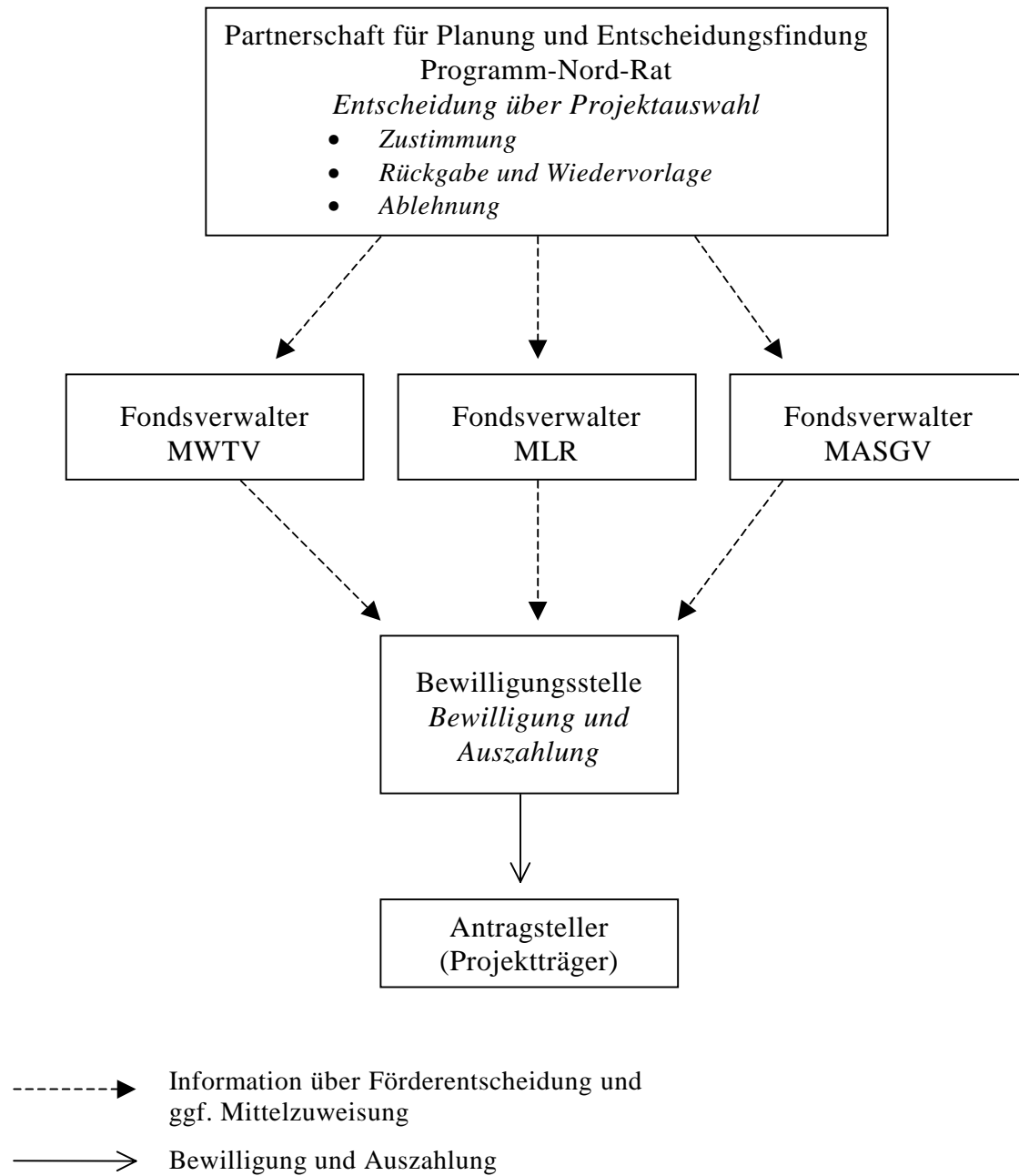


—————> Antragstellung

- - - - -> fachliche Stellungnahme

Quelle: Eigene Darstellung

Abbildung 7: Verfahrensablauf für die Gemeinschaftsinitiative LEADER II in Schleswig-Holstein – Entscheidung, Bewilligung, Auszahlung -



Quelle: Eigene Darstellung

Die zuständige Behörde erließ bei Vorliegen des ordnungsgemäßen Antrags und einer positiven Entscheidung des Programm-Nord-Rates einen Zuwendungsbescheid (Bewilligung). Die Strukturfondsmittel wurden der Bewilligungsstelle von der zuständigen Fondsverwaltung zur Bewirtschaftung zugewiesen.

Für die Zuweisung der Mittel und die Kontrolle zuständig waren

- das MLR für den EAGFL,
- das MWTV für den EFRE,
- das MASGV für den ESF.

Die Prüfung der Verwendungsnachweise oblag ebenfalls den mit der Bewilligung und der Abwicklung betrauten Stellen. Eine Kontrolle des Einsatzes der Strukturfondsmittel nach Bestimmungen der LHO erfolgte in der Regel durch die Landesverwaltung. In allen Fällen ist die Möglichkeit einer weiteren Kontrolle durch den Europäischen Rechnungshof, den Landesrechnungshof und im politischen Sinne auch durch den Landtag gegeben.

Die oben skizzierte Vorgehensweise führte dazu, dass eine relativ große Anzahl von Behörden an der administrativen Umsetzung von LEADER beteiligt war (vgl. Übersicht 2).

Übersicht 2: An der administrativen Umsetzung von LEADER II als Bewilligungsstellen und Fachreferate beteiligte Behörden und Institutionen

Bei über den EAGFL kofinanzierten Projekten

- MLR Referat 21 EU-Strukturpolitik, Koordinierung der EU-Notifizierung
- Ämter für ländliche Räume in Kiel, Husum, Flensburg, Itzehoe
- Landesamt für Natur und Umwelt
- MLR Referat 42 Marketing, Qualitätssicherungssysteme, Exportförderung
- MLR Referat 40 Grundsätzliche Angelegenheiten der Ernährungswirtschaft, Marktstrukturverbesserung und Wirtschaftsförderung
- MUNF Referat für Bodenschutz, Abfallwirtschaft
- MLR Referat 23 Flurneuordnung und Dorfentwicklung

Bei über den EFRE kofinanzierten Projekten

- MLR Referat 22 Tourismus
- MLR Referat 20 Entwicklung ländlicher Räume
- MUNF, Landesamt für Natur und Umwelt
- Ämter für ländliche Räume, Husum und Flensburg
- Investitionsbank SCHLESWIG-HOLSTEIN, Umwelt- und Energieförderung über MFE 511
- Mf Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur III 333
- MJFJF Abteilung 533 Jugend und Jugendpolitik
- MWTV Referat 30 Technologiepolitik, Technologietransfer, Innovation
- MWTV Referat 21 EU-Angelegenheiten, GA, Konversion
- MWTV Referat 36 Telekommunikation, Multimedia
- MWTV Referat 22 wirtschaftsnahe Infrastruktur, Norddeutsche Zusammenarbeit und Landesplanung, Umweltschutz
- Projektgesellschaft Westküste

Bei über den ESF geförderten Projekten

- MAGSV Referat 23 Arbeit, Europäischer Sozialfonds
 - Beratungsgesellschaft für Beschäftigung
 - MLR Referat 22 Tourismus
 - MJFJF Abteilung Frauenpolitik
-

Quelle: Eigene Berechnungen

Die Vielzahl der beteiligten Stellen führte zu einem erheblichen Verwaltungs- und Koordinationsaufwand. Insbesondere für Bewilligungsstellen, die nur wenige Projekte zu betreuen hatten, war der Aufwand unverhältnismäßig hoch. Erschwerend kam hinzu, dass der mit der Verwaltung und Kontrolle der Strukturfondsmittel verbundene administrative Aufwand deutlich höher ist als der administrative Aufwand beim Einsatz von ausschließlich nationalen Mitteln.

Einen Überblick über die Einschätzung der Projektträger zu den verschiedenen Aspekten der administrativen Abwicklung gibt Tabelle 8.

Tabelle 8: Einschätzung der Projektträger zur administrativen Abwicklung des LEADER II-Programms (n=36)

Beratung zur Antragstellung		
sehr gut	zufriedenstellend	unzureichend
22	9	4
Genehmigungsverfahren		
sehr flexibel	ohne größere Probleme	zäh und langwierig
8	17	10
Berichtspflichten		
angemessen	Inhalte unangemessen	zu umfangreich
18	1	15
Auszahlung		
problemlos	Verzögerungen in der Projektumsetzung	zum Teil erst nach Projektende
30	3	1
Änderungen der Bewilligung		
flexibel möglich	nicht eingetreten, k.A.	mit Aufwand verbunden
20	12	4
andere Schwierigkeiten		
ja	nein	k.A.
7	26	3

Quelle: Eigene Erhebungen

Wie Tabelle 8 zeigt, war der größte Teil der Projektträger mit der administrativen Abwicklung des Programms zufrieden. Das Genehmigungsverfahren wurde allerdings von 10 Projektträgern als zäh und langwierig eingeschätzt. Hiervon betroffen waren vor allem in den Jahren 1996 und 1997 bewilligte Projekte, sowie Projekte, die sich erheblich von gängigen Fördermaßnahmen unterschieden.

Auffällig ist, dass in 15 Projekten die Berichtspflichten als nicht angemessen eingeschätzt wurden. Dies stimmt mit den Einschätzungen der befragten Fachreferate/Bewilligungsstellen überein. Kritisiert wurde hier vor allem, dass die auszufüllenden Formblätter, insbesondere zum Bericht an den Begleitausschuss, nicht an die Projektinhalte angepasst waren, und es wurde daher gefordert, dass das Berichtswesen besser an die Projektinhalte angepasst werden muss. Seitens der Fachreferate war die Frequenz der Berichterstellung ein weiterer Kritikpunkte. Insbesondere für Fachreferate mit wenigen Projekten (und damit wenigen Veränderungen) ist die Notwendigkeit der Erstellung von monatlichen bzw. vierteljährlichen Berichten zum Mittelfluss nicht unbedingt nachvollziehbar.

Weitere von den Projektträgern benannte Schwierigkeiten waren u. a.

- Verzögerungen durch eine erforderliche Einzelfallnotifizierung,
- Vorfinanzierung von Projektkosten,
- unterschiedliche Interessen und Anforderungen der Zuwendungsgeber,
- zu viele Ansprechstellen im Genehmigungsverfahren,
- zu viele Prüfstellen,
- Abrechnung ist ohne starke Unterstützung nicht zu leisten.

Auf die Frage nach Möglichkeiten der Verbesserung der administrativen Abwicklung wurden folgende Vorschläge genannt:

- Individuell durch Kommission unbürokratisch prüfen (im Falle einer Einzelfallnotifizierung);
- Abbau bürokratischer Hürden;
- dezentrale Entscheidungskompetenz;
- weniger Berichtspflichten;
- besserer Informationsfluss zwischen Fondsverwaltung und Bewilligungsstelle;
- Auszahlung für Einzelprojekte muss sichergestellt sein, unabhängig von anderen Projekten
- Berichtsrhythmen jährlich, statt halbjährlich, Berichtspflichten nach Mittelvolumen staffeln;
- Verwaltungsvorschriften vereinfachen – auch für ehrenamtliche Mitarbeiter verständlich;
- weniger Fragebögen;
- straffe Entscheidungsprozesse, weniger Beteiligte;

- Abwicklung über professionelle Firmen (BSH, PGW);
- nur ein Ansprechpartner, Globalhaushalt für Projekt;
- ein Zuwendungsgeber für Gesamtfinanzierung, ein einheitlicher Verwendungsnachweis und Ansprechpartner.

In diesen Vorschlägen der Projektträger spiegelt sich auch das Problem der großen Anzahl von an der Umsetzung von LEADER II beteiligten Behörden wider. Hier sollte für die Zukunft unbedingt eine Vereinfachung und Bündelung der administrativen Abwicklung von Förderprogrammen erfolgen.

5.3.2.3 Fonds- und ressortübergreifende Zusammenarbeit

Bei der Umsetzung von LEADER II in Schleswig-Holstein waren Fachreferate von fünf verschiedenen Ministerien beteiligt. Bei fast der Hälfte der Projekte erfolgte in der Abwicklung eine ressortübergreifende Zusammenarbeit. Beispiele sind z. B. die Fallstudienprojekte „Servicebörsen“ und „NaTourCentrum Lunden“ (zuständiges Fachreferat im MJFJF bzw. MUNF, Fondsverwaltung MASGV-ESF bzw. MWTV-EFRE). Ein weiteres Beispiel für die flexible Zusammenarbeit der Fonds verwaltenden Ressorts ist z. B. die ergänzende Förderung von Projektteilen aus verschiedenen Fonds im Fallstudienprojekt „Dienstleistungszentrum Eggebek und Gründerhof im Dienstleistungszentrum“.

Auch die Auswahl der Projekte erfolgte ressortübergreifend im PNR.

Die Zusammenarbeit zwischen den Fondsverwaltungen sowie zwischen den beteiligten Fachreferaten und Bewilligungsstellen wurde in den durchgeführten Interviews durchweg als konstruktiv und kooperativ bezeichnet.

Dass eine fonds- und ressortübergreifende Zusammenarbeit nicht selbstverständlich ist, zeigen Beispiele anderer Bundesländer (vgl. Ex-post-Bewertung LEADER II Saarland, RAUE, 2001). Die konstruktive Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Ressorts und Fachreferaten kann in Schleswig-Holstein als besonders positives Merkmal der LEADER II-Umsetzung hervorgehoben werden.

5.3.3 Finanzielle Umsetzung

Wie bereits oben erwähnt, führte die späte Genehmigung des Programms zu Verzögerungen in der Bewilligung und damit auch in der Auszahlung der Fördermittel. Auf Programmebene waren Ende 1999 die gesamten geplanten öffentlichen Mittel durch Bewilli-

gung gebunden. Für den Bereich des EFRE ergibt sich eine Bewilligungsquote von 105 % der geplanten öffentlichen Mittel. Dies ist dadurch zu erklären, dass mehr nationale öffentliche Mittel als geplant eingesetzt wurden. Von den gesamten bewilligten öffentlichen Mitteln waren bis zum 31.12.2000 durchschnittlich 65 % ausgezahlt (vgl. MLR 2001). In den einzelnen EU-Strukturfonds war der Auszahlungsstand allerdings unterschiedlich (s. Tabelle 9).

Der Anteil der Strukturfondsmittel an den öffentlichen Mitteln beträgt 36 %, so dass der maximal von der Kommission genehmigte Strukturfondsanteil von 40 % nicht überschritten wurde.

Eine Übersicht über den Stand der finanziellen Abwicklung nach Fonds und des Gesamtprogramms zum 31.12.2000 gibt Tabelle 9.

Tabelle 9: Stand der Durchführung des schleswig-holsteinischen LEADER II-Programms, Stand 31.12.2000

Maßnahme	Fonds	Öffentliche Mittel in Mio. Euro					Fondsanteil in Mio. EURO			
		geplant (S2)	bewilligt (S3)	in % von (S2)	ausgezahlt (S4)	in % von (S3)	geplant (S2)	in % von (S2)	bewilligt (S3)	in % von (S3)
1.8 Programme zur Innovation im ländlichen Raum – andere kollektive Aktionsträger	EAGFL	10,209	10,209	100	6,752	66	3,485	34	3,600	35
	EFRE	9,636	10,070	105	5,788	57	3,842	40	3,774	37
	ESF	2,904	2,904	100	2,443	84	0,909	31	0,882	30
	Gesamt	22,749	23,184	102	14,983	65	8,236	36	8,256	36
1.9 Grenzüberschreitende Zusammenarbeit		0,032	0,000	0	0,000	0	0,013	0	0,000	0
Gesamt		22,781	23,184	102	14,983	65	8,246	36	8,256	36

Quelle: Eigene Zusammenfassung nach Jahresbericht 2000 und Angaben des MLR²³.

Am weitesten fortgeschritten ist die Umsetzung des ESF-Programmteils. Hier wurden bereits 84 % der bewilligten öffentlichen Mittel ausgezahlt. Von den sechs im Bereich des ESF durchgeführten Projekten waren Ende 2000 fünf beendet. Für ein Projekt gilt der Bewilligungszeitraum bis 01.10.2001.

²³

Die in der Tabelle angegebenen Zahlen wurden mit Ausnahme der Angaben zum Fondsanteil EAGFL dem Jahresbericht 2000 entnommen. Die Angaben zum Fondsanteil EAGFL erfolgten durch das MLR. Die Umrechnung von DM in EURO für den EAGFL wurde im Jahresbericht auf der Basis des Wechselkurses 1 Euro = 1,90 DM vorgenommen. Die Angaben zum ESF erfolgten im Jahresbericht in DM und wurden mit dem Wechselkurs 1 EURO = 1,95583 DM vorgenommen. Für alle Finanzdaten des EFRE-Teils wurde im Jahresbericht 2000 ein Mischkurs von 1 EURO = 1,93678 DM verwendet.

Im Bereich des EFRE wurden bis Ende 2000 57 % der bewilligten bzw. 60 % der geplanten öffentlichen Mittel ausgezahlt. Bis Mitte des Jahres 2001 waren 16 der insgesamt 26 bewilligten Projekte beendet. Bei weiteren sieben Projekten ist davon auszugehen, dass sie bis Ende des Jahres abgeschlossen sein werden. Drei Projekte²⁴ werden nicht bis Ende 2001 beendet sein. Auf die Gründe hierfür wird in Kapitel 6.2.1.3 eingegangen. Für diese drei Projekte war eine Förderung aus dem EFRE in Höhe von 1,114 Mio. DM vorgesehen²⁵, von denen voraussichtlich nur ein Teil zur Auszahlung kommen wird.

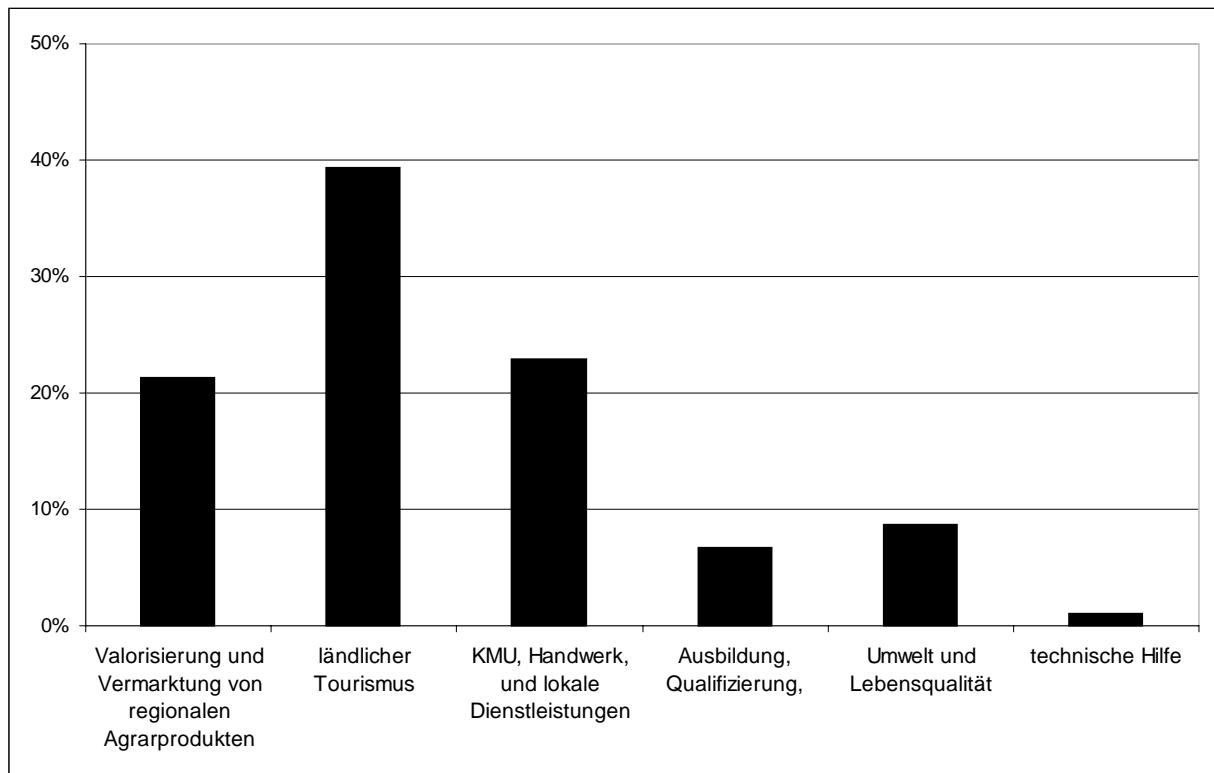
Für den EAGFL-Teil waren Ende des Jahres 2000 66 % der bewilligten öffentlichen Mittel ausgezahlt. 13 der insgesamt bewilligten 15 Projekte waren nach Angaben der Projektträger Mitte des Jahres 2001 beendet. Ein Projekt endet zum 31.12.2001. Ein Projekt („Biogasanlage Silberstedt“) wird auch bis Ende des Jahres 2001 nicht beendet sein (vgl. Kapitel 7.1.3). Aufgrund des Umsetzungsstandes der Projekte ist davon auszugehen, dass die Auszahlung der bewilligten Mittel - abgesehen von dem o. g. Projekt - bis Ende des Jahres 2001 abgeschlossen sein wird.

Den größten Anteil an den öffentlichen Mitteln hatten Maßnahmen zur Förderung des ländlichen Tourismus, wie Abbildung 8 verdeutlicht. Wie bereits in Kapitel 5.3.1 (Abbildung 4) dargestellt, wurden in diesem Bereich auch die meisten Projekte gefördert. Außerdem dominieren in dieser Maßnahmekategorie öffentliche Träger. Darüber hinaus haben die Maßnahmenkategorien „kleine und mittlere Unternehmen, Handwerk und lokale Dienstleistungen“ sowie Valorisierung und Vermarktung von regionalen Agrarprodukten einen größeren Anteil an den öffentlichen Mitteln.

²⁴ Biogasanlage Silberstedt, Biogasanlage Braderup, Biomasseprojekt Föhr.

²⁵ Dies entspricht 15 % der gesamten bewilligten Strukturfondsmittel aus dem EFRE.

Abbildung 8: Anteil der einzelnen Maßnahmekategorien an den gesamten öffentlichen Mitteln in %

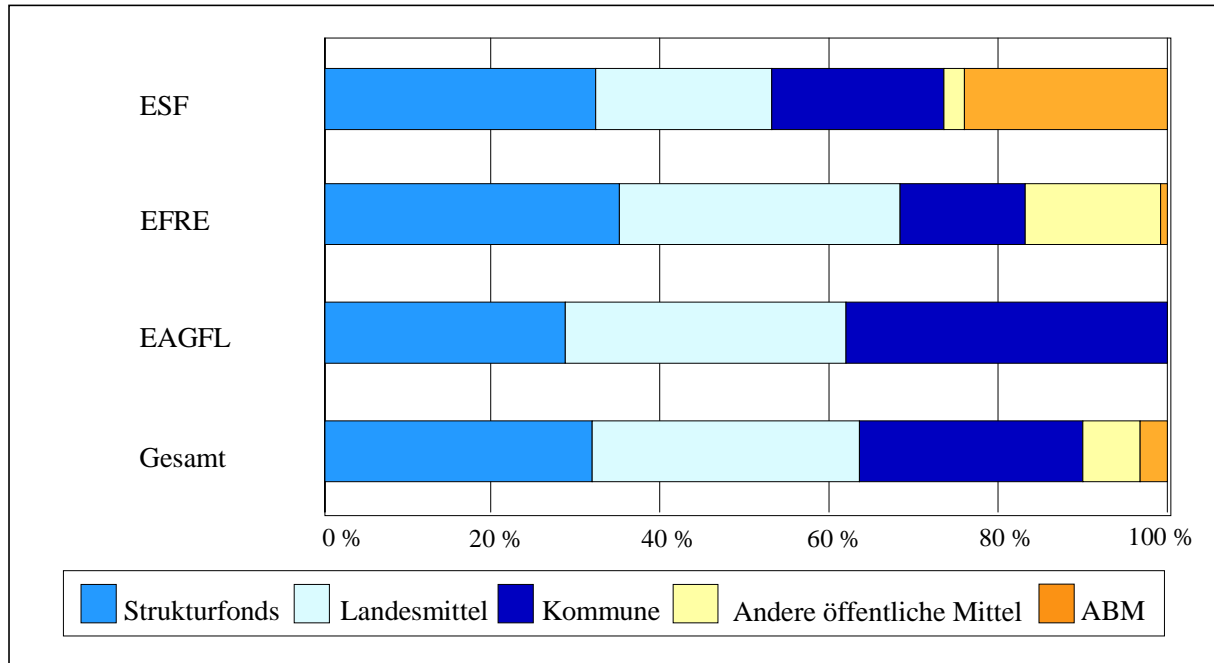


Quelle: Angaben von MLR, MWTV, MASGV, eigene Darstellung

In der Zwischenbewertung wurde kritisch angemerkt, dass für die nationale öffentliche Kofinanzierung in erster Linie Landesmittel herangezogen und andere öffentliche nationale Mittel kaum in Betracht gezogen werden. Die nationale Kofinanzierung könne nur auf der Basis von Landesrichtlinien erfolgen, da eine ansonsten erforderliche Einzelfallnotifizierung zu unkalkulierbaren zeitlichen Verzögerungen führen würde. Die Bewilligung auf der Grundlage von Landesrichtlinien widerspräche jedoch dem Grundgedanken der Innovation (TISSEN, 1998).

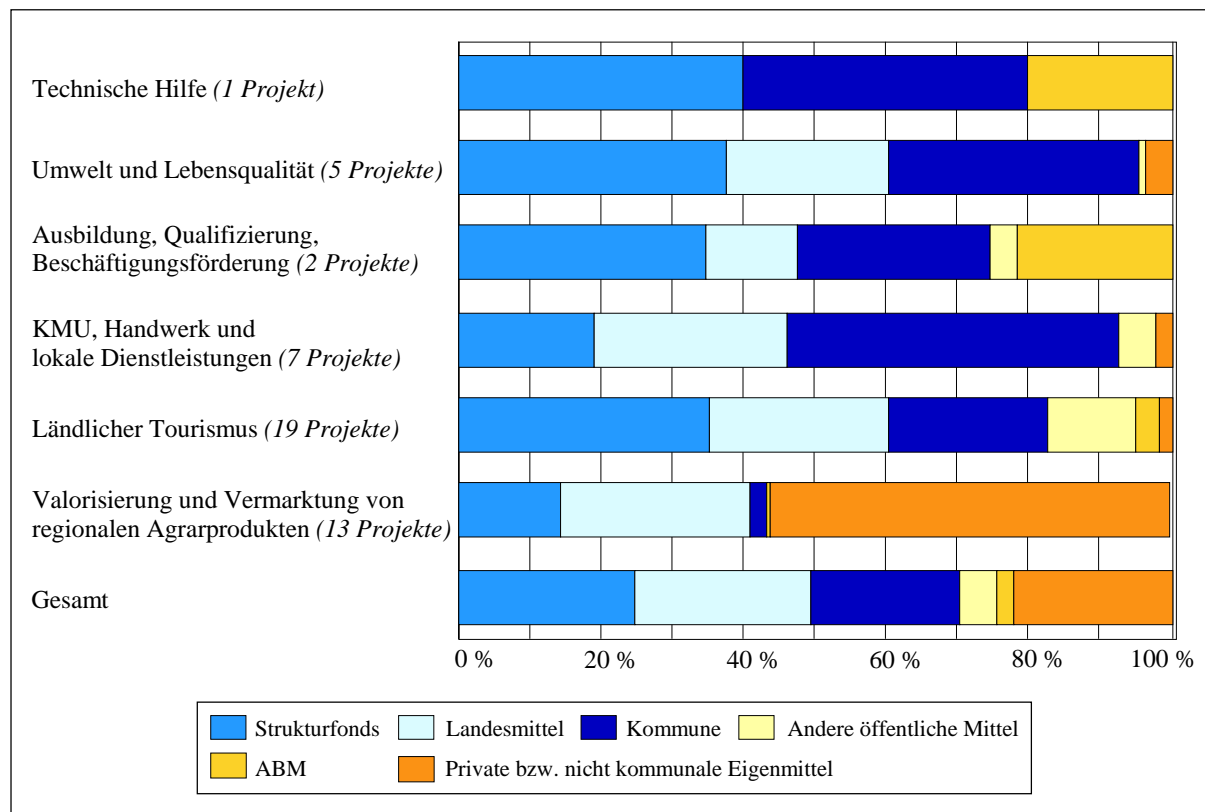
Im Folgenden soll daher die Herkunft der nationalen Kofinanzierungsmittel der LEADER II-Projekte näher betrachtet werden. Die Mehrzahl der Projekte wurde mit Landesmitteln aufgrund bestehender Landesrichtlinien kofinanziert. 13 Projekte wurden nach anderen Rechtsgrundlagen als Landesrichtlinien bewilligt (z. B. § 44 Landeshaushaltsordnung). Bei acht Projekten kamen keine Landesmittel für die Kofinanzierung zum Einsatz.

Abbildung 9 zeigt, dass zur Kofinanzierung der Projekte neben Landesmitteln auch Mittel der Gemeinden und Kreise eingesetzt wurden.

Abbildung 9: Herkunft der öffentlichen Mittel nach Fonds

Quelle: Angaben von MLR, MWTV, MASGV, eigene Berechnungen

Die Finanzierungsstruktur der Projekte unterscheidet sich sehr stark zwischen den verschiedenen Maßnahmekategorien. Dies hängt auch unmittelbar mit der Trägerstruktur der Projekte zusammen. Private Mittel konnten in nennenswertem Umfang nur im Bereich der Valorisierung und Vermarktung von regionalen Agrarprodukten mobilisiert werden. Kommunale Mittel wurden überwiegend in den Bereichen „kleine und mittlere Unternehmen, Handwerk und lokale Dienstleistung“ sowie Umwelt und Lebensqualität eingesetzt.

Abbildung 10: Finanzierungsstruktur nach Maßnahmekategorien

Quelle: Angaben von MLR, MWTV, MASGV, eigene Darstellung

Bezogen auf das Gesamtprogramm beträgt der Anteil der kommunalen Mittel an den Gesamtkosten 21 % und der Anteil der privaten Mittel 22 %. Der Anteil der Landesmittel (incl. Mittel der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes) sowie der Anteil der EU-Mittel an den Gesamtkosten beträgt je 25 %. Darüber hinaus wurden 7 % andere öffentliche Mittel wie z. B. Mittel der Bundesanstalt für Arbeit eingesetzt.

Der größte Teil der Landesmittel wurde aus der Dorferneuerung (38 %) zur Verfügung gestellt, gefolgt vom Regionalprogramm und der Energiestiftung (je 18 %).

Aus Tabelle 10 wird deutlich, dass die im Rahmen des EAGFL geförderten Projekte im Durchschnitt, bezogen auf die förderfähigen Gesamtkosten, größer waren als im Rahmen von ESF und EFRE geförderten Projekten. Dies gilt auch für die eingesetzten öffentlichen Mittel. Betrachtet man nur die LEADER II-Projekte öffentlicher Träger im EAGFL-Bereich, so erhöhen sich die durchschnittlichen öffentlichen Mittel auf rund 2 Mio. DM.

Tabelle 10: Durchschnittliche förderfähige Gesamtkosten, öffentliche Mittel und Strukturfondsmittel der LEADER II-Projekte nach Fonds

Fonds	Durchschnittliche förderfähige Gesamtkosten in DM	Durchschnittliche öffentliche Mittel in DM	Durchschnittliche Strukturfondsmittel in DM
EAGFL	2.058.848	1.604.791	456.049
EFRE	1.034.055	750.132	281.104
ESF	914.448	913.915	296.140

Quelle: Angaben von MLR, MWTV, MASGV, eigene Berechnungen

Im IOP LEADER II wurde als wesentlicher Unterschied zum EPPD (Ziel-5b) der Investitionsumfang bezeichnet: „Die Strategie des Landes Schleswig-Holstein geht deswegen dahin, Maßnahmen in die Gemeinschaftsinitiative LEADER II einzubeziehen, die zwar innovativ sind, aber geringe Investitionen erfordern und damit beispielhaft und übertragbar sind“ (IOP LEADER II, S. 12).

Im Rahmen des Ziel-5b-Programms betragen die durchschnittlichen EFRE-Mittel pro Projekt 1,11 Mio. DM (vgl. EBERHARDT et al., 2001). Die im Rahmen des EFRE-Teils von LEADER II geförderten Projekte waren somit deutlich kleiner als die Ziel-5b-Projekte. Da der größte Teil der LEADER II-Projekte des EAGFL-Teils nach der Richtlinie zur Dorferneuerung gefördert wurde, werden die im Rahmen der Maßnahme „Dorferneuerung“ des Ziel-5b-Programms geförderten Projekte hier als Vergleichsmaßstab herangezogen. Die durchschnittlichen öffentlichen Mittel der im Rahmen des Ziel-5b-Programms geförderten Projekte öffentlicher Träger betragen rund 300.000 DM (ebenda). Daraus ergibt sich, dass die in LEADER II mit EAGFL-Mitteln geförderten Projekte deutlich größer waren als im Ziel-5b-Programm²⁶. Hier entspricht die Umsetzung von LEADER II somit nicht den im IOP formulierten Vorgaben.

Die im Durchschnitt bewilligten öffentlichen Mittel pro Projekt betragen für den ESF-Teil des Ziel-5b-Programms 616.843 DM, der durchschnittliche Strukturfondsanteil betrug 210.405 DM (ebenda). Somit waren auch die im Rahmen von LEADER II mit ESF-Mitteln geförderten Projekte größer als die im Rahmen des Ziel-5b-Programms geförderten Projekte.

²⁶ Bei acht Projekten betragen die gesamten öffentlichen Mittel mehr als 1 Mio. DM, bei den verbleibenden sieben Projekten lagen die gesamten öffentlichen Mittel unter 500.000 DM.

6 Regionale Entwicklungsinitiativen im LEADER II-Gebiet

Ein zentrales Anliegen von LEADER II war es, Aktionsprogramme zu fördern, die mit einer allgemeinen Strategie zur ländlichen Entwicklung (der lokalen/regionalen Ebene) verknüpft sind und sich durch Innovation, Modellcharakter und Übertragbarkeit auszeichnen. In erster Linie sollten die Träger der Umsetzung Lokale Aktionsgruppen (LAG) sein.

In Schleswig-Holstein gab es jedoch keine LAG mit einer gemeinsamen Strategie. Es gab dagegen eine Reihe von integrierten regionalen Entwicklungsinitiativen, aus denen auch LEADER II-Projekte entstanden sind (vgl. Kapitel 5.3.1, Tabelle 7). Um zu einer Einschätzung bezüglich der Einbindung der mit LEADER II-Mitteln geförderten Projekte in eine regionale Strategie und bezüglich der Umsetzung der Besonderheiten von LEADER II in Schleswig-Holstein zu kommen, insbesondere die Aspekte gebietsbezogener Ansatz, Bottom-up und Lokale Partnerschaft (LAG) betreffend, erscheint es daher angemessen, diese regionalen Entwicklungsinitiativen kurz zu skizzieren, soweit sie im Zusammenhang mit der Umsetzung von LEADER II-Projekten stehen.

Ländliche Struktur- und Entwicklungsanalyse (LSE)

Die LSE ist Teil der 1995 geschaffenen Richtlinie zur Förderung der Dorf- und ländlichen Regionalentwicklung in Schleswig-Holstein, welche die alte Dorferneuerungsrichtlinie ablöste. Mit dieser neuen Richtlinie wurde die Förderung einer integrierten, nachhaltigen Entwicklung der ländlichen Räume angestrebt (für eine ausführlichere Darstellung des Instruments LSE siehe auch EBERHARDT et al., 2001).

Sie sieht ein zweistufiges Verfahren der Dorfentwicklung vor:

1. Erarbeitung einer gemeinde- und fachübergreifenden LSE unter Beteiligung der örtlichen Bevölkerung sowie regionaler Initiativen.
2. Im Rahmen dieser LSE sollen aufbauend auf den spezifischen Stärken und Schwächen regionale Leitbilder, Handlungsfelder und regionale Leitprojekte entwickelt werden. Als regionale Leitprojekte werden Projekte mit einer überörtlichen bzw. regionalen strukturpolitischen Ausstrahlung bezeichnet.
3. Erarbeitung von Dorfentwicklungsplänen in den beteiligten Gemeinden, basierend auf den Ergebnissen der LSE sowie Weiterentwicklung der Projektideen zur Umsetzungsreife.

Regionale Leitprojekte können auch unabhängig vom Vorliegen eines Dorfentwicklungsplans gefördert werden, andere Projekte dagegen erst nach Genehmigung des Dorfentwicklungsplans durch das zuständige Fachreferat des MLR. Die Durchführung der LSE

sowie der Umsetzungsprozess wird durch einen LSE-Koordinator sowie eine Lenkungsgruppe, bestehend aus den Vertretern der beteiligten Gemeinden, begleitet.

Die beiden LEADER II-Fallstudien-Projekte Dienstleistungszentrum Eggebek und Informationszentrum für Tourismus, Umwelt und Natur – Redderhus sind im Rahmen von LSE entstandene Leitprojekte.

In der LSE Eggebek wurde das in Abbildung 11 dargestellte Beteiligungskonzept verfolgt.

Abbildung 11: Beteiligungskonzept während der Struktur- und Entwicklungsanalyse im Amt Eggebek 1995



Quelle: ZfL et al. (1995)

Hervorgehoben wurde von den Befragten, dass der LSE-Prozess die Mobilisierung von Menschen und Know-how ermöglicht hat, die im Rahmen einer „normalen“ Projektentwicklung nicht angesprochen würden.

Das Projekt „Informationszentrum für Tourismus, Umwelt und Natur – Redderhus“ in Holzbunge entstand im Rahmen der LSE Hüttener Berge. Zur Erarbeitung der LSE Hüttener Berge haben sich ämterübergreifend 19 Gemeinden zusammengeschlossen. Der LSE-Prozess ist hier durch eine starke Dynamik und Umsetzungsorientierung geprägt. Die LSE selbst wurde im Rahmen des Ziel-5b-Programms gefördert. Bereits vor Einbindung externer Gutachter hatte die LSE-Lenkungsgruppe²⁷ gemeinsam mit den LSE-Koor-

²⁷ Bestehend aus den Vertretern der beteiligten Gemeinden sowie den leitenden Verwaltungsbeamten der beteiligten Ämter und einem ehrenamtlichen LSE-Koordinator. Die Koordination erfolgte gemeinsam durch einen der leitenden Verwaltungsbeamten und den ehrenamtlichen Koordinator.

dinatoren Handlungsbedarf identifiziert und Leitprojekte festgelegt. Die Leitprojekte²⁸ befinden sich alle in der Umsetzung. Als nächster Schritt ist die Erarbeitung von Dorfentwicklungsplänen in den beteiligten Gemeinden vorgesehen (Institut Raum & Energie et al., 1999). Allerdings dominiert die öffentliche Verwaltung die Umsetzungsstrukturen.

Eine weitere besonders erfolgreich verlaufene LSE, die zu einer Aufbruchstimmung in der Region geführt hat, wurde im Amt Wilstermarsch durchgeführt. Sie fand unter breiter Beteiligung der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen statt und hat u. a. zu einem hohen privaten Engagement geführt (vgl. o.V., 1999). Im Rahmen von LEADER II wurde das Projekt „Sanfter Tourismus in der Wilstermarsch“ gefördert.

Viele Kommunen sehen in der beteiligungsorientierten Vorgehensweise der LSE eine Chance für ihre Region. Bis Anfang 2001 waren 40 LSEn abgeschlossen, 18 bewilligt und 21 in der Vorbereitung. Leider fehlt bisher eine umfassende Untersuchung zur Wirkung dieses Instruments.

Integriertes Entwicklungskonzept Eider-Treene-Sorge

Die Flusslandschaft Eider-Treene-Sorge gehört zu den letzten unzerschnittenen Naturräumen Mitteleuropas. Sie beherbergt zahlreiche Hoch- und Niedermoore, noch einige Flachwasserseen und weist ein einzigartiges ökologisches Potenzial mit hoher biologischer Vielfalt auf. Administrativ gehört die Region vier Kreisen, 10 Amtsverwaltungen und mehr als 70 berührten Gemeinden an (vgl. HAHNE, 2000).

In den 70er und 80er Jahren gab es in der Region heftige Kontroversen zwischen Landwirten und Naturschützern, Verbänden, Vereinen u. a. über die regionalen Entwicklungsziele und die Durchführung von Maßnahmen des Naturschutzes und der Agrarstrukturverbesserung. Um die öffentlichen Auseinandersetzungen zu beenden und eine konstruktive Zusammenarbeit mit der Region zu fördern, wurde von der Landesregierung unter Federführung der Landesplanung der Entwurf eines Entwicklungskonzepts für die Eider-Treene-Sorge-Niederung erarbeitet und 1990 der Öffentlichkeit vorgestellt (DIE MINISTERPRÄSIDENTIN DES LANDES SCHLESWIG-HOLSTEIN, 1996). Dieser Konzeptentwurf wurde in der Folgezeit lebhaft diskutiert, blieb aber für das praktische Handeln der Kommunen und bei den zahlreichen in der Region tätigen Dienststellen des Landes weitgehend ohne Wirkung. Daher entschloss sich die Landesregierung, zur Konkretisierung und Umsetzung des Konzeptentwurfs und zur Koordinierung der zahlreichen erforderlichen Abstimmungs- und Moderationsprozesse einen Landesplaner zu beauftragen. Gleichzeitig

²⁸ Zu den Leitprojekten gehören auch drei weitere über LEADER II geförderte Projekte.

wurde von der Landesplanung mitten im Projektgebiet ein Regionalbüro²⁹ zur Förderung und Betreuung des regionalen Entwicklungsprozesses eingerichtet. Es wurden Veranstaltungen mit den Ämtern und Gemeinden sowie anderen lokalen Akteuren durchgeführt. Daraus entstanden erste Projektideen³⁰. Im Jahr 1996 erfolgte die „Gründung“ einer Lenkungsgruppe der Kreise und Ämter, mit deren Vorsitz eine Mitarbeiterin der Projektgesellschaft Westküste (PGW) beauftragt wurde (vgl. AMT FÜR LÄNDLICHE RÄUME, 1998). Im Rahmen dieser Lenkungsgruppe erfolgte die Weiterentwicklung zu einem Konzept „naturbezogener sanfter Tourismus in der Eider-Treene-Sorge-Region“ (zu den im Rahmen dieses Konzepts geförderten LEADER II-Projekten vgl. Tabelle 7, Kapitel 5.3.1). Die Karte in Anhang 8 zeigt die Lage und Ausdehnung der Eider-Treene-Sorge-Region in Schleswig-Holstein.

1999 wurde dann die Eider-Treene-Sorge-GmbH als regionale Entwicklungsagentur gegründet. Neben der Eider-Treene-Sorge-GmbH sind die Natur-Schutz-Station Eider-Treene-Sorge und eine Vielzahl privater Akteure an der weiteren Entwicklung beteiligt (vgl. DIE MINISTERPRÄSIDENTIN DES LANDES SCHLESWIG-HOLSTEIN, 1999). Nach Einschätzung der PGW entwickelt sich nur langsam eine gemeinsame Identität der Region und die Bereitschaft zur Kooperation. Wesentliche Impulse sind auch hier von in der Region durchgeführten LSEn ausgegangen.

Andere regionale Entwicklungsinitiativen

Weitere Initiativen, aus denen Projekte mit LEADER II-Mitteln gefördert worden sind:

1. Integriertes Inselschutzkonzept Föhr
 2. Integriertes Entwicklungskonzept Wiedingharde
 3. Zukunftswerkstatt Umwelt und Tourismus des Kreises Nordfriesland
 4. Tourismusinitiative Dithmarschen
- (1) Das Modellprogramm der „Integrierten Schutzkonzepte“ wurde 1989 vom damaligen Umweltminister Schleswig-Holsteins initiiert. Der Aufbau ist vergleichbar mit den lokalen Grundsätzen der Agenda 21. In den Modellregionen werden Arbeitskreise gegründet, die sich aus der Breite der gesellschaftlichen und politischen Gremien zusammensetzen. Aufgearbeitete Themen werden dann in einem Beschlussorgan, dem Koordinierungsausschuss verabschiedet (NATURSCHUTZSTIFTUNG FERING NATÜÜR, 1997). Auf Föhr wird seit 1989 über das „Integrierte Inselschutzkonzept“ versucht, eine nachhaltige Entwicklung umzusetzen. Zunächst waren die

²⁹ Mit einem jeweils ökologisch und ökonomisch ausgerichteten Regionalberater.

³⁰ Z. B. das über LEADER II-ESF geförderte Radewegeprojekt.

Naturschutzverbände federführend in der Entwicklung von Strategien, die dann den Inselgemeinden zur Entscheidung vorgelegt wurden. Die Arbeit erfolgte in zunächst sieben, später vier thematischen Arbeitsgruppen. Entscheidungsgremium war ein Koordinierungsausschuss, der sich aus den Vertretern der Stadt Wyk, dem Amt Föhr-Land und den Inselgemeinden zusammensetzte. In den Arbeitsgruppen sind alle wichtigen Akteure und Interessengruppen der Insel vertreten. Für eine bessere Mitarbeit und Akzeptanz der Bevölkerung wurde die Naturschutzstiftung „fering natüür“ ins Leben gerufen. Um der Stiftungsarbeit eine möglichst breite Basis zu geben, ist der Vorstand mit Vertretern verschiedener Natur- und Umweltschutzvereine und politischen Mandatsträgern der Insel besetzt (vgl. BRAUER, 1998). Mittlerweile hat die Stiftung auch die Koordination der Arbeitsgruppen vom Umweltbeauftragten der Stadt Wyk übernommen (LÜBCKE, 1999). Neben den über LEADER II geförderten Projekten sind eine Reihe anderer Projekte entstanden und umgesetzt worden (vgl. NATURSCHUTZSTIFTUNG FERING NATÜÜR, 1997; Agenda Büro Föhr, 2001).

- (2) Der agrarstrukturelle Wandel führte in dem peripher gelegenen Raum im Norden des Kreises Nordfriesland zu Arbeitsplatzverlusten, die nicht durch außerlandwirtschaftliche Entwicklungen aufgefangen werden konnten. Das Amt Wiedingharde hat daher im Zeitraum von 1991 bis 1995 in Abstimmung mit den dänischen Nachbarn ein integriertes Entwicklungskonzept „Wiedingharde-Tonderner Marsch“ aufgestellt. Die Erarbeitung des Entwicklungskonzepts wurde von einer breiten Beteiligung der Bevölkerung getragen und von professionellen Planern unterstützt. Als Kommunikations- und Koordinationsort wurde ein ständiger Arbeitskreis eingerichtet, der sich aus VertreterInnen der beteiligten Verwaltungen sowie von Verbänden und Vereinen zusammensetzte (vgl. NWP PLANUNGSGESELLSCHAFT, 1995). In der letzten Phase der Konzeptentwicklung wurde von den Gemeinden ein Entwicklungsausschuss gebildet, dessen Aufgaben die Projektbegleitung, die Betreuung der Umsetzung, Konsensbildung und die Beratung des Amtes sind (vgl. MINISTERPRÄSIDENTIN DES LANDES SCHLESWIG-HOLSTEIN, 1999). Einzelne Elemente des Konzepts befinden sich in der Umsetzung u. a. mit LEADER II-Mitteln.
- (3) Aufgrund negativer Entwicklungen im für den Kreis Nordfriesland bedeutsamen Tourismussektor zu Beginn der 90er Jahre sah der Kreis die Notwendigkeit, neue Wege in der Weiterentwicklung und Verbesserung des Produkts „Urlaub in Nordfriesland“ zu gehen. Das Instrument „Zukunftswerkstatt“ sollte ein Jahr lang genutzt werden, um die Tourismusedwicklung im Einklang mit Natur und Umwelt zu fördern. Hierzu wurden insgesamt 10 Zukunftswerkstätten durchgeführt, eine für die Gesamtentwicklung des Kreises und je eine für die unterschiedlichen Teilräume (Inseln, Halbinsel, Festland). An den Zukunftswerkstätten beteiligten sich neben den Städten, Ämtern und Gemeinden zahlreiche Verbände, Vereine und Institutionen der

verschiedenen Sektoren wie Tourismus, Naturschutz, Landwirtschaft, Handwerk und Gewerbe (vgl. AMT FÜR LÄNDLICHE RÄUME, 1998).

- (4) Die Idee der „Tourismusinitiative Dithmarschen“ wurde 1997 aufgrund einer ähnlichen Problemlage wie im Kreis Nordfriesland entwickelt. Die federführende Bearbeitung und Koordination lag beim Kreis und der Touristikzentrale Dithmarschen. Im Rahmen von Regionalkonferenzen und Arbeitsgruppen mit rund 230 Akteuren aus Politik, Wissenschaft, Verwaltung, Tourismus und Umweltschutz wurden Ziele, Ideen und Umsetzungsvorschläge für ein zukunftsweisendes Tourismuskonzept erarbeitet (vgl. DIE MINISTERPRÄSIDENTIN DES LANDES SCHLESWIG-HOLSTEIN, 1999).

7 Ergebnisse und Wirkungen der Projekte nach Themenschwerpunkten

Die Darstellung der Ergebnisse und Wirkungen von LEADER II stützt sich auf die im Rahmen der Fallstudien erfassten Informationen, auf die schriftliche Befragung der anderen Projektträger sowie auf die Auswertung vorhandener Projektunterlagen. In Einzelfällen wurden diese Informationen durch Rückfragen bei Projektträgern und Bewilligungsstellen ergänzt.

Die Fallstudienprojekte sollten möglichst die in Kapitel 5.3.1 dargestellten inhaltlichen und räumlichen Schwerpunkte widerspiegeln.³¹ Tabelle 11 stellt die im Rahmen von Fallstudien untersuchten Projekte dar.

Tabelle 11: Im Rahmen von Fallstudien untersuchte Projekte

	Projekt	Kreis	bewilligt	kofinanzierender Fonds
1	Dithmarscher Spezialitätenversand	Dithm	1996	EAGFL
2	Solarkonzept Föhr	NF	1997	EFRE
3	NaTourCentrum Lunden	Dithm	1998	EFRE
4	Infozentrum für Tourismus, Umwelt und Natur - Redderhus in Holzbunge	Rd/Eck	1998	EAGFL
5	Dienstleistungszentrum Eggebek	Sl.-Fl.	1999	EAGFL
6	Gründerhof im Dienstleistungszentrum Eggebek	Sl.-Fl.	1999	EFRE
7	Servicebörsen	4 Kreise	1997	ESF

Quelle: Eigene Darstellung

Im Rahmen der Fallstudien wurden beispielhaft folgende Themenkomplexe betrachtet:

- Projektentstehung und –umsetzung;
- Ergebnisse und, soweit bereits feststellbar, Wirkungen wie z. B. Beschäftigungswirkung, Veränderung der Besucherzahlen, etc...;
- bei den Projekten 1 bis 4 und 6 Einbindung in die lokale/regionale Entwicklungsstrategie;

³¹ Darüber hinaus sollten die Projekte zumindest mit der Umsetzung begonnen haben.

- Umsetzung der Besonderheiten von LEADER II, insbesondere innovativer Charakter des Projekts, integrierter Ansatz, grenzüberschreitende Zusammenarbeit und Vernetzung;
- verwaltungsmäßige Abwicklung, bei den Projekten 5/6 insbesondere auch die Kooperation zwischen EFRE und EAGFL.

Zunächst werden in den folgenden Kapiteln die Fallstudienprojekte ausführlich dargestellt. Im Anschluss erfolgt eine kurze Darstellung der nicht im Rahmen von Fallstudien untersuchten Projekte sowie eine Zusammenfassung der in den jeweiligen Maßnahmekategorien festgestellten wichtigsten Wirkungen.

7.1 Valorisierung und Vermarktung von regionalen Agrarprodukten

Der größte Teil der in diesem Bereich realisierten Projekte beinhaltet die Nutzung erneuerbarer Energien. Daneben wurden Projekte zur Förderung der Vermarktung regionaler Agrarprodukte sowie zur Erschließung neuer Tätigkeitsfelder im landwirtschaftlichen Bereich gefördert. Tabelle 12 zeigt eine Übersicht der in dieser Maßnahmekategorie geförderten Projekte.

Tabelle 12: Projekte der Kategorie Valorisierung und Vermarktung von regionalen Agrarprodukten

Projekt	Kreis	Träger	Fonds	bewilligt	förderfähige Gesamtkosten in DM	Fondsanteil in %
Dithmarscher Spezialitätenversand	Dithm	Projektgesellschaft Westküste mbH	EAGFL	1996	163.700	24
Solarkonzept Föhr	NF	Koordinationsausschuss Integriertes Inselschutzkonzept Föhr, Amtsverwaltung	EFRE	Jul 97	512.032	29
Biomasse Föhr ³²	NF	Naturschutzstiftung „fering natüür“	EFRE	Dez 99	1.230.000	19
Treibselverwertung	NF	Maschinenring Nordfriesland GmbH	EAGFL	1997	307.500	16
Baldrian	NF	Maschinenring Nordfriesland GmbH	EAGFL	1999	145.300	9
Ökologische Messe Tarp	Sl.-Fl.	Gemeinde Tarp	EAGFL	1997	50.473	35
Knickpflege Hüttenberger Berge	Rd.-Eck.	Maschinenring Angeln GmbH	EAGFL	1999	1.200.000	36
Schwabstedt Holzheizwerk	NF	5. ERGON Energieversorgungsgesellschaft mbH&Co. Schwabstedt BetriebsKG	EAGFL	1999	877.000	18
Biomasse-Blockheizkraftwerk Domsland	Rd.-Eck.	Biomasse Energie Versorgung (BEV) Domsland GmbH	EAGFL	1998	9.150.000	9
Biogasanlage Braderup	NF	Hansen und Petersen GmbH i. Gr.	EFRE	Dez 99	2.424.600	12
Biogasanlage Silberstedt	Sl.-Fl.	Büsche Windpark GmbH	EFRE	Dez 99	5.942.200	10
Silberstedt Biogas (Leitungsnetz)	Sl.-Fl.	Büsche Windpark GmbH	EAGFL	Dez 99	712.000	12
Baustein Energie (Energiemanagement Eider-Treene-Sorge)	NF	Amt Tellingstedt	EFRE	Dez 99	1.260.000	40

Quelle: Projektunterlagen, eigene Darstellung

³² Das Projekt Biomasse Föhr wird im Folgenden als Unterpunkt der Darstellung des Fallstudienprojekts Solarkonzept Föhr behandelt.

7.1.1 Fallstudie 1: Dithmarscher Spezialitätenversand

Ziel des Projekts war die Erschließung neuer Absatzmärkte außerhalb Dithmarschens besonders für Landwirte und das Ernährungsgewerbe der Region über den Aufbau eines Versandhandels. Zielgruppe sollten Feriengäste und potenzielle Gäste der Region sein, die sog. „Dithmarscher Spezialitäten“ der regionalen Land- und Ernährungswirtschaft über den Versandhandel auch nach dem Urlaub zu Hause bestellen. Neben der Schaffung neuer Absatzmärkte und der damit verbundenen Sicherung von Arbeitsplätzen sollte das Projekt auch dazu beitragen, ein Netzwerk der Zusammenarbeit zwischen den verschiedensten Wirtschaftspartnern und lokalen Institutionen zu schaffen und einen Beitrag zur Stärkung der regionalen Identität und zum Tourismusmarketing der Region leisten.

Umsetzung

Der Projektantrag wurde im Mai 1996 durch die Projektgesellschaft Westküste (PGW) gestellt. Das Projekt konnte im Oktober 1996 begonnen werden und endete im März 1998. Die nationale Kofinanzierung wurde aus Mitteln des Regionalprogramms des Ministeriums für Wirtschaft, aus Mitteln der Touristikzentrale und Mitteln des Kreises Dithmarschen aufgebracht.

Auf die Möglichkeit einer Förderung des Projekts im Rahmen von LEADER II wurde der Projektträger durch das MLR aufmerksam gemacht. Da für die Förderung des Projekts aus LEADER-Mitteln eine Einzelfallnotifizierung durch die EU-Kommission erforderlich war, kam es zu erheblichen Verzögerungen in der Auszahlung der EU-Mittel, die letztendlich erst nach Abschluss des Projekts erfolgte. Nach Angaben der PGW gab es hier deutliche Defizite in der Kommunikation zwischen mittelverwaltender Stelle und Bewilligungsbehörde.

Die Betreuung und Abwicklung des Projekts wurde an die Entwicklungsgesellschaft Brunsbüttel (EGEB) übertragen. Diese wird als Wirtschaftsförderungsgesellschaft von den Kreisen Steinburg und Dithmarschen sowie der Stadt Brunsbüttel getragen. Das konkrete Projektmanagement und der Aufbau des Versandhandels erfolgte durch die Werkstätten für Behinderte in Meldorf, die den Versandhandel auch nach Auslaufen der Förderung weitergeführt haben.

Die Vorgeschichte des Projekts geht in das Jahr 1994 zurück. Damals schlossen mehrere Verarbeitungsbetriebe des Ernährungsbereichs im Kreis Dithmarschen, so dass neue Märkte für die landwirtschaftlichen Produkte aufgebaut werden mussten. Nachdem verschiedene Aktivitäten zur Erschließung neuer Absatzmärkte nicht den gewünschten Erfolg hatten, entstand in einer Arbeitsgruppe die Konzeption zum Dithmarscher Spezialitätenversand.

tätenversand. Die Arbeitsgruppe setzte sich u. a. aus Vertretern folgender Einrichtungen zusammen:

- Touristikzentrale,
- Kreis Dithmarschen,
- Landwirtschaftsschule,
- Projektgesellschaft Westküste,
- Werkstatt für Behinderte und
- Gemüsekontor (Vermarktungseinrichtung).

Wichtige Informationen zur Erarbeitung und Weiterentwicklung des Marketingkonzepts lieferten 1996 und 1997 von der Fachhochschule Westküste durchgeführte Gästebefragungen. Die 1997 durchgeführte Befragung zeigte auch, dass die Bereitschaft der Gäste, Dithmarscher Spezialitäten von zu Hause zu bestellen, geringer ist als erwartet.

Ergebnisse

Die Vermarktung der Dithmarscher Spezialitäten erfolgt im Wesentlichen über den Versand und den Verkauf im Landwirtschaftsmuseum in Meldorf. Darüber hinaus werden die Produkte auch im Internet angeboten. Der größte Anteil des Umsatzes wird zur Weihnachtszeit über den Verkauf an Unternehmen aus der Region erzielt, welche die „Dithmarscher Spezialitäten“ als Kundengeschenke verwenden. Den zweitgrößten Anteil am Umsatz hat der Versand gefolgt vom Vor-Ort-Verkauf im Landwirtschaftsmuseum. Die Umsatzentwicklung seit 1997 zeigt Tabelle 13.

Tabelle 13: Umsatzentwicklung des Dithmarscher Spezialitätenversands von 1997 bis 1999

Jahr	verkaufte Pakete	Umsatz in DM
1997	–	ca. 6.000,-
1998	1160	ca. 75.000,-
1999	1560	ca. 90.000,-

Quelle: Mündliche Auskunft Herr Krieger, PGW

Im Jahr 1999 waren 22 Zulieferer tätig. Das Angebot umfasste 71 Produkte, die in sechs verschiedenen Spezialitätenpaketen angeboten wurden. Zum Zeitpunkt der Erhebungen (April 2001) waren ca. 10 bis 12 Landwirte sowie sieben Verarbeiter (vier Wursthersteller, drei Bäcker) am Versand beteiligt. Einige Landwirte nutzen das Logo „Dithmarscher

Spezialitäten“ für ihre eigene Vermarktung auf Märkten und über den Hofverkauf. Bisher ist das Logo des Dithmarscher Spezialitätenversands nicht geschützt.

Die Einkommenswirkung für die Region wird eher gering eingeschätzt. Dies bestätigen auch die eher niedrigen Umsatzzahlen. Bisher wird eine Vollzeit-Arbeitskraft für die Koordination beschäftigt. Die übrigen Tätigkeiten werden von der Werkstatt für Behinderte durchgeführt, ohne dass die eingesetzte Arbeit berechnet wird.

Als besonders positive Wirkungen wird die Stärkung der Zusammenarbeit und die Verbesserung der Gesprächsbereitschaft zwischen den beteiligten Institutionen betrachtet. So wäre z. B. eine Zusammenarbeit der Verarbeitungsbetriebe vor dem Projekt undenkbar gewesen. Darüber hinaus hat das Projekt zu einer Stärkung der regionalen Identität und zu einer größeren Wertschätzung der Besonderheiten der Region in der örtlichen Bevölkerung geführt, die sich u. a. darin zeigt, dass zwei Drittel der Bestellungen aus der Region kommen. Nach Einschätzung des Projektträgers ist die Nachfrage aus der Region allerdings zu gering und könnte durch eine bessere Pressearbeit noch gesteigert werden.

Zur Zeit befindet sich der Dithmarscher Spezialitätenversand in einer Phase der Reorganisation und Professionalisierung. Die Situation stellt sich Ende 2000 wie folgt dar (RUGE, 2000):

- nach 3 Jahren wurde keine Kostendeckung erreicht;
- der Umsatz steigt langsam;
- fast 50 % des Umsatzes konzentrieren sich auf das Weihnachtsgeschäft;
- die Kunden rekrutieren sich überwiegend aus Dithmarschen.

Die Werkstatt für Behinderte stößt aufgrund begrenzter Ressourcen im administrativen Bereich und ihrer Zweckbestimmung an die Grenzen ihrer Möglichkeiten, so dass eine neue Organisationsstruktur erforderlich ist. Eine stärkere Aktivierung der beteiligten Produzenten über die reine Warenlieferung hinaus erfordert eine zentrale Koordination und Unterstützung. Die beteiligten Produzenten haben eher ein Interesse daran, dass keine neuen Produzenten hinzukommen. Aus regionalwirtschaftlicher Sicht ist es jedoch wünschenswert, die Anbieterzahl zu erhöhen.

Neben der erforderlichen Umstrukturierung wird die Verstärkung der Aktivitäten im Bereich der Distribution, insbesondere die Optimierung des Verkaufs im Landwirtschaftsmuseum, angestrebt. Auch eine Erweiterung und Diversifikation des Sortiments ist geplant. Zum Zeitpunkt der Erhebungen zu dieser Studie war der Prozess der Reorganisation noch nicht abgeschlossen. So steht noch eine Entscheidung über die zukünftige Struktur

und Rechtsform aus. Die Arbeitsgruppe „Dithmarscher Spezialitätenversand“ und die Fachhochschule Westküste werden den Versandhandel weiterhin begleiten und beraten.

Innovation und Übertragbarkeit

Als besonders innovative Elemente werden vom Projektträger die Erschließung neuer Märkte und Kundenstämme sowie neue Formen der Partnerschaft und Organisation betrachtet. Aus zwei anderen Kreisen Schleswig-Holsteins (Steinburg und Nordfriesland) gab es Anfragen bzw. den Versuch, den Projektansatz aufzugreifen. Diese haben bisher jedoch nicht zu konkreten Aktivitäten geführt.

Als innovationsfördernd wurden die regelmäßigen begleitenden Gesprächsrunden der EGEB genannt, die im Verlauf der Umsetzung zu Verbesserungen und zur Weiterentwicklung des Projekts beigetragen haben. Hemmend haben die wirtschaftlichen Eigeninteressen einzelner Beteiligter gewirkt.

Vernetzung

Eine Zusammenarbeit mit anderen LEADER II-Projekten sowie eine Beteiligung an den LEADER-Netzen fand nicht statt. Unabhängig von LEADER gab es eine Zusammenarbeit des Projektträgers mit einer dänischen Region sowie Kontakte nach Finnland.

Das Projekt steht weitgehend im „luftleeren Raum“. Eine Einbindung in ein regionales Entwicklungskonzept und die Verknüpfung mit anderen Projekten wäre sinnvoll gewesen und hätte u. U. mehr Chancen zur wirtschaftlichen Entwicklung der Region eröffnet. In diesem Sinne hätte eine LAG mit einem Grundkonzept für die Region hier positiv wirken können. Die entsprechenden Strukturen waren aber nach Einschätzung der PGW nicht vorhanden.

7.1.2 Fallstudie 2: Sonne für Föhr

Ziel des Projekts ist die Förderung der Nutzung erneuerbarer Energien, insbesondere der Solarenergie auf der Insel Föhr. Damit soll zum einen ein Beitrag zum Klimaschutz geleistet werden. Zum anderen soll ein Beitrag zur Verbesserung der touristischen Vermarktung der Insel und zur Förderung des Handwerks geleistet werden.

Das Projekt umfasst die Erarbeitung und Umsetzung eines inselweiten Solarförderungskonzepts für öffentliche und private Solaranlagen und besteht aus zwei Komponenten:

- der Erarbeitung des Förderkonzepts, begleitender Öffentlichkeits- und Informationsarbeit sowie Beratung der Interessenten und

- der finanziellen Förderung von Solaranlagen.

Umsetzung

Das Projekt wurde durch die Stadt Wyk im Vorlauf zum LEADER II-Programm bereits Ende 1995 vorangemeldet. Die Bewilligung wurde Dezember 1996 ausgesprochen. Diese Verzögerung lässt sich auf die späte Genehmigung des LEADER II-Programms zurückführen. Das Projekt wurde 1999 beendet. Die Verwendungsnachweisprüfung ist abgeschlossen.

Die Projektidee hat sich aus den Überlegungen zu einem integrierten Inselfschutzkonzept entwickelt, das im Zuge der „Agenda 21“ in Schleswig-Holstein (seit 1989) auf der Insel Föhr konzipiert wurde. Daraus bildete sich ein Arbeitskreis Ver- und Entsorgung, der schließlich 1995 zur Gründung der „Arbeitsgemeinschaft Sonne“ führte. Die privaten und institutionellen Mitglieder haben sich dem Ziel verpflichtet, ohne eigenen Profit einen Beitrag zur Verminderung von Emissionen und zum Schutz der Natur auf Föhr zu leisten. Mit der Förderung verpflichteten sich alle, die Ergebnisse der Projekte zu dokumentieren und an Interessierte weiterzugeben.

Das Projekt besteht aus zwei Teilkomponenten. Die eine - „Projektbüro Solar“ - wird aus Mitteln des Landes Schleswig-Holstein (MU) und der Stiftung „fering natüür“ getragen. Die zweite - die sogenannte Einzelprojektförderung - wurde aus LEADER II-Mitteln zusammen mit Mitteln des Landes (MFE) und Mitteln aus privater und kommunaler Hand finanziert.

Das Projektbüro Solar war für die Öffentlichkeitsarbeit, die Beratung Interessierter sowie die Antragsannahme und –bewilligung für die Solaranlagen zuständig. Die fachliche Prüfung der Anträge erfolgte durch die Energieagentur.

Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit fanden zahlreiche Informationsveranstaltungen für Touristen und die örtliche Bevölkerung, ein bis zwei Ausstellungen pro Jahr sowie diverse Aktionen wie z. B. Präsentation eines Solarbackofens für Schulklassen und Touristen, statt. Beispielhaft ist eine Übersicht über ausgewählte Pressemitteilungen in Anhang 9 beigelegt.

Der Antrag auf Förderung einer Solaranlage wurde auf einem Formblatt mit beigelegtem Kostenvoranschlag beim Projektbüro eingereicht. Der Antragsteller verpflichtete sich bei Förderung zur Erhebung und Dokumentation von Messwerten zur Ermittlung der Energieproduktion. Die Förderquote wurde in Abhängigkeit vom gewählten Messverfahren und den damit verbundenen Kosten festgelegt (zu technischen Einzelheiten vgl. BRAUER, 1998).

Die Förderquote variierte zwischen 35 und 45 % bei der Installation von Solarthermieanlagen für Privathaushalte und lag bei 49 % für öffentliche Gebäude. Bei Photovoltaikanlagen betrug die Förderquote 35 bis 40 % für Privathaushalte und 49 % für öffentliche Gebäude und Privathaushalte bei gleichzeitiger Installation einer Solarthermieanlage (vgl. INVESTITIONSBANK, 1996, in BRAUER, 1998).

Ergebnisse und Wirkungen

Während der Projektlaufzeit wurden insgesamt 21 Anlagen mit LEADER II-Mitteln gefördert. Einen Überblick über die Art der Anlagen und das Jahr der Erstellung gibt Tabelle 14.

Tabelle 14: Mit LEADER II-Mitteln geförderte Solaranlagen auf Föhr

	Jahr	Solarthermieanlagen	Kapazität in m ³	Photovoltaikanlagen	Kapazität in kWp	Sonderanlagen
private Anlagen		6	34	1	1,1	
öffentliche Anlagen		3	28,5	2	4,4	
gesamt	1997	9	62,5	3	5,5	
private Anlagen		4	27	1	3,3	2
öffentliche Anlagen		2	36,2			2
gesamt	1998	6 (davon 2 Sonderanlagen)	63,2	1	3,3	4
gesamt		15	125,7	4	8,8	2³³

Quelle: Unterlagen des Projektträgers, eigene Darstellung

Beim überwiegenden Teil der Anlagen handelt es sich um Solarthermieanlagen zur Brauchwassererwärmung. Dies bietet sich in touristisch stark genutzten Gebieten besonders an, da gerade in Zeiten des großen Warmwasserbedarfs die Sonnenstunden den benötigten Bedarf abdecken. Allerdings konnten, entgegen der ursprünglichen Zielsetzung, bisher erst relativ wenige touristische Einrichtungen und Betriebe für den Bau einer Solaranlage gewonnen werden. Gründe hierfür sind nach Angaben des Projektträgers neben technischen Hindernissen u. a. die Eigentumsverhältnisse an den betreffenden Gebäuden.

Die Bereitschaft von Privatpersonen zur Investition in eine Solaranlage war deutlich größer als bei öffentlichen Investoren. Allerdings erreichte das Projekt überwiegend Hausbe-

³³ Zwei der Sonderanlagen sind bereits in der Summe der Solarthermieanlagen enthalten.

sitzer, die bereits an der Solarnutzung interessiert waren (vgl. BRAUER, 1998). Die Zurückhaltung der öffentlichen Hand wird mit betriebswirtschaftlich kurzfristig orientierter Haushaltsplanung begründet (ebenda).

Die relativ geringe Anzahl geförderter Photovoltaikanlagen ist vor dem Hintergrund, dass diese Form der Nutzung der Solarenergie weiterhin in der Regel nicht rentabel ist, verständlich (vgl. BRAUER, 1998). Hier hat auch die Erhöhung der Vergütung für eingespeisten Strom im Rahmen des Gesetzes zur Förderung Erneuerbarer Energien keine ausreichende Änderung der Wirtschaftlichkeit bewirkt.

Wie Tabelle 14 zeigt, wurden im Jahr 1999 keine neuen Anlagen gefördert. Drei ursprünglich vorgesehene Anlagen konnten im Förderzeitraum nicht mehr bewilligt werden, da es aufgrund technischer und organisatorischer Probleme zu Verzögerungen in der Planung kam.

Eine Auswertung der Messdaten der Solaranlagen konnte aus Kapazitätsgründen bisher nicht vorgenommen werden. Daher können Angaben zum Energieertrag sowie durch die Anlagen eingesparten CO₂-Emissionen an dieser Stelle nicht gemacht werden. Nach Schätzungen von BRAUER (2000), können mit den auf Föhr geförderten Solaranlagen innerhalb von 15 Jahren 1.375.000 kWh produziert werden. Dies entspricht einer Reduzierung von 800.000 kg Luftschadstoffen (ebenda). Mit Maßnahmen zur rationelleren Nutzung von Energie lassen sich allerdings die gleichen oder größere Schadstoffmengen u. U. kostengünstiger einsparen (ebenda).

Ein wichtiges Anliegen des Projekts war die Einbeziehung und Qualifizierung des lokalen Handwerks. Hierzu wurden u. a. Fachgespräche für Handwerker und Architekten angeboten. Das Interesse des lokalen Handwerks an der Planung und Installation der Solaranlagen blieb jedoch gering.³⁴ Fast alle Anlagen wurden von einer Firma außerhalb Föhrs errichtet. Offensichtlich gab es Defizite in der Einbindung und Kommunikation mit den Betrieben vor Ort (vgl. BRAUER, 1998). Erschwerend kam hinzu, dass in den Handwerksbetrieben ein Generationenwechsel stattfand, der die Aufnahme neuer Tätigkeitsfelder in den Betrieben erschwerte. Aufgrund der geringen Beteiligung des lokalen Handwerks sind auch die Impulse und Einkommenswirkungen für die regionale Wirtschaft ausgeblieben.

Die Erfahrungen mit LEADER II waren für die Beteiligungs- und Vernetzungsprozesse auf der Insel allerdings ein wichtiger Baustein und haben zur Weiterentwicklung des Agenda-21-Prozesses auf Föhr beigetragen. Das Wissen über erneuerbare Energien und

³⁴ Zur Zeit ist das Interesse des lokalen Bauhandwerks und der örtlichen Architekten an „energiesparendem Bauen“ relativ groß.

deren Nutzungsmöglichkeiten ist auf der Insel sehr hoch. Eine Weiterentwicklung der neu entstandenen Projektideen und anderer Energieformen (s. u.) zu einem Integrierten Klimaschutzkonzept wird angestrebt.

Aus dem Projekt hervorgegangene Initiativen im Rahmen der Nutzung erneuerbarer Energien und des Klimaschutzes

Die Erfahrungen mit dem Projekt „Sonne für Föhr“ und die Fortsetzung der konzeptionellen Arbeit der AG Sonne haben zu weiteren Projekten und Ideen zur Nutzung erneuerbarer Energien geführt:

- Biogasprojekt;
- Erfassung aller erneuerbaren Energien der Insel und Beteiligung am Inselnetzwerk – 100 % renewable islands (gefördert über die EU-Gemeinschaftsinitiative ALTENER);
- Erstellung einer Karte der erneuerbaren Energien der Insel;
- Bau von Passivhaus–Reihenhäusern.

Das ebenfalls über LEADER II bewilligte *Biogasprojekt* beinhaltete die gemeinsame Planung von Einzelhofanlagen für sechs landwirtschaftliche Betriebe der Insel. Dieses Projekt wurde Ende 1999 mit einer Laufzeit bis Ende 2001 bewilligt. Bisher wurden die Vorarbeiten, Informations- und Öffentlichkeitsarbeit, Qualifizierung der interessierten Landwirte sowie die Planung aus LEADER-Mitteln kofinanziert. Zu Verzögerungen in der Umsetzung kam es u. a. aufgrund der durch BSE und MKS ausgelösten wirtschaftlichen Unsicherheit der Betriebe. Da man sich vor Ort jedoch mittlerweile entschlossen hat, statt mehrerer Einzelhofanlagen eine (nicht förderfähige) Biogas-Großanlage zu bauen, wird das Projekt voraussichtlich nicht im Rahmen der LEADER II-Förderung realisiert (vgl. MLR, 2001). Dem Projektträger waren die Gründe für die Ablehnung einer Großanlage nicht verständlich. Hier gibt es u. U. Kommunikationsdefizite.

Neben den hier genannten Projekten gibt es noch eine Reihe weiterer Initiativen im Rahmen des Integrierten Inselschutzkonzepts und der Agenda 21 auf der Insel Föhr.³⁵ Hierzu gehört die Förderung der Vermarktung Föhrer Produkte über die Einführung eines Qualitätslabels „bewusst Föhr“ (vgl. POPP, 2000). Dieser Projektansatz wurde auch im Rahmen eines grenzüberschreitenden LEADER II-Projekts aufgegriffen.

³⁵ Vgl. hierzu Agenda Büro Föhr 2001

Vernetzung und grenzüberschreitende Zusammenarbeit

Der Träger des Projekts „Sonne auf Föhr“ ist der einzige Projektträger in Schleswig-Holstein, der sich aktiv an der Vernetzung im Rahmen von LEADER II beteiligt hat. Dies beinhaltet die Teilnahme an mehreren Seminaren sowohl der europäischen Beobachtungsstelle als auch der nationalen Vernetzungsstelle. Im Jahr 1998 fand eine Veranstaltung der Deutschen Vernetzungsstelle LEADER II (DVS) „Initiativen für den ländlichen Raum“ auf Föhr statt. Darüber hinaus wurden der DVS Informationen zu allen Aktivitäten der Stiftung auch außerhalb von LEADER II mitgeteilt.

Die Vernetzung diente in erster Linie dem Informations- und Erfahrungsaustausch. Als positive Wirkungen der Beteiligung an den Netzen wurden genannt:

- Bestärkung der eigenen Arbeit;
- Impulse und neue Ideen;
- Kontakte zu potenziellen Partnern.

Aus den Kontakten zu anderen Gruppen im Rahmen der Vernetzung entwickelten sich zwei Projektideen für grenzüberschreitende Projekte. Eines dieser Projekte – Vermarktung regionaler Produkte der Wattenmeerregion – wurde über die europäische Beobachtungsstelle in den LEADER-Phasen 1 und 2 gefördert und soll im Rahmen von LEADER+ weiterentwickelt werden. An diesem Projekt waren neben „fering natüür“ LEADER-Gruppen aus Niedersachsen, Dänemark und den Niederlanden beteiligt. Die finanzielle Unterstützung für dieses Projekt wurde aufgrund der erhöhten Kosten durch die Vielzahl der Partner (fünf) als unzureichend empfunden.

Die zweite Projektidee „Salzgewinnung aus dem Watt“ mit einem dänischen Partner wurde letztendlich nicht weiter verfolgt, da es keine gemeinsamen historischen Anknüpfungspunkte gab.

Neben den konkreten Resultaten der Zusammenarbeit (Qualifizierung touristischer Einrichtungen, gemeinsame Vermarktungskonzepte) wurden als weitere Ergebnisse genannt:

- mehr Wissen über andere Gebiete;
- Entstehen von Freundschaften;
- gegenseitige Unterstützung bei LEADER+.

7.1.3 Weitere Projekte zur Valorisierung und Vermarktung von regionalen Agrarprodukten

Treibselverwertung

Ziel der Maßnahme war, angeschwemmtes Treibsel durch Aufbereitung der landwirtschaftlichen Nutzung zuzuführen. Hierzu wurde eine selbstfahrende Sortieranlage (Deichtruck) entwickelt. Das Treibsel besteht zu ca. 95 % aus organischer Masse, die z. B. zur Kompostierung, Bodenverbesserung oder auch Energieerzeugung eingesetzt werden könnte.

Die Aufbereitung des Treibsel funktioniert, nach einigen technischen Problemen, mittlerweile problemlos. Das aufbereitete Treibsel wird auf landwirtschaftliche Flächen ausgebracht. Die Verwertung der organischen Masse erfolgt jedoch noch nicht im angestrebten Umfang von mindestens 5000 m³ pro Jahr. Überlegungen zur energetischen Verwertung der organischen Masse haben sich als technisch schwierig und bisher nicht durchführbar erwiesen (mündliche Auskunft Herr Marsch Maschinenring Nordfriesland).

Das Projekt hat neue Einkommensmöglichkeiten für die beteiligten ca. sechs Landwirte geschaffen. Dies entspricht nach Angaben der Bewilligungsstelle drei Teilzeitarbeitsplätzen. Weiterhin hat es dazu geführt, dass über Alternativen der Deichreinigung nachgedacht wird.

Baldrian

Ziel des Projekts war die Optimierung des Anbaus, der Ernte und der Aufbereitung von Baldrian als Rohstoff für die pharmazeutische Industrie. Mit dem Projekt wurde die Anschaffung und der Praxiseinsatz von Spezialmaschinen für den Anbau-, Bearbeitungs- und Ernteprozess gefördert. Der Anbau von Baldrian wurde 1998 in Schleswig-Holstein erstmals kleinflächig aufgenommen. Das Projekt hatte für die angestrebte Ausweitung des Anbaus von Baldrian auf wirtschaftlich tragfähige Größenordnungen Pilotcharakter. Zur Durchführung wurde vom Maschinenring Nordfriesland gemeinsam mit zwei Landwirten die Baldrian GbR gegründet. Im Rahmen des Projekts wurden 10,8 ha Baldrian angebaut. Mit dem Projekt wurden fünf Saisonarbeitsplätze geschaffen. Aufgrund der positiven Ergebnisse des Projekts wurde nach Projektende die Anbaufläche weiter ausgeweitet. Zur Zeit ist die Wirtschaftlichkeit des Anbaus allerdings nicht mehr gesichert. Der ursprüngliche Vertragspartner der Abnehmer wurde von einem Mitbewerber übernommen und danach firmenstrategisch neu ausgerichtet, wodurch auch keine neuen Anbau- und Abnahmeverträge mehr abgeschlossen werden konnten. Da es sich national um einen von geschäftlichen Traditionen geprägten, oligopolistischen Markt auf Seiten der aufnehmenden Hand handelt, gelang es aufgrund der erst kurzen Anbauerfahrungen in Schleswig-Holstein nicht, alternative Absatzkanäle zu erschließen (MAIER-STAUDT, 2001).

Ökologische Messe Tarp

Die Ökologische Verbrauchermesse Tarp ist am 25. und 26. April 1998 durchgeführt worden. Ziel war u. a. die Stärkung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Die Messe fand in Kooperation mit der dänischen Partnergemeinde Rødekro statt. Die Gemeinde Tarp geht von einem Erfolg der Ausstellung aus, die von 30 Ausstellern bestückt war. Ursprünglich war geplant, die Messe in Zusammenarbeit mit der Kommune Rødekro zu wiederholen. Aufgrund der ablehnenden Haltung der Partnergemeinde war dies jedoch nicht möglich.

Die Gemeinde Tarp hat die Messe genutzt, der Bevölkerung ihr Engagement im Bereich Umwelt zu vermitteln (Imagegewinn durch ökologische Verantwortung). Gleichzeitig erfolgte eine Aufklärung der Bevölkerung über ökologische Landwirtschaft und ökologisches Handwerk. Den ökologischen Verbänden wurde die Möglichkeit gegeben, sich einer breiten Bevölkerungsschicht zu präsentieren. Auch den Biobauern aus dieser Region diente diese Veranstaltung zur Erhöhung ihres Bekanntheitsgrades. Zusätzlich zur Darstellung und Präsentation der ökologischen Produkte aus der Landwirtschaft ist eine Aufklärung über die Produktionsmöglichkeiten und Unterschiede zur konventionellen Landwirtschaft erfolgt. In ähnlicher Form wurde die Messe in Schleswig und Flensburg fortgesetzt.

Knickpflege

Ziel des Projekts ist die Erhaltung der von Knicks und Wallhecken geprägten Kulturlandschaft des Naturparks Hüttener Berge durch regelmäßige Knickpflege. Hierzu wurden für bisher acht Gemeinden (Stand 2/2001) auf Basis einer Knickkartierung Pflegepläne erarbeitet und umgesetzt. Dabei erfolgt eine Abstimmung mit dem jeweiligen Bürgermeister, der Gemeindevertretung, dem Bauernverband, dem zuständigen Forstamt und dem Knick-eigentümer. Darüber hinaus erfolgte z. T. eine enge Abstimmung mit dem Landesamt für Natur und Umwelt (LANU) und der Unteren Naturschutzbehörde. Dieses Projekt ist im Rahmen der LSE Hüttener Berge entstanden und eng verbunden mit den Projekten „Biomasse-Blockheizkraftwerk Domsland“ (s. u.) und „Informationszentrum für Tourismus, Umwelt und Natur – Redderhus“ (vgl. Kapitel 7.2.2.1). Es ist vorgesehen, das Knickholz in dem Kraftwerk energetisch zu verwerten und damit eine kostendeckende Knickpflege zu ermöglichen. Die im „Redderhus“ errichtete Ausstellung „Mensch zwischen Natur und Kultur“ greift auch diese Themen Knickpflege und energetische Nutzung des Knickholzes auf. Pro Jahr werden 50.675 m Knicks „auf den Stock“ gesetzt.

Das Projekt schafft zusätzliche Einkommensmöglichkeiten für Landwirte und Lohnunternehmer. Nach Angaben des Amtes für ländliche Räume Kiel wurden 10 Saisonarbeitsplätze geschaffen, d. h. die Mitarbeiter können im Winterhalbjahr weiter beschäftigt werden.

Erneuerbare Energien

Mit Mitteln aus LEADER II wurden zwei Holzkraftwerke sowie drei Biogasprojekte gefördert.

Das *Holzheizwerk im ökologischen Baugebiet Schwabstedt* ist für die Versorgung von 38 Wohnungen mit Strom und Wärme geplant und ist das kleinste Nahwärmekraftwerk in Deutschland. Es wurde im September 2000 offiziell eingeweiht. Bis Mitte 2001 waren 21 Gebäude mit insgesamt 30 Wohneinheiten an das Netz angeschlossen. Bis Ende des Jahres 2001 wird der Anschluss aller Wohneinheiten erfolgt sein.³⁶ Betreiber ist die Fünfte Ergon Energieversorgungs GmbH & Co., deren Gesellschafter die Gemeinde Schwabstedt, die Firma Ergon und der Maschinenring Nordfriesland sind. Wie in Domsland wird das Heizkraftwerk mit Knickholz betrieben und führt so das in der Knickpflege anfallende Restholz einer sinnvollen Verwertung zu und eröffnet landwirtschaftlichen Betrieben ein zusätzliches Einkommen. Jährlich werden über das Kraftwerk vier Kilometer Knickholz verwertet (MASCHINENRING NORDFRIESLAND, 2001). Die jährliche Wärmeproduktion beträgt 641 MWh, dies entspricht einer CO₂-Einsparung von 121 t pro Jahr (ENERGIESTIFTUNG SCHLESWIG-HOLSTEIN, 2001). Das Projekt ist als regionales Leitprojekt aus der LSE Amt „Treene“ hervorgegangen. Darüber hinaus ist es ein Baustein im Gesamtkonzept zur Nutzung regenerativer Energien im Eider-Treene-Sorge-Gebiet (s. u.).

Das *Biomasse-Blockheizkraftwerk Domsland* entstand als regionales Leitprojekt der LSE Hüttener Berge (vgl. Kapitel 6.1). Betreiber ist die Biomasse Energie Versorgung (BEV) Domsland GmbH mit den Gesellschaftern Maschinenring Angeln, EVN Energieversorgung Nord GmbH & Co. KG und den Stadtwerken Eckernförde GmbH. Die Wärmeversorgung soll (bundesweit erstmalig) zu 100 % auf Biomassebasis erfolgen. Als weitere technologische Innovation wird dabei erstmalig ein Biomasse-Blockheizkraftwerk auf der Basis von thermischer Holzackschnitzelvergasung zum Einsatz kommen. Angestrebt war die Versorgung von ca. 400 Wohneinheiten. Seit Ende 1999 ist die Anlage in Betrieb. Bis Mitte 2001 waren ca. 250 Wohneinheiten angeschlossen (BRODTMANN, 2001). Laut Angaben des Amtes für ländliche Räume Kiel kann für 2001 mit einer Stromproduktion von 180 MWh und einer CO₂-Einsparung von 47,5 t gerechnet werden. Die eingesparte CO₂-Menge bei der Wärmeproduktion beträgt 684 t/Jahr. Bei den Stadtwerken Eckernförde und der EVN wurden in den Bereichen Überwachung, Wartung und Folgeaufträge drei Arbeitsplätze gesichert.

Die *Biogasanlage Braderup* soll als Gemeinschaftsanlage von vier landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetrieben errichtet werden. Sie ist ein regionales Leitprojekt der LSE des

³⁶ Amt für ländliche Räume Husum, mündliche Auskunft.

Amtes Süderlügum. Der Transport der Gülle soll von den Betrieben über Rohrleitungen erfolgen. Das in der Anlage gewonnene Gasgemisch wird als Treibstoff für ein Biomasse-Blockheizkraftwerk eingesetzt. Die Genehmigung des Projekts erfolgte im Dezember 1999. Nach Angaben des Projektträgers haben mittlerweile zehn Landwirte Interesse bekundet, sich an der Anlage zu beteiligen. Bisher wurden lediglich vorbereitende Arbeiten durchgeführt.

Die *Biogasanlage Silberstedt* soll Teil eines regenerativen Energieparks werden, der bestehende Windkraftanlagen mit einer Biogasanlage zur Verwertung des regionalen Biomasseaufkommens verbindet. Die in der Windkraftanlage vorhandenen Schwankungen der Stromerzeugung sollen durch die Biogasanlage aufgefangen werden, so dass ein gleich bleibendes Niveau der Stromproduktion erreicht wird. Das Projekt ist als regionales Leitprojekt im Rahmen der LSE Silberstedt entstanden. Die geplante Kapazität liegt bei 100.000 t/Jahr, davon 80.000 t/Jahr Gülle und 20.000 t/Jahr nachwachsende Rohstoffe. Der Träger des Projekts, die Büsche Windpark GmbH soll sich vorwiegend aus Landwirten gründen. Die Genehmigung des Projekts erfolgte im Dezember 1999. Mit der Umsetzung der Maßnahme konnte erst im Jahr 2001 begonnen werden.

In beiden Biogasprojekten kam es aufgrund der mit der BSE-Krise sowie der Maul- und Klauenseuche verbundenen wirtschaftlichen Unsicherheiten der landwirtschaftlichen Betriebe zu erheblichen Verzögerungen in der Projektumsetzung. Daher ist es nicht möglich, die Projekte bis Ende 2001 abzuschließen. Die zuständige Fondsverwaltung beabsichtigt daher, einen Antrag auf Verlängerung der Projektlaufzeit über Ende 2001 hinaus an die EU-Kommission zu stellen.

Ein weiteres mit LEADER II-Mitteln gefördertes Biogasprojekt – Biomasseprojekt Föhr – wurde in Kapitel 7.1.2 kurz dargestellt.

Grundlage des Projekts *„Baustein Energie – Energiemanagement Flusslandschaft Eider – Treene – Sorge“* war eine 1998 im Auftrag der Staatskanzlei Abt. Landesplanung durchgeführte Voruntersuchung mit dem Thema „Möglichkeiten zur Nutzung erneuerbarer Energien im Eider-Treene-Sorge-Gebiet“ (DIE MINISTERPRÄSIDENTIN DES LANDES SCHLESWIG-HOLSTEIN, 1998). Ziel des Projekts war die Erarbeitung eines Energiekonzepts für die Region und die gleichzeitige Realisierung einzelner dezentraler Modellprojekte durch die kommunale Ebene. Das Projekt wurde Ende 1999 mit einer Laufzeit bis Ende 2001 bewilligt.

Im Rahmen des Projekts wurden folgende Punkte bearbeitet:

- Potenzialerhebungen zur Nutzung erneuerbarer Energien und Bewertung der Rahmenbedingungen;

- Konstituierung einer Projektgruppe mit Vertretern der 10 beteiligten Ämter, der Eider-Treene-Sorge GmbH, dem Ministerium für Finanzen und Energie, der Energiestiftung Schleswig-Holstein und der Investitionsbank Schleswig-Holstein, Energieagentur (IB/EA);
- Lokalisierung von mindestens einem Modellprojekt im Bereich der Solarnutzung in jedem Amtsbereich und Abschätzung der möglichen Größe;
- Information der Bevölkerung über das Projekt und über weitere Fördermöglichkeiten privater Nutzer erneuerbarer Energien durch persönliche Beratung, ein Informationsblatt und durch Pressearbeit;
- Durchführung von zwei Veranstaltungen zur Information des örtlichen Handwerkes in Hennstedt und Bergenhusen;
- Vorbereitung eines Energiemanagements für öffentliche Liegenschaften.

Weiterhin wurden Planungen für Solarabsorbersysteme in drei kommunalen Freibädern begonnen. Zum Ende 2000 waren für sechs Solarthermievorhaben und für drei Solarabsorbersysteme vorzeitige Maßnahmebeginne erteilt worden. Beispielhaft ist in diesem Projekt die ämter- und gemeindeübergreifende Zusammenarbeit.

7.1.4 Zusammenfassung

Drei Projektträger gaben an, in ihrem Projekt direkt Arbeitsplätze geschaffen zu haben. Insgesamt wurden drei Vollzeit- und 11 saisonale Arbeitsplätze (im Winterhalbjahr) geschaffen. Die Schaffung der Arbeitsplätze im Winterhalbjahr führt dazu, dass die vorher nur im Sommer beschäftigten Arbeitnehmer nun ganzjährig beschäftigt werden. Alle Arbeitsplätze sind mit Männern besetzt.

Im Rahmen der LEADER II-Projekte sind drei Unternehmen neu entstanden, zwei befinden sich in Gründung. Drei weitere Projekte beinhalten den Aufbau neuer Betriebszweige in bereits vorhandenen Unternehmen bzw. Institutionen.

In Schleswig-Holstein gehört die Biomasse neben der Sonnen- und Windenergie zu den wichtigsten erneuerbaren Energieträgern (MFE, 1999). Das gesamte Biomassepotenzial der Land- und Forstwirtschaft würde nach Angaben des MFE ausreichen um 610.000 Wohnungen, das ist ca. die Hälfte aller Wohnungen in Schleswig-Holstein mit Wärme für Heizung und Warmwasser zu versorgen. So gibt es in Schleswig-Holstein z. B. 40.000 km Knicks, aus denen Restholz zur Energieerzeugung genutzt werden könnte (HINSCH, 2001). In den beiden über LEADER II geförderten Kraftwerken wird zur Zeit das Restholz von rund 54 km Knicks genutzt.

Die Landesregierung betreibt bereits seit Mitte der 90er Jahre in Zusammenarbeit mit der Energiestiftung die Förderung der energetischen Nutzung von Biomasse. So wurden von 1994 bis 1998 21 Biomasseprojekte gefördert (MFE, 1999). Mit LEADER II-Mitteln konnte diese Entwicklung weiter voran getrieben werden. Nach Aussagen der Investitionsbank haben die im Rahmen von LEADER II geförderten Projekte die Diskussion und das Interesse an der Nutzung erneuerbarer Energien stark gefördert. Der Beitrag zum Klimaschutz kann zur Zeit nicht in Mengenangaben zu den eingesparten CO₂-Emissionen quantifiziert werden, da nicht für alle Projekte hierzu zuverlässige Angaben vorliegen.

Als beispielhaft kann in den beiden Projekten Holzheizwerk Schwabstedt und Biomasse-Blockheizkraftwerk Domsland die Zusammenarbeit von Kommune (Gemeinde bzw. Stadtwerke), privatem Energieversorger und Landwirtschaft (jeweils über den Maschinenring) betrachtet werden. Als beispielhaft für die Zusammenarbeit zwischen Ämtern und Gemeinden kann das Projekt „Baustein Energie“ gewertet werden.

Ein Projekt hat beispielhaft neue Wege der Abfallvermeidung aufgezeigt.

Sechs Projekte beinhalteten die Schaffung neuer Einkommens- bzw. Absatzmöglichkeiten für Landwirte, z. T. haben diese „neuen“ Betriebszweige aber den Charakter einer Nische und können nicht in größerem Maßstab übertragen werden.

Alle Projekte beinhalten die regionale Nutzung und Verwertung regionaler Ressourcen. Sie tragen somit zur Stärkung regionaler Wirtschaftsbeziehungen und regionaler Stoffkreisläufe bei.

7.2 Ländlicher Tourismus

Zu den Stärken des Landes Schleswig-Holstein als Urlaubsregion gehört vor allem die Lage zwischen den Meeren, die in jedem Teil des Landes die Möglichkeit bietet, auf individuelle Art die Natur anders zu erleben. Weiterhin nennt die Tourismuskonzeption des Landes Schleswig-Holstein u. a. die Vielfalt landestypischer Kultur, die reichhaltige Möglichkeit zur sportlich aktiven Betätigung, die historischen Städte und Dörfer, Schlösser und Herrenhäuser, eingebettet in eine lebendige Kulturlandschaft als Stärken des Landes.

Als Schwächen der Urlaubsregion wurden u. a. identifiziert:

- Verkehrsbelastungen in den Urlaubsorten,
- Defizite im Angebot außerhalb der Saison,
- zu geringe Ansätze einer regionaltypisch ausgeprägten Gastronomie,

- ungünstiges Preisimage,
- trotz vorhandener Ansätze noch unzureichende interne, lokale und regionale Kooperation und Koordination der Einrichtungen und Angebote.

Eine intakte Natur, Umwelt und Landschaft sind eine entscheidende Grundlage des Tourismus in Schleswig-Holstein. Daher baut die Landesregierung zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Fremdenverkehrs in Schleswig-Holstein auf die Strategie des „Sanften Tourismus“ (vgl. DIE LANDESREGIERUNG SCHLESWIG-HOLSTEIN, 1996).

Zu den Schwerpunkten der Strategie gehören u. a. eine

- Schaffung von Naturerlebnisräumen,
- Verstärkung der Grundversorgung in den Dörfern und Nutzung der wirtschaftlichen Potenziale der ländlichen Regionen im Tourismus,
- systematischere Information und Vermarktung des historischen, kulturellen und natürlichen Potenzials Schleswig-Holsteins,
- weitere Förderung des Fahrradtourismus,
- Förderung des Klimaschutzes und die Nutzung erneuerbarer Energien.

Die im Rahmen von LEADER II geförderten Projekte ordnen sich in diese Strategie ein. Eine Übersicht über die im Rahmen von LEADER II geförderten Projekte zum ländlichen Tourismus gibt Tabelle 15. Zur besseren Übersichtlichkeit werden die Projekte in diesem Kapitel in drei Gruppen zusammengefasst:

- Projekte im Zusammenhang mit der Entwicklung des Sanften Tourismus in der Eider-Treene-Sorge-Region und andere Radwegeprojekte;
- Informationszentren die Tourismus und Umweltaspekte verknüpfen;
- weitere Tourismusprojekte.

Tabelle 15: Projekte im Bereich ländlicher Tourismus – Teil 1

Projekt	Kreis	Träger	Fonds	bewilligt	förderfähige Gesamtkosten in DM	Fondsanteil in %
Projekte im Zusammenhang mit der Entwicklung des Sanften Tourismus in der Eider-Treene-Sorge-Region und andere Radwegeprojekte						
Fahrradtouristische Infrastruktur	ETS	gemeinnützige Gesellschaft für regionale Arbeits-, Beschäftigungs-, Qualifizierungs- und Serviceangebote mbH (RABS gGmbH)	ESF	Jan 99	605.366	28
Fahrradtouristische Besucherlenkung	ETS	RABS gGmbH	ESF	Aug 99	731.000	23
Übergang Nordfeldschleuse	Dithm/NF	Amt Friedrichstadt	EFRE	Dez 99	224.200	40
Hohner Fähre	Rd.-Eck.	Gemeinde Hohn	EFRE	1999	112.500	40
Jugendherberge Schloss Pahlen	Dithm	Gemeinde Pahlen	EFRE	Dez 99	1.515.000	37
NaTourCentrum Lunden	Dithm	Amt Kirchspielgemeinde Lunden	EFRE	Sep 98	1.420.000	40
Beschilderung der touristischen Radwege	alle	Kreis Nordfriesland, Touristikzentrale Dithm. e. V., Kreis Red.-Eck., Touristikverein Sl.-Fl.	EFRE	Sep 99	1.621.600	40
Informationszentren, die Tourismus und Umweltaspekte verknüpfen						
Zentrum für Ostseeschutz, Forschung und Naturerleben Schlei-münde-Massholm	Sl.-Fl.	Gemeinde Maasholm	EFRE	Mai 99	1.350.000	40
Naturerlebnisraum Kolonistenhof (Rd-Eck)	Rd/Eck	Werkstätten für Behinderte Rd-Eck	EFRE	Mai 99	1.997.000	35
Charlottenhof, Klanxbüll, Kultur- und Veranstaltungszentrum	NF	Gemeinde Klanxbüll	EAGFL	1999	1.390.000	40

Tabelle 15: Projekte im Bereich ländlicher Tourismus – Teil 2

Projekt	Kreis	Träger	Fonds	bewil- ligt	förderfähige Gesamtkos- ten in DM	Fondsan- teil in %
Infozentrum für Tourismus, Umwelt und Natur „Redderhus“	Rd/Eck	Gemeinde Holzbunge	EAGFL	1998	3.760.000	38
weitere Tourismusprojekte						
Kulturforum „Altes Kino“ Bordesholm	Rd/Eck	Gemeinde Bordesholm	EFRE	Dez 99	424.000	40
Destinationsmanagement Tourismusregion Nordsee	Dithm/ NF	Kreis Dithm.	EFRE	Dez 99	300.000	40
Tourismusmanagement Skandinavien	Rd/Eck	Nordkolleg Rendsburg	ESF	Dez 98	367.210	39
Wilstermarsch (Sanfter Tourismus)	Stein- burg	Amt Wilstermarsch	EAGFL	1998	1.598.600	40
Kulturwanderweg Bordesholm, 1. und 2. Kapitel	Rd/Eck	Gemeinde Bordesholm	EFRE	11/1997, 3/98	1.000.000	40
Urlaubsticket Kreis Nordfriesland	NF	Kreis Nordfriesland, Amt für Wirtschafts- und Verkehrsförderung	EFRE	Sep 98	26.466	40
Touristisches Leitsystem Dithmarschen	Dithm	Touristikzentrale Dithm. e. V.	EFRE	Apr 99	611.000	40

Quelle: Projektunterlagen, eigene Darstellung

7.2.1 Sanfter Tourismus in der Eider-Treene-Sorge-Region und kreisübergreifendes Radwegenetz

Aus der Zusammenarbeit der 10 Ämter des Eider-Treene-Sorge-Gebiets ist das Maßnahmenbündel zur integrierten Entwicklung in der Eider-Treene-Sorge-Region Naturbezogener sanfter Tourismus entstanden. Es umfasst Maßnahmen zu den Bereichen Infrastruktur, Information und Besucherlenkung sowie naturbezogene Aktivitäten. Darüber hinaus sollen auch private Aktivitäten, die sich in die Zielsetzung des naturbezogenen sanften Tourismus einordnen, unterstützt werden.

Im Bereich der Infrastruktur war die Entwicklung des Rad- und Wanderwegenetzes vorrangig. Hierzu wurden die folgenden vier Projekte geplant und über LEADER II gefördert:

- Fahrradtouristische Infrastruktur;
- Fahrradtouristische Besucherlenkung;
- Übergang Nordfeldschleuse;

- Nostalgischer Fährbetrieb Hohner Fähre.

Angestrebt war die Einrichtung eines thematischen Radrundwanderweges mit Zubringern zu den vier Kreisstädten Heide, Husum, Schleswig und Rendsburg. Die Schaffung einer Eiderüberquerung für Rad- und Fußwanderer bei Drage/Kleve (*Übergang Nordfeldschleuse*) ist wichtiger Bestandteil des Wegenetzes. Die Reaktivierung eines bis 1958 betriebenen einfachen Fährbetriebs über die Eider (*Hohner Fähre*) schafft eine Verbindung zum Eider-Treene-Sorge-Gebiet für Gäste aus dem Rendsburger Raum.

Die Erarbeitung der Streckenführung, die Beschilderung der Radwege und die Erstellung einer Karte waren Bestandteil eines (mit Landesmitteln geförderten) Projekts „Entwicklung eines thematischen Fernradwanderweges im Eider-Treene-Sorge-Gebiet“. Darauf aufbauend erfolgte im Rahmen von zwei Qualifizierungsmaßnahmen mit je 10 ABM-Stellen die weitere Ausstattung der Radwege. Die Projekte „*Fahrradtouristische Infrastruktur*“ (I) und „*Fahrradtouristische Besucherlenkung*“ (II) beinhalteten neben der Erstellung eines Schilderkatasters die Aufstellung von Informationstafeln zu entsprechenden Themenbereichen und die Einrichtung von für Rad- und Fußwanderer wichtiger Infrastruktur wie Schutzhütten und Rastplätze. Hierbei wurde besonders Wert auf eine kindgerechte Ausstattung gelegt. Insgesamt wurden 240 km Radweg mit rund 900 Hinweisschildern ausgestattet. Die Konzipierung des Radwegenetzes und der Radwanderkarte erfolgte in enger Zusammenarbeit des Projektträgers (RABS gGmbH) mit den beteiligten Ämtern und Gemeinden. Nach Angaben des Projektträgers erfolgte bereits die Umnutzung von drei ehemaligen Bauernhöfen entlang des Radweges zu touristischen Einrichtungen wie z. B. Heuhotel und Cafés mit künstlerischem Angebot.

Die Qualifizierung der Teilnehmer erfolgte in Kooperation mit der DEULA schwerpunktmäßig im gewerblich-technischen Bereich und im Garten- und Landschaftsbau. Einen Überblick über den Verbleib der Teilnehmer gibt Tabelle 16.

Tabelle 16: Verbleib der Teilnehmer der Qualifizierungsprojekte Fahrradtouristische Infrastruktur und Besucherlenkung

Maßnahme	Eintritt in die Maßnahme	davon		
		Übergang in den 1. Arbeitsmarkt nach Ende der Maßnahme oder nach kurzer Arbeitslosigkeit	Übergang in den 1. Arbeitsmarkt nach Weiterqualifizierung	Übergang in Arbeitslosigkeit oder Folgemaßnahmen
Fahrradtourismus I	15	3	0	12
Fahrradtourismus II	12	6	2	4
Gesamt	27	9	2	16

Quelle: Mündliche Angaben BSH

Im Vergleich zu der durchschnittlichen Übergangsquote in den 1. Arbeitsmarkt der im Ziel-5b-Programm mit ESF geförderten Qualifizierungsmaßnahmen (24 %) sind diese Ergebnisse durchaus positiv zu bewerten.

Der *Übergang Nordfeldschleuse* sollte eine Überquerung der Eider für Radfahrer und Wanderer abseits der Hauptstraße ermöglichen. Wegen des noch bestehenden Schleusenbetriebs waren hier einige Vorkehrungen zu treffen. Der Übergang wurde im Mai 2001 fertiggestellt. In der Planungsphase erfolgte eine enge Abstimmung zwischen den beteiligten Kreisen, den beiden Ämtern und dem Wasser- und Schifffahrtsamt.

Die *Hohner Fähre* wurde im Februar 2000 fertiggestellt (Errichtung eines Anlegers, Erwerb einer Holzfähre, Anschaffung von Hinweistafeln, Hafentrawler, Persenning und Wartehäuschen). In der ersten Saison 2000 wurden 1.293 Überfahrten durchgeführt und 3.791 Fahrkarten für Erwachsene und 567 für Kinder verkauft. Eine Teilzeitkraft zum Betrieb der Fähre wurde eingestellt.

Im Bereich Information und Besucherlenkung war die Schaffung zentraler Anlaufstellen zur Vermittlung von naturbezogenen und touristischen Informationen von zentraler Bedeutung. In Zusammenarbeit mit der Region wurde ermittelt, dass dieses durch ein Netz von drei Informationszentren erfolgen soll. Als Standorte wurden die Gemeinden Bergenhäusen, Lunden und Hohn ausgewählt. Zusätzlich sollten Informationstafeln, Broschüren und Faltblätter erstellt werden. Als konkrete Projekte wurden

- das NaTourCentrum Lunden (s. Kapitel 7.2.1.1) sowie
 - der Kulturmarktplatz Tellingstedt
- benannt.

Der Kulturmarktplatz sollte über die Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes und Ziel-5b-Mittel gefördert werden.

Attraktive naturbezogene Angebote sollen die Verbindung zwischen Natur und Tourismus herstellen und zu einer Sensibilisierung von Einheimischen und Gästen beitragen. Hierzu können z. B. Naturerlebnisräume, Naturlehrpfade oder Naturbeobachtungspunkte geschaffen werden. Als konkretes Projekt wird der über LEADER II geförderte Naturlehrpfad im Naturschutzgebiet Wildes Moor benannt. Die Darstellung des Projekts erfolgt in Kapitel 7.5.

Weitere Überlegungen zur Entwicklung der Eider-Treene-Sorge-Region sehen für die Zukunft die Einbeziehung der Bereiche Gastronomie und Gewerbe sowie die Nutzung regenerativer Energien vor.

Bei dem *Schloss Pahlen* handelt es sich um ein Herrenhaus aus den 80er Jahren des 19. Jahrhunderts. Das Gebäude wurde von der Unteren Denkmalpflegebehörde als erhaltenswert eingestuft, war aber (vor Projektbeginn) erheblich renovierungsbedürftig. Im Rahmen der LSE des Amtes Tellingstedt entstand die Idee, in dem Gebäude eine Jugendherberge einzurichten. Ausschlaggebend hierfür war u. a., dass in der Flusslandschaft Eider-Treene-Sorge keine den heutigen Standards entsprechende Gruppenunterkunftsmöglichkeit vorhanden war. Das Schloss Pahlen wurde als Übernachtungs- und Freizeiteinrichtung mit 37 Betten ausgebaut und soll hauptsächlich als Selbstversorgereinrichtung in Trägerschaft des Deutschen Jugendherbergswerks geführt werden. Pahlen liegt an dem thematischen Radwanderwegenetz der Eider-Treene-Sorge-Region. Die Angebote der Jugendherberge sollen sich an den Themen Sport und Landwirtschaft, Naturschutz und Wasserwirtschaft orientieren. Mit der Jugendherberge wurden drei Teilzeitarbeitsplätze für Frauen geschaffen.

Schleswig-Holstein ist traditionell Fahrrad-Urlaubsland. Bisher fehlte jedoch eine einheitliche und flächendeckende Beschilderung. In dem über LEADER II geförderten Projekt „*Radwegbeschilderung*“ der vier Ziel-5b Kreise wurden vorhandene Ansätze und Planungen der beteiligten Kreise zusammengeführt mit der Zielsetzung, ein einheitliches, kreisübergreifendes Radwegenetz aufzubauen. Das Projekt setzt sich aus den drei Teilmaßnahmen Planung des Radwegenetzes, Beschilderung und Planung/Erstellung von Karten zusammen. Das Projekt wird durch eine Koordinierungsgruppe betreut, in die je ein Vertreter der verschiedenen Projektträger entsandt wird. Die Koordination des Pro-

jekts erfolgte durch die PGW. Der im Rahmen dieses Projekts initiierte Kommunikations- und Abstimmungsprozess zwischen den beteiligten Tourismusinstitutionen und kommunalen Körperschaften kann auch für die Zusammenarbeit in anderen Themenbereichen beispielhaft sein. Die Gesamtstrecke des geplanten Netzes beträgt 4.086 km. Die Ausschilderung erfolgte im Frühjahr 2001. Karten für jeweils einen Kreis werden in einheitlichem Layout erstellt. Die Erfahrungen des Projekts werden in einem Abschlussbericht zusammengefasst, der künftigen Projektträgern und Initiatoren von Beschilderungsprojekten als Leitfaden dient.³⁷

Zwischen dem Projekt „Radwegebeschilderung“ der vier Ziel-5b-Kreise und den Fahrradtourismusprojekten im Rahmen des Eider-Treene-Sorge-Konzepts fand eine enge Abstimmung und Zusammenarbeit statt. Die Beschilderung des Basisradwegenetzes erfolgte jedoch z. T. erst nach der Beschilderung des Eider-Treene-Sorge-Radrundwanderweges, der nicht immer auf den Kreisnetzen verläuft. Die Städtezubringer laufen auf den Kreisnetzen. Es wurde daher vereinbart, dass die RABS gGmbH lediglich die Einschubschilder beschafft und die Kreise diese beim Aufstellen der Netze mit anbringen.

7.2.1.1 Fallstudie 3: NaTourCentrum Lunden und Naturerlebnisraum

Das Amt Kirchspielgemeinde Lunden im Norden Dithmarschens gehört zu den strukturschwächsten Regionen Dithmarschens. Seit Jahrzehnten ist im Amt Lunden die höchste Arbeitslosigkeit in Dithmarschen zu verzeichnen. Die Überalterung – besonders im zentralen Ort Lunden ist besorgniserregend und schreitet weiter voran. In den 70er und 80er Jahren war Lunden durch den höchsten Bevölkerungsrückgang in Dithmarschen gekennzeichnet. Vom Jahr 2000 an kann nach Einschätzung des Projektantrags wieder mit rückläufigen Einwohnerzahlen gerechnet werden. Außerhalb der Landwirtschaft fehlen Erwerbsalternativen in der Region. Die Bemühungen um die Ansiedlung von Gewerbebetrieben sind in der Vergangenheit erfolglos verlaufen. Die ehemals starke Bedeutung der Landwirtschaft (über 50 % der Erwerbstätigen in den 70er und 80er Jahren) ist deutlich zurückgegangen (unter 15 %), ohne dass Alternativen entstanden wären (Quelle: Projektantrag).

³⁷ Der Abschlussbericht wird zur Zeit (September 2001) noch mit den Projektträgern abgestimmt.

Ziele und Inhalt des Projekts

Das Projekt ist eingebunden in das Maßnahmebündel zur Entwicklung des sanften Tourismus in der Eider-Treene-Sorge-Region. Ziele des Projekts sind

- die Naturgeschichte sichtbar und die Natur erlebbar zu machen;
- durch die Attraktivitätserhöhung des Raumes Lunden
 - neue Zielgruppen im Fremdenverkehr anzusprechen,
 - die Saison durch zusätzliche Schlechtwetter-Angebote zu verlängern,
 - den vielen Tagesbesuchern von Friedrichstadt und den Urlaubsgästen in der weiteren Region - auch an der Westküste - ein neues interessantes Ziel anzubieten,
- die Verknüpfung des Teilraums mit Quell- und Zielgebieten des Tourismus für den Eider-Treene-Sorge-Raum zu erreichen;
- die bestehende Bausubstanz des zukünftigen NaTourCentrums Lunden zu erneuern und zu verschönern.

Um diese Ziele zu erreichen, sieht das Projekt folgende Teilelemente vor:

- die behindertengerechte Renovierung des alten Schulgebäudes, in dem auch das Heimatmuseum Lunden untergebracht ist;
- die Einrichtung einer besucherorientierten aktivierenden Ausstellung zum Naturraum Lunden und zum Eider-Treene-Sorge-Gebiet;
- die Errichtung eines Multimediarums und die Erstellung einer Multimedia-Präsentation (Film, PC-Präsentation mit Touchscreens);
- die Errichtung eines „Naturspielplatzes“ beim Museum;
- die Errichtung eines Naturerlebnisraums auf dem Gelände des Wanderparks am Rande der Lundener Niederung.

Der ursprüngliche Projektantrag beinhaltete im Rahmen des Teilprojekts Naturerlebnisraum auch die Errichtung eines Aussichtsturms am Mötjerpolder sowie Maßnahmen zur Renaturierung der Lundener Niederung. Diese Teilmaßnahmen sind im Rahmen des Flurbereinigungsverfahrens „Rehm-Flede-Bargen“ realisiert worden (vgl. EBERHARDT et al., 2001).

Umsetzung

Träger des Projekts ist das Amt Kirchspielgemeinde Lunden. Das Projekt wurde im November 1998 zunächst bis 12/1999 bewilligt. Aufgrund von Verzögerungen in der Umsetzung wurde der Bewilligungszeitraum bis 12/2000 verlängert. Die nationale Kofinanzie-

rung erfolgte aus Mitteln des Regionalprogramms und des MUNF sowie aus Eigenmitteln der Kommune und einer Sonderbedarfszuweisung.

Die Anfänge zur Entwicklung der Projektidee liegen in der Mitte der 80er Jahre. In einer Zeit besonderer wirtschaftlicher Probleme und einer extrem hohen Arbeitslosigkeit (saisonal 20 bis 30 %) wurde unter Einbeziehung der Bevölkerung nach Chancen zur Weiterentwicklung des Amtes Lunden gesucht. Als möglicher Ansatzpunkt wurde die Entwicklung eines sanften Tourismus gesehen, der vor allem auf den erdgeschichtlichen Besonderheiten der Region aufbaut. So entstand das Konzept, die Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte der Landschaft in einem Landschaftsmuseum darzustellen. Im Rahmen der Entwicklung des Eider-Treene-Sorge-Raumes erhielt das Konzept neue Unterstützung und wurde mit Betreuung durch die Projektgesellschaft Westküste realisiert. Neben der Projektgesellschaft Westküste waren die örtliche Verwaltung, lokale Politiker und der Heimatverein Lunden von besonderer Bedeutung für die Entwicklung der Projektkonzeption und die Umsetzung des Projekts. Beratung hinsichtlich Finanzierungsmöglichkeiten und verwaltungstechnischer Abwicklung erhielt der Projektträger außer von der Projektgesellschaft Westküste vom Ministerium für Umwelt, Natur und Forsten sowie vom Amt für ländliche Räume.

Ergebnisse und Wirkungen

Im September 2000 erfolgte die Eröffnung des NaTourCentrums und des Naturerlebnisraums. Auf die EU-Förderung wird auf einer Informationstafel am Gebäude hingewiesen. Aktivitäten zur „Vermarktung“ des Centrums sollen noch folgen. So ist die Erstellung eines Flyers geplant, der z. B. in Jugendherbergen oder Kirchengemeinden ausgelegt werden soll. Darüber hinaus wird eine CD-ROM erstellt. Eine gemeinsame Vermarktung mit dem Multimar Tönning und der Stadt Friedrichsstadt wird als wünschenswert, aber schwierig angesehen. Als weiteres Problem wird die gering ausgeprägte „Dienstleistungsmentalität“ der Gastronomie angesehen, die sich nach Einschätzung der Projektträger u. a. in einem überhöhten Preisniveau und einer unzureichenden Kundenorientierung zeigt.

Die NaTour-Ausstellung und der Multimediaraum sind in einem Raum im Erdgeschoss des Gebäudes untergebracht. Der Keller, die restlichen Räume im Erdgeschoss und der 1. Stock sind Ausstellungsräume des Heimatmuseums. Die NaTour-Ausstellung enthält im Wesentlichen Informationen zum Naturraum Lundener Niederung und seiner Flora und Fauna. Aktivierende Elemente sind kaum anzutreffen. Der Besucher erschien die Ausstellung stark überladen: Zu viele Informationen in Wort und Bild werden dem Besucher auf sehr kleinem Raum angeboten.

Die Multimediaschau stellt die Entstehungsgeschichte der Lundener Niederung anschaulich dar. Sie entspricht jedoch nicht ganz den Vorschlägen des Projektträgers, der eine etwas mehr wissenschaftlich ausgerichtete Darstellung bevorzugt hätte.³⁸ Die Beziehung des Gebiets zur Eider-Treene-Sorge-Region wird aus der Darstellung nicht deutlich. Auf Nachfrage erklärte der Projektträger, dass man hier eventuell noch einmal über Verbesserungen nachdenken sollte.

Das Museum wird durch ein großes ehrenamtliches Engagement getragen. Auch die Betreuung des Museums (einschl. NaTour-Ausstellung) erfolgt überwiegend ehrenamtlich, wodurch die Öffnungszeiten stark eingeschränkt sind.

Der Naturerlebnisraum umfasst 80 ha und wurde im Februar 1998 vom Ministerium für Umwelt, Natur und Forsten des Landes Schleswig-Holstein als Naturerlebnisraum anerkannt. Er liegt im Gebiet des ehemaligen Wanderparks Lunden und in räumlicher Nähe zum Mötjerpolder.³⁹ Der Naturerlebnisraum ist u. a. mit verschiedenen Tastkästen ausgestattet. Zum Zeitpunkt des Besuchs der Bewerberin (April 2001) waren diese jedoch nicht aufgestellt. Ein großes Problem bei der Gestaltung des Naturerlebnisraums, das auch bei anderen derartigen Einrichtungen auftritt, ist die häufige Zerstörung der Ausstattung durch Vandalismus. Abhilfe könnte hier nur eine Vollzeit-Betreuung des Geländes schaffen, die aber seitens des Projektträgers nicht finanzierbar ist. Eine Ausschilde- rung des Weges vom NaTourCentrum zum Naturerlebnisraum bestand im April 2001 nicht. Der Verbindungsweg zwischen NaTourCentrum und Naturerlebnisraum befindet sich im Bau (Stand: Juli 2001).

Insgesamt gibt es bisher in Schleswig-Holstein 20 anerkannte Naturerlebnisräume (MUNF, 2001). Laut Landesnaturschutzgesetz sollen Naturerlebnisräume den Besuchern ermöglichen, Natur, Naturzusammenhänge und den unmittelbaren Einfluss des Menschen auf die Natur zu erfahren. Über den Arbeitskreis Naturerlebnisräume tauschen sich die jeweiligen Gebietsbetreuer aus.

Da das Projekt erst im September 2000 eröffnet wurde, können noch keine Aussagen zu den Wirkungen gemacht werden. Die Besucherzahlen des NaTourCentrums haben sich jedoch nach Aussage der Gesprächspartner zufriedenstellend entwickelt (vgl. Tabelle 17). Die Zahl der Gruppenbesuche hat zugenommen. Durchschnittlich werden ca. vier Führungen pro Monat im NaTourCentrum und Naturerlebnisraum durchgeführt. Im Unter-

³⁸ Beim Interview mit dem Projektträger blieb unklar, warum die von einem privaten Unternehmen erstellte Multimediaschau dann angenommen wurde.

³⁹ Die Wiedervernässung des Mötjerpolders ist Teil des Flurbereinigungsverfahrens Rehm-Flede- Barga, das im Rahmen des Ziel-5b-Programms gefördert wurde.

schied zu früher wird das Centrum heute mehr von Schülern und fachorientierten Personen wahrgenommen.

Tabelle 17: Entwicklung der Besucherzahlen des NaTourCentrums Lunden

Zeitraum	Anzahl der Besucher
vor Eröffnung des NatourCentrums	ca. 1000 – 2000 / Jahr
im Jahr 2000	ca. 3000
im ersten Vierteljahr 2001	1000
geschätzt für das gesamte Jahr 2001	ca. 5000

Quelle: Fernmündliche Auskunft Amt Lunden

Ein Engpass stellt die Betreuung des Museums durch ehrenamtliche Kräfte dar. Die im Projektantrag erwarteten zwei Dauerarbeitsplätze konnten bisher nicht geschaffen werden. Eine Teilzeitkraft, die bereits im Vorfeld der Eröffnung des Centrums eingestellt wurde, unterstützt die ehrenamtlichen Kräfte in der Betreuung des Museums. Die Finanzierung dieser Kraft erfolgt außer aus den Einnahmen des Museums aus Zuschüssen von Amt und Gemeinde. Die Betreuung des Naturerlebensraums erfolgt durch den Bauhof der Gemeinde. Führungen werden ehrenamtlich von Mitgliedern des Heimatvereins oder anderen Personen mit naturkundlichem Hintergrund (Jäger, Angler) oder in Zusammenarbeit mit dem „Haus des Gastes“ im Nachbarort durchgeführt. Die Vertretung im Arbeitskreis der Naturerlebensräume erfolgt durch einen Vertreter der Gemeinde.

Sowohl zur Betreuung des Museums als auch zur Aufbereitung des vorhandenen Materials und zur Betreuung des Naturerlebensraums wären dringend hauptamtliche Kräfte erforderlich. Die Finanzierung hauptamtlicher qualifizierter Mitarbeiter ist jedoch über die Einnahmen nicht zu erreichen, und andere Finanzierungsquellen stehen nicht bereit.

Innovation und Übertragbarkeit

Als besonders innovative Elemente wurden von den Gesprächspartnern die interkommunale Zusammenarbeit in größeren Einheiten (Eider-Treene-Sorge), die Multimediashow sowie der Naturerlebensraum benannt. Beispielcharakter hat für sie vor allem die Eigeninitiative und die Nutzung und Mobilisierung des Wissens der Senioren, wie sie im Rahmen der Arbeit des Heimatmuseums stattfindet.

Vernetzung und Zusammenarbeit im Rahmen von LEADER II

Über die Einbindung in das Eider-Treene-Sorge-Konzept hinaus gibt es keinen Kontakt zu anderen LEADER II-Projekten. Auch die Arbeit der Europäischen Beobachtungsstelle und der Deutschen Vernetzungsstelle sind nicht bekannt. Es besteht aber eine Vernetzung mit den anderen schleswig-holsteinischen Naturerlebnisräumen über den vom Landesamt für Natur und Umwelt organisierten Arbeitskreis. Als Faktoren, die sich hemmend auf eine Beteiligung an den LEADER II-Netzen ausgewirkt haben, wurden Zeitmangel und für die Teilnahme an Veranstaltungen Finanzierungsprobleme benannt. Ein weiterer Grund war vermutlich auch mangelndes Interesse.

Einschätzung

Beim Betreten des NaTourCentrums Lunden entsteht für den Besucher der Eindruck eines Heimatmuseums. Die NaTour-Ausstellung nimmt in der Gesamtpräsentation eher eine untergeordnete Bedeutung ein.

Das vordringliche Interesse der Gemeinde bestand im baulichen Erhalt des Gesamtensembles. Nach Wegfall der Städtebauförderung wurden alternative Finanzierungs- und Nutzungsmöglichkeiten gesucht und in LEADER II gefunden. Es scheint, dass der Naturerlebnisraum und auch die NaTour-Ausstellung nicht unbedingt zu den Prioritäten der Gemeinde gehören. Die aktiven Träger des Gebäudekomplexes sind eher am Heimatmuseum und der Darstellung der Geschichte der Region interessiert. Auch die Einbindung in die Eider-Treene-Sorge-Region scheint noch nicht wirklich verankert. Hier wäre vielleicht der Status als LAG hilfreich gewesen. Er hätte eine stärkere Koordinierungs- und Vernetzungsarbeit ermöglicht und eventuell die eingerichtete Lenkungsgruppe stärker unterstützt.

Um wirklich Impulse für die touristische Entwicklung der Region zu geben, wäre eine professionellere Gestaltung, Leitung und Vermarktung des NaTourCentrums einschließlich des Heimatmuseums erforderlich. Darüber hinaus sollte eine stärkere Zusammenarbeit mit der lokalen Gastronomie erfolgen, die u. a. die Entwicklung gemeinsamer Angebote zum Ziel haben kann.

7.2.2 Informations- und Veranstaltungszentren

Im Rahmen von LEADER II wurden neben dem in Kapitel 7.2.1.1 dargestellten NaTour-Centrum Lunden vier Zentren gefördert, die eine Verknüpfung von touristischen Zielsetzungen mit Themen wie Umweltbildung, Natur und Kultur anstreben. Das Informationszentrum für Natur, Umwelt und Tourismus „Redderhus“ wurde im Rahmen einer Fallstu-

die betrachtet und wird ausführlich dargestellt. Anschließend erfolgt eine kurze Übersicht über die anderen in diesem Bereich geförderten Projekte.

7.2.2.1 Fallstudie 4: Informationszentrum für Tourismus, Umwelt und Natur – „Redderhus“

Der Naturparkraum Hüttener Berge liegt im Binnenland Schleswig-Holsteins zwischen den Städten Schleswig, Eckernförde und Rendsburg und umfasst 19 Gemeinden mit insgesamt rund 15.000 Einwohnern. Das Landschaftsbild mit seinen Seen, Mooren und Hügeln wird geprägt durch Strauch- und Endmoränen der Hüttener und Duvenstädter Berge, die das Kernstück des etwa 23.000 ha großen Naturparks bilden.

Als Wirtschafts- und Entwicklungsfaktor hat der Tourismus in der Region in den vergangenen Jahren stetig an Bedeutung gewonnen. Wichtiges Tourismuspotenzial ist dabei neben der abwechslungsreichen Landschaft und dem ländlich-dörflichen Charakter der Gemeinden auch die unmittelbare Nachbarschaft zu den Tourismusmagneten Ostsee, Schlei und Nord-Ostseekanal.

Die Gemeinde Holzbunge gehört mit 341 Einwohnern eher zu den kleineren Gemeinden des Naturparkraums. Sie liegt verkehrsgünstig an der B 203 von Rendsburg nach Eckernförde.

Ziele und Inhalt des Projekts

Der Betrieb des einzigen Gasthofs in Holzbunge ist vor einiger Zeit eingestellt worden. Das Projekt beinhaltet die Übernahme des Gebäudes durch die Gemeinde. Der Gasthof und der Saalbetrieb sollen reaktiviert werden. Eine Betreiberwohnung sowie eine Schießanlage sollen neu eingerichtet werden. Darüber hinaus ist als zentrales Element des Projekts die Einrichtung eines Informationszentrums für die drei Naturparks des Kreises Rendsburg-Eckernförde, den Naturpark Hüttener Berge sowie die im Süden und Westen des Kreises gelegenen Naturparks Aukrug und Westensee, vorgesehen. Dieses Informationszentrum soll in Zusammenarbeit mit Vereinen und Verbänden aus den Bereichen Tourismus, Umwelt- und Naturschutz sowie dem Kreis Rendsburg-Eckernförde (federführend) betrieben werden.

Ziele des Projekts sind neben der Sicherung der Grundversorgung durch Wiedereröffnung der einzigen Gaststätte am Ort vor allem die Stärkung des Tourismus im gesamten Kreisgebiet und die Steigerung der Attraktivität des Gebiets Rendsburg - Eckernförde - Schleswig. Insbesondere die Vermarktung der drei Naturparks Hüttener Berge, Westensee

und Aukrug soll verstärkt werden. Angestrebt wird auch eine stärkere Koordination über den Nord-Ostsee-Kanal hinaus zum Schleigebiet.

Entstehung der Projektidee

Die Erfahrungen mit der Dorfentwicklung/Flurbereinigung haben nach Einschätzung der Projektträger gezeigt, dass gemeindeübergreifende Projekte mehr bewirken als Einzelprojekte. Daher wurde eine verstärkte Zusammenarbeit/Kooperation der Region angestrebt, die sich dann im Rahmen der LSE realisierte. Der Kreis Rendsburg-Eckernförde war daran interessiert, ein Informationszentrum für die drei Naturparks einzurichten. Mit der Schließung des Gasthofs in Holzbunge war dort ein geeigneter Standort vorhanden. Auch im Rahmen der LSE zeigte sich als eine Leitlinie die Entwicklung des Tourismuspotenzials. Daraus entstand die Projektidee. Die konkrete Projektkonzeption wurde im Rahmen der LSE Hüttener Berge von den beteiligten Gemeinden erarbeitet und von den beteiligten Gutachterbüros weiterentwickelt.⁴⁰

Umsetzung

Das Projekt umfasste den Erwerb des Gebäudes durch die Gemeinde, Sanierungs- und Umbauarbeiten sowie die Inneneinrichtung und die Gestaltung des Außenbereichs.

Das Informationszentrum beinhaltet folgende Elemente:

- Servicebereich und Touristinformation,
- Ausstellung „Mensch zwischen Natur und Kultur“,
- Multimediaraum,
- Gaststätte mit Betreiberwohnung,
- Saal,
- Schießstand,
- Außenanlage mit Cafégarten, Bauerngarten, Streuobstwiese, Knick.

Mit der konkreten Umsetzung des Projekts wurde mit dem Ankauf des Gasthofs durch die Gemeinde im Herbst 1997 begonnen.⁴¹ Die Bauarbeiten begannen im Mai 1998.⁴² Im Mai 2000 wurde das Informationszentrum eröffnet. Die Eröffnung der Dauerausstellung

⁴⁰ An der LSE waren die acht Gemeinden des Amtes Wittensee, die acht Gemeinden des Amtes Hütten sowie drei Schlei-Gemeinden beteiligt.

⁴¹ Zustimmung zum vorzeitigen Ankauf vom Amt für ländliche Räume Kiel.

⁴² Zustimmung zum vorzeitigen Baubeginn durch das Amt für ländliche Räume Kiel.

„Mensch zwischen Natur und Kultur“ und des Multimediaraums erfolgte im April 2001. Nach einem zwischenzeitlichen Pächterwechsel wurde der Gastronomiebetrieb im Juni 2001 wieder aufgenommen.

Im Erdgeschoss befindet sich der Besucher-Servicebereich sowie eine interaktive Ausstellung mit Informationen zur Region. An zwei Videodialogstationen mit Touchscreens können sich Besucher informieren. Eine dieser Videodialogstationen ist auch von außen zugänglich, so dass Besucher sich auch außerhalb der Öffnungszeiten über das Angebot der Region informieren können. Darüber hinaus gibt es mehrere thematische Infoterminals, an denen sich Besucher z. B. über Fahrradtourenvorschläge, Reiterferien oder die schönsten Ausflugsziele der drei Naturparks informieren können. Ein Landschaftsmodell der Hüttener Berge (mit Audio- und Hubtechnik) informiert über die Besonderheiten der Landschaft und ihre eiszeitliche Entstehungsgeschichte. Weiterhin wurde eine Kinderspielecke eingerichtet. Ein dreidimensionales Puzzle und ein naturgetreues Modell eines aufklappbaren, beleuchteten Maulwurfshügels weisen auf den benachbarten Kolonistenhof hin. Ein Wickeltisch vervollständigt das familienfreundliche Angebot.

Das Serviceangebot des Infozentrums umfasst neben der Bereitstellung von Informationen über die Region und touristische Angebote

- die Organisation von Veranstaltungen wie z. B. Kutschfahrten,
- Vermittlung von Unterkünften,
- Durchführung von Veranstaltungen z. B. Bogenschießen wie in der Steinzeit und
- Fahrradverleih.

Die Internetseite www.redderhus.de gibt vielfältige Informationen zu touristischen Angeboten der Region, zur Geschichte des „Redderhus“ und zum Projekt „Infozentrum“, zum Kolonistenhof sowie zu den Gemeinden des Naturparkraums Hüttener Berge. Darüber hinaus wird ein on-line-Buchungssystem für Unterkünfte in der Region angeboten. Eine Verknüpfung und Informationen zu den Naturparks Westensee und Aukrug fehlen allerdings. Auf die Förderung aus EU-Mitteln wird sowohl auf der Internetseite als auch auf einer Informationstafel am Gebäude hingewiesen.

Die Ausstellung im Obergeschoss zeigt die Besonderheiten von Flora und Fauna der Region und den Einfluss des Menschen auf die Natur. Zentrales Element der Ausstellung ist ein Doppelknick (Redder⁴³). Knick und Redder sind prägende Elemente des Naturparkraums Hüttener Berge. In der Ausstellung werden die Natur- und Kulturaspekte dieser für

⁴³ Hiervon leitet sich auch der Name des Zentrums „Redderhus“ ab

Schleswig-Holstein typischen Landschaftselemente in vielfältiger Weise erläutert. Dies beinhaltet auch die Darstellung der in den Projekten Knickpflege und Biomasse-Blockheizkraftwerk Domsland umgesetzten „modernen“ Knickpflege und Knickholznutzung.

Der Multimediaraum im Kellergeschoss ist für knapp 50 Personen ausgerichtet. Der Raum ist für Ton-Dia-Shows und Filmbeiträge gedacht, kann aber auch für Seminare und Schulungen genutzt werden. Der Schießstand im Obergeschoss des Gebäudes wurde vom örtlichen Schützenverein eingerichtet und steht diesem kostenlos zur Verfügung. Der Saal wird von der Gaststätte genutzt. Für Veranstaltungen wird er der Gemeinde kostenlos zur Verfügung gestellt. Die Gestaltung des Außenbereichs ist weitgehend abgeschlossen.

Ursprünglich war der Kreis Rendsburg-Eckernförde als Träger des Zentrums vorgesehen. Aufgrund veränderter politischer Rahmenbedingungen⁴⁴ musste für die Trägerschaft eine neue Regelung gefunden werden. Die Gemeinde Holzbunge ist jetzt Träger des Informationszentrums Redderhus. Die Finanzierung der laufenden Kosten erfolgt gemeinsam durch die an der LSE Hüttener Berge beteiligten Gemeinden und die Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Kreises. Das Informationszentrum wird vom Fremdenverkehrsverein als Mieter betrieben.

Ergebnisse/Wirkungen

Die Besucherzahlen haben sich nach Aussage der Leiterin sehr positiv entwickelt. Im Jahr 2000 (Mai bis Dezember) besuchten ca. 3.500 Personen das Redderhus, von Januar bis August 2001 waren es 5.700. Die Buchungsanfragen haben sich mit bisher ca. 450 in 2001⁴⁵ gegenüber dem Vorjahr verdoppelt. Im Infozentrum sind zwei Vollzeit- sowie zwei Teilzeitarbeitsplätze entstanden, die alle mit Frauen besetzt sind. Die Ausstellung „Mensch zwischen Natur und Kultur“ wird nach Angaben der Leiterin des Zentrums gut angenommen und zunehmend von Schulklassen und Gruppen besucht.

Die Betreiber der Gaststätte bezeichnen die bisherige Umsatzentwicklung als zufriedenstellend. Nach Angaben der Pächterin kommt ein großer Teil der Gäste aus dem lokalen Umfeld. Mit der Gaststätte sind zwei Vollzeitarbeitsplätze entstanden.

Das Informationszentrum „Redderhus“ trägt zu einer Verbesserung der touristischen Infrastruktur bei. Hierzu zählt auch die Entlastung des nahegelegenen Rastplatzes an der B 203, der über keine sanitären Einrichtungen verfügt. Das „Redderhus“ kann wichtige Impulse für die Entwicklung des Fremdenverkehrs in der Region geben und über eine Zu-

⁴⁴ Veränderung der Mehrheitsverhältnisse im Kreistag.

⁴⁵ Stand August 2001.

nahme der Besucherzahlen in der Region auch zu einer Stärkung der touristisch orientierten Gastronomie in den Gemeinden der drei Naturparks beitragen.

Da die amtliche Statistik nur Beherbergungsbetriebe mit mehr als acht Betten erfasst, können verlässliche Angaben zu Übernachtungszahlen und Auslastung der vorhandenen Kapazitäten nicht gemacht werden. Nach Einschätzung des Fremdenverkehrsvereins sind die Beherbergungsbetriebe der Region in der Hauptsaison gut ausgelastet, während es in der Nebensaison es noch freie Kapazitäten gibt.

Innovation und Übertragbarkeit

Die Einrichtung eines Informationszentrums wird von den Projektträgern grundsätzlich nicht als Innovation angesehen, da es auch in anderen Landesteilen ähnliche Einrichtungen gibt. Dennoch werden mit dem Redderhus in der Region bisher nicht vorhandene Produkte und Dienstleistungen angeboten. Da es bisher keine Ausstellungen zu den für Schleswig-Holstein typischen Knicks gibt, wird auch die Einrichtung der Dauerausstellung zu diesem Thema als innovativ betrachtet. Als besonders hoch schätzen die Beteiligten allerdings den Innovationswert im Bereich der Zusammenarbeit der Ämter, Gemeinden und der Wirtschaftsförderung sowohl bei der Projektentwicklung als auch bei der Trägerschaft des Zentrums ein. Das Verständnis der Kommunen füreinander, die Bereitschaft zur Zusammenarbeit und die regionale Identität sind durch das Projekt und den LSE-Prozess gewachsen.

Als innovationsfördernd hat nach Ansicht der Träger der partizipative Ansatz in der Planung gewirkt. Innovationshemmend wirkt nach Einschätzung der Träger, dass von politischer Seite eher Großprojekte gewünscht werden und damit kleinere Maßnahmen nicht mehr so leicht durchzuführen sind.

Der Modellcharakter zeigt sich u. a. darin, dass es bereits fünf Anfragen von Interessenten gab, die sich über Aufbau und Struktur des Zentrums informieren wollten. Beispielhafte Elemente des Projekts sind u. a. die kreisweite Geltung des Infozentrums, die Einbeziehung aller drei Naturparks der Region und die durch die Zusammenarbeit mit dem Kolonistenhof angestrebte Verbindung zwischen Theorie und Praxis.

Zusammenarbeit und Vernetzung

Wie bereits erwähnt, greift die Dauerausstellung „Mensch zwischen Natur und Kultur“ auch die Inhalte der beiden LEADER II-Projekte Knickpflege und Biomasse-Blockheizkraftwerk Domsland auf. Eine enge inhaltliche Zusammenarbeit ist mit dem Naturerlebnisraum Kolonistenhof, der nur wenige Kilometer entfernt ist, geplant. Die im Redderhus eher theoretisch vermittelten Informationen zu Umwelt und Natur sollen im Kolonistenhof praktisch erfahrbar werden. Die Verbindung zwischen den beiden Zentren über Rad-

bzw. Wanderwege ist gegeben. Es besteht ein gemeinsamer ständiger Gesprächskreis zur inhaltlichen Abstimmung. Da der Naturerlebnisraum Kolonistenhof noch nicht fertiggestellt ist, konnte die Zusammenarbeit noch nicht im angestrebten Umfang umgesetzt werden. So gibt es z. B. Überlegungen zur Entwicklung gemeinsamer Pauschalangebote. Darüber hinaus gibt es eine Zusammenarbeit des Redderhus mit der Beschäftigungsgesellschaft Arbeit und Umwelt GmbH (Grundstückspflege) und der RABS gGmbH (Fahrradverleih).

Austauschbesuche und Kontakte zu anderen Infozentren gab es im Rahmen der Konzeptentwicklung. Darüber hinaus wurden Besuchergruppen aus Polen und Frankreich empfangen. Austausch- und Vernetzungsaktivitäten im Rahmen von LEADER gab es nicht.

Die Vernetzungsstellen sind bekannt. Die Materialien der Vernetzungsstellen wurden als interessant und hilfreich bewertet. Die Vertreter der Gemeinde merkten kritisch an, dass das Projekt „Infozentrum Holzbunge“ nicht in der Datenbank der DVS enthalten ist. Berichte wurden den Netzen nicht direkt zur Verfügung gestellt. Eine Beteiligung an Veranstaltungen der Vernetzungsstellen erfolgte aufgrund von Zeit- und Geldmangel nicht.

Zukunftsperspektiven

Eine Zusammenarbeit mit dem Ostseebäderverband zur gemeinsamen Vermarktung der touristischen Angebote von Ostsee und Binnenland befindet sich im Aufbau. Auch die Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Kreises Rendsburg-Eckernförde strebt eine stärkere Förderung des Tourismus in der Region an. Vordringlich ist hier eine Vernetzung der Anbieter und Angebote der Region. So ist auf der Internetseite der Wirtschaftsförderungsgesellschaft bereits ein „link“ und eine ausführliche Information zum Redderhus zu finden.

7.2.2.2 Weitere Informations- und Veranstaltungszentren

Ziel des Projekts *Naturerlebnisraum Kolonistenhof* ist neben der Schaffung zusätzlicher, auch saisonverlängernder Angebote, die Schaffung von Arbeitsplätzen für Problemgruppen sowie die Umweltbildung. Dies soll über die interaktive Vermittlung von Themen wie Ökologie, Geologie, Kultur-Geschichte und Landschaftswandel erfolgen. Das Projekt ist konzeptionell eng verknüpft mit dem „Redderhus“. Die im Informationszentrum für Natur, Umwelt und Tourismus „Redderhus“ vermittelten theoretischen Informationen zur Region sollen im Kolonistenhof praktisch erfahrbar sein. Das Projekt beinhaltet im Wesentlichen den Neubau von Gebäuden. Unter anderem sollen Attraktionspunkte wie unterirdischer Erlebnisraum, Aussichtsturm, Wiederaufbau eines Backhauses und eines historischen Eiskellers, Betriebsgebäude, Stall- und Wagenremise und Informationsge-

bäude geschaffen werden. Träger des Projekts ist die Werkstatt für Behinderte des Diakonischen Werks Rendsburg. Die Betreuung des Kolonistenhofs soll durch Behinderte und Langzeitarbeitslose erfolgen. Da das Projekt noch nicht abgeschlossen ist, sind Angaben zu Wirkungen nicht möglich.

Das *Kultur- und Veranstaltungszentrum Charlottenhof* in Klanxbüll ist eingebunden in das Integrierte Entwicklungskonzept Wiedingharde. Ziel ist die Schaffung von Schlechtwetterangeboten, die Erschließung neuer Besuchergruppen sowie die Förderung des kulturellen Lebens in der Region. Das Projekt beinhaltet die Umnutzung historisch wertvoller landwirtschaftlicher Bausubstanz. Zentrale Elemente des Charlottenhofs sollten

- ein Seminarbetrieb,
- Familienangebote bzw. Familienbetreuung in der Hauptsaison,
- kulturelle Veranstaltungen und regionale Märkte sowie
- eine enge Zusammenarbeit mit dem Infozentrum Wiedingharde

sein.

Der Betrieb des Charlottenhofs erfolgt durch ein privates Unternehmen, das auch die Defizithaftung für 12 Jahre trägt. Das Projekt ist seit Juni 2000 fertiggestellt. Ein Teilzeit- und ein Vollzeitarbeitsplatz sind entstanden. Das Seminarangebot konnte bisher nicht realisiert werden, da Übernachtungskapazitäten in der Region fehlen. Kulturelle Angebote konnten entsprechend den Erwartungen des Projektträgers geschaffen werden. Das touristische Angebot befindet sich noch im Aufbau.

Das *Zentrum für Ostseeschutz, Forschung und Naturerleben Schleimünde-Massholm* will durch Umnutzung ehemals militärischer Flächen der Region neue Entwicklungsimpulse geben. Angestrebt wird die Verknüpfung von Tourismus, Bildung, Wissenschaft, Forschung sowie Management und Monitoring der Ostseeregion. Die einzelnen Elemente des Projekts sind:

- Einrichtung eines Umwelthauses mit Außenstelle des Deutschen Jugendherbergswerks (DJH) für Gruppenunterkünfte;
- Vermittlung von Forschungsergebnissen in einem Infozentrum und einer hydrographisch-meteorologischen Station;
- Einrichtung eines Forschungsbereichs und Ausstattung für die aktive Mitarbeit der Besucher;
- Gestaltung des Außenbereichs mit Biotopmaßnahmen und Naturerlebniselementen.

Das Projekt wird von der Gemeinde in Kooperation mit dem DJH und Forschungsinstituten durchgeführt. Nach Angaben des Projektträgers ist das Projekt abgeschlossen. Die Einstellung einer hauptamtlichen Kraft zur Koordination des Zentrums ist vorgesehen.

7.2.3 Weitere Tourismusprojekte

Das Projekt *Sanfter Tourismus in der Wilstermarsch, der Region unter dem Meeresspiegel* ist im Rahmen der LSE des Amtes Wilstermarsch entstanden und eingebunden in eine Vielzahl vernetzter kommunaler und privater Aktivitäten und Investitionen. Von besonderer Bedeutung ist auch die intensive Kooperation der ländlichen Gemeinden mit der Stadt Wilster. Das Projekt „Sanfter Tourismus in der Wilstermarsch“ ist das einzige LEADER II-Projekt außerhalb des Ziel-5b-Gebiets. Ziele des Projekts sind

- die Verbesserung des Naherholungsangebots,
- die Einführung eines natur- und kulturerlebenden Tourismus,
- die Schaffung von Arbeitsplätzen und
- die Erschließung von neuen Einkommensmöglichkeiten für die Landwirtschaft.

Das Projekt beinhaltete Maßnahmen zur Schaffung attraktiver Voraussetzungen zur Förderung der Naherholung und des natur- und kulturerlebenden Tourismus durch kommunale Träger (z. B. die Sanierung verschiedener Attraktionspunkte – Bockmühle Honigfleth, Schleuse Kasenport, Mühlenhafen Wilster, die Beschilderung der Wilstermarsch, die Historische Stellmacherei). Diese Maßnahmen werden ergänzt durch eine Vielzahl privater Vorhaben in den Bereichen Gästebetreuung, Erhalt und Verbesserung der landwirtschaftlichen Bausubstanz sowie Direktvermarktung. Bisher entstanden dabei zwei Teilzeitarbeitsplätze für Männer sowie vier für Frauen. Die Anzahl der entstandenen Arbeitsplätze entspricht noch nicht den Erwartungen des Projektträgers. Aufgrund der kurzen Zeit seit Beendigung des Projekts ist die Entwicklung des Tourismus noch nicht so tragfähig, dass hier Vollzeitarbeitsplätze entstanden wären. Die Schaffung neuer Einkommensmöglichkeiten für Landwirte über Angebote zu Ferien auf dem Bauernhof bzw. zur Direktvermarktung wurde von den Landwirten bisher nicht im erwarteten Umfang angenommen. Als Grund hierfür sieht der Projektträger die Arbeitsüberlastung der Landwirte im eigenen Betrieb.

Bei Arbeiten des Archäologischen Landesamts Schleswig-Holstein auf der Klosterinsel in Bordesholm wurde bedeutsame mittelalterliche Bausubstanz entdeckt, die wegen ihrer Einmaligkeit restauriert und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden sollte. Im Rahmen des Projekts *Kulturwanderweg Bordesholm (1. und 2. Kapitel)* wurde die Grabungsstätte gesichert, konserviert und teilweise restauriert. Der Gewölbekeller wurde

restauriert und als Ausstellungsraum hergerichtet. Der am Bordesholmer See bestehende Wanderweg wurde an die Grabungsstätte herangeführt; außerdem wurde eine neue Wegeverbindung zum Gewölbekeller geschaffen. In der Bordesholmer Heimatstube wurden weitere Ausstellungsräume hergerichtet und möbliert. Zur Betreuung der Ausstellung wurde eine weibliche Vollzeitkraft eingestellt.

Die Einweihung wurde im September 1999 mit einem mittelalterlichen Markt begangen, bei dem der Kulturwanderweg ca. 14.000 Besucherinnen und Besuchern präsentiert wurde. Seitdem hat sich die Anzahl der Besucher deutlich und in einem die Erwartungen des Projektträgers übertreffenden Ausmaß erhöht. Da der Besuch des Kulturwanderwegs kostenlos ist, kann jedoch keine zahlenmäßige Erfassung der Besucherinnen und Besucher erfolgen. Nachweislich erhöht hat sich die Anzahl der Führungen, die vor Beginn der Maßnahme nur sporadisch durchgeführt wurden und mittlerweile bei sechs bis acht Führungen pro Woche liegen. Mit weiter steigenden Besucher- und Führungszahlen wird gerechnet; die Besucherzahlen werden derzeit auf durchschnittlich 200 Personen pro Woche bei sechs bis acht Führungen in der Woche geschätzt.

Nach Einstellung des seit 1948 im gemeindeeigenen Gebäude betriebenen Kinos durch einen privaten Betreiber führten die gemeindlichen Überlegungen zu einem neuen Konzept, das neben der Vorführung von Filmen andere kulturelle Aktivitäten (z. B. Kleinkunstbühne) einbezieht. Im Rahmen des Projekts *Kulturforum „Altes Kino“ Bordesholm* soll sich nunmehr in Zusammenarbeit mit dem privaten Trägerverein „Verein zur Erhaltung des Bordesholmer Kinos e. V.“ ein Kulturforum in Bordesholm als Non-Profit-Unternehmen etablieren, das nicht nur Bürgerinnen und Bürger aus Bordesholm, sondern auch Gäste aus der Umgebung anzieht. Im Rahmen der LEADER II-Förderung wurde neben Planung, Konzepterstellung und Öffentlichkeitsarbeit vor allem die Sanierung des Gebäudes durchgeführt. Im Jahr 2000 wurden 185 Kino- und Musikveranstaltungen sowie 23 Theatervorstellungen durchgeführt. Die Filmvorführungen wurden von ca. 5.000 Gästen besucht, die Musik- und Theaterveranstaltungen hatten etwa 3.500 Besucher. Hinzu kamen sonstige Veranstaltungen wie z. B. die Verleihung des vom Schleswig-Holsteinischen Heimatbund ausgelobten Preises „Umweltfreundliche Gemeinde 2000“, die von ca. 700 Menschen besucht wurden. Damit ergibt sich eine Gesamtbesucherzahl von ca. 9.200 im Jahr 2000. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass die Räumlichkeiten wegen der Baumaßnahmen nur einen Teil des Jahres bespielt werden konnten.

Das Projekt *Urlaubsticket Kreis Nordfriesland* sollte im Rahmen des sanften Tourismus dazu dienen, unnötige Verkehrsbelastungen zu vermeiden. Mit dem Urlaubsticket sollte den Urlaubern im Kreis Nordfriesland die Möglichkeit eröffnet werden, den Kreis mit öffentlichen Verkehrsmitteln umweltfreundlich und gleichzeitig preiswert zu erkunden. Das Ticket sollte nicht nur jene Urlauber ansprechen, die bereits mit öffentlichen Verkehrsmitteln angereist sind, sondern auch denjenigen einen Anreiz bieten, den Öffentli-

chen Personennahverkehr zu nutzen, die mit eigenen Pkw gekommen sind. Das Urlaubsticket (45 DM) berechnete fünf Personen für eine Woche zur Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel (ohne Bahn und Fähren) und gleichzeitig zum kostengünstigen Besuch von Bädern, Museen und sonstigen sportlichen und kulturellen Einrichtungen. Zu diesem Zweck hatte sich der Kreis Nordfriesland als Projektträger mit der Autokraft und der Verkehrsgemeinschaft Nordfriesland Regional sowie weiteren Kooperationspartnern zusammengeschlossen. Das Projekt wurde in der Zeit von Mai bis November 1998 durchgeführt. Eine anschließende Auswertung und Abschlussbesprechung hatte gezeigt, dass das angestrebte Ziel (ca. 900 zu verkaufende Tickets) mit nur 124 tatsächlich verkauften Tickets bei weitem nicht erreicht wurde. Nachvollziehbare Gründe für diese erhebliche Unterschreitung der Zielvorgabe konnten nicht ermittelt werden. Eine Neuauflage des Projekts bzw. eine Übertragung auf andere Regionen wurde bei diesem Ergebnis nicht angestrebt.

Das Gemeinschaftsprojekt der Kreise Dithmarschen und Nordfriesland *Destinationsmanagement Tourismusregion Nordsee* hat im Mai 2000 begonnen. Mit der Begleitung des Projekts wurde die Nordsee-Tourismus-Service GmbH beauftragt, die hierfür eine Projektmanagerin eingestellt hat. Gemeinsam mit 40 Vertretern aus dem Marketing-, dem kommunalen und dem Naturschutzbereich wurden auf der Grundlage der Kreiskonzepte folgende Themenschwerpunkte festgelegt:

- Internet;
- Zentrale Zimmervermittlungen;
- Klassifizierung von Beherbergungsbetrieben;
- Produktentwicklung für Radurlauber;
- Produktentwicklung zum Thema Nationalpark;
- Qualitätsmanagement;
- Fort- und Weiterbildung.

Ferner wurden Umsetzungszeitpläne vereinbart, die nun abgearbeitet werden sollen.

Ziel des Projekts *Touristisches Leitsystem Dithmarschen* ist es, über 200 natur- und kulturhistorische Punkte in Dithmarschen für den Tourismus zu erschließen. Dabei werden bereits vorhandene Rad- und Wanderwege sowie die Kennzeichnung der Ausgangsparkplätze für Pkw einbezogen. Weiterhin ist die Erstellung einer Begleitbroschüre mit Landkarte geplant. Eine Präsentation im Internet ist ebenfalls vorgesehen. Die Bestandsaufnahme und Planung der zu markierenden Standorte sind abgeschlossen. Das Aufstellen der Informationstafeln und die Aufbringung der Radwegemarkierungen soll im Frühjahr 2001 erfolgen.

Im Rahmen der vom Nordkolleg Rendsburg in Zusammenarbeit mit dem Landfrauenverband Schleswig-Holstein durchgeführten Weiterbildungsmaßnahme *Tourismusmanagement Skandinavien* wurden acht Teilnehmerinnen auf die Erstellung eines touristischen Angebots für Kunden aus Skandinavien vorbereitet. Parallel zu den Unterrichtseinheiten wurde von den Teilnehmerinnen jeweils ein individuelles touristisches Angebot entwickelt, welches während der gesamten Maßnahmendauer von Januar 1999 bis März 2000 weiter verfolgt und im Rahmen der Abschlussveranstaltung im März 2000 der Öffentlichkeit präsentiert wurde. Außerdem war eine einwöchige Exkursion nach Jönköping in Schweden Bestandteil der Maßnahme. Dort besuchten die Teilnehmerinnen touristische Einrichtungen der Region Småland und machten sich mit touristischen Strukturen und Erwartungen in Skandinavien vertraut.

7.2.4 Zusammenfassung

Schleswig-Holstein ist traditionell ein Fahrrad-Urlaubsland und mit einem Marktanteil von 10,8 % vor Niedersachsen das beliebteste Ziel für Touristen, die während des Urlaubs ihr Rad benutzen (MWTV, 1998). Die mit LEADER II geförderten Radwege-Projekte

- Eider-Treene-Sorge-Radrundwanderweg mit den Projekten Fahrradtouristische Infrastruktur und Besucherlenkung, Hohner Fähre, Übergang Nordfeldschleuse,
- kreisübergreifendes Radwegenetz der vier Ziel-5b-Kreise und
- in Teilen das Touristische Leitsystem Dithmarschen

leisten hier einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung und Weiterentwicklung der Basisinfrastruktur für Fahrradurlauber. Hervorzuheben ist, dass alle Projekte in Kooperation mehrerer Akteure über Verwaltungsgrenzen hinweg konzipiert und durchgeführt wurden. Zur Weiterentwicklung des Fahrradtourismus ist es jedoch erforderlich, dass auch die Angebotsgestaltung (sichere Unterstellmöglichkeiten für Fahrräder bei Beherbergungsbetrieben, Reparatur- und Gepäckservice, Verknüpfung mit dem Öffentlichen Personennahverkehr, Entwicklung von Pauschalangeboten etc.) auf die Zielgruppe Fahrradtouristen abgestimmt wird. Überlegungen zu einer stärkeren Einbeziehung und Beratung privater touristischer Anbieter (Vermieter) bestehen bereits. So gibt es z. B. einen Projektantrag des Nordseebäderverbands Schleswig-Holstein e. V. zur „Einrichtung einer Koordinierungs- und Informationsstelle für den Fahrradtourismus in der Destination Nordsee Schleswig-Holstein“.

Angebote zur „umweltverträglichen“ touristischen Nutzung von Natur wurden (neben den Radwegen) in sechs Projekten geschaffen (z. T. wie in Lunden eingebunden in einen überregionalen Radweg). Das kulturhistorische Erbe einer Region wird beispielhaft in den drei Projekten der Gemeinde Bordesholm aufgegriffen und touristisch genutzt.

Insgesamt 10 Projekte gaben an, direkt Arbeitsplätze geschaffen zu haben. Für neun Projekte lagen Zahlen zu den direkten Beschäftigungseffekten vor.⁴⁶ Einen Überblick über die Anzahl an geschaffenen Arbeitsplätzen nach Vollzeit- bzw. Teilzeitarbeitsplätzen sowie nach Geschlecht gibt Tabelle 18. Insgesamt wurden 25 Arbeitsplätze geschaffen.

Tabelle 18: Direkte Beschäftigungseffekte der im Rahmen von LEADER II geförderten Fremdenverkehrsprojekte (n=9)

	Anzahl Vollzeit-arbeitsplätze	Anzahl Teilzeitarbeitsplätze	Anzahl geringfügig Beschäftigter	gesamt
Männer	4	2	0	6
Frauen	8	9	2	19
Gesamt	12	11	2	25

Quelle: Eigene Darstellung nach Angaben der Projektträger

Durch eine Steigerung der Attraktivität einer Region ist mit einer Zunahme der Besucherzahlen zu rechnen, die auch positive Effekte auf die Einkommens- und Beschäftigungssituation der Gastronomie- und Beherbergungsbetriebe einer Region haben werden. Da der größte Teil der Projekte erst in den Jahren 2000 bzw. 2001 fertiggestellt wurde/wird, können tragfähige Aussagen zur Entwicklung der Besucherzahlen der verschiedenen Einrichtungen noch nicht gemacht werden. Die indirekten Wirkungen können daher zur Zeit nicht quantifiziert bzw. geschätzt werden.

Die meisten Projekte beinhalten die Schaffung touristischer Angebote im „strukturschwachen“ Binnenland Schleswig-Holsteins. Damit tragen sie auch zu einer Entzerrung der Touristenströme, die sich bisher stark auf die Küsten konzentrieren, bei und wirken unterstützend für den im Binnenland zu beobachtenden Aufwärtstrend bei den Übernachtungszahlen (vgl. INSTITUT FÜR TOURISMUS- UND BÄDERFORSCHUNG IN NORDEUROPA GMBH, 2001). Fast alle Projekte im Bereich des ländlichen Fremdenverkehrs wurden durch öffentliche Träger umgesetzt. Damit diese Einrichtungen auch die erwarteten Impulse für den Tourismus der Regionen geben können, ist als nächster Schritt eine intensivere Einbindung und Kooperation mit den privaten Tourismusanbietern der Region erforderlich. Es müssen gemeinsam entsprechende Vermarktungskonzepte und touristische Angebote entwickelt bzw. bestehende Angebote miteinander verknüpft werden, um eine Steigerung der Besucher- und Übernachtungszahlen in den Regionen zu erreichen. Besonders wichtig ist hier auch die Einbindung der regionalen Gastronomie, die in einigen Regionen Schleswig-Holsteins den Ruf hat, überteuert zu sein (ebenda).

⁴⁶ Ohne Zahlen ist das Qualifizierungsprojekt Fahrradtourismus.

Die im Rahmen von LEADER II geförderten Projekte zum ländlichen Fremdenverkehr sind, wie bereits dargestellt, eingebunden in regionale Tourismuskonzepte. Andere Maßnahmen im Rahmen dieser Konzepte sind z. T. im Rahmen anderer Förderprogramme oder auch ohne Förderung durchgeführt worden. Die Wirkung der Projekte entsteht vielfach nur aus dem Zusammenwirken mit anderen Aktivitäten der Region und kann einzelnen Projekten so nicht zugeordnet werden. So wurden beispielsweise im Rahmen des Ziel-5b-Programms verschiedene Tourismusprojekte gefördert (siehe Eberhardt et al., 2001).

7.3 Kleine und mittlere Unternehmen, Handwerk und lokale Dienstleistungen

In diesem Themenbereich wurden insgesamt sieben Projekte durchgeführt. Drei der Projekte, das Dienstleistungszentrum Eggebek, der Gründerhof im Dienstleistungszentrum Eggebek sowie die Servicebörsen waren Gegenstand von Fallstudien und werden im Folgenden ausführlich dargestellt. Anschließend folgt eine kurze Darstellung der weiteren in diesem Bereich geförderten Projekte.

Tabelle 19: Projekte im Bereich „Kleine und mittlere Unternehmen, Handwerk, und lokale Dienstleistungen“

Projekt	Kreis	Träger	Fonds	bewilligt	Gesamtkosten in DM	Fondsanteil in %
Innovationsnetzwerk Nord	NF	Nordfriesisches Innovationscenter (NIC)	EFRE	Jun 97	1.798.114	20
IANN Interaktionsnetzwerk Nord	NF	Institut für theoretische und angewandte Informatik Niebüll e. V. itai	EFRE	Dez 99	166.400	40
Konzept zur Präsentation der Wirtschaft d. Kreises in Frankreich	Rd/Eck	Wirtschaftsförderungsgesellschaft	EFRE	Aug 99	226.530	40
Innovationskreis Nord/Branchendialog Westküste	Dithm/NF	Grafisches Berufsbildungswerk Hamburg/Schleswig-Holstein e. V.	EFRE	Nov 99	168.000	40
Dienstleistungszentrum Eggebek	Sl.-Fl.	Amt und Gemeinde Eggebek	EAGFL	1998	4.787.000	27
Gründerhof im Dienstleistungszentrum Eggebek	Sl.-Fl.	Amt und Gemeinde Eggebek	EFRE	1999	850.000	29
Servicebörsen	alle	Landfrauenverband e. V.	ESF	Apr 97	432.500	29

Quelle: Projektunterlagen, eigene Darstellung

7.3.1 Fallstudien 5 und 6: Dienstleistungszentrum Eggebek (Dienstleistungszentrum) und Gründerhof

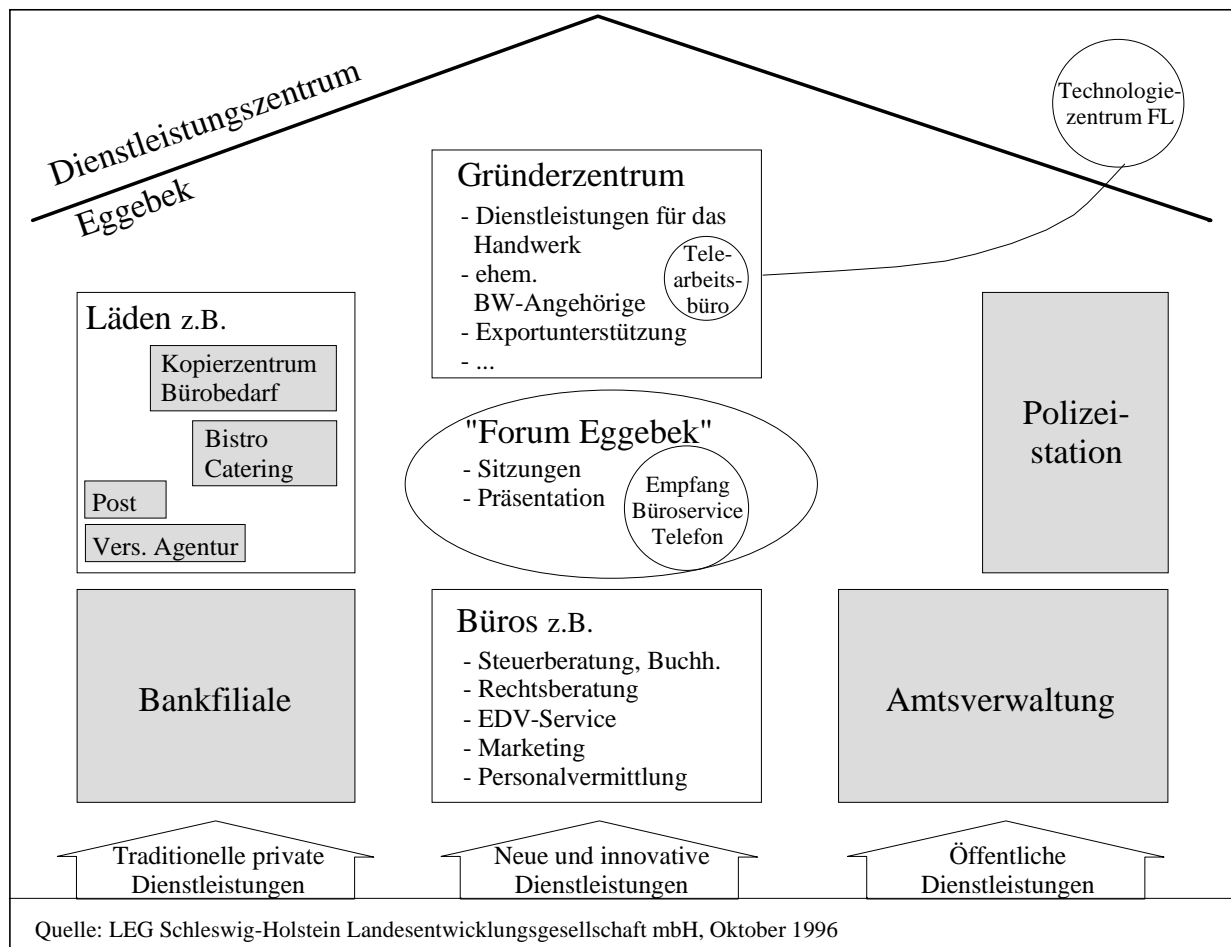
Das Amt Eggebek liegt zentral im Städtedreieck Flensburg-Schleswig-Husum im schleswig-holsteinischen Binnenland. Die Gemeinde Eggebek ist Sitz der Amtsverwaltung. Die Grundversorgung entspricht der eines ländlichen Zentralorts. Weiterhin ist Eggebek Standort eines Marinegeschwaders. Die Verkehrsanbindung ist durch die Nähe der Autobahn A7, der zentralen Nord-Süd-Achse in Schleswig-Holstein, als gut zu bezeichnen. Bei einer Einwohnerzahl von 2.534 gibt es in Eggebek 85 Unternehmen mit 407 sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten (vgl. WIREG, 1999). Die Analyse der Wirtschaftsstruktur hat allerdings ergeben, dass der Sektor der privaten Dienstleistungen im Amtsgebiet nur schwach vertreten ist. Deshalb ist es strategisches Ziel, Dienstleistungsbetriebe ins Amtsgebiet zu ziehen bzw. neu zu gründen (vgl. ZfL et al., 1995).

Kurzbeschreibung

Ziel des Dienstleistungszentrums Eggebek ist die Verbreiterung der Versorgungsbasis zur Unterstützung des vorhandenen Gewerbes auf der untersten Ebene, um der Sogwirkung der Verbrauchermärkte in den Zentren entgegenzuwirken. Darüber hinaus soll ein Gründerhof als Standort für innovative Betriebsgründungen in enger Verzahnung mit der öffentlichen Verwaltung dienen. Im Einzelnen beinhaltet das Projekt

- den Neubau des Amtes Eggebek und der Polizeistation,
- den Bau des Gründerhofs mit Räumlichkeiten für ca. fünf Betriebsgründer,
- das Forum mit zentralen Serviceangeboten (Räume, Empfang, etc.) für die öffentliche Verwaltung und Gründerzentrum sowie Räumlichkeiten für kulturelle Veranstaltungen,
- den Neubau von zwei Büro-/Wohnhäusern durch private Investoren, die Möglichkeiten für Neuansiedlungen von Handel und Gewerbe bieten.

Mit der Umsetzung der Planung wird das zentral im Ort liegende Grundstück nach dem Auslaufen der Nutzung durch ein Landhandelsunternehmen vor dem Brachfallen bewahrt und einer neuen sinnvollen wirtschaftlichen Nutzung zugeführt. Abbildung 12 verdeutlicht die einzelnen Elemente des Konzepts.

Abbildung 12: Bausteine des Dienstleistungszentrums Eggebek

Die zur Vorbereitung des Projekts durchgeführte Machbarkeitsstudie schätzt die Konzeption des Dienstleistungszentrums Eggebek als in begrenztem Umfang tragfähig ein. Als limitierende Faktoren werden die begrenzten Einzugsbereiche und die zu begrenzte Kundenfrequenz genannt. Empfohlen wird, das Angebotsvolumen im Dienstleistungszentrum (Geschäfte, Büros ...) in einer ersten Stufe zunächst eher bescheiden auszulegen, aber zusätzliche und innovative Dienstleistungen zu ermöglichen. Das Angebotsspektrum sollte eher breit und vielfältig angelegt und im Hinblick auf das bereits bestehende Angebot neu sein.

Die Projektidee entstand im Rahmen einer Ländlichen Struktur- und Entwicklungsanalyse des Amtes Eggebek im Arbeitskreis Wirtschaft. Vor dem Hintergrund, dass für das bereits oben erwähnte Grundstück eine neue Nutzung gefunden werden musste, entwickelten sich in gemeinsamen Überlegungen unterschiedlichster Interessengruppen erste Ideen, die dann mit Unterstützung der LEG Schleswig-Holstein Landesentwicklungsgesellschaft mbH zu einem konkreten Projekt weiter entwickelt wurden. Die LSE in Eggebek wurde

1995 als eine von vier Pilotvorhaben zur Einführung dieses Instruments in die Dorf- und ländliche Regionalentwicklung Schleswig-Holsteins durchgeführt (vgl. Kapitel 6).

Von besonderer Bedeutung für die Entwicklung der Projektkonzeption waren neben der öffentlichen Verwaltung und lokalen Politikern die Wirtschaftsförderungsgesellschaft sowie der örtliche Handel und das Gewerbe, vertreten durch den Handels- und Gewerbeverein (HGV). Über den LSE-Prozess waren auch die im Arbeitskreis Soziales vertretenen Kulturvereine, Frauen- und Jugendgruppen in die Konzipierung eingebunden. Sie gaben den Anstoß, die Räumlichkeiten des Forums auch für kulturelle Angebote zu nutzen. Die Zusammenarbeit der verschiedensten Akteure im Rahmen der LSE ermöglichte auch die Entstehung der öffentlich-privaten Partnerschaft in Planung, Umsetzung und Betrieb des Dienstleistungszentrums.

Umsetzung und erste Ergebnisse

Erste Anfragen bezüglich einer Förderung des Projekts erfolgten bereits 1996. Der Klärungsprozess bis zur Bewilligungsreife waren jedoch sehr langwierig, so dass das Projekt erst im Jahr 1999 bewilligt wurde.

Zur Finanzierung des Projekts wurden neben Eigenmitteln von Amt und Gemeinde sowie privaten Unternehmen, Landesmittel verschiedener Ressorts sowie LEADER II-Mittel aus dem EAGFL und dem EFRE bewilligt. Über den EAGFL erfolgte die Förderung des Forums, über den EFRE wurde der Gründerhof gefördert. Einen Überblick über die Finanzierung gibt Tabelle 20.

Tabelle 20: Finanzierungsplan Dienstleistungszentrum Eggebek und Gründerhof (in DM)

Dienstleistungszentrum (ohne Gründerhof)		Gründerhof	
Eigenmittel	1.915.000,-	Eigenmittel	333.700,-
Landesmittel (Dorferneuerung)	1.596.000,-	Landesmittel (Regionalprogramm)	256.000,-
LEADER II-Mittel (EAGFL)	1.276.000,-	LEADER II-Mittel (EFRE)	244.000,-
Förderfähige Gesamtkosten	4.787.000,-		833.700,-

Quelle: Zuwendungsbescheid Dienstleistungszentrum und Projektantrag Gründerzentrum

Im Juni 2001 waren das Dienstleistungszentrum und der Gründerhof weitgehend fertiggestellt. In den beiden privat finanzierten Gebäuden wurden bereits folgende Betriebe angesiedelt: Schreibwaren- und Geschenkläden, Steuerberater, Finanzdienstleister, Bekleidungsgeschäft, Architekt, Drogeriemarkt. Damit ist ein Gebäude bereits vollständig be-

legt. Nach Aussage des leitenden Verwaltungsbeamten von Eggebek wurden damit Dienstleistungen in Eggebek angesiedelt, die alle vorher nicht vorhanden waren. Dies hat bisher zur Schaffung von 20 Arbeitsplätzen geführt. Bis zum Oktober 2001 werden die privat finanzierten Gebäude vollständig belegt sein. Insgesamt wird erwartet, dass durch die Ansiedlung von Existenzgründern und die Vermietung der noch freien Büro- und Ladenflächen weitere 15 Arbeitsplätze geschaffen werden.

Konzeption des Gründerhofs

Der Gründerhof soll mit ca. 250 m² Nutzfläche Räumlichkeiten für ca. fünf Betriebsgründungen bieten. Der Mietpreis beträgt 5 DM/m². Durch Anbindung der Amtsverwaltung und Vernetzung über das Forum werden für die Gründer professionelle Sekretariatsgrunddienstleistungen (Empfang, Telefondienste, Post) sowie Besprechungs- und Sitzungsräume kostengünstig zur Verfügung stehen.⁴⁷ Die Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Kreises Schleswig-Flensburg (WIREG) wird die Gründer im Rahmen der kommunalen Wirtschaftsförderung betreuen. Sie plant regelmäßige Beratungsgespräche im Dienstleistungszentrum anzubieten. Darüber hinaus wird eine enge Zusammenarbeit und Verzahnung mit dem Technologie- und Gründerzentrum Flensburg (TGZ) angestrebt. Hierzu sind auch ein ständiger Informationsaustausch und die Durchführung von gemeinsamen Veranstaltungen vorgesehen. Die Mitarbeiter des TGZ waren bereits in der Planungsphase hinsichtlich der Gestaltung des Serviceangebots, der Räumlichkeiten und deren technischer Ausstattung beratend tätig.

Eine Lenkungsgruppe bestehend aus Vertretern der Ämter Eggebek und Tarp, der Volks- und Raiffeisenbank, dem HGV Eggebek und dem HGV Oeversee trägt das Gründerzentrum. Damit ist auch der örtliche Handel und das Gewerbe eingebunden. Dies ist besonders wichtig, um Konkurrenzdenken und damit eventuell verbundenen Besorgnissen entgegenzuwirken.

Das Potenzial für Existenzgründer wird sowohl von der WIREG als auch in der Machbarkeitsstudie verhalten positiv eingeschätzt. Es wird mit der Ansiedlung von fünf bis sechs Betrieben und einem direkten Beschäftigungseffekt von ca. 12 Arbeitsplätzen gerechnet. Nach Einschätzung der WIREG wird der überwiegende Teil der Existenzgründer aus den traditionellen Dienstleistungs- und Handwerksberufen hervorgehen. Es wird sich vorrangig um Gründer handeln, die in der Region Eggebek ansässig bzw. tätig sind und hier ihren primären Marktzugang bzw. Absatz haben. Diese Einschätzung entspricht auch den Ergebnissen einer Studie von Technologie und Gründerzentren in Deutschland, dass für

⁴⁷ Vorgesehen ist eine Servicepauschale von 5 DM/m². In den größeren Zentren liegt die Pauschale allerdings eher bei 4 DM.

die Standortwahl das wichtigste Motiv private Gründe sind, was in einer hohen räumlichen Immobilität der Gründer zum Ausdruck kommt (STERNBERG et al., 1996).

Für den Gründerhof gab es bereits drei Nachfragen. Ein Gründer, der Softwarelösungen und Ingenieurleistungen für den Baubereich anbietet, wird voraussichtlich im Herbst 2001 einziehen. Nach Einschätzung der Amtsverwaltung dürfte es mittelfristig zur Auslastung des Gebäudes kommen. Die Vermarktung der Räumlichkeiten des Gründerhofes erfolgt u. a. über die Internetseite der WIREG.

Innovation und Übertragbarkeit

Die innovativen Elemente des Projekts liegen zum einen in der Gesamtkonzeption, hier insbesondere in der Zusammenarbeit von Behörden und privaten Unternehmen (public-private partnership) zur Realisierung des Projekts. Dies ist in der Form neu in Schleswig-Holstein. Darüber hinaus ist die Errichtung eines Gründerzentrums im ländlichen Raum eine Innovation mit experimentellem Charakter. Die anderen in Schleswig-Holstein geförderten Technologie- und Gründerzentren sind sowohl von der Investitionssumme als auch von der Fläche erheblich größer (vgl. MWTV, 1999 und EBERHARDT et al., 2001) und befinden sich entweder in Städten oder in größeren zentralen Orten.

Das Projekt Gründerzentrum wird vom MWTV ausdrücklich als Pilotprojekt betrachtet. Bisher liegen keine Erfahrungen mit Gründerzentren im ländlichen Raum vor. Der Projektantrag des Amtes Eggebek hat eine breitere Diskussion angestoßen und dazu geführt, dass die Landesregierung die Errichtung von kleinen Gründerzentren im ländlichen Raum als Pilotvorhaben befürwortet.⁴⁸ Mittlerweile wurde ein weiteres Zentrum im Kreis Rendsburg-Eckernförde errichtet, das im Juli 2001 eröffnet wurde.⁴⁹ Die Erfolgsaussichten werden seitens des zuständigen Fachreferats allerdings durchaus kritisch betrachtet. Wenn das Projekt Gründerhof erfolgreich verläuft, könnte es ein effektives und die Wirtschaftsförderndes Element für kleinere Kommunen des ländlichen Raums sein. Es wird aber auch gesehen, dass es hierzu einiger Unterstützung von außen bedarf und dass ein Erfolg des Projekts nicht garantiert ist.

Vernetzung und Zusammenarbeit

Weder die Europäische Beobachtungsstelle noch die Deutsche Vernetzungsstelle für LEADER II waren dem Projektträger bekannt. Auch Informationen zum Projekt wurden den Netzen nicht zur Verfügung gestellt. Kontakt bestand weder zu anderen LEADER II-

⁴⁸ Ein Gründerzentrum pro Planungsraum.

⁴⁹ Mündl. Auskunft Herr Boll MWTV.

Projekten in Schleswig-Holstein noch in anderen Regionen. Unabhängig von LEADER II empfing das Projekt eine schleswig-holsteinische sowie eine finnische Besuchergruppe. Kontakte bestehen zu Sonderjylland in Dänemark. Diese Kontakte wurden über die Wirtschaftsförderungsgesellschaft vermittelt.

Ein stärkerer Informationsaustausch mit ähnlichen Initiativen und anderen Akteuren im ländlichen Raum wäre nach Einschätzung des Projektträgers gut und hilfreich gewesen, fehlte jedoch.

Zukunftsperspektiven

Das Amt Eggebek strebt eine verstärkte Kooperation mit dem Nachbaramt Oeversee an. Angestrebt werden intensivere Abstimmungsprozesse z. B. in den Bereichen Bauland und Gewerbegebiete oder in der Verbesserung sozialer Infrastruktur durch Bündelung sozialer Einrichtungen. Ziel soll es sein, über eine stärkere Kooperation das regionale Bewusstsein zu stärken und gemeinsam unabhängig von Amtsgrenzen die wirtschaftliche Entwicklung voranzutreiben.

Zwischen den beiden Ämtern gibt es mittlerweile eine Vereinbarung, dass sich das Amt Oeversee sowohl an der Vermarktung als auch an der Finanzierung der laufenden Kosten des Gründerzentrums beteiligt und in der Lenkungsgruppe vertreten ist.

7.3.2 Fallstudie 7: Servicebörsen

Kurzbeschreibung

Mit dem Projekt Servicebörsen sollten Frauen im ländlichen Raum dazu befähigt werden, Teilexistenzen im Dienstleistungsbereich zu gründen. Als Beispiele für mögliche Dienstleistungen sind Tätigkeiten im Bereich häusliche Pflege und Hauswirtschaft und andere Serviceleistungen wie Botendienste, Schreibtätigkeiten, etc. zu nennen. Die Servicebörse als Zusammenschluss der Dienstleisterinnen sollte als Vermittlungsstelle zwischen Anbieterinnen und Nachfragern tätig sein. Inhalt des Projekts war die Beratung der Frauen im Rahmen von Gruppengesprächen, Seminaren und praxisorientierten Veranstaltungen. Darüber hinaus umfasste die Beratung auch Einzelfallbetreuung, etwa bei Problemen mit den rechtlichen Rahmenbedingungen.⁵⁰

⁵⁰ Das Beratungsprojekt des Projekts bestand in ganz Schleswig-Holstein. Eine Förderung der Beratung erfolgte jedoch nur für die Ziel-5b-Region.

Im Rahmen der Fallstudie erfolgte neben Intensivinterviews mit dem Projektträger und dem zuständigen Fachreferat des MJFJF eine Befragung von je einer im Rahmen des Projekts entstandenen Servicebörse in den Kreisen Nordfriesland und Schleswig-Flensburg.

Umsetzung

Das Projekt „Servicebörsen“ wurde im April 1997 bewilligt und endete am 31.12.2000. Getragen wurde es durch den Landfrauenverband Schleswig-Holstein e. V.. Mitglieder des Landfrauenverbands sind 185 Ortsvereine aus ganz Schleswig-Holstein, die zusammen ca. 42.000 persönliche Mitglieder ausweisen. Die nationale Kofinanzierung erfolgte aus Mitteln des MJFJF.⁵¹

Grundlage des Projekts war eine im Jahr 1996 durchgeführte Machbarkeitsstudie zu Möglichkeiten der Teilzeitbeschäftigung für Frauen im ländlichen Raum. Ein Ergebnis dieser Vorstudie, die aus Mitteln des Ministeriums für ländliche Räume und des Arbeitsministeriums gefördert wurde, war ein Handbuch, das umfassend und in Form eines Leitfadens über die Bildung von Servicebörsen informiert. Die Idee für dieses Projekt entstand aus

- der Beratungserfahrung, bei denen immer wieder Fragen nach einer möglichen Erwerbstätigkeit gestellt wurden,
- ähnlichen Projekten in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen und
- der eben genannten Machbarkeitsstudie.

Auf die LEADER II-Förderung wurde man durch die MFJFJ, MAGS und MLR aufmerksam gemacht. Die Beratung zur Antragstellung erfolgte durch das MFJFJ und das MLR. Der Projektträger war mit dieser Beratung sehr zufrieden.

Das Beratungsangebot des Landfrauenverbands im Rahmen des Projekts „Servicebörsen“ lässt sich folgendermaßen beschreiben:

In einem ersten Schritt wurde die Konzeptidee der Servicebörsen über Informationsveranstaltungen, Berichte im Mitteilungsorgan des Landfrauenverbands, Berichte in der lokalen und überregionalen Tagespresse und über die Landfrauenverbands-Gremiensitzungen verbreitet. Von besonderer Bedeutung waren die Informationsveranstaltungen, die in enger Zusammenarbeit mit den Kreisverbänden und Ortsvereinen durchgeführt wurden. Im

⁵¹ Das Projekt wäre auch ohne LEADER II-Mittel realisiert worden, dann aber in einem kleineren Umfang.

Ziel-5b-Gebiet fanden insgesamt 25 Veranstaltungen mit 857 Teilnehmerinnen statt. Interessierten Teilnehmerinnen wurde das Handbuch „Auf Erfolgskurs“ zur Verfügung gestellt.

Bei Interesse und Bedarf der Frauen erfolgten dann, abgestimmt auf die jeweiligen spezifischen Bedürfnisse, Gruppen- und Einzelberatungen zu den verschiedensten Themen. Von besonderer Bedeutung war die Unterstützung der Frauen bei den rechtlichen Fragen einer Vereinsgründung. Weitere wichtige Beratungsschwerpunkte waren das Thema Scheinselbstständigkeit, Haftungsfragen sowie Werbung. Insgesamt wurden im Ziel-5b-Gebiet im Rahmen der Gruppenberatung bei 76 Beratungsterminen 1.284 Frauen unterstützt. Darüber hinaus wurden den Servicebörsen verschiedenste Arbeitsunterlagen zur Verfügung gestellt. Insgesamt wurden im Ziel-5b-Gebiet 136 Einzelberatungen von Anbieterinnen durchgeführt.

Zusätzlich bot das Projekt Fortbildungen für die Mitglieder der Servicebörsen an. Diese beinhalteten u. a. Themen wie Modellkalkulationen, Steuerrecht für Unternehmerinnen, Kommunikationstechniken, Servicebörsen ins Internet, aber auch praktische Themen, die auf die Verbesserung der Effizienz der von den Frauen angebotenen Dienstleistungen etwa im Partyservice ausgerichtet waren. An diesen Fortbildungsangeboten nahmen insgesamt 282 Frauen aus dem Ziel-5b-Gebiet teil.

Um die Möglichkeiten der Servicebörsen zu verbessern, auch nach Projektende ohne Beratung weiter zu bestehen, wurde im Herbst 1997 auf einer gemeinsamen Sitzung mit allen bis zu diesem Zeitpunkt gegründeten Servicebörsen eine Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) der Servicebörsen gegründet. Die Aufgaben dieser LAG sind

- überregionaler Erfahrungsaustausch,
- Vernetzung der Servicebörsen mit dem Ziel der Stärkung des Marktpotenzials,
- Unterstützung von Neugründungen,
- Erarbeiten von Qualitätskriterien sowie
- Erschließung überregionaler Seminar- und Qualifizierungsangebote.

Bis zum 31.01.2001 fanden insgesamt sieben Sitzungen statt. Besonders wichtig war den teilnehmenden Frauen der Erfahrungsaustausch. Zu allen Treffen lud die Vorsitzende des Landfrauenverbands ein.

Ergebnisse und Wirkungen

1997 wurden, statt der ursprünglich erwarteten vier bis fünf, neun Servicebörsen gegründet. Diese positive Entwicklung setzte sich im Verlauf der Umsetzung fort. Insgesamt

wurden in der Projektlaufzeit 21 Servicebörsen gegründet. Bereits 1999 setzte jedoch ein Konsolidierungsprozess ein, in dessen Verlauf Servicebörsen fusionierten oder sich auflösten. Grund hierfür war vor allem ein Mangel an Anbieterinnen. Das im Jahr 1999 existierende Gesetz gegen die Scheinselbstständigkeit wurde vielfach auch von den Frauen vor Ort für ein mangelndes Interesse der Frauen im ländlichen Raum verantwortlich gemacht.

Im März 2000 bestanden 17 aktive Servicebörsen, davon neun im Ziel-5b-Gebiet. Die Zahl der aktiv in den Servicebörsen beteiligten Frauen betrug im 5b-Gebiet 152, die Anzahl der Mitglieder 292. Der oben erwähnte Konsolidierungsprozess hat sich allerdings weiter fortgesetzt. Im Frühjahr 2001 gab es noch 11 aktive Servicebörsen.

Die Servicebörsen sind in der Regel als eingetragene oder nicht eingetragene Vereine organisiert. Aufgabe des Vereins ist es, die gemeinsame Werbung von Kunden, das Anwerben neuer Anbieterinnen, die Beratung der Frauen zu organisieren sowie ein Forum für den Erfahrungsaustausch zu bieten. Die Anbieterinnen sind selbstständig tätig. Auch das Vermittlungsbüro wird als selbstständige Tätigkeit geführt. Die Vermittlungsbüros werden z. T. über die Mitgliedsbeiträge finanziert. Darüber hinaus erhielt die Büroleiterin bei den befragten Servicebörsen 10 % des Umsatzes der Anbieterin bei einem über das Vermittlungsbüro vermittelten Kundenkontakt. In einem Fall war die Büroleiterin gleichzeitig als Geschäftsführerin des Vereins tätig. Nach Angabe der befragten Büroleiterinnen gehen die Einnahmen aus der Vermittlungstätigkeit zurück, je länger eine Anbieterin tätig ist, da die Kommunikation zwischen Anbieterin und Kunden nach einiger Zeit unabhängig vom Vermittlungsbüro verläuft. Weiterhin ist die Büroleiterin auf die Ehrlichkeit der Anbieterinnen angewiesen, da sie keine Möglichkeit der direkten Kontrolle des erzielten Umsatzes hat. Diese Problematik der Umgehung des Vermittlungsbüros wird durch die gesetzlichen Rahmenbedingungen bezüglich der Werbung noch verschärft. Aufgrund der Problematik der Scheinselbstständigkeit ist es erforderlich, dass z. B. Faltblätter als Werbemittel der einzelnen Unternehmerinnen erkennbar sein müssen (vgl. LANDFRAUENVERBAND SCHLESWIG-HOLSTEIN e. V., 2000).

In einer der befragten Servicebörsen wurde das Problem gelöst, indem gemeinsame Zeitungsanzeigen geschaltet wurden, die kleinere Einzelanzeigen der verschiedenen Anbieterinnen enthielten. Die zweite befragte Servicebörse hat die Werbung als Servicebörse eingestellt, da sie rechtliche Konsequenzen fürchtet.

Das Spektrum der angebotenen Dienstleistungen reicht von hauswirtschaftlichen Tätigkeiten, Party- und Kuchenservice über Betreuungsangebote z. B. für Kinder, Senioren

oder Haustiere bis zu spezialisierten Dienstleistungen wie mobile PC-Kurse, Garten- und Landschaftsplanung.⁵²

Die wichtigsten Angebote in den beiden befragten Servicebörsen sind

1. allgemeine Hausarbeiten (bes. Raumpflege in Senioren- und Geschäftshaushalten),
2. Altenbetreuung,
3. Partyservice bzw. Service – Organisation von Veranstaltungen und Bedienung,
4. Kinderbetreuung/Haustierbetreuung.

Der größte Teil der Frauen ist nur im Rahmen einer geringfügigen Beschäftigung als Anbieterin tätig. Von den 37 in den beiden befragten Servicebörsen aktiven Mitgliedern sind nur sechs „Vollzeit-Anbieterinnen“.

Der Mangel an Anbieterinnen hat verschiedenste Ursachen:

- in der Region gibt es alternative Beschäftigungsmöglichkeiten;
- viele Anbieterinnen stehen nur für einen relativ begrenzten zeitlichen Umfang zur Verfügung (aufgrund der 630-DM-Grenze);
- aus der Vermittlung entwickeln sich langfristige Tätigkeiten, die Anbieterinnen stehen dann für neue Anfragen nicht mehr zur Verfügung;
- die Frauen sind durch die rechtlichen Anforderungen an Teilzeit-Existenzgründungen eher abgeschreckt.⁵³

Als Erfolg kann gewertet werden, dass

- eine größere Anzahl von Frauen den Weg in eine zeitlich und räumlich flexible Erwerbstätigkeit gefunden hat;
- die angebotenen Dienstleistungen zu einer Verbesserung der Infrastruktur und zu einer Wiederbelebung der Wirtschaftsfunktion der Dörfer beitragen;
- die Aktivitäten der Servicebörsen eine Vorbildfunktion für andere Frauen darstellen und damit Hemmschwellen zum Schritt in die Selbstständigkeit verringert wurden.

⁵² Eine umfassende Darstellung der angebotenen Dienstleistungen findet sich im Abschlussbericht des Modellprojekts Servicebörsen (LANDFRAUENVERBAND SCHLESWIG-HOLSTEIN e. V., 2000)

⁵³ Die Einschätzung der befragten Frauen, dass Beratung für Existenzgründerinnen oft schlechter und weniger unterstützend ist als für Männer, wird vom MJFJ bestätigt.

Probleme/Hindernisse während der Projektumsetzung

Schwierigkeiten in der Umsetzungsphase des Projekts ergaben sich für die Servicebörsen vor allem hinsichtlich der rechtlichen Rahmenbedingungen. Die Anforderungen des Handwerksrechts, die für eine Reihe von handwerklichen Tätigkeiten das Vorliegen eines Meisterbriefs vorschreiben, haben die Möglichkeiten der Frauen erheblich eingeschränkt. So konnten die folgenden Angebotsideen vor dem Hintergrund des Handwerksrechts nicht verwirklicht werden (LANDFRAUENVERBAND SCHLESWIG-HOLSTEIN e. V., 2000):

- Herstellung von Kinderkleidung,
- Fotografieren (auf Familienfesten),
- mobile Friseur­tätigkeit,
- Herstellung von Kuchen und Torten,
- Reinigung,
- Porzellanmalerei,
- Hardangerstickerei,
- Strümpfe stricken.

Insbesondere bei einer positiven Einschätzung der potenziellen Marktsituation war es für die Frauen besonders frustrierend, ihre Angebotsideen aufgrund der rechtlichen Bedingungen nicht umsetzen zu können. Sowohl von den befragten Frauen als auch im Abschlussbericht wird als Beispiel die Auseinandersetzung über das Angebot eines Kuchen- und Tortenservice mit der Bäckerin­nung, der Kreishandwerkerschaft und der Kreisverwaltung genannt, in der auch ein Ordnungswidrigkeitsverfahren eingeleitet wurde. Die betroffene Unternehmerin wurde in dieser Auseinandersetzung von der Beratungsstelle unterstützt. Nach diversen Stellungnahmen der Unternehmerin und Gesprächen mit den beteiligten Institutionen wurde der Tatbestand vom zuständigen Kreis letztendlich nicht weiter verfolgt.

Dennoch haben diese und ähnliche Erfahrungen zu einer Entmutigung beteiligter und interessierter Frauen geführt.

Darüber hinaus hat, wie schon angedeutet, das Anfang 1999 in Kraft getretene Gesetz gegen Scheinselbstständigkeit zu einer erheblichen Verunsicherung der Frauen geführt. Vom Modellprojekt wurde hierzu im Frühsommer 1999 ein juristisches Gutachten in Auftrag gegeben. Auf der Basis dieses Gutachtens wurden Maßnahmen zur Risikominimierung entwickelt und als Empfehlung an die Servicebörsen weitergegeben. Von besonderer Bedeutung für die Servicebörsen war die Frage der möglichen Haftung für nicht abgeführte Sozialversicherungsbeiträge bei nachträglich festgestellter Scheinselbststän-

digkeit. Die Verunsicherung über diese Frage führte dazu, dass laut Abschlussbericht eine Vorsitzende ihre ehrenamtliche Tätigkeit fristlos aufkündigte. Um die Servicebörsenvereine haftungsrechtlich abzusichern, wurde den Servicebörsenvereinen empfohlen, eine entsprechende Haftpflichtversicherung abzuschließen. Auch nach der Änderung des Gesetzes Ende 1999 bleiben die hier angesprochenen Probleme relevant.

Ein Personalwechsel in der Beratung des Modellprojekts hatte zusätzliche negative Folgen. Dem neuen Berater gelang es nicht, das Vertrauen der Frauen zu gewinnen, so dass im Rahmen der Beratung die Verunsicherung in Bezug auf das Gesetz zur Scheinselbstständigkeit nicht aufgefangen werden konnte. Nach Angaben der befragten Frauen hat dies dazu beigetragen, dass eine Reihe von Vorständen und Büroleiterinnen zurückgetreten ist bzw. ihre Tätigkeit beendet hat.

Eine Verlängerung der Beratung über das Projektende hinaus insbesondere zum Problem der Scheinselbstständigkeit wäre nach Einschätzung der Bewerterin wichtig gewesen.

Die Landesarbeitsgemeinschaft der Servicebörsen

Im Abschlussbericht werden die Möglichkeiten, die Landesarbeitsgemeinschaft der Servicebörsen auch nach Projektende als Forum des Informations- und Erfahrungsaustausches fortzuführen, positiv eingeschätzt. Von den befragten Servicebörsen wurde die Bedeutung dieses Forums zum Austausch und zur Kommunikation zwischen den Servicebörsen besonders betont.

Vorgesehen ist, dass ein bis zweimal pro Jahr Treffen der Landesarbeitsgemeinschaft der Servicebörsen stattfinden. Da es nach Abschluss des Modellprojekts jedoch keine Beratungsangebote des Landfrauenverbands mehr gibt, verringert sich die Möglichkeit der Begegnung zwischen den Servicebörsen. Zum Zeitpunkt der Befragung (April 2000) gab es keinen Kontakt der Servicebörsen untereinander. In den befragten Servicebörsen bestand der Eindruck, die Landesarbeitsgemeinschaft bestünde nicht mehr. Dies wurde als großes Defizit empfunden. Es erscheint daher sinnvoll, für die Zukunft weitere Möglichkeiten der Begegnung und Kommunikation zwischen den Servicebörsen zu schaffen und zu unterstützen.

Zukunftsperspektiven der Servicebörsen

Die beiden befragten Servicebörsen schätzen ihre Zukunftsperspektiven sehr unterschiedlich ein.

Von einer Servicebörse werden die Zukunftsperspektiven eher schlecht eingeschätzt. Die Umsatzentwicklung ist stark rückläufig, ebenso die Beteiligung der aktiven Mitglieder in

den Vereinsstrukturen. Nach Einschätzung der befragten Frauen ist es möglich, dass die Servicebörse in einem Jahr aufgelöst wird.

Die zweite Servicebörse schätzt die Perspektiven positiver ein, wobei die befragten Frauen davon ausgehen, dass die Bedeutung der Vermittlung zurückgehen wird. Die Servicebörse wird sich wahrscheinlich eher zu einem Zusammenschluss von Unternehmerinnen entwickeln. Nach Einschätzung der Büroleiterin ist eine professionelle Spezialisierung der Frauen (in Nischen) erforderlich. „Ein bisschen nebenbei verdienen“ funktioniert langfristig nicht. Darüber hinaus wird eine Honorierung der geleisteten Beratungstätigkeit durch Amt und Gemeinden angestrebt. Positive Rückmeldungen sind bereits vorhanden.

Die Servicebörsen bieten den Frauen eine Möglichkeit, Berufstätigkeit flexibel entsprechend ihren Bedürfnissen und den Anforderungen der jeweiligen familiären Situation zu gestalten. In einigen Fällen hat die Tätigkeit als Anbieterin den schrittweisen Einstieg in die Selbstständigkeit ermöglicht. In anderen Fällen bedeutete die Mitarbeit in der Servicebörse den Einstieg in eine Festanstellung.

Daneben wurde von den befragten Servicebörsen betont, dass die Selbstständigkeit und das Selbstbewusstsein der Frauen zugenommen haben und die Anerkennung ihrer Tätigkeiten in der Familie gestiegen ist.

Von beiden Servicebörsen wurde jedoch auch betont, dass die Servicebörsen keine Perspektive für Bäuerinnen bieten, da diese durch ihre betrieblichen und familiären Aufgaben in der Regel bereits zeitlich ausgelastet sind. Darüber hinaus bieten sich für Bäuerinnen häufig landwirtschaftliche Alternativen wie Hofläden oder Ferien auf dem Bauernhof an.

Nach Einschätzung des Landfrauenverbandes und des MJFJF gibt es eine langfristige Perspektive für 8 bis 10 Servicebörsen.⁵⁴ Von Bedeutung für eine erfolgreiche Servicebörse ist ein hauptamtlich tätiges professionelles Management. Beratungsbedarf wird vom Landfrauenverband für die Zukunft außer unter dem Aspekt der Scheinselbstständigkeit vor allem hinsichtlich der Diversifizierung des Angebots gesehen.

Im Rahmen des im Jahr 2000 mit Mitteln des MJFJF geförderten Projekts der Landwirtschaftskammer „Zukunftsaussichten der Servicebörsen durch Kooperation“ wurde nach Wegen gesucht, um die Zukunftsperspektiven der Servicebörsen zu verbessern. Die entscheidenden Defizite werden im Anbieterinnenmangel und in der kaum noch stattfindenden

⁵⁴ Nach Einschätzung des MJFJF sind größere Servicebörsen auch tragfähig, wenn der größte Teil der Anbieterinnen nur im 630-DM-Rahmen arbeitet. Vollzeitselbstständige koppeln sich eher ab.

den Werbung gesehen. Als Lösungsansatz wird die Zusammenarbeit mit den (vom MLR geförderten) ländlichen Dienstleistungszentren (LDZ)⁵⁵ sowie der Einsatz moderner Informationstechnik gesehen (o. V., 2000). Beabsichtigt ist, die Servicebörsen durch Beratung und Schulung auf einen gemeinsamen Internetauftritt sowie auf die Zusammenarbeit mit den LDZ vorzubereiten (ebenda.)⁵⁶ Im Jahr 2001 wurde vom MJFJF bereits eine Fortbildung zum Thema EDV-Grundlagen und Internet angeboten. Die Geschäftsführerin des Landfrauenverbands schätzt die Kooperationsmöglichkeiten mit den LDZ jedoch eher zurückhaltend ein.

Innovation

Die innovativen Elemente dieses Projekts sind vor allem im Bereich „Neue Formen der Zusammenarbeit oder Organisation“ zu sehen. Mit der Struktur der Vermittlungsbüros wurden in gewisser Weise auch neue Finanzierungsformen erprobt. Durch die Servicebörsen wurden z. T. auch in den Regionen Angebote neuer Produkte und Dienstleistungen ausgelöst, wie z. B. die mobile PC-Schulung oder ein Bootsreinigungsservice. Innovationsfördernd wirkte, dass Frauen mit gleichen Interessen zusammengebracht wurden sowie die Unterstützung durch einen großen Verband und von MJFJF. Als innovationshemmend hat neben dem Personalwechsel in der Beratung vor allem die Gesetzeslage sowie der z. T. massive Widerstand etablierter Unternehmen gewirkt.

Vernetzung und Zusammenarbeit

Nach Angaben des Landfrauenverbands und des MJFJF hat die erste Beraterin des Modellprojekts an mehreren Veranstaltungen der Vernetzungsstellen teilgenommen. Wichtige und hilfreiche Informationen aus den Netzen wurden von ihr in die Projektarbeit einbezogen. Weiterhin gab es einen Besuch einer finnischen LEADER-Gruppe.

In Kiel gibt es ein Frauennetzwerk zur Arbeitssituation, das Beratung für Existenzgründerinnen leistet. Ein direkter Kontakt zu den Servicebörsen besteht allerdings nicht.

Zusammenfassende Bewertung der Servicebörsen

Da die Nachfrage das Angebot an Dienstleistungen deutlich übersteigt, besteht noch ein erhebliches Beschäftigungs-/Einkommenspotenzial für Frauen im ländlichen Raum. Dies lässt sich aber nur nutzen, wenn rechtliche Rahmenbedingungen sich ändern, Beratung fortgesetzt wird und mehr Frauen einen Weg in die Vollzeitselfständigkeit gehen.

⁵⁵ Für nähere Angaben zu den LDZ vgl. EBERHARDT et al. 2001.

⁵⁶ Hierzu wurde eine Förderung aus Mitteln des MJFJ und aus dem ZAL angestrebt.

- Die Vermittlungsbüros sind als Kommunikations- und Vernetzungsstellen für die Unternehmerinnen wichtig. Bei der derzeitigen Struktur ist deren mittel- bis langfristige finanzielle Überlebensfähigkeit aber nicht gegeben. Hier müssen zusätzliche Einnahmen erschlossen werden (z. B. für Beratungstätigkeit, Qualifizierungsmaßnahmen etc.) oder über die Durchsetzung höherer Preise für die Dienstleistungen am Markt (vgl. NIEDERSTUCKE, 2000).
- Eine stärkere Vernetzung der Servicebörsen ist dringend erforderlich, evtl. als vom Landfrauenverband unabhängige Struktur.

7.3.3 Weitere Projekte der Kategorie „Kleine und mittlere Unternehmen, Handwerk und lokale Dienstleistungen“

Ziel des Projekts *Innovationsnetzwerk Nord* war der Aufbau eines Technologieumfelds für die zukunftssträchtigen Technologiefelder Software und die damit verbundenen Informations- und Kommunikationstechnologien. Softwareunternehmen, die im ländlichen Raum angesiedelt sind, sollten durch wirksame Leistungen der Projektträger in ihrer Effizienz unterstützt werden. Im Rahmen des Projekts wurden unterschiedliche Plattformen zur Etablierung und Akzeptanzsteigerung der Netzwerkaktivitäten der am Projekt beteiligten Partner errichtet und genutzt. Hierzu zählen u. a.

- Arbeitskreis Informationstechnik AKIT (Vier Veranstaltungen im Jahr 1999 mit insgesamt ca. 120 Teilnehmern);
- Technologie-Informationssystem Schleswig-Holstein www.tisch.de;
- Unternehmensdatenbank www.upnord.de (mit 95 Unternehmenseinträgen);
- Onlinedatenbank der Technologiezentren Deutschland db.adt-online.de (mit ca. 3.500 Unternehmenseinträgen in ca. 160 Technologiezentren in Deutschland);
- Software-Informationplattform www.innord.de (mit ca. 80 Einträgen von Softwareentwicklungsunternehmen);
- Nordfriesland-shop www.nordfriesland-shop.de;
- Onlinemarkt-Nordfriesland www.onlinemarkt-nordfriesland.de (mit 205 Unternehmenseinträgen aus Nordfriesland und 17 Online-Shopping-Angeboten);
- Stadtinformationssystem www.niebuell.de (mit 327 Unternehmenseinträgen und 72 Einträgen zu weiteren Institutionen und Vereinen in Niebüll).

Aufbauend auf diesen Erfahrungen entstand das Projekt *„Interaktionsnetzwerk Nord“*. Ziel des Projekts war die Analyse der Rahmenbedingungen für die Umsetzung von Pilotanwendungen und Serviceangeboten im Electronic-commerce für kleine und mittlere

Unternehmen sowie die Information und Einbindung anderer Akteure. Die Marktanalyse wurde im Januar 2001 abgeschlossen. Sie beinhaltete u. a. Evaluierungen zum Aufbau eines Stadtinformationssystems und zum Aufbau eines Standortinformationssystems. Beide Systeme werden in einer Testphase erprobt. In zwei Anschlussprojekten sollen nun ausgewählte Electronic-Commerce-Pilotanwendungen sowie ergänzende bzw. individuelle Serviceangebote für kleine und mittlere Unternehmen aufgebaut werden.

Ziel des Projekts *Konzept zur Präsentation der Wirtschaft des Kreises in Frankreich* war die Unternehmenskooperation zwischen deutschen und französischen kleinen und mittleren Unternehmen, die Intensivierung der Beziehungen im Bereich Tourismus sowie die Kooperation in den Bereichen Energiewirtschaft und Entsorgung. Das Projekt wurde von der Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Kreises Rendsburg-Eckernförde durchgeführt. Wesentlicher Bestandteil des Projekts war die Einrichtung von kleinen Büros in Nantes (Frankreich) und Rendsburg. Bisher haben je fünf Unternehmen Geschäftskontakte in die Partnerregion geknüpft. Ein französisches Hochtechnologieunternehmen plant, sich in Rendsburg anzusiedeln und dort 15 Arbeitsplätze zu schaffen. Die Ziele wurden nicht alle im angestrebten Umfang erreicht. Aufgrund unterschiedlicher Strukturen in der Tourismus- und Energiewirtschaft gab es hier zunächst einen erhöhten Koordinations- und Informationsbedarf zwischen den Akteuren. Nach Angaben des Projektträgers wurden folgende Wirkungen erzielt:

- Zunahme der Anzahl von Menschen, die für Umweltaspekte sensibilisiert wurden;
- Schaffung neuer Absatzmärkte;
- Erhöhung von Besucher- und Übernachtungszahlen;
- Entstehung neuer Kooperationsideen.

Ziel des Projekts *Innovationskreis Nord/Branchendialog Westküste* war die Initiierung virtueller Unternehmenskonzepte, die Stärkung der Kooperation zwischen den Unternehmen der Druck- und Medienbranche sowie die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der beteiligten Betriebe. Hierzu wurden acht Veranstaltungen durchgeführt, an denen insgesamt 176 Mitarbeiter aus 76 Medienunternehmen teilgenommen haben. Die angestrebten Ziele wurden nur teilweise erreicht. Als Gründe nennt der Projektträger u. a. die zwar grundsätzliche Offenheit der beteiligten kleinen und mittleren Unternehmen gegenüber dem Einsatz neuer Technologien und neuer Kooperationen, die allerdings im Tagesgeschäft nicht in die Praxis umgesetzt wird und eine gewisse Skepsis der kleinen und mittleren Unternehmen, dass durch Kooperation Abhängigkeiten entstehen könnten.

7.3.4 Zusammenfassung

Vier Projekte der Maßnahmekategorie „Kleine und mittlere Unternehmen, Handwerk und lokale Dienstleistungen“ beinhalten die Förderung der Nutzung der neuen Informations- und Kommunikationstechnologie sowie der Vernetzung von kleinen und mittleren Unternehmen im ländlichen Raum. Sie unterscheiden sich damit von klassischen Instrumenten der Wirtschaftsförderung, wie z. B. den im Rahmen des Ziel-5b-Programms geförderten Gewerbegebieten. Wirkungen lassen sich bei derartigen prozessorientierten Projekten in der Regel nur mittel- bis langfristig feststellen, so dass zum jetzigen Zeitpunkt hierzu keine Angaben gemacht werden können.

Das Projekt Dienstleistungszentrum Eggebek ist ein Pilotvorhaben, in dem erstmals die Förderung von Existenzgründungen im ländlichen Raum erprobt wird. Bei erfolgreichem Verlauf kann insbesondere dieses Projekt ein wichtiges Modell für die Wirtschaftsförderung im ländlichen Raum sein. Die Erfahrungen des Dienstleistungszentrum Eggebek sollten in den nächsten Jahren beobachtet und analysiert werden, um die Voraussetzungen und Möglichkeiten einer Übertragung auf andere Regionen zu ermitteln.

Das Projekt Servicebörsen ist eines der wenigen Projekte, das explizit die Verbesserung der Beschäftigungssituation von Frauen im ländlichen Raum zum Ziel hatte und hier auch einen Beitrag leisten konnte. Trotz der zur Zeit stattfindenden Konsolidierungsphase kann das Projekt als erfolgreich bezeichnet werden. Neben der Beschäftigungswirkung für die beteiligten Frauen haben die im Rahmen des Beratungsprojekts entstandenen Servicebörsen einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der Wirtschaftsfunktion des ländlichen Raums geleistet.

Direkte Beschäftigungseffekte gab es in drei Projekten. Da zu ihnen unterschiedlich geartete Angaben vorliegen, ist eine Zusammenfassung der Zahlen nicht möglich. Insgesamt werden im Dienstleistungszentrum Eggebek bei Auslastung des Gründerzentrums ca. 35 Arbeitsplätze entstanden sein (20 bestehen bereits jetzt). Über die Servicebörsen entstanden Teilzeitexistenzen für 152 Frauen. Durch das Projekt Konzept zur Präsentation des Kreises Rendsburg-Eckernförde in Frankreich ist ein Vollzeitarbeitsplatz entstanden.

7.4 Ausbildung und Qualifizierung

Im Bereich Ausbildung und Qualifizierung wurden zwei Projekte durchgeführt (vgl. Tabelle 21).

Tabelle 21: Projekte im Bereich Ausbildung, Qualifizierung, Beschäftigungsförderung

Projekt	Kreis	Träger	Fonds	bewilligt	förderfähige Gesamtkosten in DM	Fondsanteil in %
Individuelle berufliche Orientierung	Dithm/ NF	Chance Zeitarbeit gGmbH	ESF	1/1998- 12/1999	1.661.090	29
Multiplikatorenkonzept für Telearbeit	Dithm	Technologie-Transfer- Zentrale Schleswig-Hol- stein GmbH, Meldorf	ESF	10/1998 -10/2001	1.689.522	40

Quelle: Projektunterlagen, eigene Darstellung

Das Projekt „Individuelle berufliche Orientierung“ wird von der Chance Zeitarbeit gGmbH durchgeführt. Ziel ist die Integration von Sozialhilfeempfängern in den ersten Arbeitsmarkt durch Orientierung, Vermittlung, Zeitarbeit und Qualifikation. Die Chance Zeitarbeit schließt mit Sozialhilfeempfängern einen 12-monatigen Arbeitsvertrag, um sie an Betriebe der freien Wirtschaft zum Abbau von Überstunden und Ausgleich von Arbeitsspitzen zu verleihen. Die verleihfreien Zeiten werden für die berufliche Qualifizierung der Leiharbeitnehmer sowie für gemeinnützige bzw. zusätzliche Arbeiten in den Kommunen genutzt. Während der Projektlaufzeit wurden 70 Männer und 50 Frauen in Vollzeitarbeitsplätze und 15 Frauen in Teilzeitarbeitsplätze im ersten Arbeitsmarkt vermittelt.

Das Projekt wurde von den Akteuren der Region (Kreise Nordfriesland und Dithmarschen) auf der Basis der Erfahrungen der mit Ziel-5b-Mitteln geförderten Vermittlungsagenturen entwickelt (vgl. EBERHARDT et al., 2001). Das Konzept wurde auch in das neue Förderprogramm Arbeit für Schleswig-Holstein übernommen und ist auch Vorbild für ähnliche Initiativen in anderen Bundesländern.

Das Projekt „Individuelle berufliche Orientierung“ unterschied sich inhaltlich nicht wesentlich von den im Rahmen des Ziel-5b-Programms geförderten Maßnahmen. Im Unterschied zu den Ziel-5b-Maßnahmen wurde mit dem Projekt jedoch erstmals ein kreisübergreifender Ansatz der Beschäftigungsförderung verfolgt.

Ziel des Projekts „Multiplikatorenkonzept für Telearbeit“ war die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit einzelner Branchen, insbesondere von kleinen und mittleren Unternehmen, durch den Einsatz von Informations- und Kommunikations-Technologien sowie die Qualifizierung und Beschäftigung von Arbeitssuchenden in den neuen Informations- und Kommunikationstechnologien. Insgesamt wurden während der Projektlaufzeit 12 ABM-Kräfte für jeweils durchschnittlich ein Jahr beschäftigt. Sechs dieser Personen befanden

sich Mitte 2001 in einem Arbeitsverhältnis bzw. waren freiberuflich tätig. Zwei Personen sind nach zwischenzeitlicher Beschäftigung in einem Arbeitsverhältnis wieder arbeitslos, drei Personen sind zur Zeit noch als ABM-Kräfte im Rahmen des Projekts beschäftigt, bei einer Person ist der Verbleib unklar. 34 Unternehmen wurden im Rahmen des Projekts beraten. Folgende Wirkungen wurden nach Angaben des Projektträgers erzielt:

- Unterstützung ökologisch arbeitender Firmen,
- Praxisforum Technologie,
- intelligentes und energieoptimierendes Haus,
- Gastgebersuchmaschine.

Im Projekt Multiplikatorenkonzept ist besonders die Verknüpfung der Bereiche Qualifizierung von Arbeitslosen als „training on the job“ und Beratung von kleinen und mittleren Unternehmen hervorzuheben. Leider liegen keine Angaben zu den Wirkungen der Beratung bei den kleinen und mittleren Unternehmen vor.

Insgesamt wurden im Rahmen der beiden Projekte 141 Personen in den ersten Arbeitsmarkt vermittelt.

7.5 Umwelt und Lebensqualität

In diesem Bereich wurden fünf Projekte gefördert (vgl. Tabelle 22).

Tabelle 22: Projekte im Bereich Umwelt und Lebensqualität

Projekt	Kreis	Träger	Fonds	bewil- ligt	förderfähige Gesamtkos- ten in DM	Fondsanteil in %
Infozentrum Wieding- harde, Klanxbüll	NF	Gemeinde Klanxbüll	EAGFL	Dez 98	200.000	40
Kinderkulturdorf Bokel	Rd.- Eck	Gemeinde Bokel	EAGFL	1999	1.230.800	32
Schafflund Wohlfühl- zentrum	Sl.-Fl.	Gemeinde Schafflund	EAGFL	Dez 99	2.097000	38
Naturlehrpfad NSG Wil- des Moor	NF	Verein für Naturschutz und Landschaftspflege Nördl. Nordfriesland e. V.	EFRE	Okt 98	160.118	40
Energie-Erlebnispark Artesolar	Sl.-Fl.	Verein artefact	EFRE	Dez 99	999.000	34

Quelle: Projektunterlagen, eigene Darstellung

Das *Informationszentrum Wiedingharde* wurde in einem ehemals landwirtschaftlich genutzten Gebäude eingerichtet. Über das LEADER II-Programm wurde die Erstellung einer Ausstellung zu den „regionalen Entwicklungspotentialen“ der Region Wiedingharde sowie die Erarbeitung und Umsetzung eines Konzepts zur „Markteinführung“ des Zentrums unterstützt. Die Ausstellung beinhaltete die Bereiche Fremdenverkehr, Landwirtschaft, Geschichte, Kultur, Brauchtum und Windenergie. Das Markteinführungskonzept beinhaltete u. a. die Erstellung eines Hausprospekts, die Entwicklung eines Corporate Design sowie Veröffentlichungen in ca. 70 Zeitungen und Zeitschriften.

Im Zentrum arbeiten verschiedenste Nutzergruppen wie z. B. Naturschützer, Nationalparkamt, Fremdenverkehrsverein, Landwirte und Amtsverwaltung zusammen. Das Informationszentrum ist u. a. Koordinierungsstelle für die grenzüberschreitende Maßnahme „Europäisches Tourismusprojekt Wattenmeer“. Des weiteren erfolgt in Verbindung mit dem Wiedingharder Naturschutzverein die Schutzgebietsbetreuung des Rickelsbüller Koogs. Die Einnahmen daraus und Mitgliedsbeiträge dienen zur laufenden Finanzierung des Zentrums. Das regionale und Umweltbewusstsein wurde durch eine Vielzahl von Veranstaltungen gestärkt. Die Zusammenarbeit zwischen privaten und öffentlichen Trägern sowie die Kommunikation zwischen den verschiedenen Nutzergruppen wurde verstärkt. Allerdings hat sich die Kommunikation und der Austausch zwischen den Nutzergruppen des Zentrums nicht entsprechend den Erwartungen des Projektträgers entwickelt. Vom Zentrum sind wesentliche Impulse für den Fremdenverkehr und die Verstärkung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit ausgegangen. Die Erwartung der Träger, das vom Infozentrum Impulse für neue Ideen zur Entwicklung der Region ausgehen würden, hat sich nur begrenzt erfüllt. Als Grund wird die im laufenden Betrieb bereits volle Arbeitsauslastung der Mitarbeiter genannt. Im Rahmen des Projekts entstanden zwei Vollzeit- und ein Teilzeitarbeitsplatz (lt. Sachstandsbericht ein Vollzeit- und drei Saisonarbeitsplätze).

Ziele des Projekts *Kinderkulturdorf Bokel* waren der Bau eines Dorfgemeinschaftshauses zur Stärkung der Grundversorgung und die Schaffung von Spiel-, Kultur-, Erlebnis- und Freizeitangeboten sowie künstlerische Betreuung von Kindern und Jugendlichen. Damit wurde auch ein Attraktionspunkt für die Erschließung einer touristischen Infrastruktur am östlichen Ochsenweg geschaffen.

In der Gemeinde Bokel waren keine Grundversorgungseinrichtungen mehr vorhanden. Das Dorfgemeinschaftshaus bietet hier wieder Begegnungsmöglichkeiten und trägt so wesentlich zur Verbesserung der Lebensverhältnisse bei. Darüber hinaus wird durch den Betreiber des Dorfgemeinschaftshauses, den Verein „Kinderkulturdorf Bokel e. V.“, ein reichhaltiges Kultur- und Freizeitangebot insbesondere für Kinder und Jugendliche bereitgestellt und damit ein Beitrag zur Belebung der Dorfgemeinschaft geleistet. Mittlerweile ist der Verein auch über die Gemeinde Bokel hinaus bekannt und führt auch in an-

deren Regionen Aktionen durch. Im Jahr 2000 wurde der Verein mit dem Preis der Akademie für ländliche Räume für seine vorbildliche und außergewöhnliche künstlerisch-pädagogische Kinder- und Jugendarbeit ausgezeichnet (WEIGERT, 2000). Im Rahmen des Projekts entstanden zwei Teilzeitarbeitsplätze für Frauen.

Ziel des Projekts „*Wohlfühl- und Gesundheitszentrum Schafflund*“ war die Ansiedlung von Betrieben der Gesundheitspflege und Gastronomie. Hierzu wurde ein Teilgebäude der Alten Wassermühle von der Gemeinde erworben und saniert. Die Fertigstellung erfolgte Mitte 2000. Anschließend erfolgte eine gewerbliche Nutzung des Gebäudes. In einem Teil des Gebäudes sind Räume an Personen und Einrichtungen vermietet, die sich mit dem Thema Gesundheit beschäftigen wie z. B. die Sozialstation des Amtes Schafflund, ein Zahnarzt und eine Heilpraktikerin. Weiterhin wurde ein Café angesiedelt und das Trauzimmer des Amtes Schafflund dort eingerichtet. Das Wohlfühl- und Gesundheitszentrum liegt gegenüber der Amtsverwaltung. In der Nähe befinden sich u. a. Kindergärten und Schulen mit Betreuungseinrichtungen. Diese räumliche Nähe eröffnet insbesondere für Mütter günstige Bedingungen der Erwerbstätigkeit. Nach Angaben des Projektträgers wurden insgesamt 43 Arbeitsplätze geschaffen, davon 20 Vollzeitarbeitsplätze für Frauen und 18 Teilzeitarbeitsplätze für Frauen. Wie weit es sich hierbei um Standortverlagerungen handelt und ob wirklich neue Arbeitsplätze entstanden, kann aus den vorliegenden Informationen nicht eingeschätzt werden. Darüber hinaus stärkt das Wohlfühlzentrum nach Angaben des Projektträgers die Region dadurch, dass mehr Bürger aus der Umgebung nach Schafflund kommen.

Der „*Naturlehrpfad NSG Wildes Moor*“ soll die Möglichkeit eröffnen, zerstörungsfrei für die Moorvegetation und ohne Gefahr für die Besucher einen Blick über die typische Moorlandschaft und einen Einblick in die kleinflächigen Vegetationseinheiten eines Hochmoores in unterschiedlichen Entwicklungsstufen zu gewähren. Hierzu wurden ein Holzlaufsteg und ein Aussichtsturm errichtet. Detailinformationen (Karte Vegetationsbeschreibung, Skizzen, etc.) werden in einem extra erstellten Faltblatt gegeben. Mit dem Projekt wurde nach Einschätzung des Projektträgers ein Beitrag zur Stärkung des Tourismus in der Region geleistet. Aufgrund von Unstimmigkeiten mit dem Grundstückseigentümer ist der Moorlehrpfad zur Zeit allerdings nicht zugänglich.

Der „*Energie-Erlebnispark Artesolar*“ (EEP) wurde vom Verein artefact e. V. als Bildungs- und Erholungseinrichtung errichtet. Mit diesem EEP soll für einen ressourcenschonenden Umgang mit Energie, Wasser, Boden und Luft und die Durchsetzung entsprechender Verhaltensweisen geworben werden. Das Projekt sollte ursprünglich zum Beginn der EXPO (Ende Mai 2000) fertiggestellt sein, konnte jedoch erst zum Oktober 2000 beendet werden. Der Träger des Projekts hat im Dezember 2000 ein Insolvenzverfahren beantragt. Daraufhin wurde im April 2001 der Zuwendungsbescheid wegen Nicht-

Erreichen des Zuwendungszwecks widerrufen, (vgl. Jahresbericht Ziel 5b/LEADER, 2000).

7.5.1 Zusammenfassung

Die drei Projekte Infozentrum Wiedingharde, Naturlehrpfad im NSG Wildes Moor und Energie-Erlebnispark Artesolar haben u. a. das Ziel der Sensibilisierung und Information über Umweltaspekte. Daher haben sie auch einen engen Bezug zu naturverträglichem Fremdenverkehr. Mit einer entsprechenden Vermarktung und Verknüpfung zu anderen Aktivitäten der Region, wie dies z. T. bereits geschieht, können mit diesen Projekten auch Impulse für den regionalen Tourismus gegeben werden.

Die Projekte Wohlfühlzentrum Schafflund und Kinderkulturdorf Bokel könnten auch als typische Dorferneuerungsprojekte zum Erhalt ortsbildprägender Bausubstanz bzw. zur Errichtung eines Dorfgemeinschaftshauses betrachtet werden. Die thematische Ausrichtung – Ansiedlung von Unternehmen des Gesundheits- und Wellnessbereichs bzw. Verknüpfung von Kunst- und Kulturangeboten insbesondere für Kinder und Jugendliche mit der Errichtung dörflicher Infrastruktur – unterscheidet diese Projekte jedoch von im Rahmen anderer Förderprogramme unterstützten Dorferneuerungsmaßnahmen.

Das Kinderkulturdorf Bokel ist das einzige Projekt, in dem Kinder und Jugendliche explizit berücksichtigt und eingebunden sind. In der Regel wird diese Bevölkerungsgruppe im Rahmen der Dorfentwicklung nur unzureichend berücksichtigt. Um dieses Defizit zu verringern, sollen bei der Durchführung von ländlichen Struktur und Entwicklungsanalysen explizit auch Kinder und Jugendliche einbezogen werden. Leider wird dies noch nicht in einem wünschenswerten Umfang umgesetzt (vgl. Kapitel 7.2.2).

In drei Projekten entstanden direkt Arbeitsplätze. Wie bereits gesagt, kann nicht eingeschätzt werden, ob die im Wohlfühlzentrum Schafflund entstandenen Arbeitsplätze wirklich neu geschaffen wurden oder durch Verlagerung entstanden sind. Sie werden dennoch als neu entstandene Arbeitsplätze betrachtet. Damit entstanden durch die hier betrachteten Projekte

- sechs Vollzeitarbeitsplätze für Männer,
- 21 Vollzeitarbeitsplätze für Frauen und
- 21 Teilzeitarbeitsplätze für Frauen.

7.6 Technische Hilfe zur ländlichen Entwicklung

Dieser Maßnahmekategorie wurde ein Projekt zugeordnet. Das Projekt beinhaltet die Erstellung eines Geografischen Informationssystems (GIS) für die Insel Sylt, siehe Tabelle 23.

Tabelle 23: Projekte der Kategorie technische Hilfe zur ländlichen Entwicklung

Projekt	Kreis	Träger	Fonds bewilligt	förderfähige Gesamtkosten in DM	Fondsanteil in %
GIS für die Insel Sylt	NF	Planungsverband Insel Sylt	EFRE Aug 99	545.544	40

Quelle: Projektunterlagen, eigene Darstellung

Ziel des Projekts ist es, auf der Grundlage einer umfassenden Datenerhebung aus den unterschiedlichsten Bereichen (beispielsweise Kurdaten, touristische Daten, Grundstücksdaten, Naturschutzdaten, Energiedaten, usw.) und deren Zusammenführung und Aufbereitung in einem Informationssystem erstmals gemeindeübergreifend eine einheitliche Darstellung der Region - also der Insel Sylt - und vor allem eine einheitliche Planung der regionalen Entwicklung - im Gegensatz zu den früheren kleinteiligen Entwicklungsansätzen - vorzunehmen. Die erhobenen Daten sollen abschließend internetfähig aufbereitet werden und die Basis für eine einheitliche Konzeption zur Präsentation der Region im Internet bilden. Damit sind für den Bürger folgende Vorteile verbunden: Künftig sind Informationen aus einer Quelle (Internet) verfügbar. Erspart wird dadurch der Gang zu u. U. drei verschiedenen Behörden (Grundbuchamt, Katasteramt, Bauamt). Diese Daten können bequem zu einem Zeitpunkt abgerufen werden, der den Bürgern am besten zusagt. Diese verbesserte Serviceleistung ist für Sylt mit seinem hohen Anteil an Zweitwohnsitzen besonders bedeutsam. Der Vorteil für die Entwicklung der Region ergibt sich aus dem entstehenden Datenpool, der aktuelle Daten aus den verschiedensten Bereichen bereithält. Damit wird eine gezielte Planung der Entwicklung der Insel erheblich erleichtert.

Die Umsetzung des Projekts verlief langsamer als vom Projektträger ursprünglich erwartet, da im Vorfeld der Arbeitsaufwand unterschätzt wurde. Zur Durchführung des Projekts wurden im Rahmen einer Arbeitsbeschaffungsmaßnahme vier Vollzeitkräfte beschäftigt.

8 Besonderheiten von LEADER

Zur Erfassung der Umsetzung und der Wirkungen der besonderen Aspekte von LEADER wurden im Rahmen der Fallstudien die subjektiven Einschätzungen der beteiligten Akteure erhoben. Darüber hinaus stützen sich die folgenden Ausführungen auf die Auswertung der vorhandenen Unterlagen sowie in einzelnen Aspekten (insbesondere Innovation und Vernetzung) auf die Ergebnisse der schriftlichen Befragung der Projektträger. Da es in Schleswig-Holstein keine lokalen Aktionsgruppen gab, fehlten zum Teil Ansprechpartner, die einen über die Einzelprojekte hinausgehenden Blick auf die regionale Entwicklung im Zusammenhang mit LEADER II hatten. Daher konnte eine quantitative Bewertung einzelner Aspekte, z. B. des Mehrwerts der lokalen Partnerschaft, wie im Fragebogen der Europäischen Beobachtungsstelle (AEIDL) vorgeschlagen, leider nicht vorgenommen werden (EUROPÄISCHE BEOBACHTUNGSSTELLE, 2001). Auch ein Vergleich der Situation im LEADER II-Gebiet mit der Ausgangssituation konnte kaum vorgenommen werden.

Der von der AEIDL entwickelte Fragebogen ist wie auch die Leitlinien zur Ex-post-Bewertung auf LAGs ausgerichtet. Kollektive Aktionsträger werden kaum oder gar nicht berücksichtigt. Daher war der Fragebogen auch nur begrenzt einsetzbar.

Die folgenden Kapitel behandeln jeweils eines der spezifischen Ziele von LEADER. Zunächst erfolgt eine Definition des jeweiligen Ziels/Aspekts. Daran anschließend erfolgt die Darstellung der mit den jeweiligen Aspekten verbundenen Wirkungshypothesen (in Anlehnung an EUROPÄISCHE BEOBACHTUNGSSTELLE, 1999). Abschließend werden, soweit zum gegenwärtigen Zeitpunkt möglich, die Ergebnisse und Wirkungen des schleswig-holsteinischen LEADER II-Programms im Hinblick auf diese Besonderheiten von LEADER II dargestellt und mögliche Einflussfaktoren aufgezeigt.

8.1 Gebietsbezogener Ansatz

Der territoriale Ansatz besteht in der Festlegung einer ländlichen Entwicklungspolitik, bei der die besonderen Gegebenheiten, Stärken und Schwächen eines Gebiets im Mittelpunkt stehen. Im Fall von LEADER II handelt es sich dabei um ein relativ homogenes ländliches Gebiet, das sich durch ein gewisses Maß an sozialer Binnenintegration, gemeinsamer Geschichte und Traditionen sowie durch ein Bewusstsein gemeinsamer Identität auszeichnet (EUROPÄISCHE BEOBACHTUNGSSTELLE, 1999). Es wird davon ausgegangen, dass die lokalen Akteure und Institutionen die Stärken und Schwächen ihres Gebiets am besten kennen und damit auch am wirksamsten die Entwicklungspotenziale der lokalen Ressourcen beurteilen können (ebenda). Hier wird die enge Beziehung des gebietsbezogenen An-

satzes zum bottom-up-Ansatz deutlich. Ohne eine Einbeziehung und Mitwirkung lokaler Akteure kann ein gebietsbezogener Ansatz im o. g. Sinn kaum realisiert werden.

Von der Umsetzung des gebietsbezogenen Ansatzes werden folgende Wirkungen erwartet:

- Vormalig unterbewertete charakteristische endogene Ressourcen werden mobilisiert und aufgewertet.
- Bessere Perspektiven für eine nachhaltige Entwicklung werden eröffnet, im Gegensatz zu Maßnahmen, die - ungeachtet ihrer spezifischen Probleme - auf alle benachteiligten ländlichen Gebiete angewendet werden.
- Globale Visionen für das Gebiet werden formuliert.

Im Rahmen des Auswahlverfahrens wurde der gebietsbezogene Ansatz mit dem Kriterium „Ausrichtung auf die lokale Ebene“ berücksichtigt. Aufgrund der Bedeutung der Mitwirkung der lokalen Bevölkerung für die Umsetzung eines territorialen Ansatzes hat auch dieses Kriterium dazu beigetragen, die Umsetzung dieser Besonderheit von LEADER zu fördern. Aus Tabelle 7 in Kapitel 5.3.1 geht hervor, dass ein großer Teil der Projekte (26) in ein lokales/regionales Entwicklungskonzept eingebunden war, welches auf den besonderen Charakteristika und Potenzialen des Gebiets aufbaute. Auch die Projekte, die nicht in eine lokale/regionale Entwicklungsstrategie eingebunden waren, basierten auf den jeweils spezifischen örtlichen Besonderheiten. Der größte Teil der Projekte beinhaltet die Aufwertung und Nutzung der natürlichen Ressourcen und hier in erster Linie die naturräumlichen Besonderheiten in Verbindung mit umweltverträglichen Tourismuskonzepten. Als Beispiel können hier die beiden Fallstudienprojekte NaTourCentrum Lunden und „Redderhus“ genannt werden. Ebenfalls eine größere Anzahl von Projekten beinhaltet die Nutzung und Aufwertung landwirtschaftlicher Ressourcen, etwa der Dithmarscher Spezialitätenversand und die verschiedenen Projekte zur energetischen Nutzung landwirtschaftlicher Biomasse (Biogasanlagen, Knickholzverwertung). In Ansätzen wurden vor allem im Rahmen der regionalen Entwicklungskonzepte auf die Besonderheiten der Regionen aufbauende Zukunftsvisionen entwickelt.

8.2 Bottom-up-Ansatz

Zentrales Anliegen des bottom-up-Ansatzes ist es, auf lokaler Ebene für alle Fragen der ländlichen Entwicklungspolitik eine partizipative Entscheidungsfindung zu fördern.

Information - Mobilisierung - Fortbildung sind entscheidende Elemente des bottom-up-Ansatzes:

- Sensibilisierung, Fortbildung, Mitwirkung und Mobilisierung der lokalen Bevölkerung zur Bestimmung der Stärken und Schwächen des Gebiets (Diagnose);
- Mitwirkung der unterschiedlichen Interessengruppen an den strategischen Entscheidungen des Programms zur Innovation im ländlichen Raum;
- Transparenz der Auswahlkriterien für die durchgeführten Aktionen.

Die Beteiligung der Bevölkerung kann in verschiedenen Phasen des Prozesses stattfinden (vor der Festlegung des Plans, während seiner Durchführung, nach seinem Abschluss); die Mitwirkung kann direkt oder über Interessenvertretungen erfolgen.

Von der Umsetzung des bottom-up-Ansatzes werden folgende Wirkungen erwartet:

- Eine partizipative lokale Entscheidungsfindung ermöglicht besser als zentral gefällte Entscheidungen, Antworten zu finden, die den jeweiligen Bedürfnissen der Region und ihrer Bewohner Rechnung trägt.
- Partizipative Entscheidungsfindung begünstigt kreative und innovative Ideen.
- Durch die Abstimmung und Beratung zwischen den einschlägigen lokalen Interessengruppen werden für alle zufriedenstellende Entscheidungen getroffen.
- Darüber hinaus sichert die partizipative Entscheidungsfindung eine umfassende und gerechte Vertretung aller Interessengruppen und bietet die Möglichkeit für Konsensbildung, Konfliktlösung und die Förderung neuer Kontakte zwischen Sektoren und Gruppen.

Die Entscheidung für den bottom-up-Ansatz setzt voraus, dass die Entscheidungskompetenz auf die lokale Ebene verlegt wird. Sie ermöglicht eine größere Wirksamkeit, mehr Flexibilität in der ländlichen Entwicklungspolitik, Dezentralisierung (Subsidiaritätsprinzip) und eine Stärkung der örtlichen Konsensbildungsmechanismen.

Die Mitwirkung der örtlichen Bevölkerung war ein Kriterium zur Auswahl der LEADER II-Projekte.

Bei den im Rahmen der in Kapitel 6 skizzierten Entwicklungsstrategien entstandenen Projekte war eine Mitwirkung der lokalen Bevölkerung in der Gebietsdiagnose und Konzeptentwicklung gegeben. Dies bestätigen auch die betrachteten Fallstudienprojekte „Sonne für Föhr“, „Redderhus“, Dienstleistungszentrum Eggebek und NaTourCentrum Lunden.

Das Projekt Dithmarscher Spezialitätenversand ist aufgrund der spezifischen Problemsituation des Gebiets im Rahmen eines Arbeitskreises entstanden, der die für das Thema

relevanten Gruppen umfasste. Auch hier kann von einem partizipativen Ansatz der Projektentwicklung gesprochen werden, wenn auch die Einbindung in eine von der Bevölkerung getragene „Gesamtstrategie“ wünschenswert gewesen wäre.

Die Konzeption des Projekts Servicebörsen wurde ohne breite Einbeziehung der lokalen Ebene entwickelt. In der Umsetzung des Projekts war die lokale Ebene jedoch von zentraler Bedeutung. Die Gründung von Servicebörsen war eine Initiative der örtlichen interessierten Frauen. Gleichzeitig wurden vor Ort die Ortsverbände des Landfrauenvereins sowie andere ländliche Institutionen eingebunden.

Im Durchschnitt waren fünf verschiedene Gruppen/Institutionen an der Umsetzung der LEADER II-Projekte beteiligt wie Tabelle 24 zeigt.

Tabelle 24: Anzahl der an der Umsetzung von LEADER II-Projekten beteiligten Gruppen/Institutionen

Anzahl beteiligter Gruppen pro Projekt	Anzahl Projekte
bis zu 3	7
bis zu 5	18
bis zu 7	7
bis zu 9	5
Durchschnittliche Anzahl beteiligter Gruppen: 5	

Quelle: Eigene Erhebungen

Aus der schriftlichen Befragung der Projektträger wird allerdings deutlich, dass in der Beteiligung an der Projektumsetzung und der Bedeutung für den Projekterfolg die öffentliche Verwaltung dominiert (vgl. Tabelle 25).⁵⁷

⁵⁷ In den Intensivinterviews mit den Projektträgern der Fallstudienprojekte zeigte sich, dass die Unterscheidung zwischen Beteiligung an der Planung und Beteiligung an der Umsetzung eines Projekts von den Projektträgern nicht so klar getroffen wurde, daher wurde in der schriftlichen Befragung nur nach der Beteiligung an der Umsetzung gefragt.

Tabelle 25: An der Umsetzung von LEADER II-Projekten beteiligte Gruppen/Institutionen und deren Bedeutung für den Projekterfolg (n=37)

Beteiligte Gruppen/Institutionen	Anzahl Projekte an denen ... beteiligt waren	davon Anzahl Projekte in denen ... wichtig oder sehr wichtig in der Umsetzung waren	in %
Landwirte	13	6	46
Berufsgruppen außerhalb der Landwirtschaft (Handwerk, Gewerbe)	26	18	69
Öffentliche Verwaltung	36	28	78
Wirtschaftsförderungsgesellschaft	23	17	74
Politiker/gewählte Mandatsträger	31	22	71
Umweltschutzgruppen/Kulturvereine	22	15	68
Frauengruppen	10	3	30
Jugendliche/junge Leute	12	4	33
Andere	10	9	90

Quelle: Eigene Erhebungen

Tabelle 25 zeigt deutlich, dass Frauen und Jugendliche als Interessengruppen unterrepräsentiert waren. Selbst, wenn sie in die Projektumsetzung einbezogen waren, wurde ihre Bedeutung von den Projektträgern eher als weniger wichtig oder unwichtig eingestuft. Die beiden Projekte, in denen Frauengruppen für den Projekterfolg von Bedeutung waren, richteten sich explizit an Frauen als Zielgruppe. Gleiches gilt für die Projekte⁵⁸, in denen Kinder und Jugendliche von Bedeutung waren.

Bei der Betrachtung der Bedeutung der einzelnen Gruppen für die Projektumsetzung nach Themenschwerpunkten der Projekte wird Folgendes deutlich⁵⁹ (vgl. Anhang 7).

Im Themenschwerpunkt Valorisierung und Vermarktung von Agrarprodukten sind neben den öffentlichen Verwaltungen in erster Linie Landwirte und andere Berufsgruppen an der Umsetzung beteiligt. Diese beiden Gruppen waren auch in den meisten Projekten dieses Themenbereichs wichtig oder sehr wichtig für den Projekterfolg. Bei den vier Projekten dieser Gruppe, an denen Umweltschutzgruppen/Kulturvereine beteiligt waren, waren diese auch in drei Fällen für den Projekterfolg von Bedeutung.

⁵⁸ Kinderkulturdorf, Kolonistenhof, Chance Zeitarbeit.

⁵⁹ Aufgrund der geringen Anzahl Angaben zu den Projekten in den Bereichen Umwelt und Lebensqualität (3) und Qualifizierung (2) wurden diese mit den Themen Fremdenverkehr bzw. kleine und mittlere Unternehmen, Handwerk und Dienstleistungen zusammengefasst.

Bei den Projekten im Bereich Fremdenverkehr/Umwelt und Lebensqualität fällt der große Anteil der öffentlichen Verwaltung (an allen 16 Projekten beteiligt) und der Politiker/gewählten Mandatsträger (an 15 von 16 Projekten beteiligt) auf. Diese beiden Gruppen waren auch in den meisten Projekten wichtig oder sehr wichtig für den Projekterfolg (14 bzw. 12 Projekte). Berufsgruppen außerhalb der Landwirtschaft und Umweltschutzgruppen/Kulturvereine waren an 11 Projekten beteiligt. In acht Projekten waren Umweltschutzgruppen/Kulturvereine von Bedeutung für den Projekterfolg.

Im Themenschwerpunkt „Kleine und mittlere Unternehmen, Handwerk und lokale Dienstleistungen/Qualifizierung“ (acht Projekte) waren neben der öffentlichen Verwaltung die Berufsgruppen außerhalb der Landwirtschaft sowie die Wirtschaftsförderungsgesellschaften an sieben der acht Projekte beteiligt. Diese drei Gruppen/Institutionen waren auch in den meisten Projekten wichtig oder sehr wichtig für den Projekterfolg.

Nach Einschätzung der befragten Bewilligungsstellen/Fachreferate hat der Bottom-up-Ansatz vor allem ermöglicht, dass lokale Bedürfnisse und Probleme besser ermittelt werden konnten. Darüber hinaus ist es mit den partizipativen Ansätzen gelungen, Projektansätze zu identifizieren, die auf die Besonderheiten der lokalen Ebene zugeschnitten sind und von der lokalen Ebene mitgetragen werden. Der partizipative Ansatz in der Konzeption und Umsetzung der Projekte hat in zahlreichen Fällen zu einer Verbesserung der Kommunikations- und Organisationsstrukturen geführt (vgl. Kapitel 8.4).

Allerdings ist es in zu wenigen Projekten gelungen, Frauen und junge Menschen einzubinden. Auch die Beteiligung der Umweltschutzgruppen/Kulturvereine ist noch verbesserungswürdig. Im Bereich der ländlichen Struktur- und Entwicklungsanalysen (LSEn) wurden diese Defizite bereits erkannt. So empfiehlt das zuständige Fachreferat, die Durchführung von speziellen Workshops für Jugendliche. Diese Empfehlung wurde in neueren LSE-Verfahren auch aufgegriffen (vgl. PFEIFFER, o. J.). Auch um Frauen stärker zu mobilisieren und in ländlichen Struktur- und Entwicklungsanalysen einzubinden, wurden eine Reihe von Veranstaltungen u. a. in Zusammenarbeit mit dem Landfrauenverband durchgeführt. Die Mobilisierung von Frauen zur aktiven Teilnahme an Prozessen ländlicher Entwicklung scheint allerdings schwierig, wie auch Beispiele aus anderen Bundesländern zeigen (vgl. RAUE, 2001)

8.3 Lokale Aktionsgruppe (LAG)

Im Rahmen von LEADER II ist die „lokale Aktionsgruppe“ (LAG) ein Zusammenschluss von Partnern aus dem öffentlichen und privaten Sektor, die im Rahmen ihrer Partnerschaft zum Zwecke der ländlichen Entwicklung eine gemeinsame Strategie und innovative Maßnahmen entwickeln und durchführen. Die Partner sollten die wichtigsten Akti-

onsträger aus Wirtschaft und Gesellschaft des betroffenen Gebiets sowie Vereine aus den Bereichen Umweltschutz, Kultur und soziale Eingliederung umfassen.

Die „anderen kollektiven Aktionsträger“ (KA) von LEADER II sind eher thematisch ausgerichtet, sollten aber dennoch für ihren Interventionsbereich eine integrierte Strategie zur Entwicklung ihres Gebiets verfolgen.

Es wird davon ausgegangen, dass die LAG im Vergleich zu bestehenden Verwaltungen am ehesten in der Lage ist, lokale Initiativen zu stimulieren.

Weiterhin wird erwartet, dass die Arbeit der LAG beiträgt zu

- einer Stärkung der Zuständigkeiten der lokalen Ebene,
- einer engeren Zusammenarbeit zwischen öffentlichen Institutionen und lokalen Akteuren,
- einer Stärkung von Identität und Zusammenhalt,
- einem intensiveren Austausch und evtl. neuen Organisationsformen und Beziehungen zwischen den Akteuren.

Die „anderen kollektiven Aktionsträger“ wurden in der Diskussion zu Methoden und Ansätzen der Ex-post-Bewertung von LEADER II nur am Rande berücksichtigt. Aus Sicht der Kommission stellt sich hier im Rahmen der Evaluierung vor allem die Frage, wie sich die Tatsache, dass es sich bei den Endbegünstigten der Gemeinschaftsinitiative um LAG oder KA gehandelt hat, auf die Ergebnisse ausgewirkt hat.

Zunächst wird im Folgenden zu klären versucht, warum es in Schleswig-Holstein keine LAG gab. Anschließend wird der Frage nachgegangen, ob und wieweit die Strukturen der in Kapitel 6 skizzierten Entwicklungsinitiativen eine den LAG ähnliche Funktion hatten. In einem nächsten Schritt wird versucht darzustellen, welche anderen Strukturen der Zusammenarbeit/Partnerschaft im Rahmen der LEADER II-Projekte entstanden sind bzw. von Bedeutung waren. Abschließend erfolgt der Versuch einer Einschätzung zur Evaluierungsfrage, wie sich die Tatsache, dass es sich bei den Endbegünstigten um KA handelte, auf die Ergebnisse ausgewirkt hat.

Im Rahmen der Programmplanung bestand seitens der beteiligten Fachreferate die Überlegung, dass die Umsetzung des Programms flexibler gestaltet werden kann, wenn Ein-

zelprojekte Kollektiver Aktionsträger bewilligt werden⁶⁰. Zudem gab es Bedenken, wie weit die lokale/regionale Ebene in der Lage gewesen wäre, die ordnungsgemäße Abwicklung von LEADER II sicherzustellen. Der Begleitausschuss zu LEADER II hat in seiner Sitzung vom 21.6.1996 beschlossen, dass Mittel für die Maßnahme „Programme ländlicher Raum – Lokale Aktionsgruppen“ bereitgestellt werden können, wenn bewilligungsreife Konzepte vorliegen. Entsprechende Konzepte wurden jedoch nicht vorgelegt. Wie weit die regionale Ebene über diesen Beschluss informiert wurde, ließ sich nicht feststellen. Zumindest die Fachreferate und die Landräte der Ziel-5b-Kreise als Mitglieder des Begleitausschusses sowie die Wirtschafts- und Sozialpartner waren informiert.

Zu Beginn der Förderperiode von LEADER II gab es allerdings erste Ansätze zur Förderung einer regionalen/lokalen Entwicklung in Schleswig-Holstein. Die neue Richtlinie zur Förderung der Dorf- und Regionalentwicklung von 1995 führte das Instrument der LSE ein, mit dem ab 1995 erste Erfahrungen einer integrierten, verwaltungsgrenzenübergreifenden Zusammenarbeit gesammelt wurden. Das regionale Entwicklungskonzept Eider-Treene-Sorge entwickelte sich langsam zu einem Ansatz der regionalen Akteure. Zu Beginn der LEADER II-Förderperiode waren allerdings noch keine tragfähigen Strukturen in der Region vorhanden. Dies entspricht auch der Einschätzung der zuständigen Fachreferate.

Potenzielle lokale Partnerschaften im Sinne von LEADER II hätten z. B. aus den in Kapitel 6 skizzierten Initiativen entstehen können. In der Eider-Treene-Sorge-Region war nach Einschätzung der PGW die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Akteuren und die Entwicklung einer gemeinsamen Identität noch nicht so weit fortgeschritten. Aufgrund der in den vergangenen Jahren entstandenen Strukturen und des durch die Zusammenarbeit im Rahmen einzelner Projekte gewachsenen Vertrauens wäre die Region jetzt in der Lage, als Lokale Partnerschaft im Sinne von LEADER eine gemeinsame Entwicklungsstrategie umzusetzen.

Bezüglich der aus den LSE entstandenen Strukturen kommt das zuständige Fachreferat des MLR zu der Einschätzung, dass die von einer LAG im Sinne von LEADER erwarteten Wirkungen, wie

- einer Stärkung der Zuständigkeiten der lokalen Ebene,
- einer engeren Zusammenarbeit zwischen öffentlichen Institutionen und lokalen Akteuren,

⁶⁰

Wenn das Programm einer LAG „bewilligt“ wird und diese dann nicht funktioniert, bricht die ganze Umsetzung zusammen. Auch die negative Erfahrung, dass es bei LI nicht gelang, zusammen mit der regionalen Ebene ein Programm zu erstellen, führte zu einer eher zurückhaltenden Einschätzung bezüglich der Fähigkeiten der regionalen Ebene.

- einer Stärkung von Identität und Zusammenhalt,
- einem intensiveren Austausch und evtl. neuen Organisationsformen und Beziehungen zwischen den Akteuren

auch durch die LSE erreicht worden sind. Bei den Gesprächen mit den Beteiligten der aus einer LSE entstandenen Fallstudienprojekte wurde deutlich, dass diese die interkommunale Zusammenarbeit und die Lenkungsgruppe sehr positiv einschätzen.

In der LSE Hüttener Berge ist der LSE-Lenkungsausschuss für die Vorbereitung und Steuerung der Umsetzung zuständig. Er setzt sich zusammen aus den Amtsvorstehern, deren Stellvertretern sowie den leitenden Verwaltungsbeamten der Ämter Wittensee und Hütten, einem Vertreter der drei Schleigemeinden, dem LSE-Koordinator, einem Vertreter des Kreises und der beteiligten Beratungsbüros. Aus Kostengründen wurde auf die Einstellung eines hauptamtlichen LSE-Betreuers verzichtet. Nach Einschätzung der Gesprächspartner war dies eine angemessene Struktur zur Umsetzung der Ergebnisse der LSE Hüttener Berge. Die Notwendigkeit, sich als „Lokale Aktionsgruppe“ zu konstituieren, wurde nicht für gegeben gehalten. Auffällig ist allerdings die starke Dominanz der öffentlichen Verwaltung im gesamten Prozess der LSE und der Projektumsetzung.

Als einziger der im Rahmen der Fallstudien befragten Projektträger sah die Naturschutzstiftung „fering natüür“ ein Defizit darin, dass in Schleswig-Holstein zunächst keine LAGs vorgesehen waren. Insbesondere wurde hier bemängelt, dass eine Förderung von begleitenden Aktivitäten wie Öffentlichkeitsarbeit, Mobilisierungsaktivitäten und konzeptionelle Weiterentwicklung nicht möglich war. Warum von diesem Träger kein integriertes Konzept vorgelegt wurde, ließ sich allerdings nicht klären.

Ansätze zu interkommunaler, kreisübergreifender und auch privat-öffentlicher Kooperation haben sich erst im Rahmen der Umsetzung von LEADER II und der ländlichen Struktur- und Entwicklungsanalysen entwickelt. Am Beginn einer Zusammenarbeit ist es häufig wichtig, konkrete möglichst schnell sichtbare Erfolge aufzuweisen. Dies kann den Nutzen der oft langwierigen Planungs- und Abstimmungsprozesse sichtbar machen und so die Motivation der Beteiligten zur Zusammenarbeit weiter stärken. In diesem Sinne hat die gemeinsame Durchführung einzelner z. T. kleinerer Projekte im Rahmen von LEADER II zu einer Stärkung der „Kultur“ der Kooperation im ländlichen Raum Schleswig-Holsteins geführt.

Als Beispiele neuer Kooperationen, die im Rahmen von LEADER II entstanden sind, können z. B. genannt werden (außer den Fallstudien):

- Zusammenarbeit aller vier Ziel-5b-Kreise zur Errichtung eines kreisübergreifenden Radwegenetzes,

- Zusammenarbeit der beiden Westküsten-Kreise Dithmarschen und Nordfriesland bei Abgleich der Tourismuskonzepte und darauf aufbauend Entwicklung und Umsetzung des Projekts Destinationsmanagement Nordsee,
- ämterübergreifende Zusammenarbeit der zehn Ämter der Eider-Treene-Sorge-Region im Rahmen des Projekts Baustein Energie.

Die Frage der ex-post Leitlinien, wie sich die Tatsache, dass es sich bei den Endbegünstigten der Gemeinschaftsinitiative um LAG oder KA gehandelt hat, auf die Ergebnisse ausgewirkt hat, kann nur näherungsweise beantwortet werden, da innerhalb Schleswig-Holsteins keine Vergleichsmöglichkeiten vorliegen. Festzuhalten bleibt, dass LEADER II zusammen mit anderen Politiken des Landes in vielen Fällen zu einer Stärkung der lokalen Ebene, sowie zu einer engeren Zusammenarbeit zwischen öffentlichen Institutionen und lokalen Akteuren geführt hat. Für einen großen Teil der Projektträger war das wesentliche Element bzw. eines der innovativen Elemente ihres Projekts die Entstehung „neuer Formen der Zusammenarbeit und Organisation“. Viele Projektträger streben eine Intensivierung oder Ausweitung der interkommunalen bzw. interregionalen Zusammenarbeit an. Vielleicht war es auch positiv für die Stärkung der regionalen Entwicklungsinitiativen in Schleswig-Holstein, dass sie ihre organisatorische Struktur unabhängig von einer EU-Initiative entsprechend den vor Ort ablaufenden Prozessen weiterentwickelt haben und so evtl. jetzt auch gute Voraussetzungen zu einer Teilnahme an LEADER+ haben.

Defizite der Umsetzung von LEADER II wie z. B. die kaum vorhandene Beteiligung an den Netzen (vgl. Kapitel 8.6) hätten sich allerdings durch das Vorhandensein von LAGs verringern lassen. Ob die starke Dominanz der öffentlichen Verwaltung durch lokale Partnerschaften hätte verringert werden können, kann vielleicht im Vergleich mit den Erfahrungen anderer Länder festgestellt werden.

8.4 Innovation und Modellcharakter

Der Innovationswert einer Aktion wird vor dem Hintergrund der Merkmale des jeweiligen Gebiets sowie des Inhalts des Operationellen Programms zur ländlichen Entwicklung für dieses Gebiet beurteilt. Der Innovationswert, den LEADER - Aktionen aufweisen sollen, kann unter anderem über folgende Maßnahmen erzielt werden (EUROPÄISCHE BEOBACHTUNGSSTELLE, 1999):

1. Aktionen, die auf neue Formen der Aufwertung der lokalen Ressourcen abzielen;
2. Aktionen, die für die lokale Entwicklung bedeutsam sind, aber von anderen Entwicklungsmaßnahmen nicht berücksichtigt werden können (europäische Programme oder nationale Maßnahmen);

3. Aktionen, die neue Antworten auf (alte oder neue) Schwächen und Probleme der ländlichen Gebiete beinhalten,
4. Aktionen, die insbesondere der klassischen Definition der technologischen Innovation entsprechen: ein neues Produkt, ein neues Verfahren, eine neue Organisationsform, ein neuer Markt (einschließlich des Einsatzes der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien im ländlichen Raum).

Die Ziele, die mit dem Innovationskonzept verfolgt werden (bzw. die Erwartungen die damit verknüpft sind), können folgendermaßen skizziert werden:

- Die innovativen Aktionen sollten einen Beitrag zur Verbesserung der Marktposition des betreffenden Gebiets und zur Diversifizierung der lokalen Wirtschaft leisten.
- Sie können zur Wahrnehmung neuer Chancen und zur Wiederentdeckung der Attraktivität des ländlichen Raums anregen.
- Sie sollten auch Impulse für andere Akteure oder andere Programme zur Förderung ländlicher Entwicklung geben.

Eine Übersicht über die nach Einschätzung der befragten Projektträger innovativen Elemente ihrer Projekte gibt Tabelle 26.

Tabelle 26: Innovative Elemente der schleswig-holsteinischen LEADER II-Projekte nach Einschätzung der Projektträger

Innovatives Element	Anzahl der Nennungen (n= 37)
Angebot neuer Produkte oder Dienstleistungen	21
Erschließung neuer Märkte	9
Einsatz neuer Verfahren (zur Herstellung bzw. Erstellung bereits bekannter Produkte oder Dienstleistungen)	5
Neue Formen der Zusammenarbeit oder Organisation	22
Neue Formen der Finanzierung	8
andere und zwar:	4
Wiederbelebung einer historischen Fähr-Verbindung	
Verbindung von Bildung, Wissenschaft, Natur, Umwelt, Konversion	
Bewusstseinsbildung zu erneuerbaren Energien	
Erfahrung und Fachwissen der Teilnehmer führt zu Innovation	

Quelle: Eigene Erhebungen

Die Tabelle 26 zeigt, dass für die meisten Projektträger die Zusammenarbeit mit anderen Akteuren und das Angebot neuer Produkte und Dienstleistungen die innovativen Aspekte ihres Projekts darstellen. Beispiele neuer Formen der Zusammenarbeit und Organisation wurden z. T. bereits in den vorhergehenden Kapiteln erwähnt. Hervorzuheben sind hier

zum einen die Zusammenarbeit über Verwaltungsgrenzen hinweg, die verschiedenen Formen von public-private partnerships in Planung und Umsetzung und Betrieb wie z. B. im Kultur- und Veranstaltungszentrum Charlottenhof, im Dienstleistungszentrum Eggebek oder bei den Biomasseheizwerken in Schwabstedt und Domsland sowie die Zusammenarbeit öffentlicher Träger mit Vereinen wie z. B. im Kinderkulturdorf Bokel.

Beispiele für das Angebot von für die Region neuen Produkten und Dienstleistungen sind u. a. die in einzelnen Regionen neu entstandenen Tourismusangebote, die Ansiedlung neuer bisher nicht am Ort vorhandener Dienstleistungen wie im Dienstleistungszentrum Eggebek und im Wohlfühlzentrum Schafflund und die Nutzung von Solarenergie wie z. B. in den Projekten „Sonne für Föhr“ und Energiemanagement Eider-Treene-Sorge.

Beispielhaft für die Erschließung neuer Märkte können die Projekte Dithmarscher Spezialitätenversand, Konzept zur Präsentation der Wirtschaft des Kreises Rd.-Eck. in Frankreich und das Projekt Tourismusmanagement Skandinavien genannt werden.

Neue Formen der Finanzierung wurden nach Einschätzung der Projektträger in vier Projekten realisiert. Hierzu zählen die bereits oben erwähnten Beispiele einer public-private partnership bei den Projekten Charlottenhof und Dienstleistungszentrum Eggebek, aber auch die gemeinsame Finanzierung des Informationszentrums „Redderhus“ durch mehrere Ämter und Gemeinden sowie der Wirtschaftsförderung des Kreises.

In den Gesprächen mit den Fachreferaten und Fondsverwaltungen wurden u. a. folgende innovative Aspekte der Projekte herausgestellt, die sich weitgehend mit der Einschätzung der Projektträger decken:

- Die Zusammenarbeit verschiedener Träger in einem Projekt,
- die Bündelung von Mitteln verschiedener Förderprogramme und Ressorts,
- gemeinde- und ämterübergreifende kommunale Zusammenarbeit,
- thematisch neue Verknüpfungen wie z. B. von Kunst und Kultur im ländlichen Raum oder die Verbindung von Tourismus und Umweltbildung,
- Stadt-Land Kooperation und Stärkung regionaler Wirtschaftsbeziehungen.

Die Frage, welche Faktoren innovationsfördernd bzw. –hemmend wirken, wurde nur für die Fallstudienprojekte näher betrachtet. Als innovationsfördernd können folgende Aspekte herausgestellt werden:

- Die persönliche Einstellung der Akteure (Begeisterung der Beteiligten, Mitwirkungsbereitschaft privater Akteure etwas Neues anzustoßen, Menschen mit gleichen Interessen kommen zusammen),

- ein beteiligungsorientierter Planungsansatz und in der Region vorhandene Erfahrung mit Planung,
- Unterstützung von außen z. B. durch Landesministerien, durch begleitende Gesprächsrunden wie im Projekt „Dithmarscher Spezialitätenversand“ oder im Projekt „Servicebörsen“ durch den Landfrauenverband.

Als innovationshemmend haben zum Teil sehr projektspezifische Faktoren gewirkt wie z. B.

- im Projekt „Sonne auf Föhr“ die Tatsache, dass es nicht gelang, das örtliche Handwerk einzubinden,
- im Projekt Servicebörsen der Wechsel des Beratungspersonals, der Widerstand etablierter Unternehmen und die teilweise ungünstige Gesetzeslage für Existenzgründerinnen oder
- im Projekt NaTourCentrum Lunden die begrenzten finanziellen Mittel des Trägers.

Darüber hinaus konnten folgende eher allgemeine Faktoren identifiziert werden, die innovationshemmend wirken:

- Der z. T. lange Zeitraum zwischen der Entstehung der Projektidee und dem Beginn der Projektumsetzung führt zu einem Motivationsverlust und zu Frustration bei den lokalen Akteuren.
- Verwaltungs- und Kontrollvorschriften insbesondere der EU-Strukturfonds wirken z. T. lähmend und schränken die Bereitschaft bzw. die Möglichkeit zu einer flexiblen Projektumsetzung ein. Haushaltsrechtliche Regeln schränken z. T. für Kommunen die Erprobung neuer Finanzierungsinstrumente ein.
- Bei einer größeren Anzahl von Akteuren ist es oft schwierig, alle Beteiligten unter einen Hut zu bekommen.
- Darüber hinaus wurde von einem Projektträger die Einschätzung geäußert, dass von politischer Seite eher Großprojekte gewünscht werden und damit die Umsetzungschancen für kleine innovative Maßnahmen geringer sind.

Die wichtigsten Impulse der LEADER II-Projekte können in der Entwicklung und Erfahrung neuer Formen der Zusammenarbeit gesehen werden, wie z. B. die beiden Fallstudienprojekte Dienstleistungszentrum Eggebek und „Redderhus“ zeigen. In beiden Fällen ist vor allem die interkommunale Zusammenarbeit gestärkt worden und trägt zur Entwicklung neuer Initiativen bei.

Das Projekt Gründerhof im Dienstleistungszentrum Eggebek hat den Anstoß zur Erprobung von Gründerzentren als Instrument der Wirtschaftsförderung im ländlichen Raum gegeben.

Die im Rahmen von LEADER II geförderten Projekte zur Nutzung erneuerbarer Energien haben zu einem stärkeren Interesse zur Nutzung dieser Energieformen geführt. So hat z. B. die Nachfrage nach Fördermitteln für Solaranlagen nach Angaben der Investitionsbank stark zugenommen. Auch an Biomassekraftwerken ist ein steigendes Interesse zu verzeichnen. So sollte die Förderung von Biomasseanlagen auch in das Programm zur ländlichen Entwicklung „ZAL“ aufgenommen werden.

8.5 Multisektoraler, integrierter Ansatz

Die Maßnahme „Programm zur Innovation im ländlichen Raum“ soll nicht voneinander unabhängige Einzelaktionen und -projekte beinhalten, sondern sie sollten koordiniert und in ein kohärentes Gesamtkonzept integriert sein. Dieses Prinzip der Integration gilt sowohl für Aktionen in einem einzelnen Sektor als auch für Aktionen, die in mehreren Sektoren angesiedelt sind, für das gesamte Programm oder für bestimmte Maßnahmenpakete.

Das Konzept der „Verknüpfung von Aktionen“ und der „intersektorale Ansatz“ wurden aufgenommen, um eine Neuorganisation und bessere Koordinierung der verschiedenen sektoralen Ansätze zu ermöglichen, die bereits häufig in die Politik der ländlichen Entwicklung eingeflossen sind. Geschnürt werden soll ein Maßnahmenpaket, das nicht einzeln oder gar gegenläufig, sondern als Gesamtheit durchgeführt wird.

Ein solcher globaler und integrierter Planungsansatz

- schafft Synergieeffekte oder nutzt bereits bestehende Synergien zwischen verschiedenen Sektoren;
- stärkt die allgemeine Effizienz des Programms und die Nachhaltigkeit der einzelnen Aktionen;
- begünstigt die Diversifizierung der ländlichen Wirtschaft, indem er Alternativen zur Landwirtschaft fördert und neue Antworten auf den Strukturwandel der Landwirtschaft findet.

Wie bereits in Kapitel 6 dargestellt, sind ein großer Teil der LEADER II-Projekte in Schleswig-Holstein in ein regionales Gesamtkonzept eingebunden und entsprechen somit dem in LEADER II angestrebten integrierten Ansatz. Darüber hinaus beinhaltet ein großer Teil der Projekte die Verknüpfung verschiedener Sektoren wie z. B. Umwelt- und

Naturschutzaspekte und Tourismus. Auch die nicht in regionale Konzepte eingebundenen Projekte verfolgen zumindest eine sektorübergreifende Zielsetzung wie z. B. die Verknüpfung von Forschung, Umweltbildung und Tourismus im Zentrum für Ostseeschutz, Forschung und Naturerleben Schleimünde-Maasholm.

Der integrierte Ansatz hängt eng mit den bisher diskutierten Besonderheiten von LEADER II zusammen. So zeigte sich im Rahmen der Erhebungen, dass die als besonders innovativ benannten Projekte in der Regel auch als besonders gelungene Beispiele eines integrierten Ansatzes betrachtet wurden, wobei sich der multisektorale Ansatz vor allem in den innovativen Aspekten der Projekte zeigte.

Als besonders positive Beispiele für den integrierten Ansatz wurden u. a. genannt

- das Projekt Biomasse-Blockheizkraftwerk Domsland im Zusammenhang mit dem Projekt Knickpflege (Stadt-Land Kooperation, Stärkung regionaler Wirtschaftsbeziehungen, Verknüpfung von Landschaftspflege und Energieerzeugung),
- das Projekt Dienstleistungszentrum Eggebek und der Gründerhof im Dienstleistungszentrum Eggebek (public-private partnership),
- Kinderkulturdorf Bokel (Kunst- und Kulturangebote im ländlichen Raum insbesondere für Jugendliche verknüpft mit der Sicherung der Grundversorgung),
- die Einbindung von Handwerkern im Rahmen des Projekts „Baustein Energie“ der Eider-Treene-Sorge-Region,
- die Zusammenführung von Tourismus, Naturschutz und Umweltbildung in den verschiedenen Informationszentren (vgl. Kapitel 7.2.2).

Die Wirkung des sektorübergreifenden Ansatzes besteht vor allem in der Stärkung der Zusammenarbeit, in der Mobilisierung endogener Ressourcen in der Region, in der Zusammenführung von Ressourcen, durch die die Durchführung der Projekte erst möglich wurde und darin, dass im Zusammenwirken der Projekte in der Region Synergien entstehen, wie z. B. bei den zum Eider-Treene-Sorge-Konzept „Sanfter Tourismus“ gehörenden Projekten (vgl. Kapitel 7.2.1).

8.6 Vernetzung

Vernetzung und grenzübergreifende Zusammenarbeit bilden einen Rahmen, in dem die Personen, die an Aktionen zur Förderung der ländlichen Entwicklung beteiligt sind, Informationen und Erfahrungen schnell und effektiv austauschen können. Darüber hinaus erleichtern sie die Übertragung und Verbreitung dieser Erfahrungen.

Die Vernetzung ist ein Mittel zur Erleichterung des Austausch und der Zirkulation von Informationen über die Politik der ländlichen Entwicklung sowie zur Verbreitung und Übertragung von Innovationen. Sie soll

- die isolierte Stellung der einzelnen lokalen Gruppen verringern und
- ihre Informationsbasis verbreitern, um sie entscheidungsfähiger zu machen und sie zur Durchführung wirksamerer Aktionen zur ländlichen Entwicklung zu befähigen;
- Informationen und Analysen über innovative Aktionen und Praktiken zusammenbringen, um die Übertragung von Know-how und guter Ansätze zwischen den ländlichen Gebieten zu fördern.

Die Träger der schleswig-holsteinischen LEADER II-Projekte haben sich wenig an der Vernetzung im Rahmen von LEADER II beteiligt. Sowohl andere LEADER II-Projekte als auch die Vernetzungsstellen (Europäische Beobachtungsstelle, Deutsche Vernetzungsstelle) waren kaum bekannt, wie Tabelle 27 zeigt.

Tabelle 27: Kenntnisstand der befragten Projektträger zu anderen LEADER II-Projekten sowie zu den LEADER II-Netzen (n=32)

	Kenntnis anderer LEADER II-Projekte			Europäische Beobachtungsstelle bekannt	Deutsche Vernetzungsstelle bekannt
	in SH	in Dtl	in der EU		
ja	18	6	5	12	14
nein	11	23	24	18	17
k.A.	2	2	2	2	1
vermutlich	1	1	1		

Quelle: Eigene Erhebungen

Von den 18 Projektträgern, die andere LEADER II-Projekte in Schleswig-Holstein kennen, waren auch sechs Trägern Projekte in anderen Teilen Deutschlands bekannt und fünf Projektträgern auch Projekte in anderen Mitgliedstaaten. Auffällig ist, dass dies in erster Linie die Träger der in den Anfängen der Programmumsetzung begonnenen Projekte sind.

Die Europäische Beobachtungsstelle (AEIDL) und die Deutsche Vernetzungsstelle (DVS) sind weniger als der Hälfte der befragten Projektträger bekannt. Neun Projektträger gaben an, beide Vernetzungsstellen zu kennen, fünf kennen nur die DVS, drei nur die AEIDL. 15 Trägern war keine der beiden Vernetzungsstellen bekannt. Von den Projektträgern, die eine oder beide Vernetzungsstellen kannten, bezeichneten sechs die Materialien der Vernetzungsstellen als hilfreich, neun bezeichneten sie als nicht hilfreich, zwei Träger machten keine Angaben.

Die Weitergabe von Informationen an die Vernetzungsstellen erfolgte in erster Linie über die federführende Fondsverwaltung auf der Basis der von den Bewilligungsstellen vorgelegten Angaben. Nur vierzehn Projektträger gaben an, den Netzen Informationen über ihr Projekt zur Verfügung gestellt zu haben. Die Defizite in der Informationsübermittlung werden auch dadurch deutlich, dass sowohl in der Datenbank der Europäischen Beobachtungsstelle als auch der Deutschen Vernetzungsstelle sehr unvollständige Informationen zu den schleswig-holsteinischen LEADER II-Projekten zu finden sind (vgl. www.rural-europe.aeidl.be 2001 und www.leader2.de, 2001). Nach Angaben der federführenden Fondsverwaltung wurden die Informationen über die Projektträger ordnungsgemäß an die DVS und die AEIDL gemeldet. Die verschiedenen Veröffentlichungen und Informationen der Vernetzungsstellen wurden den Projektträgern regelmäßig zur Verfügung gestellt. Eine Erklärung für die Diskrepanz zwischen dem „theoretisch“ möglichen Zugang zu den Informationen der Vernetzungsstellen und dem tatsächlichen Bekanntheitsgrad der Netze liegt vielleicht darin, dass bei den Projektträgern Zuständigkeiten im Verlauf der Projektumsetzung gewechselt haben oder Informationen nicht weitergegeben wurden.

12 Trägern beantworteten die Frage nach Faktoren, die eine Beteiligung an der Vernetzung fördern. Davon nannten 11 Träger persönliche Kontakte als fördernd, zwei benannten daneben die räumliche Nähe als vernetzungsfördernden Faktor. Ein Projektträger gab an, dass positive Effekte (Erfahrungen) eine Beteiligung an Netzen fördern. Auf die Frage nach Faktoren, die sich hemmend auf eine Beteiligung an den Netzen auswirken, antworteten 17 Träger. Die größte Bedeutung hatten finanzielle Schwierigkeiten (7), gefolgt von Zeitmangel (4). Weitere hemmende Faktoren waren ein Mangel an Informationen (3), fehlendes Interesse an Vernetzung (3), die Entfernung und technische Schwierigkeiten (je 2) sowie ein Überfluss an Informationen (1).

Neben der Beteiligung an den LEADER II-Netzen kann auch die Zusammenarbeit zwischen einzelnen Gruppen/Projekten einen Beitrag zu den o.g. Zielen der Vernetzung wie Verringerung der isolierten Stellung, Verbreiterung der Informationsbasis, Übertragung von Know-how leisten. Daher wurden die Projektträger auch gefragt, ob sie mit anderen Gruppen/Projekten zusammengearbeitet haben und welcher Art die Zusammenarbeit war. Unterschieden wurde nach LEADER II und anderen Projekten. Sechs der Projektträger gaben an, mit einem oder mehreren anderen LEADER II-Projekten zusammengearbeitet zu haben. Mit einer Ausnahme (fering natüür) bezog sich diese Zusammenarbeit auf andere LEADER II-Projekte in Schleswig-Holstein. In einem Fall betraf sie Projekte, die im Rahmen einer LSE entwickelt wurden und sowohl inhaltlich wie räumlich zusammenhängen, in zwei Fällen betraf die Zusammenarbeit die Einbindung in das Eider-Treene-Sorge-Konzept, in einem Fall die Koordination der vier Träger eines gemeinsamen kreisübergreifenden LEADER II-Projekts. 11 Projektträger gaben an, mit anderen (Nicht-LEADER II)-Projekten in Schleswig-Holstein zusammenzuarbeiten. Vier dieser Träger

arbeiteten auch mit Projekten in anderen Teilen Deutschlands zusammen. In vier Fällen waren gemeinsame Aktionen Gegenstand der Zusammenarbeit, in drei Fällen in erster Linie Erfahrungs- und Informationsaustausch, in zwei Fällen die Zusammenarbeit im Rahmen einer LSE und in einem Fall die Beteiligung am Wettbewerb „Regionen der Zukunft“⁶¹ als Teil der Metropolregion Hamburg.

Der Austausch und die Verbreitung von Erfahrungen ist besonders wichtig, wenn die Übertragung von Know-how und guten Ansätzen gefördert werden soll. In Schleswig-Holstein sind (innerhalb des Landes) von einzelnen Projekten zwar Impulse ausgegangen, die an anderer Stelle aufgegriffen wurden (vgl. 8.4), allerdings hätten hier durch einen größeren Bekanntheitsgrad der Projekte und durch mehr Kenntnisse von Projekten außerhalb Schleswig-Holstein wesentlich mehr bewegt werden können.

Ein Hemmnis war hier sicher auch die Tatsache, dass keine LAG als regionale Struktur vorhanden war. Einzelne Projektträger haben nicht ausreichende zeitliche und finanzielle Kapazitäten und sind darüber hinaus eher an der konkreten Umsetzung ihres Projekts interessiert und nicht an übergeordneten Fragen der regionalen Entwicklung. Hinzu kommt, dass sich der Nutzen einer Beteiligung an überregionaler Vernetzung oft erst mittel- bis langfristig zeigt. Auch von Seiten der zuständigen Behörden und Fachreferate scheint der Vernetzung keine große Bedeutung beigemessen worden zu sein, wie die Tatsache der unzureichenden Informationsübermittlung an die Netze zeigt.

8.7 Grenzüberschreitende Zusammenarbeit

Für die grenzübergreifende Zusammenarbeit wurden ehrgeizige Ziele gesteckt, denn sie sollte zum Beispiel auf längere Sicht eine bestimmte „kritische Masse“ von Produkten und Dienstleistungen bilden helfen und Partner im Ausland finden, um die eigene Verhandlungsposition auf den Märkten oder Vertriebswegen zu stärken (vgl. EUROPÄISCHE BEOBACHTUNGSSTELLE, 1999).

Im IOP LEADER II wurde als Schwerpunkt der grenzübergreifenden Zusammenarbeit die Kooperation mit Dänemark dargestellt. Ziele dieser Zusammenarbeit sollten u. a. die Entwicklung gemeinsamer Fremdenverkehrskonzepte und die Intensivierung des Datenaustausches für die Wirtschaft sein. Hierzu wurden im IOP konkrete Projektvorschläge dargestellt und für diese Maßnahme auch Mittel bereitgestellt.

⁶¹ Vgl. hierzu BUNDESAMT FÜR BAUWESEN UND RAUMORDNUNG, 1999.

Die im IOP LEADER II dargestellten Ideen zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit haben sich allerdings nie bis zu Projektanträgen konkretisiert. Ein Antrag des Kreises Rendsburg-Eckernförde „Nordforum“ zur Zusammenarbeit mit den skandinavischen und baltischen Ländern wurde im Jahr 1998 dem PNR zugeleitet. Da der Antrag nicht beschlussreif war, wurde er zurückgestellt und der Antragsteller zu einer Konkretisierung des Projekts aufgefordert. Dies ist auch bis Ende 1999 nicht mehr erfolgt. Zwei Projektideen zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit (Rapsblütentage, Salzgewinnung Föhr) konnten bis Ende 1999 nicht mehr bis zur Bewilligungsreife entwickelt werden.

Nur ein schleswig-holsteinischer Projektträger hat ein Projekt der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit gemeinsam mit anderen LEADER II-Gruppen aus Niedersachsen, den Niederlanden und Dänemark durchgeführt (vgl. Kapitel 7.1.2).

Darüber hinaus gab es jedoch unabhängig von LEADER grenzüberschreitende Aktivitäten von sechs Projektträgern. Partner dieser Aktivitäten waren in vier Fällen dänische Institutionen. In zwei Projekten gab es daneben noch Austauschbesuche mit finnischen bzw. polnischen und französischen Gruppen. Ein Projektträger hatte Kontakt zu Gruppen in den USA und Australien.

Tabelle 28: Grenzüberschreitende Aktivitäten außerhalb von LEADER II

Projekt	Partner aus	Art der Zusammenarbeit
Infozentrum Wiedingharde	Dänemark	gemeinsames Fremdenverkehrskonzept
Dienstleistungszentrum Eggebek	Dänemark, Finnland	erste Kontakte zum Aufbau einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit Austauschbesuch
Redderhus Holzbunge	Dänemark, Polen, Frankreich	Zusammenarbeit im Bereich Fremdenverkehr, Informationsaustausch zur eigenen Projektentwicklung, Erfahrungsaustausch mit Besuchergruppen
Biogasanlage Braderup	Dänemark	Informationsaustausch zu eigenen Projektentwicklung
fering natüür	sechs europäischen Ländern	Netzwerk „renewable islands“, gemeinsames Projekt zu erneuerbaren Energien
Kolonistenhof	USA, Australien	Praktika in Partnergruppe, gemeinsame Konzeptentwicklung

Quelle: Eigene Erhebungen

Aufgrund der geringen Kenntnis der schleswig-holsteinischen LEADER II-Projektträger über LEADER II-Projekte und Akteure in anderen Mitgliedstaaten der EU ist es nicht überraschend, dass letztendlich nur ein Akteur in Schleswig-Holstein an einer Maßnahme in diesem Bereich beteiligt war. Die Erhebungen haben aber auch gezeigt, dass es in

Schleswig-Holstein durchaus Interesse an einer grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, insbesondere mit Dänemark, gibt.

8.8 Zusammenfassende Bewertung

Der Kenntnisstand über die Besonderheiten von LEADER ist bei den Projektträgern eher gering. LEADER II wurde in erster Linie als eine „normale“ Förderung mit EU-Mitteln betrachtet wie andere auch. Auch Projektträger, die in regionale Entwicklungsinitiativen eingebunden sind, in denen mehrere Projekte aus LEADER II gefördert wurden, sind die anderen Projekte nicht als LEADER II-Projekte bekannt, z. B. die Eider-Treene-Sorge-Projekte Hohner Fähre sowie Fahrradtourismus.

Auch von den Fachreferaten und Bewilligungsstellen wurde das Besondere und die Komplexität der Gemeinschaftsinitiative LEADER erst im Verlauf der Umsetzung des Programms erkannt. Am Anfang der Umsetzung des schleswig-holsteinischen LEADER II-Programms stand daher eher die Einzelprojektförderung im Vordergrund. Erst im Verlauf der Umsetzung rückte die Zielsetzung einer endogenen regionalen Entwicklung mehr ins Blickfeld, was u. a. auch dazu führte, dass eher zusammenhängende Projekte wie z. B. die Projekte der LSE Hüttener Berge oder des Konzepts „Sanfter Tourismus in der Eider-Treene-Sorge-Region“ gefördert wurden.

Dennoch ist es im Rahmen des schleswig-holsteinischen LEADER II-Programms weitgehend gelungen, innovative, integrierte Projekte, die unter Beteiligung der lokalen/regionalen Ebene entstanden sind, umzusetzen. Zum Teil hat dies wichtige Impulse für die Regionen und für bestehende Förderprogramme gegeben. Hervorzuheben ist die Bedeutung der Stärkung der Zusammenarbeit sowohl über Verwaltungsgrenzen hinweg als auch zwischen öffentlichem und privatem Sektor.

Das größte Defizit hat sich bezüglich der Beteiligung an den LEADER II-Netzen gezeigt. Sowohl der Vernetzung untereinander als auch der Vernetzung der schleswig-holsteinischen LEADER II-Projekte mit anderen deutschen und europäischen LEADER II-Projekten wurde im Rahmen der Umsetzung zu wenig Bedeutung beigemessen. Auch der Faktor, dass es keine LAG als die Projektträger verbindende regionale Struktur gab, dürfte für die Beteiligung an den Netzen hemmend gewirkt haben. Einzelne Projektträger haben oft keine ausreichenden zeitlichen und finanziellen Kapazitäten für Austauschaktivitäten, deren Nutzen kurzfristig nicht unbedingt sichtbar ist.

9 Ergebnisse und Wirkungen auf Programmebene

Basierend auf der in den vorangegangenen Kapiteln vorgenommenen Darstellung und Diskussion der Ergebnisse und Wirkungen der einzelnen Projekte erfolgt in diesem Kapitel eine zusammenfassende Darstellung der Wirkungen des schleswig-holsteinischen LEADER II-Programms auf die Bereiche Umwelt, Einkommen und Beschäftigung sowie Chancengleichheit. Hier handelt es sich um qualitative Einschätzungen hinsichtlich der Wirkungsrichtung in den o. g. Bereichen.

9.1 Umwelt

Im folgenden sollen die Wirkungen der LEADER II-Projekte auf die Umwelt dargestellt werden. Aus der in Kapitel 7 erfolgten Analyse der Projekte ergibt sich, dass in 15 Projekten Umweltwirkungen zu erwarten sind und nämlich bei

- Naturschutz und Landschaftspflege,
- Umweltbildung,
- Klimaschutz und
- Abfallvermeidung.

Tabelle 29 zeigt die Anzahl der Projekte, in denen die o.g. Wirkungen erreicht wurden.

Tabelle 29: Umweltwirkungen der LEADER II-Projekte

Umweltwirkung	erreicht in ... Projekten	nicht erreicht in ... Projekten
Naturschutz und Landschaftspflege	1	
Klimaschutz	4	1
Umweltbildung	8	
Abfallvermeidung	1	

Quelle: Eigene Darstellung

Durch die Förderung der Nutzung des Öffentlichen Nahverkehrs im Projekt Urlaubsticket Nordfriesland wäre eine Verringerung der Umweltbelastungen durch den Individualverkehr möglich gewesen. Dies wurde nicht erreicht, da das Projekt von der Zielgruppe nicht angenommen wurde.

9.2 Einkommen und Beschäftigung

Bei den Wirkungen auf Einkommen und Beschäftigung muss zwischen direkten und indirekten Wirkungen unterschieden werden. Direkte Einkommenswirkungen infolge von Umsatzsteigerungen entstehen z. B. aus der Schaffung neuer Betriebszweige oder der Erschließung neuer Absatzmärkte. Indirekte Einkommenswirkungen entstehen über durch ein Projekt angestoßene Folgeaktivitäten oder Veränderungen von Rahmenbedingungen. Z. B. kann durch die Schaffung von Infrastruktureinrichtungen die Ansiedlung von Unternehmen begünstigt werden. Indirekte Einkommenswirkungen sind häufig nur schwer zu erfassen, da sie im allgemeinen erst mit einer gewissen Zeitverzögerung entstehen. Darüber hinaus haben auch gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen einen Einfluss, der insbesondere bei eher kleinen Programmen wie LEADER II nicht von den Projektwirkungen getrennt werden kann. Daher können hier nur Tendenzen angegeben werden.

Bei der Analyse der LEADER II-Projekte konnten folgende direkte und indirekte Einkommenswirkungen identifiziert werden:

Direkte Einkommenswirkungen:

- Schaffung neuer Betriebszweige für landw. Betriebe;
- direkte Erschließung neuer Absatzmärkte für landwirtschaftliche Betriebe und Verarbeiter.

Indirekte Einkommenswirkungen:

- Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit des Fremdenverkehrs durch touristische Infrastruktur;
- Vernetzung von kleinen und mittleren Unternehmen und Förderung des Einsatzes von Informations- und Kommunikations-Technologien;
- Belebung der Region durch Ansiedlung neuer Unternehmen;
- Erschließung neuer Absatzwege durch Aufbau und Vermittlung von Kontakten.

In insgesamt 39 LEADER II-Projekten waren direkte oder indirekte Einkommenswirkungen zu erwarten. Tabelle 30 gibt im Überblick die Anzahl der Projekte an, in denen Einkommenswirkungen realisiert wurden bzw. als Folge der Projekte zu erwarten sind.

Tabelle 30: Einkommenswirkungen der LEADER II-Projekte

Einkommenswirkungen	erreicht bzw. erwartet in ... Projekten	nicht erreicht in ... Projekten
direkte Einkommenswirkungen		
neue Betriebszweige und Produkte	4	1
neue Absatzmärkte	2	
indirekte Einkommenswirkungen		
touristische Infrastruktur	20	
Vernetzung von kleinen und mittleren Unternehmen	5	
wirtschaftsnahe Infrastruktur	3	
Aufbau und Vermittlung von Kontakten zum Aufbau neuer Absatzmärkte	3	1

Quelle: Eigene Darstellung

Im Projekt Baldrian konnten Einkommenswirkungen nicht realisiert werden, da unter den gegenwärtigen Marktbedingungen die Wirtschaftlichkeit des Anbaus nicht gegeben ist. Im Projekt „Sonne für Föhr“ konnten die angestrebten Einkommenswirkungen für das lokale Handwerk über die Schaffung neuer Absatzmärkte im Bereich der Solaranlagen nicht realisiert werden, da es nicht gelang, die Handwerker in das Projekt einzubinden.

Insgesamt sind die wichtigsten Impulse für Einkommenswirkungen in den Regionen mittel- bis langfristig über die im Bereich des ländlichen Tourismus durchgeführten Projekte zur Schaffung touristischer Infrastruktur zu erwarten. Hierfür ist es jedoch, wie in Kapitel 7.2.4 bereits festgestellt, erforderlich, dass eine entsprechende Kooperation mit den privaten Tourismusanbietern erfolgt.

Ein Anliegen von LEADER II in Schleswig-Holstein war auch die Verbesserung der Beschäftigungssituation, insbesondere für Frauen. Von 36 Projekten, welche die Frage nach den geschaffenen Arbeitsplätzen beantworteten, gaben 21 an, in ihrem Projekt direkt Arbeitsplätze geschaffen zu haben. Die Beschäftigungseffekte der mit LEADER II geförderten Projekte sind allerdings sehr unterschiedlich. Sie bestanden u. a. in

- Qualifizierung und damit bessere Chancen auf dem 1. Arbeitsmarkt,
- Qualifizierung zum Aufbau neuer Tätigkeitsfelder,
- Voll- und Teilzeitexistenzgründungen (z. T. nur als Geringfügig Beschäftigte),
- neuen Arbeitsplätzen für abhängige Beschäftigung (als Vollzeit-, Teilzeit- oder geringfügige Beschäftigung).

Aufgrund dieser sehr unterschiedlichen Beschäftigungseffekte der verschiedenen Projekte ist eine Zusammenfassung der Angaben nicht sinnvoll.

Insgesamt 322 Menschen nahmen an den im Rahmen von LEADER II geförderten Qualifizierungs- und Beratungsmaßnahmen teil. Ca. die Hälfte wurden in den ersten Arbeitsmarkt vermittelt.

Im Rahmen des Projekts Servicebörsen erfolgten 152 zum größten Teil Teilzeitexistenzgründungen durch Frauen. Im Projekt Gründerhof im Dienstleistungszentrum werden ca. fünf Ansiedlungen von Existenzgründungen erwartet.

Darüber hinaus entstanden in den LEADER II-Projekten insgesamt 100 Arbeitsplätze. 22 dieser Arbeitsplätze wurden mit Männern besetzt, davon waren 16 Teilzeitarbeitsplätze. Der weitaus größte Teil der entstandenen Arbeitsplätze (58) wurde mit Frauen besetzt. Hiervon waren 26 Vollzeitarbeitsplätze, 30 Teilzeitarbeitsplätze und zwei Arbeitsplätze für Geringfügig Beschäftigte. Bei 20 Arbeitsplätzen liegen keine Angaben über die Besetzung nach Geschlecht vor.

9.3 Chancengleichheit

Chancengleichheit zeigt sich zum einen in der gleichberechtigten Teilhabe von Männern und Frauen am Arbeitsmarkt, aber auch in gleichen Möglichkeiten für Männer und Frauen, aber auch für andere Gruppen der Bevölkerung wie z. B. Kinder und Jugendliche sowie Senioren, an der Gestaltung ihrer Lebenswelten in Politik und Gesellschaft teilzunehmen. Insbesondere Ansätze zur endogenen ländlichen Entwicklung wie die Gemeinschaftsinitiative LEADER haben hier eine wichtige Funktion und sollten ein Beispiel für die Integration von z. B. bei politischen Entscheidungen unterrepräsentierten oder etwa am Arbeitsmarkt benachteiligten gesellschaftlicher Gruppen in allen Bereichen gesellschaftlichen Lebens geben.

Wie die Analyse der Projekte gezeigt hat, ist dies in Schleswig-Holstein kaum gelungen. Bei der Konzeption und Umsetzung der LEADER II-Projekte waren sowohl Frauen als auch Jugendliche eher unwichtig. Nur in drei Projekten, von denen sich zwei explizit an Frauen als Zielgruppe richteten, waren diese auch wichtig für den Projekterfolg. Ähnliches gilt für die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen (vgl. Kapitel 8.2).

Positiv hervorzuheben sind allerdings die Beschäftigungseffekte für Frauen. Von den 21 Projekten, die angaben, direkt Arbeitsplätze geschaffen zu haben, wurden diese in 13 Projekten mit Frauen besetzt. Von den Anstößen für die Entwicklung des ländlichen Fremdenverkehrs, die in 17 Projekten zu beobachten sind, können weitere positive Effekte für die Beschäftigungssituation von Frauen erwartet werden, da insbesondere die Arbeitsplätze im Tourismusbereich oft „Frauenarbeitsplätze“ sind.

10 Schlussfolgerungen und Empfehlungen

10.1 Schlussfolgerungen

1. Die finanzielle Umsetzung des Programms entsprach zum großen Teil den Planungen. Zunächst erfolgte die Umsetzung eher schleppend. Sie hat sich dann im Zeitablauf aber beschleunigt. Da ein großer Teil der Projekte erst Ende 1999 bewilligt wurde, ist der Stand der Auszahlungen von 65 % erklärbar. Mittlerweile sind jedoch fast alle Projekte abgeschlossen, wenn auch noch nicht abgerechnet, so dass mit Ausnahme des EFRE der Abfluss der Strukturfondsmittel bis Ende 2001 weitestgehend sichergestellt ist. An dieser Stelle soll jedoch kritisch angemerkt werden, dass der Mittelabfluss nicht unbedingt ein Kriterium für eine erfolgreiche Programmumsetzung ist. Insbesondere bei Programmen, die innovative Ansätze ländlicher Entwicklung erproben wollen/sollen, muss die Möglichkeit des Fehlschlags und damit auch von Störungen in der administrativen und finanziellen Umsetzung einkalkuliert werden. Ansonsten wird die Bereitschaft der öffentlichen Verwaltungen zur Förderung innovativer und damit häufig auch risikobehafteter Projekte eher gering sein. Weiterhin beinhaltet der Druck zum Mittelabfluss auch die Gefahr, dass vorzugsweise größere Projekte in öffentlicher Trägerschaft gefördert werden.
2. An der Umsetzung von LEADER II waren relativ viele Fachreferate und deren nachgeordnete Behörden beteiligt. Dies ist im Hinblick auf die angestrebte (und auch erreichte) fonds- und ressortübergreifende Zusammenarbeit durchaus positiv zu werten. Nachteilig sind jedoch der für einzelne Stellen unverhältnismäßig hohe Verwaltungsaufwand insbesondere bei der Verwaltung und Kontrolle der Strukturfondsmittel und für die Endbegünstigten der Umstand, sich mit mehreren Zuwendungsgebern mit z. T. unterschiedlichen Anforderungen an Antragstellung, Berichtswesen und Abrechnung konfrontiert zusehen.
3. Die Programmsteuerung war flexibel. Mittelumschichtungen zwischen den Fonds wurden ohne Probleme vorgenommen, wenn erkennbar war, dass das geplante Finanzvolumen eines Fonds nicht für die vorliegenden Projektanträge ausreichte.
4. Der im Auswahlverfahren in Schleswig-Holstein angestrebte Qualitätswettbewerb fand nicht wie vorgesehen statt, da eine ausreichende Anzahl von entsprechenden Projektanträgen nicht vorlag. Das Auswahlverfahren und insbesondere die Auswahlkriterien haben jedoch zu einer qualitativen Verbesserung der Projektanträge im Vorfeld der Antragstellung geführt. Darüber hinaus hat die Prüfung der Projektanträge anhand des Kriterienkatalogs einen wesentlichen Beitrag

dazu geleistet, dass die Projekte den Besonderheiten von LEADER entsprachen. Der Programm-Nord-Rat hat sich als Koordinierungsgremium zur fonds- und ressortübergreifenden Abstimmung bewährt.

5. Die Kohärenz des Programms mit anderen Förderpolitiken war sowohl durch das Auswahlverfahren als auch durch die Einbindung vieler Projekte in bestehende Landesrichtlinien gegeben. Dies zeigt aber auch, dass eine Förderung innovativer Maßnahmen mit bestehenden Richtlinien möglich ist. Letztendlich wäre bei einem Teil der LEADER II-Projekte auch eine Förderung über das Ziel-5b-Programms, insbesondere im Rahmen der Dorferneuerung möglich gewesen. Strategie des Landes war hier, die eher innovativen, integrierten Projekte vorrangig mit LEADER II-Mitteln zu fördern.
6. Eine Kontrolle der Zielerreichung kann nur in Ansätzen vorgenommen werden, da die Zielformulierung des IOP sehr weit ist und keine Konkretisierung durch Indikatoren vorgenommen wurde. Das vorrangige Ziel des IOP, Anstöße für innovative Maßnahmen im öffentlichen und privaten Bereich zu geben, wurde in einer Reihe von Projekten realisiert (vgl. Kapitel 8.4). Die Vorgabe, in Abgrenzung zum EPPD eher kleinere Investitionen zu fördern, wurde nur im Bereich des EFRE umgesetzt. Insbesondere im Bereich des EAGFL waren die Maßnahmen deutlich größer als die vergleichbaren Maßnahmen des EPPD.
7. Das LEADER II-Programm Schleswig-Holstein weist eine große inhaltliche Vielfalt der umgesetzten Maßnahmen auf. Die inhaltliche Offenheit des IOP LEADER II für die Vorschläge der lokalen Ebene ist vor diesem Hintergrund als positiv und für ein Programm zur Förderung einer endogenen regionalen Entwicklung als angemessen zu beurteilen.
8. Aufgrund der großen inhaltlichen Offenheit des schleswig-holsteinischen LEADER II-Programms war die Definition von Indikatoren schwierig. In den Projektanträgen wurden jedoch physische Indikatoren häufig auch zur Messung der Zielerreichung definiert. Die Berichterstattung hat sich jedoch nur zum Teil an diesen Indikatoren orientiert. Auch eine Quantifizierung der Zielvorstellungen erfolgte nicht.
9. Das Berichtswesen war nicht an die Realität der Umsetzung von LEADER II in Schleswig-Holstein angepasst. Insbesondere die von der EU-Kommission vorgegebenen Formblätter des „Bericht an den Begleitausschuss“ waren für die meisten Projekte nicht sachgerecht.
10. Die Tatsache, dass vom schleswig-holsteinischen IOP keine Lokalen Aktionsgruppen vorgesehen waren, hat sich nicht nachteilig auf die

Programmumsetzung ausgewirkt. Ein großer Teil der Projekte war trotzdem in eine regionale Entwicklungsstrategie eingebunden, z. B. die Projekte der Eider-Treene-Sorge-Region oder die im Rahmen von LSEn entstandenen Projekte. In vielen Fällen haben sich durch eine gemeinsame Umsetzung von LEADER II-Projekten erst Kooperationen und Organisationsstrukturen entwickelt bzw. weiterentwickelt, die jetzt die Basis für „Lokale Partnerschaften“ bilden können. Einige Projekte stehen allerdings eher isoliert im Raum. Negativ hat sich das Nicht-Vorhandensein von Lokalen Entwicklungsgruppen allerdings auf die Beteiligung an den Netzen ausgewirkt.

11. Eine Konzipierung und Umsetzung der Projekte unter Beteiligung der lokalen Ebene (im Sinne des bottom-up-Ansatzes) hat in fast allen Projekten stattgefunden und zu positiven Impulsen geführt. Hier treten deutliche externe Synergien zwischen den im Rahmen der Dorferneuerung geförderten LSEn auf, die einen erheblichen Beitrag zur Umsetzung des bottom-up-Ansatzes in LEADER II geleistet haben. Dennoch dominierten in der Umsetzung öffentliche Träger. Frauen und junge Menschen waren deutlich unterrepräsentiert.
12. Neben dem Angebot neuer Produkte und Dienstleistungen war das nach Einschätzung der Projektträger wesentliche innovative Element der Projekte die Entwicklung „neuer Formen der Zusammenarbeit und Organisation“, z. B. in Form einer kreisübergreifenden Zusammenarbeit aller vier Ziel-5b-Kreise, von ämter- und gemeindeübergreifenden Kooperationen, von public-private partnerships sowohl mit Unternehmen als auch mit Vereinen oder Forschungsinstituten..
13. Endogene Entwicklung braucht Zeit, wie die Beispiele der Eider-Treene-Sorge-Region, des Integrierten Inselschutzkonzepts Föhr oder des Integrierten Entwicklungskonzepts Wiedingharde zeigen. Die vor Ort ablaufenden Prozesse sind oft langwierig und nicht unbedingt kompatibel mit Programmplanungszeiträumen.
14. Ein Defizit des LEADER II-Programms bestand im Bereich der Vernetzung und Kommunikation der LEADER II-Projekte untereinander sowohl innerhalb des Landes als auch im Rahmen des deutschen und europäischen LEADER-Netzes. Diesem Aspekt von LEADER wurde seitens der beteiligten Fachreferate nicht die erforderliche Bedeutung beigemessen. Allerdings hat sich hier auch das Fehlen regionaler Strukturen, wie z. B. einer LAG ausgewirkt, deren Bereitschaft und Kapazität zur Beteiligung an Vernetzungsaktivitäten u. U. größer ist als die einzelner Projektträger.
15. Arbeitsplatz- und Beschäftigungseffekte konnten aufgezeigt werden. Ein großer Teil der Projekte ist darauf ausgerichtet, die wirtschaftliche Dynamik im ländlichen

Raum zu stärken, wie z. B. die Projekte zur Förderung eines naturverträglichen Tourismus aber auch die Projekte zur Förderung der Nutzung von Informations- und Kommunikations-Technologien für Kleine und mittlere Unternehmen oder das Dienstleistungszentrum Eggebek. Damit unterscheiden sich die Projekte von klassischen Dorferneuerungsprojekten, die in der Regel Basisinfrastrukturprojekte fördern oder auch von der klassischen Wirtschaftsförderung, die sich in der Regel auf Städte und zentrale Orte bezieht.

10.2 Empfehlungen

1. Die Berichterstattung an die übergeordneten Stellen sollte an die Projektstrukturen und Kapazitäten der Endbegünstigten angepasst werden. Sinnvoll wäre eine gemeinsame Abstimmung zwischen Zuwendungsempfängern und Zuwendungsgebern über Form, Inhalt und Frequenz der Berichterstattung.
2. Monitoring und Datenerfassung sollte sich konsequenter an Indikatoren orientieren. Im Hinblick auf LEADER+ erscheint es auch hier sinnvoll, die zu erfassenden Indikatoren mit der regionalen Ebene abzustimmen.
3. Insbesondere vor dem Hintergrund, dass in LEADER+ mehr als bisher auch nicht-öffentliche Akteure einbezogen werden sollen, ist eine Vereinfachung der administrativen Abwicklung dringend erforderlich. Für die regionale Ebene, die zukünftig (in LEADER+) mehr Verantwortung für die Projektbewilligung und finanzielle Abwicklung übernehmen soll, sollten entsprechende Unterstützungsmechanismen geschaffen werden. Insbesondere für die administrative Abwicklung der Strukturfondsmittel müssen entsprechende Unterstützungsstrukturen für die zukünftigen LAGs geschaffen werden. Weiterhin sollte unbedingt eine Neuauflage des Arbeitshandbuchs erfolgen.
4. Kommunikation, Austausch und Vernetzung zwischen den Akteuren ländlicher Entwicklung sollten im Rahmen von LEADER+ intensiviert werden. Denkbar wären z. B. jährliche Treffen aller zukünftigen LAGs unter Einbeziehung der für die administrative Abwicklung von LEADER+ zuständigen öffentlichen Stellen und der beteiligten Kreise.
5. Da die Akteure im Rahmen der Umsetzung von LEADER II nur wenig Erfahrungen im Bereich der transnationalen Zusammenarbeit sammeln konnten, sind auch hier im Rahmen von LEADER+ Hilfestellungen erforderlich.

6. Vor dem Hintergrund, dass sich Wirkungen in der Region von LEADER-Projekten häufig erst im Zusammenwirken mit über andere Programme geförderten Maßnahmen oder auch mit anderen u. U. nicht geförderten Aktivitäten zeigen, wäre es wünschenswert, zukünftig nicht schwerpunktmäßig programmbezogene Evaluierungen durchzuführen sondern in stärkerem Maße programmübergreifende auf Regionen bezogene Evaluierungen.

Literaturverzeichnis

- ADAM B. (1998): Regionen der Zukunft: Ein raumordnerischer Wettbewerb zur Unterstützung einer nachhaltigen Entwicklung. in: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg): Regionen der Zukunft – regionale Agenden für eine nachhaltige Raum- und Siedlungsentwicklung, Wettbewerbszeitung Nr. 1, Werkstatt: Praxis Nr. 7/1998. Bonn. S. 5 - 18.
- AGENDA BÜRO FÖHR (2001): www.capcon.de/agenda/index.html.
- AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. C 180/48 vom 1.7.94: Mitteilung an die Mitgliedstaaten über die Leitlinien für integrierte Globalzuschüsse bzw. Operationelle Programme, die Gegenstand von Zuschussanträgen der Mitgliedstaaten im Rahmen einer Gemeinschaftsinitiative sind („LEADER II“).
- ARL (Akademie für Raumforschung und Landesplanung) (1998): Interkommunale und regionale Kooperation, Variablen ihrer Funktionsfähigkeit. Arbeitsmaterial der Akademie für Raumforschung und Landesplanung Nr. 244. Hannover. S. 45ff.
- ASHBY, J. AND MIDMORE, P. (1993): Human Capacity Building: old ideas with a future for marginal regions, Aberystwyth Rural Economy Research Papers, 93.03, Wels Institute or Rural Studies, University of Wales, Aberystwyth. zitiert in Ray C. (1999).
- BRAUER, E. (1998): „Sonne für Föhr“, Analyse eines Förderprojekts zur nachhaltigen Entwicklung einer ländlichen Region durch die Nutzung von Solarenergie. Diplomarbeit Diplomstudiengang Geographie CAU Kiel.
- BRUCKMEIER K. (2000): LEADER in Germany and the Discourse of Autonomous Regional Development. in: Sociologia Ruralis, Vol. 40, No. 2, S. 219-227.
- BUNDESAMT FÜR BAUWESEN UND RAUMORDNUNG (1999): Regionen der Zukunft – regionale Agenden für eine nachhaltige Raum- und Siedlungsentwicklung. Wettbewerbszeitung Nr. 2. Werkstatt: Praxis Nr. 5/1999. Bonn.
- DEUTSCHE VERNETZUNGSSTELLE LEADER II (2000): LEADER Forum, Magazin der Deutschen Vernetzungsstelle, 1/2000. Frankfurt.
- DIE LANDESREGIERUNG SCHLESWIG-HOLSTEIN (1996): Tourismuskonzeption, Kiel.
- DIE MINISTERPRÄSIDENTIN DES LANDES SCHLESWIG-HOLSTEIN, STAATSKANZLEI ABT. LANDESPLANUNG (1996): Das Projekt „Eider-Treene-Sorge“, Regionales Entwicklungsprojekt für ein europäisches Großschutzgebiet. Kiel.
- DIE MINISTERPRÄSIDENTIN DES LANDES SCHLESWIG-HOLSTEIN, STAATSKANZLEI ABT. LANDESPLANUNG (1998): Nutzung erneuerbarer Energien im Eider-Treene-Sorge-Gebiet – ein Beitrag zur nachhaltigen Regionalentwicklung. Entwurf.

- DIE MINISTERPRÄSIDENTIN DES LANDES SCHLESWIG-HOLSTEIN, STAATSKANZLEI ABT. LANDESPLANUNG (1999): Regionale Entwicklungsinitiativen in Schleswig-Holstein. Kiel.
- EBERHARDT, W.; GRAJEWSKI, R.; GRENZEBACH, M. UND B. KOCH (2001): Ex-post-Bewertung des schleswig-holsteinischen Ziel-5b-Programms. Institut für Betriebswirtschaft, Agrarstruktur und ländliche Räume der FAL. Braunschweig.
- ENERGIESTIFTUNG SCHLESWIG-HOLSTEIN (2001): Biomasse, Anlagen Tabelle Holz, www.essh.de/biomasse/anlagen/anl_tab2.htm, Stand: 24.07.2001.
- ESPARCIA J., NGUERA J. & A. BUCEGIA (1999): Europe-wide Experiences of the LEADER-Programme. in: Hrsg: Westholm E. Moseley M. & N. Stenlås: Local Partnerships and rural development in Europe. A Literature Review of Practice and Theory. Falun.
- ESTRELLA M. AND GAVENTA J. (o.J.): Who counts reality? Participatory Monitoring and Evaluation a Literature Review. IDS Working Paper 70.
- EUROPÄISCHE BEOBACHTUNGSSTELLE LEADER (1999): Der Mehrwert des LEADER - Ansatzes - ein Leitfaden für die Bewertung der besonderen Merkmale von LEADER. "Innovation im ländlichen Raum" Heft Nr. 4.
- EUROPÄISCHE BEOBACHTUNGSSTELLE LEADER (2001): Forum zur Bottom-up Evaluierung, www.rural-europe.aeidl.be/forum/index-de.htm.
- EUROPÄISCHE BEOBACHTUNGSSTELLE LEADER (Hrsg.) (1997): Die Umsetzung des lokalen Entwicklungsprojekts: Erfahrungen aus LEADER I. LEADER dossiers. Brüssel.
- EUROPÄISCHE KOMMISSION (1999): Ex-post-Bewertung der Gemeinschaftsinitiative LEADER II, Leitfaden für die Bewertung (Entwurf). Brüssel.
- GEIBENDÖRFER M. (2000): Erarbeitung einer Methodik zur Beurteilung des lokalen und regionalen Innovationsbedarfs zur praxisgerechten Anwendung in Form eines Beraterleitfadens (A/97/25). Forschungsgruppe Agrar- und Regionalentwicklung Triesdorf an der Fachhochschule Weihenstephan/Triesdorf. Triesdorf.
- HERRENKNECHT, A. (2000): Einführung in die Praxis der Evaluierung – Worum geht es bei der Evaluierung ländlicher Entwicklungsgruppen? aus: www.leader2.de/ver...en/fachgebiete/freyburg/her_1.htm. Stand: Februar 2000.
- HESSE M. (2000): Nachhaltigkeit als Leitbild der Regionalentwicklung – Theoretische Überlegungen und praktische Implikationen. in: Mose I., Weixlbaumer N. (Hrsg.): Regionen der Zukunft? Nachhaltige Regionalentwicklung als Leitbild ländlicher Räume. Materialien Umweltwissenschaften Vechta; MUWV 8. Vechta. S. 18 – 23.

- HINSCH, C. (2001): Mit Knickholz zur Nachhaltigkeit. in: www.bauwesen.fh-kiel.de/bauwesen/fbb/infosysbaunu/proj-6.html. Stand: 24.07.2001.
- INSTITUT FÜR TOURISMUS- UND BÄDERFORSCHUNG IN NORDEUROPA GMBH (2001): Marktanalyse Schleswig-Holstein Tourismus. Bericht im Auftrag des Ministeriums für ländliche Räume, Landwirtschaft und Tourismus. Kiel.
- INSTITUT RAUM & ENERGIE; LC LANDWIRTSCHAFTS CONSULTING GMBH, (1999): LSE Hüttener Berge. Ländliche Struktur- und Entwicklungsanalyse für die Ämter Hütten und Wittensee sowie die Gemeinden Fleckeby, Güby und Hummelfeld. Wedel/Kiel.
- IOP LEADER II (1996): Integriertes Operationelles Programm des Landes Schleswig-Holstein nach den Leitlinien für Aktionen zur ländlichen Entwicklung für den Förderzeitraum 1994-1999.
- LANDFRAUENVERBAND SCHLESWIG-HOLSTEIN E. V. (2000): Abschlussbericht im Modellprojekt Servicebörsen – Modellhafte (Teilzeit-) Existenzgründungen und neue Beschäftigungsmöglichkeiten für Frauen im Dienstleistungsbereich der strukturschwachen ländlichen Räume – Kiel.
- LÜBCKE A. (1999): Das integrierte Inselschutzkonzept Föhr. Deutsche Vernetzungsstelle LEADER II: Regionale Entwicklungskonzepte planen und realisieren. Seminarbericht 5/1999. Frankfurt. S. 20-23.
- MAIER-STAUDT, B. (2001): Schriftliche Mitteilung.
- Maschinenring Nordfriesland GmbH (2001): www.mr-hus-eid.de/schwabst.htm, Stand: 10.08.2001.
- MEANS-HANDBUCH (1995): Identifying the Structuring EFFECTS of Community Interventions. MEANS Handbook No. 2. European Commission 1995.
- MFE (Ministerium für Finanzen und Energie des Landes Schleswig-Holstein) (1999): Energiebericht Schleswig-Holstein 1999. Kiel.
- MLR (2001): LEADER II-Lagebericht für das Jahr 2000. Kiel.
- MUNF 2001: Naturerlebnissräume, www.umwelt.schleswig-holstein.de Stand: 18.06.2001.
- MWTV (Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein) (1998): Fahrradfreundliches Schleswig-Holstein. Programm. Kiel.
- MWTV (Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein) (1999): Evaluierung der Förderung von Gewerbegebietserschließungen und von Technik- und Gewerbezentren in Schleswig-Holstein von 1989 – 1998.
- NATURSCHUTZSTIFTUNG FERING NATÜÜR (1997): Arbeitsgemeinschaft Sonne, Projekt Solar. Zwischenbericht Dezember 1997.

- NIEDERSTUCKE E. (2000): Beschäftigungspotenziale von Landfrauen-Services. BRAIN-Manuskripte 7/2000. Institut für Internationale Sozialforschung.
- NWP PLANUNGSGESELLSCHAFT (1995): Amt Wiedingharde, Integriertes Entwicklungskonzept Wiedingharde – Tonderner Marsch. Rahmenbericht. Oldenburg.
- o.V. (1999): Ländliche Struktur- und Entwicklungsanalyse als Grundlage für eine nachhaltige Regionalentwicklung. in: Akademie für Natur und Umwelt des Landes Schleswig-Holstein: Akademie Aktuell 6/1999, S.1-3. Neumünster.
- o.V. (2000): Entwurf zu Zukunftsperspektiven der Servicebörsen. Landwirtschaftskammer, unveröffentlichtes Manuskript.
- PFEIFFER, CH. (o. J.): Die ländliche Struktur- und Entwicklungsanalyse in Schleswig-Holstein, Kiel. (unveröffentlichtes Manuscript).
- POOP, D. (2000): Regionalvermarktung Föhler Produkte. Abschlussbericht der FUTOUR Umwelt-, Tourismus- und Regionalberatung GmbH & Co KG. München.
- RAUE, P. (2001): Ex-post-Bewertung des saarländischen LEADER II-Programms. Endbericht. Institut für Betriebswirtschaft, Agrarstruktur und ländliche Räume der FAL. Braunschweig.
- RAY C. (1999a): Reconsidering the evaluation of endogenous development: Two qualitative approaches. Centre for Rural Economy Working Paper Series, Working Paper. Newcastle.
- RAY C. (1999b): Community-level Idealists: a study of the individual factor in the EU's LEADER initiative, working paper Centre for Rural Economy, University of Newcastle upon Tyne.
- RAY C. (2000): Editorial: The EU-LEADER programme: rural development laboratory. in: Sociologia Ruralis, Vol. 40, No. 2, S. 163-171.
- RUGE, H.-D. (2000): Weiterentwicklung des Dithmarscher Spezialitätenversandes. Dokumentation des workshops am 11.10.2000 im CAT Meldorf. Fachhochschule Westküste (unveröffentlichtes Manuskript).
- SCHIKORA A. (1994): Die Eignung des Konzepts der „Endogenen Entwicklungspotentiale“ zur Herstellung gleichwertiger Lebensbedingungen am Beispiel der „Teilregion Zwickau“. Volkswirtschaftliche Forschung und Entwicklung Bd. 84. München.
- SCHULTE S. (1999): Region Burgwald: Integriertes Regionalentwicklungskonzept. in: Deutsche Vernetzungsstelle LEADER II: Regionale Entwicklungskonzepte planen und realisieren. Seminarbericht 5/1999. Frankfurt. S. 23 – 27.
- SCHÜTTLER K. (2000): Ländliche Entwicklung – Ansätze und Erfahrungen aus der Sicht eines Bundeslandes. in: www.hlrh.hessen.de/referentw.htm. Stand: 08.03.2000.

- SEIBERT, O. (2000): Engpassanalyse – eine Methode für die Bewertung von qualitativen Merkmalen im ländlichen Entwicklungsprozess. Vortrag im Rahmen des Seminars der Europäischen Kommission: Qualitative Verbesserungen der Ex-post Bewertungen von LEADER II vom November 2000 in Brüssel. aus: www.rural-europe/acidl.be.
- SEMINARBERICHT (2000): Grundlagen und Probleme der Evaluierung von ländlichen Entwicklungsgruppen (Workshop), 57 Seiten.
- SHUCKSMITH, M. (2000): Endogenous development, social capital and social inclusion: perspectives from LEADER in the UK. in: Sociologia Ruralis, Vol. 40, No. 2, S. 208-218.
- STERNBERG, R.; H. BEHRENDT; H. SEEGER; C. TAMÁSY (1996): Bilanz eines Booms. Wirkungsanalyse von Technologie- und Gründerzentren in Deutschland. Dortmund: Dortmunder Vertrieb für Bau- und Planungsliteratur.
- TISSEN, G. (1998): Zwischenbewertung des schleswig-holsteinischen LEADER II-Programms. Braunschweig.
- VEREIN FÜR EIGENSTÄNDIGE REGIONALENTWICKLUNG IN HESSEN e.V. (1991): Eigenständige Regionalentwicklung – eine Chance für ländliche Räume, Melsungen.
- WEIGERT, A. (2000): „Kinderkulturdorf Bokel e. V.“ ist Preisträger der Akademie für die ländlichen Räume. aus: www.umwelt.schleswig-holstein.de/servlet/is/1993/, Stand: 1/08/01.
- WRIGHT, S. (1990): Development Theory and Community Development Practice. in: Buller, H. and Wright S. (Hrsg.): Rural Development: problems and practices, Aldershot. zitiert in Ray C. (1999a).
- ZENTRALSTELLE FÜR LANDESKUNDE DES SHHB GMBH; STADT & LAND, GESELLSCHAFT FÜR RAUMPOLITISCHE FORSCHUNG, PLANUNG UND BERATUNG MBH (1995): Struktur- und Entwicklungsanalyse Amt Eggebek 1995. Im Auftrag des Amtes Eggebek. Abschlußbericht.

Anhang 1: Gesprächsleitfaden Fallstudien

Leitfaden zu LEADER II – Projekt _____

1. Daten zum Projekt

Daten zur Projektabwicklung

Ist das Projekt bereits abgerechnet? _____

Ist das Projekt bereits abgeschlossen? _____

Wenn nicht, wann wird das Projekt voraussichtlich abgeschlossen?

Wurden für Teile des Projekts auch andere Fördermittel beantragt?

Wurden diese auch bewilligt? _____

Wenn ja, über welches Förderprogramm? _____

Wenn ja, welche Fördermittel? _____

Wenn nein, warum nicht? _____

2. Projektentstehung

Wer hat die Idee für das Projekt gehabt?

Wie ist die Projektidee entstanden?

Eigene Idee _____

Vorbild im Bundesland bzw. in einer Nachbarregion _____

Vorbild in einer anderen Region _____

Besuch eines Demonstrationsprojekts _____

andere _____

Welche Rolle spielten andere Personen / Institutionen bei der Entwicklung der Projektkonzeption?

	Bedeutung (0 nicht beteiligt, 5 sehr wichtig)	
Landwirte		
Berufsgruppen außerhalb der Landwirtschaft (Handwerk, Gewerbe)		
öffentliche Verwaltung		
Wirtschaftsförderungsgesellschaft		
Politiker/ Gewählte Mandatäre		
Umweltschutzgruppen		
Kulturvereine		
Frauengruppen		
Jugendliche/junge Leute		
<i>Andere:</i>		

Wie sind Sie auf die LEADER-Förderung aufmerksam geworden?

durch Gespräche im Ministerium _____

durch Medienberichte _____

durch die Bewilligungsbehörde _____

andere _____

3. Umsetzung des Projekts

Welche Unterstützung/Betreuung haben Sie während der Umsetzungsphase des Projektes erhalten? Von wem?

Wie hilfreich/nützlich war die Betreuung (1=gar nicht hilfreich , 5= sehr hilfreich

Ministerien (welche)		
Amt für ländliche Räume		
Wirtschaftsfördergesellschaft		
Beratungsbüros		
Andere		

Welche Art von Unterstützung/Beratung hätten sie sich darüber hinaus gewünscht?

Welche Gruppen/Institutionen waren an der Umsetzung des Projekts beteiligt? Welche Bedeutung hatte ihre Beteiligung für den Projekterfolg?

	Bedeutung (0 nicht beteiligt, 5 sehr wichtig)	
Landwirte		
Berufsgruppen außerhalb der Landwirtschaft (Handwerk, Gewerbe)		
öffentliche Verwaltung		
Wirtschaftsförderungsgesellschaft		
Politiker/ Gewählte Mandatäre		
Umweltschutzgruppen/ Kulturvereine/		
Frauengruppen		
Jugendliche/junge Leute		
<i>Andere:</i>		

Was sind/waren die Ziele ihres Projektes?

Welche Aktionen haben Sie im Rahmen des LEADER II Projekts durchgeführt?

Wie weit haben Sie die Projektziele erreicht?

Entsprechen die Ergebnisse den ursprünglichen Zielvorgaben/Erwartungen?

Worauf lassen sich Abweichungen zurückführen?

Waren im Prozess der Umsetzung Veränderungen der ursprünglichen Planung erforderlich?

Wenn ja, welche und warum?

Wie viele Menschen (Nachfrager/Kunden/Besucher) erreichen Sie mit ihrem Angebot?

4. Wirkungen des Projekts

Wie schätzen sie die Einkommenswirkung für die Region ein?

Beschäftigungswirkung

Anzahl der direkt geschaffenen Arbeitsplätze

Vollzeit m: _____ w: _____ Teilzeit m: _____ w: _____

indirekte Beschäftigungswirkungen: _____

Welche Wirkungen hatte ihr Projekt auf die Umwelt (Naturschutz, Emmissionen,)?

Welche anderen Ergebnisse halten sie für wichtig?

5. Öffentlichkeitsarbeit

Wurden im Rahmen ihres Projekts öffentliche Veranstaltungen durchgeführt

Anzahl, Zielgruppe, Thema

Welche Veröffentlichungen haben Sie über ihr Projekt erstellt?

Art, Anzahl, Zielgruppe

Wie war die Resonanz auf diese Veröffentlichungen?

Haben Sie weitere Aktivitäten zur Information der Bevölkerung über ihr Projekt durchgeführt?

Zukunftsperspektiven des Projekts (mittelfristig – 5 Jahre)

Die Besonderheiten von LEADER

1. Verwaltungs- und Finanzierungsmodalitäten

Welche Unterschiede sehen Sie zwischen der LEADER-Förderung und anderen Förderinstrumenten?

Welche Schwierigkeiten/Probleme gab es in der verwaltungstechnischen Abwicklung? (die drei wichtigsten)

1. _____
2. _____
3. _____

Was sind die Gründe für diese Schwierigkeiten/Verzögerungen?

Wie könnte die Abwicklung in Zukunft verbessert werden?

Wäre Ihr Projekt auch ohne LEADER II Förderung durchgeführt worden?

2. Innovation und integrierter Ansatz

Was sind die innovativen Elemente ihres Projekts?

Wie hoch schätzen Sie den Innovationswert ihrer Aktion in den folgenden Bereichen ein?	Null >>>>>>> sehr hoch			
	0	1	2	3
(1) Angebot neuer Produkte, neue Formen der Nutzung endogener Ressourcen				
(2) Angebot neuer (gewerbliche oder nicht-gewerbliche) Dienstleistungen				
(3) Einsatz neuer Verfahren				
(4) Erschließung neuer Märkte und neuer Kundenstämme				
(5) Neue Formen der Partnerschaft und Organisation				
(6) Neue Formen der Finanzierung				
(7) Andere (bitte angeben):				

In wieweit hat ihr Projekt Modellcharakter? Welche Elemente ihres Projekts könnten von anderen übernommen werden?

Welche Faktoren waren innovationsfördernd bzw. innovationshemmend?

fördernd: _____

hemmend _____

Welches sind die sektorübergreifenden bzw. integrierten Aspekte ihres Projekts? Welche Partner/Sektoren sind beteiligt?

Welchen thematischen Bereichen ordnen Sie ihr Projekt zu?

Berufliche Fortbildung und Einstellungszuschüsse	
Ländlicher Tourismus / Urlaub auf dem Bauernhof	
Handwerk und lokale Dienstleistungen	
Erschließung und Vermarktung von Agrarprodukten	
Umwelt / Lebensqualität	
Chancengleichheit	
Grenzübergreifende Zusammenarbeit	
<i>Andere:</i>	

Welche Ergebnisse hat der sektorübergreifende Ansatz für Sie hervorgebracht?

Haben Sie mit anderen LEADER II Projekten zusammengearbeitet? Was waren die Effekte dieser Zusammenarbeit?

Sind aus der Zusammenarbeit mit anderen LEADER Projektträgern neue Projekte bzw. Projektideen entstanden?

3. Vernetzung

Kennen Sie die Arbeit der europäischen Beobachtungsstelle für LEADER II (AEIDL)?

Kennen Sie die Arbeit der Deutschen Vernetzungsstelle bei der BLE?

Haben Sie der Europäischen Beobachtungsstelle / Deutschen Vernetzungsstelle Informationen zur Verfügung gestellt?

Haben Sie an Veranstaltungen/ Seminaren zu LEADER teilgenommen? (Anzahl)

War die Teilnahme an diesen Seminaren hilfreich für ihre Arbeit?

Austausch mit anderen Gruppen/Projektträgern im Rahmen von LEADER II:

	besucht	empfangen
Mit Gruppen/Projektträgern aus ihrem Bundesland		
Mit Gruppen/Projektträgern aus anderen Regionen Deutschlands aus anderen Mitgliedsstaaten		

Ihre Einschätzung (aufsteigende Bewertungsskala)		0	1	2	3	Ihre Anmerkungen*
Waren die aufgeführten Netze für Ihre Entwicklungsarbeit von Nutzen?	Regionales Netz (Länderebene) besteht nicht ()					
	Nationales Netz					
	Europäische Beobachtungsstelle					
	Thematisches Netz besteht nicht ()					
	Andere (bitte angeben):					
Was war der Anlass der Austauschaktivitäten?	Lösung spezifischer Probleme					
	Informationsaustausch					
	Austausch praktischer Verfahren					
	Erfahrungsaustausch					
	Partnersuche					
	andere					

Welche positiven Effekte hat die Vernetzung für ihre Arbeit

Welche Faktoren haben fördernd bzw. hemmend auf ihre Teilnahme an Vernetzungsaktivitäten gewirkt?

4. Grenzübergreifende Zusammenarbeit

Waren Sie an einer Maßnahme/Aktion der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit beteiligt?

Wie?

Art der Maßnahme:

Wie entstand der Kontakt zu ihren Partnern?

Anhang 2: Gesprächsleitfaden - Fondsverwalter

Warum wurden im IOP keine LAG berücksichtigt?

Wie wurde die Entscheidung des Begleitausschusses, LAG zuzulassen, wenn genehmigungsfähige Konzepte vorliegen, an die Öffentlichkeit bzw. die Akteure in LII weiter gegeben?

Wäre nicht durch LAGs der Verwaltungsaufwand für Projektträger und Behörden verringert worden? (durch eine Bündelung der Projekte, Berichtspflichten, etc.)

Zusammenarbeit mit den anderen Fonds/Ministerien:

Wonach richtete sich die Entscheidung, aus welchem Fond ein Projekt kofinanziert wurde?

Wie verliefen Abstimmungsprozesse, wenn Referate verschiedener Ministerien bei einem Projekt beteiligt waren, z.B. Bewilligung MLR, Kofinanzierung EFRE?

Auswahl der Projekte

Gab es eine Mindestpunktzahl? Gab es inhaltliche Definitionen zu den einzelnen Kriterien?

Hat das Auswahlverfahren nach ihrer Einschätzung wirklich zu einem Qualitätswettbewerb der Projekte geführt? Bitte geben sie eine kurze Begründung.

Sind ihnen abgelehnte Projekte bekannt? Gründe der Ablehnung?

zur Projektauswahl/ Entscheidung im Programm Nord rat:

Bei RP-Mitteln- wurden die regionalen Beiräte in die Entscheidung einbezogen?

Besonderheiten von LEADER

Welche Maßnahmen/Projekte sind ihrer Meinung nach ein besonders gutes Beispiel für einen integrierten/sectorübergreifenden Ansatz? Begründung

Worin unterscheiden sich die LII Projekte von in den anderen Programmen geförderten Projekten? Wäre die Umsetzung der LII Projekte nicht auch über andere bestehende Förderprogramme möglich gewesen?

Welche der in ihrem Verantwortungsbereich durchgeführten Projekte würden Sie als besonders innovativ bezeichnen? (drei), Warum?

Welche Erfahrungen/Projektideen aus LII sind in die Mainstream-Programme eingeflossen?

Verwaltungstechnische Abwicklung

Gab es Projekte die nicht gefördert werden konnten, weil es keine entsprechende Landesrichtlinie gab?

Wie schätzen Sie die verwaltungstechnische Abwicklung von LII im Vergleich zu anderen Programmen ein bezüglich

- Antragstellung;
- Genehmigungsverfahren;
- Berichtswesen;
- finanzieller Abwicklung

Vernetzung und Zusammenarbeit

Haben Sie sich an Aktivitäten im Rahmen der Vernetzung beteiligt? Wie?

Warum gab es nicht mehr Projekte der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit? Welche Aktivitäten zur Förderung der Zusammenarbeit wurden durchgeführt?

Wie schätzen Sie die Bedeutung der Vernetzung und der grenzübergreifenden Zusammenarbeit für LII in SH ein?

Empfehlungen der Zwischenbewertung:

Wie sind die Empfehlungen der Zwischenbewertung berücksichtigt worden z.B.:

- Erstellen einer Informationsmappe zur Verbesserung der Ideenfindung für die lokale Ebene bzw. Einrichtung einer Ideenbörse (Umschichtung von Mitteln in die technische Hilfe)
- Aufzeigen anderer Möglichkeiten der nationalen Kofinanzierung, z.B. durch Kreise und Kommunen
- Öffentlichkeitsarbeit der lokalen Ebene ins Programm einplanen

Anhang 3: Gesprächsleitfaden Fachreferate

Gesprächsleitfaden – Bewilligungsstellen/Fachreferate

Was waren genau Ihre Zuständigkeiten im Rahmen von LII?

Welche positiven Wirkungen/Erfolge lassen sich bei den von Ihnen betreuten Projekten erkennen? (die drei wichtigsten)

Besonderheiten von LEADER

Was hat der *Bottom-up-Ansatz* ihrer Einschätzung nach in den Projekten ermöglicht?

Lokale Probleme und Bedürfnisse können besser ermittelt werden

Eine bessere Organisation der Aktionsträger

Lokale Entscheidungen werden besser von der Bevölkerung angenommen

Lokale Entscheidungen werden besser von der übergeordneten Ebene angenommen

Impulse für neue Ideen und Projekte

Modellcharakter für andere Entwicklungsprogramme

Anderes (bitte angeben)

Welche Maßnahmen/Projekte sind ihrer Meinung nach ein besonders gutes Beispiel für einen integrierten/sectorübergreifenden Ansatz? Begründung

Worin unterscheiden sich die LII Projekte von in den anderen Programmen geförderten Projekten? Wäre die Umsetzung der LII Projekte nicht auch über andere bestehende Förderprogramme möglich gewesen?

Welche der in ihrem Verantwortungsbereich durchgeführten Projekte würden Sie als besonders innovativ bezeichnen? (drei), Warum?

Welchen Bereichen würden Sie innovativen Elemente der Projekte zuordnen?

€ Angebot neuer Produkte oder Dienstleistungen

€ Erschließung neuer Märkte

€ Einsatz neuer Verfahren (zur Herstellung bzw. Erstellung bereits bekannter Produkte oder Dienstleistungen)

€ Neue Formen der Zusammenarbeit oder Organisation

€ Neue Formen der Finanzierung

€ andere und zwar:

Welche Erfahrungen/Projektideen aus LII sind in die Mainstream-Programme eingeflossen?

Welche Faktoren haben sich ihrer Meinung nach als innovationsfördernd/hemmen erwiesen?

Verwaltung/Organisation

Gab es Projekte die nicht gefördert werden konnten, weil es keine entsprechende Landesrichtlinie gab?

Mit welchen Behörden erfolgte eine Abstimmung oder Zusammenarbeit bei der Abwicklung der LII Projekte?

Wie würden Sie die Zusammenarbeit charakterisieren?

Wie verliefen Abstimmungsprozesse, wenn Referate verschiedener Ministerien bei einem Projekt beteiligt waren, z.B. Bewilligung MLR, Kofinanzierung EFRE?

Wie schätzen Sie die verwaltungstechnische Abwicklung von LII im Vergleich zu anderen Programmen ein bezüglich

- Antragstellung;
- Genehmigungsverfahren?;
- Berichtswesen;
- finanzieller Abwicklung

Welche Schwierigkeiten gab es?

Wie könnte die Abwicklung in Zukunft verbessert werden?

Wäre nicht durch LAGs der Verwaltungsaufwand für Projektträger und Behörden verringert worden? (durch eine Bündelung der Projekte, Berichtspflichten, etc.)

Vernetzung und grenzüberschreitende Zusammenarbeit

Haben Sie sich an Aktivitäten im Rahmen der Vernetzung beteiligt? Wie?

Warum gab es nicht mehr Projekte der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit? Welche Aktivitäten zur Förderung der Zusammenarbeit wurden durchgeführt?

Wie schätzen Sie die Bedeutung der Vernetzung und der grenzübergreifenden Zusammenarbeit für LII in SH ein?

Auswahl der Projekte

Nach welchen Aspekten richtet sich die Einschätzung, ob ein Projekt LEADER-fähig ist?

Gab es Kriterien zur Orientierung bei der Punktevergabe im Auswahlverfahren?

Hat das Auswahlverfahren nach ihrer Einschätzung wirklich zu einem Qualitätswettbewerb der Projekte geführt? Bitte geben sie eine kurze Begründung.

Sind ihnen abgelehnte Projekte bekannt? Gründe der Ablehnung?

Perspektiven für LEADER+

Anhang 4: Fragebogen - Projektträger

Petra Raue
 Institut für Betriebswirtschaft, Agrarstruktur
 und ländliche Räume
 Bundesalle 50

38116 Braunschweig



Fragebogen zu LEADER II

Projektbezeichnung: _____

1. Daten zum Projekt

Wann wurde das Projekt begonnen? _____

Ist das Projekt bereits abgeschlossen? Ja Nein

Wenn nein, wann wird das Projekt voraussichtlich abgeschlossen? _____

Wenn ja, wird das Projekt in dieser oder einer anderen Form weitergeführt?

Ja Nein

Wenn ja, wer ist der Träger? _____

Wie wird die weitere Finanzierung sichergestellt? (Bitte kreuzen Sie die zwei wichtigsten Finanzierungsquellen an.)

- durch Zuschüsse von Gemeinde, Amt, Landkreis
 eigene Einnahmen und zwar aus

Verkauf von Produkten oder Dienstleistungen

Mitgliedsbeiträgen

Spenden

Fördermittel des Landes und zwar: _____

andere und zwar: _____

2. Projektentstehung

Wie ist die Projektidee entstanden?

- Eigene Idee
 in einer LSE

- im Rahmen des Eider-Treene-Sorge Entwicklungskonzepts
 - Vorbild im Bundesland bzw. in einer Nachbarregion
 - Vorbild in einer anderen Region
 - Besuch eines Demonstrationsprojekts
 - andere und zwar: _____
- _____
- _____

Wie sind Sie auf die LEADER-Förderung aufmerksam geworden?

- durch Gespräche im Ministerium
 - durch Medienberichte
 - durch die Bewilligungsbehörde
 - andere und zwar: _____
- _____

3. Umsetzung des Projekts

Was sind/waren die Ziele ihres Projektes? In welchem Umfang wurden diese Ziele bisher erreicht?

(Bitte stellen Sie die Ziele möglichst konkret dar und machen Sie, wo es Ihnen möglich ist, Mengenangaben.)

	Ziel	voll erreicht	teilweise erreicht	nicht erreicht
1				
2				
3				
4				

Woran lag es, dass Ziele nur teilweise oder nicht erreicht wurden?

Ziel 1. _____

Ziel 2. _____

Ziel 3. _____

Ziel 4. _____

Welche Gruppen/Institutionen waren an der Umsetzung des Projekts beteiligt? Welche Bedeutung hatte ihre Beteiligung für den Projekterfolg?

(0 = nicht beteiligt; 1 = nicht wichtig; 2 = weniger wichtig; 3 = wichtig; 4 = sehr wichtig)

	Bedeutung				
	0	1	2	3	4
Landwirte	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Berufsgruppen außerhalb der Landwirtschaft (Handwerk, Gewerbe)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Öffentliche Verwaltung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Wirtschaftsförderungsgesellschaft	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Politiker/ Gewählte Mandatsträger	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Umweltschutzgruppen/ Kulturvereine/	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Frauengruppen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Jugendliche/junge Leute	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Andere:	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

4. Wirkungen des Projekts

In der Förderung der ländlichen Entwicklung ist der EU-Kommission die Schaffung von Beschäftigungsmöglichkeiten, besondere für Frauen wichtig.

Wurden in ihrem Projekt direkt Arbeitsplätze geschaffen?

Ja Nein

Wenn ja, bitte geben Sie die Anzahl der Vollzeit- und Teilzeitarbeitsplätze getrennt nach Männern und Frauen an:

	Männer	Frauen
Vollzeit		
Teilzeit		

Über die oben genannten Ziele und die Beschäftigungswirkung hinaus hat ihr Projekt möglicherweise noch weitere Veränderungen bewirkt. Bitte stellen Sie diese möglichst konkret und - soweit machbar- mit Mengenangaben dar. Zu ihrer Orientierung haben wir einige Wirkungsbereiche aufgeführt. Umweltwirkungen können z. B. sein – Verminderung von Abfall oder Emissionen, Steigerung der Nutzung regenerativer Energien, Zunahme der Anzahl von Menschen die für Umweltaspekte sensibilisiert wurden... Einkommenswirkungen können z. B. sein – Schaffung neuer Absatzmärkte z. B. für landwirtschaftliche Betriebe, Erhöhung der Besucher- oder Übernachtungszahlen. Als Beispiele für Wirkungen auf die Entwicklungsdynamik der Region wäre zu nennen: aus dem geförderten Projekt sind neue Ideen entstanden, die Zusammenarbeit von privaten und öffentlichen Trägern wird auch in anderen Bereichen fortgesetzt, Gruppen oder Personen, die sich vor nicht engagiert haben, sind aktiv geworden...

Bitte nennen Sie auch andere hier nicht genannte Ergebnisse und Wirkungen Ihres Projekts, die Ihnen wichtig sind.

Welche Wirkungen haben Sie durch ihr Projekt erzielt?

Umweltwirkungen

Einkommenswirkungen

Wirkungen auf die Entwicklungsdynamik der Region

andere:

5. Verwaltungs- und Finanzierungsmodalitäten

Die Ausgestaltung der Verwaltungs- und Finanzierungsmodalitäten eines Förderprogramms hat oft einen erheblichen Einfluss auf den Erfolg einzelner Projekte wie auch auf den Erfolg des gesamten Programms. Komplizierte Verwaltungsvorschriften und langwierige Verfahren können zu erheblichen Verzögerungen in der Umsetzung und auch zur Entmutigung der Akteure führen. Andererseits kann eine flexible Abwicklung positiv zum Projekterfolg beitragen.

Wie schätzen Sie die Verwaltungs- und Finanzierungsmodalitäten von LEADER II im Hinblick auf folgende Aspekte ein:

- Die Beratung im Verlauf der Antragstellung durch die zuständigen Behörden war
 sehr gut zufriedenstellend unzureichend
- Das Genehmigungsverfahren war
 sehr flexibel ohne größere Probleme zäh und langwierig
- Die Berichtspflichten waren
 zu umfangreich angemessen
- Die Auszahlung der Fördermittel
 verlief problemlos hat zu Verzögerungen in der Projektumsetzung geführt
- Änderungen der ursprünglichen Bewilligung waren
 Flexibel mit grösserem Aufwand verbunden kaum möglich

Sind andere Schwierigkeiten in der verwaltungstechnischen Abwicklung des Projekts aufgetreten?

Ja Nein

Wenn ja, welche? _____

Wie könnte nach ihrer Ansicht die verwaltungstechnische Abwicklung von Förderprogrammen in Zukunft verbessert werden?

1. _____

2. _____

3. _____

6. Innovation

Innovation war (neben dem Modellcharakter) in LEADER II eine wichtige Anforderung an die zu fördernden Projekte. Innovation wird dabei in dem Sinne verstanden, dass das Projekt Elemente enthält, die für die Region neu sind.

Was sind aus Ihrer Sicht die innovativen Elemente Ihres Projekts? (bitte max. 2 ankreuzen)

- Angebot neuer Produkte oder Dienstleistungen
- Erschließung neuer Märkte
- Einsatz neuer Verfahren (zur Herstellung bzw. Erstellung bereits bekannter Produkte oder Dienstleistungen)
- Neue Formen der Zusammenarbeit oder Organisation
- Neue Formen der Finanzierung
- andere und zwar: _____

7. Vernetzung und Zusammenarbeit

Die Vernetzung und der Austausch zwischen den Akteuren ländlicher Entwicklung und die Zusammenarbeit von unterschiedlichen Gruppen in Europa waren wichtige Anliegen von LEADER II.

Der Austausch von Ideen und Erfahrungen sollte Impulse für die Arbeit der lokalen Akteure geben und die Übertragung von Wissen und guten Ansätzen zwischen den ländlichen Gebieten fördern. Ziel war es auch gemeinsame Projekte durchzuführen.

Kennen Sie andere LEADER II Projekte

- | | | |
|-------------------------------------|-----------------------------|-------------------------------|
| in Schleswig-Holstein? | Ja <input type="checkbox"/> | Nein <input type="checkbox"/> |
| in Deutschland? | Ja <input type="checkbox"/> | Nein <input type="checkbox"/> |
| in anderen Mitgliedsstaaten der EU? | Ja <input type="checkbox"/> | Nein <input type="checkbox"/> |

Wenn ja, welche kennen Sie? _____

Haben Sie mit anderen LEADER II Projekten in näherem Kontakt gestanden oder zusammengearbeitet?

- Ja Nein

Wenn ja, mit welchen?

Projekt a) _____

Projekt b) _____

Welcher Art war die Zusammenarbeit?

- | | Projekt a) | Projekt b) |
|---|--------------------------|--------------------------|
| Austausch von Erfahrungen, | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| Entwicklung einer gemeinsamen Projektidee | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |

Durchführung gemeinsamer Aktivitäten
Sonstiges und zwar: _____

Haben Sie mit anderen Projekten oder Organisationen (nicht LEADER) zusammengearbeitet?

- Nein
- Ja, mit (einer) Gruppe(n)/Projekte(n) in Schleswig-Holstein,
- Ja, mit (einer) deutschen Gruppe(n)/Projekte(n) außerhalb Schleswig-Holsteins
- Ja, mit (einer) Gruppe(n)/Projekte(n) außerhalb Deutschlands und zwar aus (bitte geben Sie das Herkunftsland der Gruppe/des Projekts an): _____

Wenn ja, beschreiben Sie bitte die Art der Zusammenarbeit: _____

Kennen Sie die Arbeit der:

- Europäischen Beobachtungsstelle für LEADER II (AEIDL) Ja Nein
- Deutschen Vernetzungsstelle bei der BLE Ja Nein

Wenn ja, haben Sie der Europäischen Beobachtungsstelle/Deutschen Vernetzungsstelle Informationen über ihr Projekt zur Verfügung gestellt?

Ja Nein

Wenn ja, wie oft?

- 1x im Jahr
- zu Projektbeginn
- zum Projektende
- sonstiges und zwar _____

Waren die Informationen der Vernetzungsstellen (Veröffentlichungen, Seminare) hilfreich für ihre Arbeit?

Ja Nein

Wenn ja, was war besonders hilfreich? _____

Welche Faktoren haben fördernd auf ihre Teilnahme an Vernetzungsaktivitäten gewirkt?

- Persönliche Kontakte
- Positive Effekte der Vernetzungsaktivitäten
- Räumliche Nähe von Veranstaltungen
- Andere: _____

Welche Faktoren haben hemmend auf ihre Teilnahme an Vernetzungsaktivitäten gewirkt?

- Kein Interesse an einem Austausch
- Ein Mangel an Informationen
- Technische Schwierigkeiten
- Finanzielle Schwierigkeiten
- Andere (bitte angeben): _____

Gibt es in ihrer Institution/Organisation Überlegungen sich an LEADER+ zu beteiligen?

Ja Nein

Wenn ja, wie? _____

Bitte senden Sie den ausgefüllten Fragebogen mit beiliegendem Rückumschlag oder per Fax

ohne Anschreiben bis zum **1. Juli 2001** zurück.

Vielen Dank für ihre Unterstützung!

Anhang 5: Liste der Interviewpartner

Übersicht der Gesprächspartner im Rahmen der Fallstudien

Projekt:	Gesprächspartner:
NaTourCentrum Lunden	<ul style="list-style-type: none"> • Bürgermeisterin der Gemeinde Lunden, • ehemaliger Bürgermeister der Gemeinde Lunden, • leitender Verwaltungsbeamter Amt Lunden, • Projektgesellschaft Westküste, • MUNF
Servicebörsen	<ul style="list-style-type: none"> • Geschäftsführerin Landfrauenverband SH e.v., • Geschäftsführerin, Vorsitzende und Büroleiterin der Servicebörse Achtrup (NF), • Vorsitzende und Geschäftsführerin/Büroleiterin der Servicebörse Dollerup (Sl.-Fl.) • MJFJF
Infozentrum für Umwelt, Natur und Tourismus „Redderhus“	<ul style="list-style-type: none"> • leitender Verwaltungsbeamter Amt Wittensee; • Bürgermeister der Gemeinde Holzbunge; • LSE Koordinator Hüttener Berge • MLR, Referat Dorfentwicklung
Solarprogramm Föhr	<ul style="list-style-type: none"> • Geschäftsführung fering natüür, • Investitionsbank Schleswig-Holstein • MFE
Dienstleistungszentrum Eggebek und Gewerbehof im DLZ Eggebek	<ul style="list-style-type: none"> • leitender Verwaltungsbeamter Amt Eggebek; • MLR, Referat Dorfentwicklung • MWTV, Referat wirtschaftsnahe Infrastruktur • WIREG
Dithmarscher Spezialitätenversand	<ul style="list-style-type: none"> • Projektgesellschaft Westküste

Anhang 6: Zuordnung der Projektträger nach Kategorien

Projektträger	Art des Trägers
Amt Friedrichstadt	A
Amt Kirchspielgemeinde Linden	A
Amt Tellingstedt	A
Amt und Gemeinde Eggebek	A
Amt Wilstermarsch	A
Gemeinde Bokel	A
Gemeinde Bordesholm	A
Gemeinde Hohn	A
Gemeinde Holzbunge	A
Gemeinde Klanxbüll	A
Gemeinde Maasholm	A
Gemeinde Pahlen	A
Gemeinde Schafflund	A
Gemeinde Tarp	A
Planungsverband Insel Sylt	A
Kreis Dithm.	B
Kreis NF,	B
Kreis NF, Amt für Wirtschafts- und Verkehrsförderung	B
Kreis Red/Eck,	B
Nordkolleg Rendsburg	B
Projektgesellschaft Westküste mbH	B
Rendsburger Ausbildungs- und Beschäftigungsgesellschaft (RABS) gGmbH	B
Touristikverein Sl.-Fl.	B
Touristikzentrale Dithm. e.V.	B
Wirtschaftsförderungsgesellschaft Rd.Eck GmbH	B
Naturschutzstiftung "fering natüür"	C
Verein artefact	C
Verein für Naturschutz und Landschaftspflege Nördl. NF e.V.	C
Werkstätten für Behinderte Rd-Eck	C
Büsche Windpark GmbH	D
Hansen und Petersen GmbH i.Gr.	D
Maschinenring Angeln GmbH	D
Maschinenring NF GmbH	D
Chance Zeitarbeit gGmbH	E
Grafisches Berufsbildungswerk Hamburg/Schleswig-Holstein e.V.	E
Landfrauenverband e. V.	E
Nordfriesisches Innovationscenter (NIC) GmbH	F
Technologie-Transfer-Zentrale SH GmbH, Meldorf	F
5. ERGON Energieversorgungsgesellschaft mbH&Co. Schwabstedt BetriebsKG	F
Biomasse Energie Versorgung (BEV) Domsland GmbH	F
Institut für theoretische und angewandte Informatik Niebüll e.V. itai	F
Gebietskörperschaften (Gemeinden, Ämter)	A
andere kommunale Träger (Landkreise, Gesellschaften in öffentlicher Trägerschaft, z.B. WiFö, RABS, Tourismuszentralen)	B
Vereine, Stiftungen, kirchliche Träger	C
Unternehmen (kommerzielle Träger)	D
Verbände, Kammern, Branchenvertretungen	E
gemischt öffentl/private Träger	F

Anhang 7: Projekte nach Maßnahmenkategorien

Projekte im Bereich Valorisierung und Vermarktung von Agrarprodukten

Projekt	Kreis	Träger	Fonds
Treibselverwertung	NF	Maschinenring NF GmbH	EAGFL
Ökologische Messe Tarp	Sl.-Fl.	Gemeinde Tarp	EAGFL
Biomasse Blockheizkraftwerk Domsland	Rd.-Eck.	Biomasse Energie Versorgung (BEV) Domsland GmbH	EAGFL
Knickpflege Hüttener Berge	Rd.-Eck.	Maschinenring Angeln GmbH	EAGFL
Dithmarscher Spezialitätenversand	Dithm	Projektgesellschaft Westküste mbH	EAGFL
Baldrian	NF	Maschinenring NF GmbH	EAGFL
Schwabstedt Holzheizwerk	NF	5. ERGON Energieversorgungsgesellschaft mbH&Co. Schwabstedt BetriebsKG	EAGFL
Silberstedt Biogas (Leitungsnetz)	Sl.-Fl.	Büsche Windpark GmbH	EAGFL
Solarkonzept Föhr	NF	Koordinationsausschuss Integriertes Inselschutzkonzept Föhr, Amtsverwaltung	EFRE
Biomasse Föhr	NF	Naturschutzstiftung "fering natüür"	EFRE
Baustein Energie (Energie-management Eider-Treene-Sorge)	NF	Amt Tellingstedt	EFRE
Biogasanlage Braderup	NF	Hansen und Petersen GmbH i.Gr.	EFRE
Biogasanlage Silberstedt	Sl.-Fl.	Büsche Windpark GmbH	EFRE

Projekte im Bereich Ländlicher Tourismus

Projekt	Kreis	Träger	Fonds
Infozentrum für Tourismus, Umwelt und Natur - Redderhus	Rd.-Eck.	Gemeinde Holzbunge	EAGFL
Wilstermarsch (Sanfter Tourismus)	Steinburg	Amt Wilstermarsch	EAGFL
Charlottenhof, Klanxbüll, Kultur- und Veranstaltungszentrum	NF	Gemeinde Klanxbüll	EAGFL
Kulturwanderweg Bordesholm, 1. und 2. Abschnitt	Rd.-Eck.	Gemeinde Bordesholm	EFRE

Fortsetzung: Projekte im Bereich Ländlicher Tourismus

Projekt	Kreis	Träger	Fonds
Urlaubsticket Kreis NF	NF	Kreis NF, Amt für Wirtschafts- und Verkehrsförderung	EFRE
NaTourCentrum Lunden + Naturerlebnisraum	Dithm	Amt Kirchspielgemeinde Linden	EFRE
Touristisches Leitsystem Dithmarschen	Dithm	Touristikzentrale Dithm. e.V.	EFRE
Nostalgischer Fährbetrieb Hohner Fähre	Rd.-Eck.	Gemeinde Hohn	EFRE
Radwege Beschilderung in SH	alle	Kreis NF, Touristikzentrale Dithm. e.V., Kreis Rd/Eck, Touristikverein Sl.-Fl.	EFRE
Zentrum für Ostseeschutz, Forschung und Naturerleben Schleimünde-Maasholm	Sl.-Fl.	Gemeinde Maasholm	EFRE
Naturerlebnisraum Kolonistenhof (Rd-Eck)	Rd.-Eck.	Werkstätten für Behinderte Rd-Eck	EFRE
Übergang Nordfeldschleuse (NF/Dithm)	Dithm/NF	Amt Friedrichstadt	EFRE
Kulturforum "Altes Kino" Bordesholm	Rd.-Eck.	Gemeinde Bordesholm	EFRE
Jugendherberge Schloss Pahlen	Dithm	Gemeinde Pahlen	EFRE
Destinationsmanagement Tourismusregion Nordsee	Dithm/NF	Kreis Dithm.	EFRE
Fahrradtouristische Infrastruktur und Besucherlenkung	Rd.-Eck.	Rendsburger Ausbildungs- und Beschäftigungsgesellschaft (RABS) gGmbH	ESF
Tourismusmanagement Skandinavien	Rd.-Eck.	Nordkolleg Rendsburg	ESF

Projekte im Bereich KMU, Handwerk und lokale Dienstleistungen

Projekt	Kreis	Träger	Fonds
Dienstleistungszentrum Eggebek	Sl.-Fl.	Amt und Gemeinde Eggebek	EAGFL
Innovationsnetzwerk Nord	NF	Nordfriesisches Innovationscenter (NIC)	EFRE
Konzept zur Präsentation der Wirtschaft d. Kreises in Frankreich	Rd.-Eck.	Wirtschaftsförderungsgesellschaft	EFRE
Innovationskreis Nord/Branchendialog Westküste	Dithm/NF	Grafisches Berufsbildungswerk Hamburg/Schleswig-Holstein e.V.	EFRE
IANN Interaktionsnetzwerk Nord	NF	Institut für theoretische und angewandte Informatik Niebüll e.V. itai	EFRE
Gewerbehof im Dienstleistungszentrum Eggebek	Sl.-Fl.	Amt und Gemeinde Eggebek	EFRE
Servicebörsen	alle	Landfrauenverband e. V.	ESF

Projekte im Bereich Ausbildung, Qualifizierung, Beschäftigungsförderung

Projekt	Kreis	Träger	Fonds
Chance Zeitarbeit	Dithm/NF	Chance Zeitarbeit gGmbH	ESF
Multiplikatorenkonzept für Telearbeit	Dithm	Technologie-Transfer-Zentrale SH GmbH, Meldorf	ESF

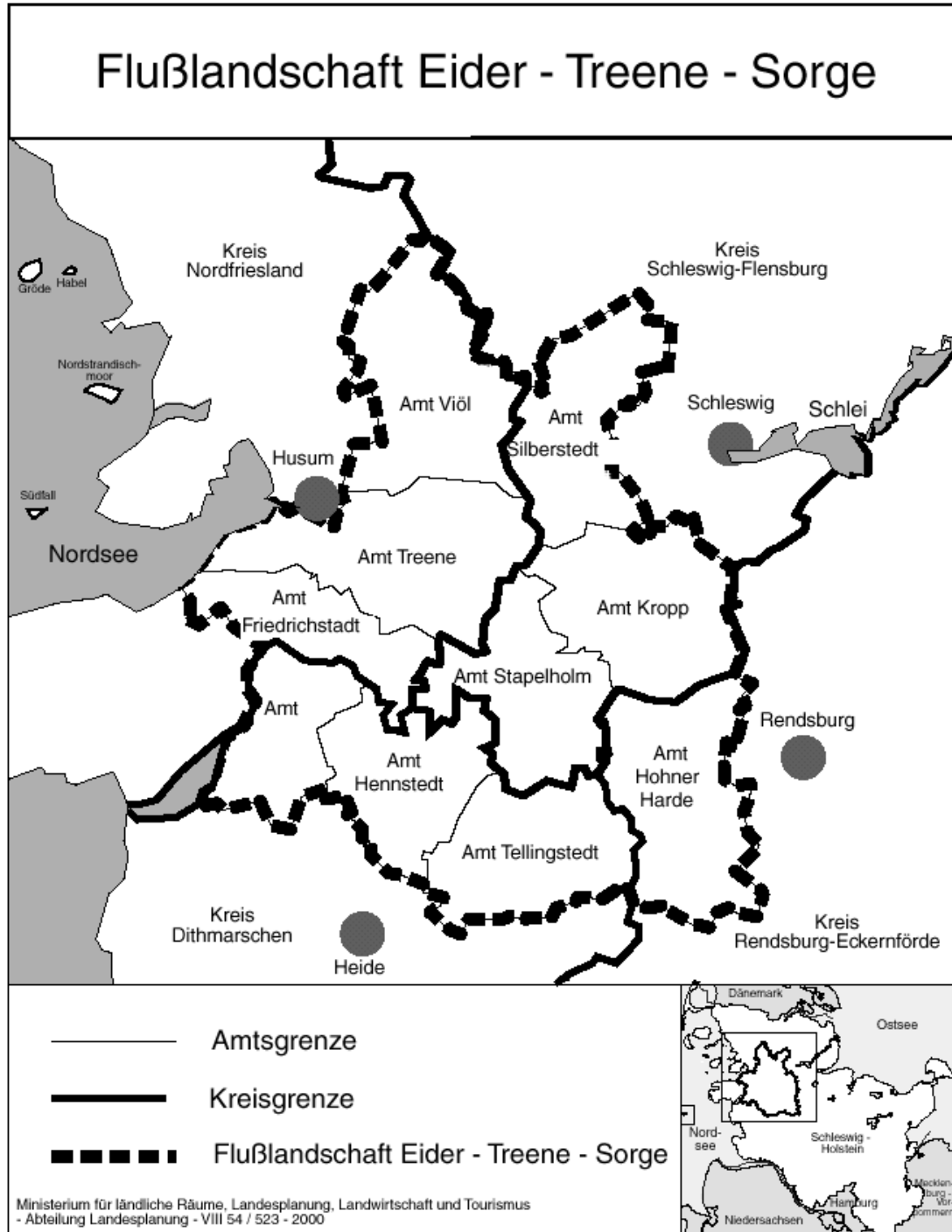
Projekte im Bereich Umwelt und Lebensqualität

Projekt	Kreis	Träger	Fonds
Infozentrum Wiedingharde, Klanxbüll	NF	Gemeinde Klanxbüll	EAGFL
Kinderkulturdorf Bokel,	Rd.-Eck.	Gemeinde Bokel	EAGFL
Schafflund Wohlfühlzentrum	Sl.-Fl.	Gemeinde Schafflund	EAGFL
Naturlehrpfad NSG Wildes Moor	NF	Verein für Naturschutz und Landschaftspflege Nördl. NF e.V.	EFRE
Energie-Erlebnispark Arte-solar	Sl.-Fl.	Verein artefact	EFRE

Projekte im Bereich Technische Hilfe

Projekt	Kreis	Träger	Fonds
GIS für die Insel Sylt	NF	Planungsverband Insel Sylt	EFRE

Anhang 8: Lage und Ausdehnung der ETS Region in Schleswig-Holstein



Anhang 9: Übersicht über ausgewählte Pressemitteilungen bezüglich des Projekts „Sonne für Föhr“

Zeitung	Datum	Bericht
Insel Bote (IB)	10. August 1995	“1. Treffen Solarinteressierter”
IB	2. Oktober 1995	“1. Solarforum: Gründung der AG Sonne”
IB	25. Oktober 1995	„Kiel signalisiert Förderbereitschaft”
IB	1. November 1995	“Der erste Projektantrag auf den Weg gebracht”.
IB	6. Dezember 1995	“Stärkung nötig für Solarprojekte”
IB	16. Dezember 1995	“Die ersten Projekte - Turm in Utersum”
IB	31. Januar 1996	“Keinerlei Reaktion auf Projektantrag”
Husumer Nachrichten	1. Februar 1996	“Solar Verfechter warten auf Nachricht aus Kiel”
Kieler Nachrichten	22. Februar 1996	„Föhrer AG Sonne wartet auf Geld”
IB	2. Juli 1996	“Dunkle Wolken über dem Projekt Sonne. Zurückstellung der LEADER - Projektanträge durch Länderkonferenz”
IB	16. September 1996	“Bescheid im Oktober erwartet. AG Sonne hofft”
IB	1. Oktober 1996	Ankündigung der “Solarwoche 15-27.10.1996” auf Föhr
IB	15. Oktober 1996	“Aktionswocheneröffnung”
IB	17. Oktober 1996	Kommentar zur Podiumsdiskussion
IB	9. Dezember 1996	“Förderzusage LEADER II vom 6.12. durch Tourismusminister Hans Wiesen Vorsitzender des Programm- Nord - Rates in Kiel”
IB	2. Januar 1997	Zuwendungsbescheid LEADER II durch Energieminister Claus Möller am 30.12.96 überreicht. Fördermittel in Höhe von 268000DM. Möller zur langen Wartezeit: „wenn das Land angesichts leerer Kassen auf Mittel der EU angewiesen sei, würden die Mühlen der Bürokratie sehr langsam mahlen.”
IB	17. März 1997	Landesarbeitsgemeinschaft der Grünen: “Mehr Solarenergie auf Föhr”
Kieler Nachrichten	18. April 1997	„Umweltschutz darf keine Insel sein: Föhr: Euphorie verfliegen. Das Integrierte Schutzkonzept Viele modellhafte Einzelkonzepte aber noch nicht das große Gesamtkonzept.”
IB	17. Mai 1997	„Solarenergie tritt aus dem Schatten”
IB	11. Juni 1997	„Süderender Pastorat zapft die Sonne an”
IB	30. Juni 1997	“Förderung mangelhaft?”
IB	11. Juli 1997	„Einweihung St. Laurentii”
IB	14. Juli 1997	„St. Laurentii”
IB	14. Juli 1997	„Sonnenergie der Renner auf Föhr”
IB	31. Juli 1997	“Energiewoche” - Ankündigung

IB	5. August 1997	“Energiewoche, Gemeinschaftssolaranlage”
IB	24. Oktober 1997	“Auf der Suche nach Wegen in die Zukunft” - Treffen der Föhler Ideenschmiede
IB	5. Januar 1998	“Energie im Gespräch” - Ankündigung des LEADER II-Seminars
Dithmarscher Landeszeitung	20. März 1998	„Initiativen für den ländlichen Raum” - Das LEADER II-Seminar in Wyk auf Föhr
IB	26. März 1998	“Brandaktuelles Thema erörtert” - Das LEADER II-Seminar in Wyk auf Föhr
IB	9. Mai 1998	Veranstaltung: Ökologisch Bauen - Energiebewusste Bauleitplanung im Umweltzentrum
IB	12. Mai 1998	Seminar: Grenzübergreifendes Projekt von vier LEADER-Gruppen

Quelle: Brauer, 1998

Anhang 10: Beteiligung verschiedener Gruppen/Institutionen an der Projektumsetzung und Bedeutung für den Projekterfolg nach Maßnahmekategorien

Valorisierung und Vermarktung von regionalen Agrarprodukten (n=8)

	Anzahl Projekte an denen ... beteiligt waren	davon Anzahl Projekte in denen ... wichtig oder sehr wichtig in der Umsetzung waren
Landwirte	7	5
Berufsgruppen außerhalb der Landwirtschaft (Handwerk, Gewerbe)	7	6
Öffentliche Verwaltung	8	3
Wirtschaftsförderungsgesellschaft	4	3
Politiker/ Gewählte Mandatsträger	6	1
Umweltschutzgruppen/ Kulturvereine/	4	3
Frauengruppen	1	
Jugendliche/junge Leute	1	
Andere z.B.	1	1

Ländlicher Tourismus (n=13) und Umwelt und Lebensqualität (n=3)

	Anzahl Projekte an denen ... beteiligt waren	davon Anzahl Projekte in denen ... wichtig oder sehr wichtig in der Umsetzung waren
Landwirte	4	1
Berufsgruppen außerhalb der Landwirtschaft (Handwerk, Gewerbe)	11	5
Öffentliche Verwaltung	16	14
Wirtschaftsförderungsgesellschaft	7	4
Politiker/ Gewählte Mandatsträger	15	12
Umweltschutzgruppen/ Kulturvereine/	11	8
Frauengruppen	4	1
Jugendliche/junge Leute	6	2
Andere z.B.	7	6

KMU, Handwerk und lokale Dienstleistungen (n=6) und Ausbildung, Qualifizierung und Beschäftigungsförderung (n=2)

	Anzahl Projekte an denen ... beteiligt waren	davon Anzahl Projekte in denen ... wichtig oder sehr wichtig in der Umsetzung waren
Landwirte	2	0
Berufsgruppen außerhalb der Landwirtschaft (Handwerk, Gewerbe)	7	6
Öffentliche Verwaltung	7	6
Wirtschaftsförderungsgesellschaft	7	5
Politiker/ Gewählte Mandatsträger	5	4
Umweltschutzgruppen/ Kulturvereine/	3	0
Frauengruppen	4	1
Jugendliche/junge Leute	4	1
<i>Andere</i> <i>z.B.</i>	2	2